

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL LEIPZIGER JAHRBÜCHER



ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2003

**OSTEUROPA IN TRADITION
UND WANDEL
LEIPZIGER JAHRBÜCHER**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2003

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL LEIPZIGER JAHRBÜCHER

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
und der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V.
herausgegeben von
Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Band 5

ISBN 3-89819-221-0

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2003
Harkortstr. 10
D-04107 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.

Redaktion und Satz: Olaf Kirchner
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Editorial	5
I Aufsätze und Studien	9
Eckart Mehls: Weltrepublik der Sowjets oder sozialistische Staatengemeinschaft? Visionen und Realitäten des »Sozialismus im Weltmaßstab«. Ein Überblick	11
Ernst Laboor: Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland. Gennadi Sjuganows These vom »liberalen Faschismus«	43
Hannes Hofbauer: Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung und periphere Integration	69
Boriss Melnikas: Transformationen in den baltischen Ländern. Die nationalen Beziehungen, politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung (mit einem statistischen Anhang von Bernd Reichelt)	87
Holger Politt: Polens »Rückkehr nach Europa«. Ein Rückblick als Ausblick	127
Manfred Jähnichen: Die deutsche Spätromantik — ein Beispiel für die deutsch-serbischen Kulturbeziehungen auch in unserer Zeit	147
II Berichte und Dokumentationen	161
Eckart Mehls: Einführung in die Maiski-Denkschrift »zum künftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung« vom 10. Januar 1944	163

Dokument: Aufzeichnung des Leiters der Kommission des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zur »Wiedergutmachung der der Sowjetunion durch Hitlerdeutschland und seine Verbündeten zugefügten Schäden«, I. M. Maiski, an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, »zum künftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung«, Moskau vom 10. Januar 1944	169
Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu Politik und Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation	203
Achim Engelberg: Essayistische Impressionen vom Balkan	231
III Kritik und Information	255
Ernstgert Kalbe: Internationale Konferenzen zur Eröffnung des Büros der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13./14. Mai 2003 in Moskau	257
Julian Orwicz: In Warschau eröffnete das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den ostmitteleuropäischen Raum	271
Hannes Hofbauer: Redwriting history in a period of transformation. Contemporary history in the Balkans and its impacts on Europe	275
Geplante Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa« für das Jahr 2004	283
Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen	285
Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie zu Osteuropa-Themen	291
Zu den Autoren dieses Bandes	295

Editorial

Mit dem fünften Band von »Osteuropa in Tradition und Wandel« vollendet sich die inzwischen zehnjährigen Existenz dieser Reihe, die von 1994 bis 1998 alt thematische Hefte — Nummer eins bis fünf — und seit 1999 als »Leipziger Jahrbücher« mit erweitertem Profil erscheinen, übrigens dem einzigen interdisziplinären Osteuropa-Periodikum in den »neuen Bundesländern«, das historischen Rückblick mit aktuellen Aussagen zum gegenwärtigen Transformationsprozeß in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa verbindet.

Ein kleines Jubiläum eines Periodikums also, das von der offiziellen, universitären Wissenschaftsgesellschaft der Bundesrepublik weitgehend ignoriert wird, von Kollegen und Mitstreitern einer zweiten, aus den etablierten akademischen Strukturen verdrängten Wissenschaftslandschaft als Tribüne eines kritischen wie selbstkritischen Diskurses über Gemeinsames, Analoges und Spezifisches in der osteuropäischen Region getragen und genutzt wird. Immerhin sind inzwischen einige Rezensionen in Fachorganen erschienen, die den pluralistischen Methodenansatz hervorheben und ein positives Gesamturteil mit kritischen Anmerkungen verbinden.¹

Der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., und der Gesellschaft für Kultursoziologie Leipzig e. V. gilt Dank dafür, daß sie den interdisziplinären Osteuropa-Arbeitskreis von Anbeginn unterstützt haben, der seine Arbeitsergebnisse seit nunmehr zwölf Jahren in weit über 100 Kolloquien, zahllosen Bildungsveranstaltungen, mehreren Arbeitstagun-

1 Rezensionen siehe Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs. Berlin 19(1999)6. S. 142–144. – WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien. Berlin 10(Winter 2002/2003)37. S. 163–168. – Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Stuttgart, Berlin 53(2003)1. S. 132f. – »Neues Deutschland«. Berlin vom 27. Juni 2003. S. 13. – Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 45(2003)3 (erscheint demnächst). – Bereits zuvor wurde die Hefreihe 1–5 (1994–1998) besprochen (siehe 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Hamburg 1(1996)4. S. 129 bis 131. – Ebenda. Hamburg 15(2000)1. S. 213–216).

gen und Konferenzen sowie in zwei Publikationsreihen² und vielen Einzelveröffentlichungen vorlegen konnte. Auch an der jüngsten, der III. Rosa-Luxemburg-Konferenz am 19./20. September 2003 in Leipzig zu dem brisanten Thema »Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus. Ursachen und Wirkungen«, deren Protokoll mit Band 6/2004 unserer Jahrbücher »Osteuropa in Tradition und Wandel« vorgestellt werden soll, hat der Arbeitskreis beträchtlichen Anteil.

Der hiermit vorliegende fünfte Band der »Leipziger Jahrbücher« beschäftigt sich im Schwerpunkt mit zeitgeschichtlichen Betrachtungen zur postsowjetischen Entwicklung Rußlands sowie mit aktuellen Transformationsprozessen und der EU-Osterweiterung in der osteuropäischen Region.

Als Klammerbeitrag kann der Aufsatz von *Eckart Mehls* gelten, der die »Vision« einer »Weltrepublik der Sowjets« mit den »Realitäten« der sozialistischen »Staatengemeinschaft« konfrontiert, die den weltrevolutionären Impetus durch den Paradigmenwechsel zu einer eigenständigen Großmachtpolitik und dann zur konfrontativen sowjetischen Blockräson im Kalten Krieg ersetzte. Betrachtungen zu Dimension und Gefahren des »Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland« seit der Implosion des Sowjetsystems von *Ernst Laboor* sowie zu den »Transformationen in den baltischen Ländern« von *Boriss Melnikas*, ergänzt durch vergleichende tabellarische Angaben zu Estland, Lettland und Litauen, zusammengestellt von *Bernd Reichelt*, schließen sich inhaltlich an. Hier ordnet sich auch der als »Ausblick« gedachte »Rückblick« von *Holger Politt* ein, der »Polens ›Rückkehr‹ nach Europa« im Lichte seiner historischen Entwicklung thematisiert.

Von besonderem Interesse ist die sehr kritische Sicht des Wiener Historikers und Publizisten *Hannes Hofbauer* im Blick auf die »Osterweiterung der Europäischen Union«, dessen Beitrag — im Unterschied zur gewöhnlich diesbezüglich obwaltenden Euphorie — diesen Vorgang als »grenzenlose Marktvergrößerung und periphere Integration« charakterisiert, der nicht auf gleicher Augenhöhe der Partner erfolgt.

Im Rückgriff auf die in vorherigen Bänden behandelte Problematik nationaler Identitätssuche in Südosteuropa liefert *Manfred Jähmichen* einen interessanten Einblick in die »deutsch-serbischen Kulturbeziehun-

2 Außer »Osteuropa in Tradition und Wandel« auch »Kultursoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«, herausgegeben von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe, 1992 bis 2003.

gen« während der »deutschen Spätromantik« nach, den er vor längerer Zeit in einem Vortrag vorgestellt hatte; daran knüpft er Überlegungen für fruchtbare deutsch-serbische Kulturbeziehungen in der Gegenwart, die dem serbophoben Zeitgeist entgegenwirken. In diesen Kontext gehören auch *Achim Engelbergs* »Essayistische Impressionen vom Balkan« im Berichtsteil, die persönliche Eindrücke vom aktuellen Zeitgeist am Balkan bieten.

Im Berichts- und Dokumentationsteil des Bandes dominiert der Nachdruck der Maiski-Denkschrift vom 10. Januar 1944 in der Originalsprache an Stalin und Molotow zum »zukünftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung«, eine Denkschrift, welche die lange auf Sicherheit der UdSSR und Zusammenarbeit mit den Westmächten gerichtete sowjetische Nachkriegskonzeption erhellt³ und von Eckart Mehls sachkundig eingeleitet und als Außenpolitik einer Großmacht kommentiert wird.

Auf der Grundlage der Originaldokumente bietet *Ernstgert Kalbe* einen Bericht zu »Politik und Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation« an, der die Verwurzelung der KPRF in Denkstrukturen des Leninismus und überhaupt in einer insgesamt positiven Sicht auf die Sowjetperiode verdeutlicht sowie ihre strategische Orientierung auf die Wiederherstellung des Sozialismus und der Sowjetordnung unter Berufung auf patriotische Motive begründet.

Im Informationsteil werden zwei Berichte von *Ernstgert Kalbe* und *Julian Orwicz* über die Eröffnung von Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung, Berlin, in Moskau und Warschau im Mai 2003 vorgestellt, womit die PDS-nahe Stiftung nunmehr mit anderen parteinahen Stiftungen bezüglich der bildungspolitischen Auslandsarbeit nachzieht.

Außerdem enthält der Berichtsteil einen Vortrag von *Hannes Hofbauer* über »Rewriting history in a period of transformation« in der Balkanregion, den der Autor im Herbst 2001 vor dem Goethe-Institut in Belgrad gehalten hat.

Wir legen das Urteil über unsere Bemühungen — wie bisher — in die sachkundige Aufnahme durch unsere Leser und bitten um aktive Mitarbeit und kritische Begleitung.

Die Herausgeber

3 Siehe *Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953*. Bd. 1: 1944–1948. Moskau 1999. Dokument 1.

Aufsätze und Studien

ECKART MEHLS

Weltrepublik der Sowjets oder sozialistische Staatengemeinschaft? Visionen und Realitäten des »Sozialismus im Weltmaßstab«. Ein Überblick

Die Vorstellungen der von Lenin geführten Revolutionäre über die Strukturen, in denen sich die von ihnen anvisierte Weltrevolution, d. h. der weltweite Übergang von dem zu stürzenden Kapitalismus zur ausbeutungsfreien sozialistischen Gesellschaftsordnung, entwickeln sollte, waren zum Zeitpunkt des Ansturms gegen die zaristische Selbstherrschaft und die gerade erst aufkeimende bürgerliche Gesellschaft im Rußland des Jahres 1917, wenn überhaupt vorhanden, äußerst vage.

Die sehr allgemein gehaltene Sicht der »Klassiker« Marx und Engels auf die sozialistische Revolution als ein die entwickelten kapitalistischen Länder erfassender mehr oder weniger ganzheitlicher Prozeß einer Weltrevolution¹ wurde von Lenin unter den von ihm untersuchten neuen Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus unter stärkerer Akzentuierung spezifisch russischer Gegebenheiten weitergeführt. So begründete er in seiner 1915 geschriebenen Arbeit »Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa« seine gewonnene Überzeugung von der

1 Es ist hier leider nicht der Platz, auf die revolutionstheoretischen Erwägungen von Marx und Engels im einzelnen einzugehen. Es sei lediglich darauf verwiesen, daß die sehr verstreuten Äußerungen zu den Problemkreisen proletarischer Revolution, permanenter sozialistischer Revolution und ähnlichen Gegenständen eine sehr differenzierte Wertung erfordern. Dabei scheinen im übrigen die lange Zeit postulierten Unterschiede zwischen den Ansichten von Marx/Engels und Lenin über den revolutionären Weltprozeß weniger gravierend zu sein, als vielfach vermutet. So ist m. E. der in der Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests (1882) enthaltene Hinweis auf eine mögliche russische Revolution als »Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen« (Karl Marx/Friedrich Engels: [Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des »Manifests der Kommunistischen Partei«]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 19. S. 296), in der offiziellen »marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie« so gut wie vollständig »unterbelichtet« geblieben.

Möglichkeit des Sieges des Sozialismus »zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande.«² Der in späteren Erörterungen dieses Themas oftmals übersehene oder übergangene Hinweis Lenins auf die »zunächst« gegebene Möglichkeit des Sieges einer sozialistischen Revolution in einem Lande weist auf die später an verschiedensten Stellen wiederholte Sicht Lenins hin, daß sich die erfolgreiche Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft letzten Endes nicht isoliert vollziehen kann, daß also die in einem Lande mögliche siegreiche Revolution lediglich als erstes Glied einer ganzen Kette von sozialistischen Revolutionen zu verstehen sei. Dies gilt sowohl für die Zeit unmittelbar nach der Übernahme der Macht durch die Bolschewiki³ als auch für die Zeit nach 1921, also nach der in besonderem Maße im Zusammenhang mit dem Rigaer Frieden gewonnenen Erkenntnis, daß mit einer kurzfristig zu erwartenden »Ergänzung« der russischen Revolution durch die »Revolution des Westens« nicht zu rechnen sei.⁴

Der Unbestimmtheit und sich ständig in Veränderung und Entwicklung befindlichen Vorstellung vom Gang der »Weltrevolution« entsprach eine weitgehend analoge Unschärfe der Sichten auf die staatlichen Strukturen der künftigen sozialistischen Gesellschaft. Voraussagen der »Klassiker«, auf die man sich als theoretische Richtschnur hätte stützen können, waren faktisch nicht greifbar. Zwar hatten sich Marx und Engels mehrfach über den Zusammenhang von Klassenspaltung und Klassenkampf innerhalb der Nationen/Staaten und zwischen staatlichen Gegensätzen geäußert,⁵ sehr allgemein sprachen sie auch von der künftigen »Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in

2 W. I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 21. S. 345.

3 So z. B. der dringliche Appell Lenins, sich so lange halten zu müssen, »bis die westliche Revolution heranreißt« in seinem Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht auf der Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees (29. April 1918). In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 280.

4 Siehe dazu Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Pilsudski und Lenin. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 3(2). Leipzig. 2001. S. 79–103.

5 Die wohl bekannteste diesbezügliche Aussage findet sich bereits 1848 im »Manifest der Kommunistischen Partei«: »Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.« (Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. S. 479).

allen herrschenden Ländern der ganzen Welt«. ⁶ Klare Vorstellungen aber, wie sich die nach ihrer Voraussicht in allen Ländern siegreich entfaltende proletarische Revolution staatlich organisieren würde, waren aus ihrer theoretischen Hinterlassenschaft nicht herauszulesen.

Auch Lenin, in seinem Bemühen, marxistische Positionen auf die revolutionäre Situation seiner Zeit anzuwenden, blieb in seinen öffentlich geäußerten Vorstellungen zu diesem Problemkreis eher vage. Das breite Spektrum der von ihm entwickelten Vorstellungen belegt die über lange Zeit bestehende Unbestimmtheit der Ansichten. 1915 findet sich in seiner Polemik gegen die Losung der »Vereinigten Staaten von Europa« die Formulierung: »Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht aber Europas) sind jene staatliche Form der Vereinigung und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen«, die jedoch sogleich um die interessante Feststellung erweitert wird, daß dies nur gelte, »solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden, darunter auch des demokratischen, Staates geführt haben wird«. ⁷

Dem Verständnis der Oktoberrevolution als Zündfunke der Weltrevolution ⁸ entsprach die von Lenin in verschiedensten Zusammenhängen nach 1917/1918 entwickelte Vision einer »Weltrepublik der Sowjets«, ⁹ deren Entstehung und Entwicklung offenbar verstanden wurde als ein schrittweiser Zusammenschluß der nach siegreichen proletarischen Re-

6 Karl Marx/Friedrich Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 7. S. 248.

7 W. I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 21. S. 345. – Auf die hier erfolgte Verwendung des Begriffs »Staat« sowohl im Sinne »staatlicher Machtapparat« als auch »Nationalstaat« durch Lenin, der sich später bekanntlich entschieden hiergegen wandte (z. B. in »Staat und Revolution«), sei hier nur am Rande verwiesen.

8 Unmißverständlich in diesem Sinne ist z. B. die Erklärung Lenins in seinem Referat auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der werktätigen Kosaken am 1. März 1920: »Wir haben auch nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß unsere Revolution nur ein Anfang sein kann, daß sie nur dann siegreich zu Ende geführt werden kann, wenn wir in der ganzen Welt die gleiche Flamme der Revolution entzünden.« (W. I. Lenin: Referat auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der werktätigen Kosaken (1. März 1920). In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 30. S. 374f.).

9 W. I. Lenin: Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine anlässlich der Siege über Denikin (Dezember 1919). In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 30. S. 283: »Wir erstreben die engste Vereinigung und völlige Verschmelzung der Arbeiter und Bauern aller Nationen der Welt zu einer einheitlichen Welt-Sowjetrepublik.«

volutionen entstehenden »Sowjetrepubliken« zur »künftigen einheitlichen internationalen Sowjetrepublik«. ¹⁰ Die Bildung der »Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken« (Ende 1922) aus verschiedenen im größten Teil des ehemaligen Russischen Reiches entstandenen Sowjetrepubliken fügt sich folgerichtig in ein solches Konzept ein.

Diese Konzeption wurde Bestandteil der programmatischen Vorstellungen der Kommunistischen Internationale. In dem vom VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1928) beschlossenen Programm heißt es dazu (in nicht zu übersehender Stalinscher Diktion): »Die *Diktatur des Weltproletariats* ist daher die notwendigste und entscheidende Vorbedingung des Überganges von der kapitalistischen Weltwirtschaft zur sozialistischen. Diese Diktatur kann jedoch nur durch den Sieg des Sozialismus in einzelnen Ländern oder Ländergruppen verwirklicht werden. Sie erfordert, daß die neuentstehenden proletarischen Republiken sich mit den bereits bestehenden verbünden, daß das Netz dieser Föderationen — das auch die das imperialistische Joch abwerfenden Kolonien mit einbezieht — ständig wächst und daß diese Föderationen schließlich zur *Union der Sozialistischen Rätorepubliken* der Welt werden, die den Zusammenschluß der Menschheit unter der Hegemonie des staatlich organisierten Weltproletariats verwirklicht.« ¹¹

Die sich aus solcher Sichtweise ergebenden Konsequenzen für das Verständnis des Wesens des proletarischen Internationalismus seien an dieser Stelle nur in aller gebotenen Kürze angedeutet. Auf eine eingehendere Erläuterung dieses für den hier zu behandelnden Gegenstand wichtigen Komplexes kann und muß aus Platzgründen verzichtet werden, zumal wichtige Aspekte weitgehend als allgemein bekannt vorausgesetzt werden können und deshalb hier keiner weiteren ausführlichen Darstellung bedürfen. Die von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest gewählte Formel, daß die »Arbeiter kein Vaterland haben«, ¹² mit der sie also den *Klasseninteressen* des Proletariats gegenüber seiner Eingebundenheit in einen konkreten nationalen Rahmen absolute Priorität zuma-

10 So ebenfalls Lenin in dem bereits zitierten »Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine ...« (siehe ebenda, S. 284).

11 Zitiert nach Die Kommunistische Internationale (Auswahl von Dokumenten). Hrsg. von der Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED. Berlin 1974 (im weiteren Die Kommunistische Internationale ...). Studienmaterial II. S. 134.

12 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. S. 479.

ßen, warf unter den Bedingungen des Sieges einer proletarischen Revolution in zunächst einem Lande unter anderen auch die Frage auf, wie sich der in diesem Lande errungene Sieg in den Gesamtkomplex der gemeinsamen (internationalen) Klasseninteressen einfügt. Eingeschlossen war hier also die Suche nach schlüssigen Antworten auf die Frage nach dem Verhältnis von weltrevolutionären Zielen (und Ansprüchen) zu dem nationalen Schauplatz des ersten errungenen Sieges. Oder, um es anders zu formulieren: welche Rolle spielt der in einem Lande zunächst erfochtene Erfolg für den weltrevolutionären Prozeß als Ganzes, wie sollen sich in der Politik der Sieger der ersten Revolution die weltweiten Interessen des Proletariats, unter deren Banner ja u. a. die Revolution vorangetrieben worden war, zu den im nationalen Rahmen erzielten Resultaten verhalten?

Um eben diese grundlegenden theoretischen Fragen entwickelten sich bekanntlich schwere Meinungsverschiedenheiten unter den Führern der Bolschewiki im Zusammenhang mit der praktischen Politik zur Festlegung einer gemeinsamen Haltung zum Brester Frieden (1918) sowie der Führung des polnisch-sowjetrussischen Krieges 1920/1921.

Auch hier muß mit Bedauern festgestellt werden, daß auf eine der Tragweite und dem Facettenreichtum der Problemstellung eigentlich angemessene ausführliche und differenzierende Erörterung aus Platzgründen verzichtet werden muß. Etwas undifferenziert vergrößert läßt sich feststellen, daß im Ergebnis intensiver Auseinandersetzungen sich schließlich eine Position als vorherrschend durchsetzte, der zufolge der Oktoberrevolution zwar eine wichtige Signalwirkung für den weltrevolutionären Prozeß zugeschrieben wurde, ihr wichtigstes und wirkungsvollstes Ergebnis allerdings im Entstehen eines Staates der realen Diktatur des Proletariats gesehen wurde. Dessen Sicherung, Erhalt und erfolgreiche Entwicklung dürfe nicht dem Risiko einer möglichen Niederlage beim Hinaustragen der Flamme der Revolution in Richtung Westen ausgesetzt werden. Existenzsicherung (auch unter Hinnahme weitreichender Kompromisse) und innere Festigung des aus der Revolution hervorgegangenen proletarischen Staates erhielt damit eindeutige Priorität. Der bildhafte Vergleich der proletarischen Revolution in Rußland als »Zündfunke« der Weltrevolution trat in den Hintergrund. Und je mehr sich in der Sowjetunion nach dem offensichtlichen Ausbleiben der »Zündwirkung« der Oktoberrevolution die wesentlich von Stalin geprägte Auffassung von einem möglichen dauerhaften Sieg des Sozialismus in einem Lande durchsetzte und auch in der Kommunistischen Internationale schließlich ungeteilt

herrschte, desto mehr traten andere Umschreibungen der Rolle der Sowjetunion für den weltrevolutionären Prozeß in den Vordergrund.

Bereits in den 1922 vom IV. Weltkongreß angenommenen »Thesen über die Taktik der Komintern« wird die Rolle Sowjetrußlands »als wichtiger Faktor der Weltrevolution« hervorgehoben. »Je mehr Sowjetrußland ökonomisch wieder aufersteht und erstarkt, um so mächtiger wird dieser hervorragendste revolutionäre Faktor der internationalen Politik an Einfluß wachsen.«¹³ In nachfolgenden einschlägigen Dokumenten finden sich Formulierungen wie »gigantischer Hebel der Weltrevolution«,¹⁴ »Basis«¹⁵ oder »Fundament der proletarischen Weltrevolution«.¹⁶

Der inneren Logik einer solchen theoretischen Konstruktion entsprachen die Aussagen über die Ziele von auf die gemeinsam zu erkämpfende Weltrevolution gerichteten revolutionären Aktivitäten der Kommunisten der Welt: neben dem Kampf gegen den »Klassenfeind« im Inneren des jeweiligen Landes traten entschiedene Aktionen zur Verteidigung und Festigung eben des »Fundamentes« und »wichtigsten Hebels der Weltrevolution«. Lenin forderte in den vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1920) angenommenen »Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale« die Pflicht, »jede Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlos zu unterstützen«.¹⁷

Das in der Kommunistischen Internationale durchgesetzte Verständnis der Oktoberrevolution als eines Sieges des internationalen Proletariats auf dem Wege des (nach dem seinerzeitigen Verständnis) unaufhaltsamen Voranschreitens des weltrevolutionären Prozesses hatte weitreichende Konsequenzen. Eine der besonders folgenreichen war zweifellos

13 Die Kommunistische Internationale ... Studienmaterial I. S. 164.

14 Aufruf des EKKI der Kommunistischen Internationale zum zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution (1927). In: Die Kommunistische Internationale ... Studienmaterial III. S. 97.

15 Über die internationale Lage und die Aufgaben der Sektionen der Kommunistischen Internationale. Thesen des XII. Plenums des EKKI (1932). In: Die Kommunistische Internationale ... Studienmaterial III. S. 41.

16 Über den Krieg im Fernen Osten und über die Aufgaben der Kommunisten im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die bewaffnete Intervention gegen die Sowjetunion. Resolution der XII Tagung des EKKI (1932). In: Die Kommunistische Internationale ... Studienmaterial III. S. 67.

17 W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. S. 198.

die Erweiterung des Verständnisses der Existenz der Sowjetunion als »Fundament«, »Faktor« und »Hebel« der Weltrevolution zum »wahren Vaterland des Proletariats«. ¹⁸ Dies lag voll in der Tradition der bereits vom III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1921) postulierten Existenz einer einheitlichen »Gruppierung der internationalen revolutionären Kräfte« (russische Sowjetföderation und III. Internationale). ¹⁹ Abgeleitet wurden hieraus die gegenseitigen Pflichten einerseits der UdSSR zur umfassenden Unterstützung der internationalen kommunistischen Bewegung und andererseits dieser zur rückhaltlosen Unterstützung und Verteidigung der Interessen der Sowjetunion, also die Identität der Interessen des Weltproletariats mit denen der bestehenden Sowjetunion. Festzulegen, was dabei Interesse der Sowjetunion und was Interesse der internationalen revolutionären Bewegung sei, wurde theoretisch der gemeinsamen Arbeit von UdSSR und Komintern, faktisch aber der Führung »der Basis« der Weltrevolution überantwortet. Die Arbeit der Komintern stand vollständig im Zeichen dieses grundsätzlichen theoretischen Verständnisses. Die Frage, ob es neben den auf die Entwicklung und Stärkung der Sowjetunion als »Vaterland der Werktätigen« und »Werkzeug« der revolutionären Bewegung der Welt spezifische Interessen der kommunistischen Weltbewegung, die auch in der Politik der Sowjetunion Berücksichtigung finden müßten, gäbe, wurde in der Komintern mit zunehmendem Ausbau der persönlichen Macht Stalins immer weniger bzw. schließlich überhaupt nicht mehr gestellt. Die fraglose Übernahme der von der damaligen sowjetischen Führung postulierten »Interessen« des Vaterlandes der Werktätigen als die zugleich höchsten Interessen der kommunistischen Weltbewegung erhielt axiomatischen Rang und wurde von den führenden Funktionären der der Komintern angehörenden Parteien zutiefst verinnerlicht.

Eine gleichermaßen aus einem solchen Verständnis der Rolle der Sowjetunion in dem und für den weltrevolutionären Prozeß erwachsende

18 Programm der Kommunistischen Internationale. In: Die Kommunistische Internationale ... Studienmaterial II. S. 156. – Stalin spricht in seiner Rede vom 5. Juli 1928 auf dem unmittelbar vor dem IV. Weltkongreß der Komintern tagenden Plenum des ZK der KPdSU(B) vom »Vaterland des Weltproletariats« (siehe J. W. Stalin: Über das Programm der Komintern. In: J. W. Stalin: Werke. Bd. 11. Berlin 1954. S. 133).

19 Thesen zur Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, angenommen vom III. Weltkongreß der KI, 1921. In: Die Kommunistische Internationale ... Studienmaterial I. S. 143.

folgeschwere Konsequenz war die nicht zuletzt auch aus innenpolitischen Gründen von Stalin stark forcierte nationalistische Komponente im sowjetischen Selbstbewußtsein und der damit verbundenen Politik. Vorhut der Erneuerung der Welt zu sein, als rückständiges Land die Zukunft der gesamten Menschheit zu gestalten (und zu verkörpern!), fortschrittlichste Lösungen auf allen Gebieten der Gestaltung der menschlichen Gesellschaft der Gegenwart und Zukunft erarbeitet und erkämpft zu haben — dies und die gesamte weitgefächerte Spannweite von Losungen und lobpreisenden Beschreibungen der Wirklichkeit des Sowjetlandes verbannten jeden Gedanken oder gar kritisch hinterfragende Zweifel an der Einzigartigkeit und Alternativlosigkeit der praktizierten Politik mehr und mehr in den Hintergrund. Der rüde und vernichtende Umgang mit »Oppositionellen«, Zweiflern und vermeintlichen Gegnern tat zweifellos ein Übriges.

Die in aller gebotenen Kürze skizzierten theoretischen Positionen fanden in der Realität ihre volle Widerspiegelung.

Die ersten territorialen Erweiterungen des weltrevolutionären Terrains erfolgten, voll auf der Linie der »Stärkung der Basis der Weltrevolution« und ihrer Verteidigung gegen die äußere Bedrohung, im Zusammenhang mit dem geheimen Zusatzprotokoll zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrag von 1939 gewissermaßen »folgerichtig« durch den Anschluß der »sowjetisierten« baltischen Staaten²⁰ an die bereits bestehende »Union von Sowjetrepubliken« 1940.

*

*

*

Im Zusammenhang mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wird u. a. auch in besonderem Maße deutlich, wie weitgehend sich in dem in der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden politischen Denken (und dies ist quasi identisch mit den gedanklichen Vorstellungen Stalins) Positionen grundlegend gewandelt haben.

20 Siehe dazu Gerhard Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation. Berlin 1990. – Michael Rosenbusch/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Schaulplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940. Berlin 1991.

Ist in den Positionen der Kommunistischen Internationale noch bis zum unmittelbaren Vorabend des Krieges der Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der Oktoberrevolution und den Perspektiven der Weltrevolution (mit den sich daraus ergebenden bereits kurz skizzierten Aufgaben) noch durchaus vorhanden, so ist in dem vorwiegend nach innen orientierten Theoriegebäude, das zu dieser Zeit die KPdSU(B) beherrscht, die Sicht auf die Existenz der sozialistischen Sowjetunion als untrennbarer Bestandteil der weltrevolutionären Bewegung in den Hintergrund getreten. Hatte sich anfänglich Stalin noch in den Auseinandersetzungen mit seinen politischen Gegnern auch auf diesem Gebiet als treuer Schüler Lenins präsentiert, wobei bereits frühzeitig die von Lenin vorwiegend im dialektischen Zusammenhang mit der Entwicklung des revolutionären Prozesses im Weltmaßstab angesprochene Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande von Stalin immer mehr aus diesem Zusammenhang gelöst und verabsolutiert wurde,²¹ so kann man spätestens seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre eindeutig die wachsende und schließlich alleinige Dominanz der bereits weiter oben festgestellten nationalistischen Komponente des Stalinschen Sozialismusbildes konstatieren. Belegt wird dies z. B. in der Verfassungsdebatte 1936, in der internationalistische Aspekte bestenfalls noch eine marginale Rolle spielen. Unter den neuen Triebkräften der Gesellschaft führt Stalin in hervorgehobener Weise den Sowjetpatriotismus an; die von ihm gerühmten allseitigen Errungenschaften der Sowjetordnung in der UdSSR werden mit dem Blick über die Grenzen hinaus nur noch unter dem Aspekt einer »Vorbildwirkung« gesehen.²² In dem von Stalin an den XVIII. Parteitag der KPdSU(B) (März 1939) erstatteten Rechenschaftsbericht kommen die Termini »Weltrevolution« oder »proletarischer Internationalismus« bezeichnender Weise überhaupt nicht mehr vor, von einem Zusammenwirken der internationalen kommunistischen Bewegung oder

21 Wichtige Hinweise hierauf gibt z. B. ein Vergleich der Position Stalins zu diesem Problem in dem von ihm 1924 geschriebenen und 1925 veröffentlichten Vorwort zu dem Buch »Auf dem Wege zum Oktober« (siehe J. W. Stalin: Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten. In: J. W. Stalin: Werke. Bd. 6. Berlin 1952. S. 320–358). – Siehe auch die bereits zitierten Passagen aus einer Rede Stalins auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B) zu der Programmdebatte der Komintern (siehe Anmerkung 18).

22 J. W. Stalin: Über den Entwurf der Verfassung der Union der SSR. Bericht auf dem Außerordentlichen VIII. Sowjetkongreß der UdSSR. In: J. W. Stalin: Fragen des Lenismus. Berlin 1950. S. 613–646.

einer irgendwie gearteten internationalen Bedeutung der Oktoberrevolution als Bestandteil eines einheitlichen weltrevolutionären Prozesses ist ebenfalls nicht mehr die Rede, weder andeutungsweise im Abschnitt über die internationale Lage und die Außenpolitik, noch an anderer geeigneter Stelle.

Welche Faktoren im einzelnen zu einem im Prinzip so dramatischen Paradigmenwechsel geführt haben, soll und kann hier nicht ausführlicher erörtert werden. Spekulationen gibt es dazu ohnehin genug. Von einem Zusammenspiel innerer und äußerer Faktoren ist in jedem Falle auszugehen.

Innenpolitisch muß wohl in erster Linie ein Zusammenhang mit den skrupellosen Stalinschen Aktivitäten zum Ausbau des Regimes seiner persönlichen Macht gesehen werden. Die Ausschaltung und Vernichtung potentieller Gegenspieler, was im Grunde fast die gesamte alte bolschewistische Parteilite betraf, erforderte die Schaffung einer neuen »Massenbasis«, deren Formierung und Einschwörung auf den »unfehlbaren Führer« durch das Hervorheben der nationalistischen Positionen im Gefüge des Selbstbewußtseins (und deren Einbettung in die Bilanz der persönlichen Erfolge und Verdienste des genialen Führers) nur befördert werden konnte.

Auf der anderen Seite führte mit Sicherheit das Ausbleiben der immer und immer wieder vorhergesagten proletarischen Revolution, ja selbst des Anschwellens der revolutionären Bewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern, wodurch schließlich nicht einmal das Anwachsen der als besonders bedrohlich empfundenen faschistischen Gefahr verhindert werden konnte, zu einem absoluten Vertrauensverlust Stalins in die Kraft der »Weltrevolution«. Der Rückzug auf die angesichts der steigenden Kriegsgefahr notwendiger denn je gewordene Aufgabe, die bedrohte Sowjetunion zu stärken und zu verteidigen, und dies vor allem mit eigener Kraft, erklärt zu einem guten Teil die Abkehr von der weltrevolutionären Bewegung.

Auf jeden Fall kann wohl mit Recht die Feststellung getroffen werden, daß um die Wende der dreißiger/vierziger Jahre die Sicherung der Existenz der Sowjetunion gegen einen drohenden Angriff absolute Priorität erreicht hatte. Nicht zuletzt auch angesichts des Wissens darum, daß letzten Endes die Vernichtung der militärischen Elite der UdSSR durch Stalin selbst das Verteidigungspotential des Landes dramatisch verringert hatte. Zum Zeitpunkt des Überfalls Hitlerdeutschlands gab es in der maßgeblichen Führung der Sowjetunion keinen nennenswerten

Gedanken an Zusammenhänge zwischen der Existenz der Sowjetunion und Perspektiven des weltrevolutionären Prozesses, aber auch keinerlei Hoffnung auf in irgendeiner Weise wirksame Aktivitäten oder Aktionen des internationalen Proletariats zur Abwendung der drohenden Gefahren oder zum Schutze des »Vaterlandes der Werktätigen«. Das bedrohte und zu verteidigende »Vaterland« war *stricto sensu* die »unzerstörbare Union« der Sowjetrepubliken. Der dem Sowjetland aufgezwungene Krieg wurde nicht mehr als Bestandteil einer internationalen Klassenauseinandersetzung, des Kampfes der Weltbourgeoisie gegen das zu neuen Ufern aufbrechende internationale Proletariat, sondern als Krieg gegen das Sowjetvolk betrachtet. In der nach dem tagelangen »lähmenden Schock«²³ an das sowjetische Volk am 3. Juli 1941 gerichteten Ansprache proklamierte Stalin den »Vaterländischen Volkskrieg« gegen die faschistischen Aggressoren, der zugleich darauf gerichtet sei, allen europäischen Völkern in ihrem Kampf »für ihre Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten« zu helfen.²⁴

Damit ist eine außenpolitische Neuorientierung offenkundig. Es sei hinzugefügt, daß mit dieser Feststellung zunächst keinerlei Wertung oder tiefere Analyse der Ursachen verbunden werden soll. Dies würde eine den hier gegebenen Rahmen vollständig sprengende eingehende Untersuchung eines sehr vielschichtigen Fragenkomplexes erfordern, so daß es an dieser Stelle lediglich bei der nüchternen Feststellung als solcher bleiben soll.

Der ideologische Rückzug von den Positionen des proletarischen Internationalismus im Leninschen Sinne (also stete Beachtung des unzerstrenlichen Zusammenhangs zwischen der vollzogenen Revolution in einem Lande und der internationalen weltrevolutionären Bewegung des Proletariats) auf den Standpunkt einer »gewöhnlichen« Großmacht, die unter dem Gesichtspunkt der Sicherung ihrer Existenz und ihres darauf gerichteten internationalen Gewichtes und Einflusses ihre »staatlichen (nationalen) Interessen« definiert, charakterisiert die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik unter den Bedingungen der drohenden Kriegsgefahr und der erfolgten hitlerfaschistischen Aggression. Von Hilfe für die ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen in ihrem Kampf gegen

23 Siehe dazu Dmitri Wolkogonow: Triumph und Tragödie. Politisches Porträt des J. W. Stalin. Berlin. 1990. Bd. 2/I. S. 137–154.

24 J. W. Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Moskau 1946. S. 13.

die Ausbeuterklassen und für die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist in keiner Weise mehr die Rede. Als wichtige außenpolitische Ziele der UdSSR werden allgemein die Herstellung gut-nachbarlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu unabhängigen, lebensfähigen und demokratischen Nachbarstaaten proklamiert.

Bereits am 3. Juli 1941 erteilte das sowjetische Außenministerium dem sowjetischen Botschafter in London, Maiski, telegrafisch den Auftrag, in bevorstehenden Verhandlungen für die Wiederherstellung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sowie für die Schaffung eines »unabhängigen polnischen Staates in nationalen Grenzen« einzutreten, »wobei die sowjetische Regierung die Frage nach dem Charakter des staatlichen Regimes Polens als innere Angelegenheit der Polen selbst betrachtet«.²⁵ Auch hinsichtlich des Charakters des staatlichen Regimes in der Tschechoslowakei und Jugoslawien wird dessen Gestaltung als »ihre innere Angelegenheit« unterstrichen.

Die hier definierte Haltung zur Frage der Existenz eines unabhängigen polnischen Staates, die auch in der Folgezeit bestimmend bleibt, belegt in besonders gravierender Weise die »Wandlungsfähigkeit« der sowjetischen Politik dieser Zeit und unter den damaligen Bedingungen der akuten Bedrohung der staatlichen Existenz der Sowjetunion. Bekanntlich hatte die sowjetische Seite kurz zuvor im geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 die Frage, »ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen«, nicht nur offen gelassen, sondern durch die Vereinbarung von beiderseitigen Interessensphären »für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete« de facto definitiv verneint.²⁶ Mehr noch, in der Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR vom 31. Oktober 1939 zur Begründung des am 28. September 1939 abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrages über Freundschaft und

25 Zitiert nach Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich. Bd. VII: Styczeń 1939 – grudzień 1943. Warszawa. 1973. Dok. 127. S. 221. – Siehe dazu auch V. K. Volkov: U istokov koncepcii »socialističeskogo lagerja«. In: L. Ja. Gibianskij (Otv. red.): U istokov »socialističeskogo sodruž estva«: SSSR i vostočnoevropejskie strany v 1944 – 1949 gg. Moskau 1995 (im weiteren V. K. Volkov: U istokov koncepcii »socialističeskogo lagerja« ...). S. 11.

26 Zitiert nach Gerhard Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentationen. Berlin 1990. S. 199.

die Grenze zwischen der UdSSR und Deutschland hatte der sowjetische Außenminister Molotow in skandalöser Weise seiner Genugtuung über das Verschwinden Polens als eines »mißgestalteten Geschöpf(es) des Versailler Vertrages« Ausdruck verliehen.²⁷

Es ist festzustellen, daß in diesem Zeitraum nicht etwa nur offizielle Stellungnahmen gegenüber potentiellen Verbündeten oder Gegnern (gewissermaßen als Zugeständnis an die Notwendigkeit, mit ungeliebten klassenfremden Partnern zur Sicherung der bedrohten Existenz des eigenen Landes in deren gewohnter Sprache umzugehen), sondern auch die interne diplomatische Korrespondenz, etwa zwischen dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten und den sowjetischen Vertretern in den westeuropäischen Hauptstädten, von einer Diktion geprägt werden, die eindeutig imperiales Großmachtdenken und daraus abgeleitete »staatliche Interessen« widerspiegelt.

Ausgangspunkt ist nicht mehr die Vorstellung, die Existenz des ersten sozialistischen Staates durch revolutionäre Umwälzungen in den Nachbarstaaten bzw. den Ton angehenden führenden kapitalistischen Staaten des Westens (und deren schließlichen Anschluß an eine »Weltrepublik der Sowjets«) zu festigen bzw. zu sichern. Als bestimmende Zielsetzung setzt sich mehr und mehr die Konzeption durch, weitestgehend unabhängig von Erwägungen über die Weltrevolution und deren Zusammenhang mit dem in der UdSSR erreichten Sieg des »revolutionären Proletariats« vorrangig existenzsichernde Garantien für die Sowjetunion durch die Schaffung eines Gürtels unabhängiger »befreundeter« Staaten zu schaffen, auf deren innere Ordnung und internationale Einbindung aktiv Einfluß zu nehmen ist.

Als wesentlicher Faktor für die Sicherung eines solchen Einflusses wird dabei die Existenz und Wirksamkeit von Parteien betrachtet, die der Kommunistischen Internationale angehören, sich aber unter der Wirkung neuer Bedingungen stärker als nationale Kräfte profilieren und als solche im Verbund mit anderen als fortschrittlich betrachteten politischen Gruppierungen einen entsprechenden außenpolitischen Kurs der jeweiligen Staaten garantieren.

27 Wjatscheslaw Molotow: Über die Außenpolitik der Sowjetunion. Bericht des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR und Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten auf der außerordentlichen fünften Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. Oktober 1939. Moskau 1939. S. 6.

In diesen politischen Kurs ordnet sich die von Stalin persönlich angeordnete Auflösung der Kommunistischen Internationale im Mai 1943 ein. Er selbst »präzisierte« bekanntlich die im Beschluß des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 15. Mai 1943 gegebene ausführliche Begründung²⁸ des vollzogenen Schrittes in seiner Antwort auf die Frage des Vertreters der britischen Nachrichtenagentur Reuter am 23. Mai 1943 wie folgt:

»Die Auflösung der Kommunistischen Internationale ist richtig, denn

a) sie entlarvt die Lüge der Hitlerleute, daß »Moskau« angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu »bolschewisieren«. Dieser Lüge ist nunmehr ein Ende gemacht worden.

b) Sie entlarvt die Verleumdung seitens der Gegner des Kommunismus in der Arbeiterbewegung, daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder angeblich nicht im Interesse ihres eigenen Volkes, sondern auf Befehl von außen handelten. Dieser Verleumdung ist nunmehr ebenfalls ein Ende gemacht worden.

c) Sie erleichtert die Arbeit der Patrioten der freiheitsliebenden Länder zur Vereinigung der progressiven Kräfte ihrer Länder - unabhängig von deren Parteizugehörigkeit und religiöser Überzeugung - zu einem einheitlichen nationalen Freiheitslager zwecks Entfaltung des Kampfes gegen den Faschismus.

d) Sie erleichtert die Arbeit der Patrioten aller Länder zur Vereinigung aller freiheitsliebenden Völker zu einem einheitlichen internationalen Lager für den Kampf gegen die Gefahr der Weltherrschaft des Hitlerfaschismus, und macht dadurch den Weg frei für die zukünftige Organisierung des Freundschaftsbundes der Völker auf der Grundlage ihrer Gleichberechtigung.

Ich glaube, daß alle diese Umstände zusammengenommen dahin führen werden, daß die Einheitsfront der Verbündeten und der übrigen vereinigten Nationen in ihrem Kampf für den Sieg über die Hitler Tyrannie sich weiter festigen wird.«²⁹

In der schwierigen Suche nach einer eindeutigen Antwort auf die theoretisch in diesem Zusammenhang auch zu stellende Frage, ob mit

28 Abgedruckt u. a. in: Kommunistische Internationale ... Studienmaterial III. S. 98 bis 100.

29 Zitiert nach J. W. Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Moskau. 1946. S. 120.

diesen Entwicklungen und Erklärungen wirklich ein grundsätzlicher Wandel der Konzeption verbunden ist oder ob es sich »nur« um den Versuch handelt, in einer außenpolitisch schwierigen Situation aus taktischen Gründen (etwa der Verifizierung der Bündnisfähigkeit) die Öffentlichkeit zu täuschen, spricht nach gründlicher Analyse einer Vielzahl jüngst veröffentlichter Materialien sowie unter Berücksichtigung der tatsächlichen politischen Praxis der UdSSR in jener Zeit nach meiner Einschätzung vieles dafür, daß von einem raffinierten Täuschungsmanöver der Öffentlichkeit und der Bündnispartner nicht die Rede sein kann.

Auch interne Analysen z. B. des außenpolitischen Apparates der USA über die Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit der Bündnistreue der UdSSR gingen davon aus, daß die in den offiziellen Erklärungen Stalins und der diplomatischen Vertreter der UdSSR zum Ausdruck kommende neue Sicht der Sowjetunion auf ihre Rolle in der internationalen Politik als ernstzunehmende und bestimmende Grundlage der Außenpolitik der UdSSR zu betrachten ist.³⁰

Wie weit sich dieses neue Selbstverständnis der Sowjetunion als »normale« Großmacht im Konzert der Mächte, die ihre Interessen vorrangig als »nationale« Interessen (und nicht mehr als Anwalt und Vorposten des internationalen Proletariats in seinem Kampf gegen die weltweite Herrschaft des Kapitals) definiert und in einer so fundierten Einflußnahme auf die Gestaltung der internationalen Lage durchzusetzen versucht, nicht auf Stalin und den engeren politischen Führungszirkel begrenzt blieb, sondern von den außenpolitischen Vordenkern und Experten voll verinnerlicht und aktiv mitgestaltet wurde, belegt in an Deutlichkeit nichts vermissen lassender Weise eine Denkschrift I. M. Maiskis, seinerzeit Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, vom 10. Januar 1944 über »Fragen des zukünftigen Friedens und der Nachkriegsordnung«,³¹ gerichtet an W. M. Molotow, die außerdem

30 Siehe dazu ausführlicher V. K. Volkov: U istokov koncepcii socialističeskogo lagerja ... S. 13–15.

31 Zapiska rukovoditelja komisii narodnogo komissariata inostrannyh del (NKID) SSSR po vozmeščeniju uščerba, nanesennogo Sovetskomu Sojuzu gitlerovskoj Germaniej i ee sojuznikami, I. M. Majškogo, narodnomu komissaru inostrannyh del, V. M. Molotovu, po voprosam buduščego mira i poslevoennogo ustrojstva. 10 janvarja 1944 g. In: Sovetskij faktor v Vostočnoj Evropi. 1944 – 1953 gg. Zwei Bände. Bd. 1. Moskau 1999 (im weiteren Majškij-Denkschrift ...). S. 23–48 (siehe auch den Nachdruck dieses Dokuments im hier vorliegenden Band S. 169ff.).

J. Stalin, K. Woroschilow, A. Mikojan, L. Berija, M. Litwinow und W. Dekanosow zugeleitet wurde.³²

In der Denkschrift, in der Maiski als »konkretes Ziel der Außenpolitik der UdSSR« für die Nachkriegszeit die »Schaffung einer solchen Situation« definiert, »in der im Laufe einer längeren Zeit die Sicherheit der UdSSR und die Erhaltung des Friedens, zumindest in Europa und Asien, garantiert ist«,³³ spielen »proletarisch-internationalistische« Ziele, wie sie etwa für Lenins Denken prägend waren, de facto keine Rolle. Sozialistische Revolutionen in kapitalistischen Ländern werden mehr oder weniger am Rande lediglich als eine der ganz unwahrscheinlichen Möglichkeiten erwähnt, die zwar die internationale Lage der UdSSR günstig gestalten würden, praktisch aber außerhalb ernsthafter Erwägungen in diesem Zusammenhang bleiben könnten. Die ansonsten ausführlich entwickelten Überlegungen zielen hingegen darauf, eine internationale Nachkriegssituation zu gestalten, die es der UdSSR gestattet, ihre Interessen weitestgehend »ungestört« zu realisieren. Dazu gehören neben der Beschränkung der Macht Deutschlands und Japans die Schaffung eines Gürtels selbständiger, jedoch nicht zu starker Nachbarstaaten, die, durch Verträge verschiedenster Art mit der UdSSR verbunden, der Sowjetunion einen dominierenden Einfluß auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse und der Außenpolitik ermöglichen, die Sicherung der Stellung der UdSSR als stärkste landgestützte Militärmacht Europas (z. B. durch gezielte Beschränkung der Macht Frankreichs), die Verhinderung der Entstehung von Föderationen europäischer Staaten als potentielle Faktoren der Einschränkung der politischen Dominanz der UdSSR in Europa, Zugang zum Persischen Golf und Sicherung der Präsenz der UdSSR an der Atlantikküste, Sicherung von Einfluß in (im Einzelnen näher begründeten) Interessengebieten der UdSSR weltweit, um hier nur einige Problemkreise anzudeuten. Eingebunden in die in der Denkschrift Maiskis als Denkanstoß für die sowjetische Führung entwickelte Konzeption ist die Vorstellung, gewissermaßen als normale Konsequenz aus dem gemeinsamen Kampf der Alliierten gegen Hitlerdeutschland und der sich darin manifestierenden Position der UdSSR als »Gleiche unter Gleichen« im Konzert der Großmächte, sich für den notwendigen Wiederaufbau der schwer geschädigten Wirtschaft in der Sowjetunion der aktiven Un-

32 Ebenda. S. 48.

33 Ebenda. S. 23.

terstützung und Hilfe vor allem der USA und Großbritanniens zu versichern.³⁴

Es würde den Rahmen des hier zu behandelnden Themenkreises sprengen, die für die sowjetische Nachkriegspolitik als grundlegendes Strategiepapier insgesamt überaus wichtige Maiski-Denkschrift vom 10. Januar 1944 an dieser Stelle einer ausführlicheren Analyse zu unterziehen.³⁵ Unverzichtbar erscheint mir jedoch im Zusammenhang mit der Betrachtung der sowjetischen Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten in der Nachkriegszeit der ausdrückliche Verweis auf Kernaussagen im Abschnitt 19 der Denkschrift (»Die staatliche Ordnung in den Feind- und gegenwärtig vom Feind okkupierten Ländern«) zu sein. Dort heißt es: »Die UdSSR ist daran interessiert, daß die staatliche Ordnung in den genannten Ländern nach dem Krieg auf den Prinzipien einer *breiten Demokratie* im Sinne der Ideen der Volksfront beruht. Es gibt Grund zu der Annahme, daß in solchen Ländern wie Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und der Tschechoslowakei diese Prinzipien ohne irgendwelchen Druck von außen eine hinreichende Verwirklichung finden werden. Anders verhält sich die Angelegenheit in solchen Ländern wie Deutschland, Italien, Japan, Ungarn, Rumänien, Finnland, Bulgarien, Polen, Jugoslawien, Griechenland, Albanien: Hier müssen möglicherweise für die Schaffung wirklich demokratischer Regime unterschiedliche Maßnahmen der Einflußnahme von außen in Gang gesetzt werden, d. h. in erster Linie seitens der UdSSR, der USA und Englands. Vor einer solchen »Einmischung in innere Angelegenheiten« anderer Nationen sollte man nicht Halt machen, denn Demokratie in der staatlichen Ordnung der Länder ist eine der wesentlichsten Garantien eines dauerhaften Friedens, und eine grundlegende Aufgabe der Verbündeten nach dem jetzigen Kriege muß die Errichtung eines neuen, effektiveren Systems der Sicherheit in Europa sein, ja auch über die Grenzen Europas hinaus. Natürlich sollten in jedem einzelnen Lande die örtlichen Gegebenheiten und Traditionen beachtet und taktische, dem Geist des jeweiligen Landes entsprechende Methoden der Einflußnahme angewandt werden — dieser Aufgabe auszuweichen wird jedoch unmöglich sein.«³⁶

34 Siehe dazu insbesondere ebenda. S. 39f.

35 Siehe dazu in diesem Band ...

36 Majjskij-Denkschrift ... S. 36.

*

*

*

Daß es sich bei der erwähnten Denkschrift des hochrangigen sowjetischen Diplomaten I. M. Maiski nicht um ein abwegiges Elaborat eines subalternen Funktionärs, sondern in der Tat offensichtlich um ein die Denkhaltungen der Führungsspitze widerspiegelndes und, von diesen ausgehend, wichtige Anregungen enthaltendes und vermittelndes Strategiepapier von weitreichender Bedeutung handelte, belegt die Nachkriegspraxis der sowjetischen Außenpolitik.

Sowohl die bekannten Positionen der UdSSR auf den Konferenzen der Alliierten zur Regelung der Nachkriegsfragen wie auch die bereits umfassend untersuchte und beschriebene Politik der Sowjetunion gegenüber den osteuropäischen Staaten³⁷ und nicht zuletzt insbesondere seit Beginn der neunziger Jahre in großer Zahl veröffentlichte ehemals geheime Dokumente³⁸ belegen m. E. in überzeugender Weise, daß sich in der Zielstellung der UdSSR für die Gestaltung ihrer auswärtigen Beziehungen in den ersten Nachkriegsjahren ein grundlegender Wandel vollzogen hatte. Dabei sei dahingestellt, inwieweit es in dieser Frage zeitweilig wirklich bemerkenswerte Unterschiede in der Sichtweise einzelner Mitglieder der sowjetischen Partei- und Staatsführung gegeben hat.³⁹ Aus

37 Aus der Fülle der vorhandenen Literatur zu dieser Problematik ist unter dem hier behandelten Blickwinkel besonders zu verweisen auf Henryk Bartoszewicz: *Polityka Związku Sowieckiego wobec Europy Środkowo-Wschodniej przed Konferencją w Jałcie* (Lipiec 1944 – Styczeń 1945). In: *Studia z Dziejów Rosji i Europy Środkowo-Wschodniej*. Bd. XXXI. S. 77–92. – L. Ja. Gibianskij (otv. red.): *U istokov »socialističeskogo sodru·estva«: SSSR i vostočnoevropejskie strany v 1944–1949 gg.* Moskau 1995. 209 S. – W³odzimirz Borodziej: *Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby. Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1947*. London 1990. 376 S.

38 Verwiesen sei hier neben der bereits zitierten Dokumentenpublikation *Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope. 1944 – 1953 gg.* Zwei Bände. Moskau 1999 insbesondere auf die Dokumentenbände *Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov. 1944 – 1953 gg.* Zwei Bände. Moskau-Nowosibirsk 1997–1998.

39 So spricht die polnische Historikerin Krystyna Kersten z. B. ohne detailliertere Angaben von unterschiedlichen Positionen Molotows und Stalins im Jahre 1943 hinsichtlich der wünschenswerten Eingliederung Polens in die UdSSR als Sowjetrepublik bzw. der Existenz eines unabhängigen polnischen Staates, die sie als »Pseudomeinungsverschiedenheit« charakterisiert, deren Ziel es gewesen sei, im Sinne einer von Stalin des öfteren angewandten Methode, die Weltöffentlichkeit über die wahren Ziele der sowjetischen Politik zu täuschen. Ungeachtet dieses etwas spekulativen Hin-

meiner Sicht spricht vieles dafür, daß die in der Maiski-Denkschrift zusammengefaßte Sicht auf die Ziele der sowjetischen Außenpolitik in der Nachkriegszeit, d. h. der Übergang vom Selbstverständnis der Sowjetunion als des Hortes und des wesentlichen Motors der Weltrevolution zur Konzeption einer »normalen« imperialen Großmachtpolitik mit dem Ziel der Sicherung spezifischer »nationaler« Interessen, sich zur bestimmenden Konzeption des außenpolitischen Denkens der sowjetischen Führung entwickelt hatte. Und zwar nicht mehr nur als Reaktion auf die aktuelle Bedrohung der Existenz der UdSSR in der schweren Zeit der ersten Kriegsjahre, sondern als verbindliche Plattform für die langfristige Gestaltung der Rolle der Sowjetunion als gleichberechtigter Partner im Konzert der Großmächte.

Die maßgebliche Linie sowjetischer Außenpolitik, insbesondere gegenüber den unmittelbaren osteuropäischen Nachbarn, war offensichtlich zunächst vorrangig darauf gerichtet, der Sowjetunion günstigste Bedingungen für die Überwindung der enormen Kriegsverluste und eine ungefährdete internationale Stellung als Großmacht mit spürbarem Einfluß auf den Gang der Entwicklung in der gesamten Welt zu sichern.

Neben den Wiedergutmachungsleistungen aus den Ländern der Achsenmächte wurde dabei auch eine spürbare Unterstützung seitens der Verbündeten in der Antihitlerkoalition für den Wiederaufbau in der Nachkriegssowjetunion in erheblichem Umfang ins Kalkül gezogen.⁴⁰ Daß diese Erwartung an den Charakter der Nachkriegsbeziehungen zwischen der UdSSR einerseits und den USA sowie Großbritanniens andererseits gebunden sein würde, daran konnte seitens der sowjetischen Politik nicht der geringste Zweifel bestehen. Maiski faßt diese Erkenntnis präzise wie folgt zusammen:

»Wenn die erste Nachkriegsperiode zur Entfaltung proletarischer Revolutionen in Europa führt, so werden die Beziehungen zwischen der UdSSR auf der einen und den USA und England auf der anderen Seite zwangsläufig einen gespannten und sogar scharfen Charakter annehmen. Der Grundwiderspruch Kapitalismus – Sozialismus wird in den Vorder-

weises auf die Motivation geht aber auch Kersten davon aus, daß die sowjetische Führung zu diesem Zeitpunkt definitiv von der Doktrin der Weltrevolution Abstand genommen hat (siehe Krystyna Kersten: *Narodziny systemu władzy. Polska 1943–1948*. Poznań. 1990. S. 19).

40 Siehe Majskij-Denkschrift ... S. 39.

grund treten. Besonders deutlich wird sich dieser Widerspruch in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA zeigen, denn in diesem Falle werden diese beiden Länder die Gegenpole der sozialen Spannung sein. Wenn es jedoch in naher Zukunft in Europa keine proletarischen Revolutionen geben wird, dann gibt es auch keinen Grund zu der Erwartung, daß die Beziehungen zwischen der UdSSR, auf der einen Seite, und den USA und England, auf der anderen Seite, schlecht sein werden. Die UdSSR ist an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den USA und England interessiert, ausgehend sowohl von den Belangen der wirtschaftlichen Wiederherstellung nach dem Kriege als auch von den Erfordernissen der Sicherung des Friedens, wofür die Zusammenarbeit beider genannter Länder im höchstem Maße erforderlich ist.«⁴¹

Aus meiner Sicht ordnen sich die »Besonderheiten« der Politik der Sowjetunion gegenüber den späteren Volksdemokratien in Mittel- und Südosteuropa in den ersten Nachkriegsjahren, die vielfach Irritationen und heftige Meinungsverschiedenheiten ausgelöst haben, völlig paßgerecht in eine solche Konzeption ein. Es kann davon ausgegangen werden, daß es der UdSSR in der Gestaltung ihrer Beziehungen zu den kleinen Nachbarstaaten zunächst nicht vordergründig um deren »Sowjetisierung« gegangen ist, sondern um (notfalls auch sehr rigorose) Sicherung eines bestimmenden Einflusses auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse und der auswärtigen Beziehungen dieser Staaten im Sinne der Schaffung von Garantien für deren Wohlverhalten gegenüber der Sowjetunion als der unstrittigen »Führungsmacht« im östlichen Europa — und als solcher einer einflußreichen Großmacht im internationalen Maßstab.

Die Dämpfung des »revolutionären Elans« in den Nachbarländern, die nachdrückliche Orientierung der an der Macht in diesen Ländern maßgeblich beteiligten kommunistischen Parteien auf eine Politik breiter politischer Bündnisse (unter Zurückstellung aller Forderungen nach schnellstmöglicher »sozialistischer Umgestaltung«) mit kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kräften, die von der Sowjetunion geförderte Suche nach Wegen einer »neuen Demokratie« und einer langfristigen Orientierung auf einen nationale Besonderheiten berücksichtigenden Weg gesellschaftlicher Umgestaltungen in Richtung eines »nichtsowjetischen« Sozialismusmodells waren bestimmende Faktoren der Entwicklung in den unter

41 Ebenda. S. 46.

dominierendem sowjetischen Einfluß stehenden osteuropäischen Ländern in einer kurzen unmittelbaren Nachkriegsperiode.

Die Realität der historischen Entwicklung in dieser Region entsprach im wesentlichen den oben kurz skizzierten strategischen Optionen der sowjetischen Nachkriegspolitik. Die Details sind für die einzelnen Länder ausführlich beschrieben, auch die Tatsache, daß Stalin persönlich sich in Gesprächen mit führenden Politikern dieser Länder als »Bremsen« der Sowjetisierung und des »sozialistisch-revolutionären Ungestüms« gab.⁴²

Erst als aus dem Verlauf der Entwicklung der internationalen Beziehungen in der Nachkriegszeit ersichtlich wurde, daß alle Erwartungen in Richtung Stabilität und Dauerhaftigkeit der kooperativen Phase der Antihitlerkoalition sich nicht erfüllten, vollzog sich eine radikale Veränderung der Konzeption der UdSSR für die Gestaltung ihrer Beziehungen zu den benachbarten Staaten Mittel- und Südosteuropas.

Es ist hier nicht der Ort, Ursachen und Hintergründe des beginnenden Übergangs von der Kooperation der Mächte der Antihitlerkoalition zur schrittweisen Vertiefung der Meinungsverschiedenheiten und zur vollen Entfaltung des Kalten Krieges ausführlich zu analysieren.⁴³ Aus den vorliegenden Untersuchungen ergibt sich hingegen unter dem für die hier behandelte Fragestellung wichtigen Blickwinkel mehr oder weniger deutlich, daß die sowjetische Seite noch für längere Zeit ein ausgeprägtes Interesse daran hatte, ihrerseits weitgehend politische Aktivitäten zu vermeiden, die zu einer dramatischen Zuspitzung der Spannungssituation

42 Siehe Bericht Klement Gottwalds über ein Gespräch mit Stalin im Juli 1946. In: Přispívky k dějinám KSĚ. Prag (1964)I. S. 13. – Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß sowohl dieser Bericht als auch entsprechende Passagen aus dem Referat Gottwalds auf dem September-Plenum des ZK der KPTsch (1946) in den Ausgaben der Schriften Gottwalds aus den fünfziger Jahren nicht enthalten sind (siehe Gabriel Kolko: Das Jahrhundert der Kriege. Frankfurt am Main 1999. S. 245–284).

43 Diese wichtige Phase der Entwicklung der internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg ist in der Literatur umfassend untersucht worden, ohne daß sich dazu eine einheitliche Auffassungen herausgebildet hätten. Verwiesen sei hier lediglich auf einige wenige Publikationen, u. a. wegen der in ihnen enthaltenen Dokumente Walter LaFeber (Ed.): The Origins of the Cold War. 1944 – 1947. A Historical Problem with Interpretations and Documents. New York u. a. 1971. 172 S. – Bernd Greiner/Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation. Köln 1980. 289 S. – Karl Drechsler: Die USA zwischen Antihitlerkoalition und Kaltem Krieg. Berlin 1986. 426 S. – V. S. Lel'čuk/E. I. Pivovarov (Red.): SSSR i choldnaja vojna. Moskau 1995. 319 S.

führen könnten.⁴⁴ Dabei sei dahingestellt, ob nach wie vor noch bestehende Erwartungen wirksamer ökonomischer Hilfe seitens der Westmächte oder aber die Einsicht in die eigene militärische Unterlegenheit angesichts des zeitweilig bestehenden Atomwaffenmonopols der USA (oder noch andere Beweggründe, wie etwa mangelndes Vertrauen in die Kraft der mit der UdSSR verbundenen politischen Kräfte in den mittel- und südosteuropäischen Ländern) im Vordergrund der Motivation dafür standen. Wann genau und aus welchen Erwägungen im Einzelnen heraus es dann gegen Ende 1947/Anfang 1948 zu einer radikalen Veränderung der sowjetischen Politik gegenüber den unter ihrem dominierenden Einfluß stehenden mittel- und osteuropäischen Ländern kam, läßt sich aus den bisher veröffentlichten umfangreichen Materialien nicht eindeutig bestimmen. Dafür, daß es einen deutlichen Wandel der Konzeption gegeben hat, spricht jedoch tatsächlich vieles.⁴⁵

Eine Schlüsselrolle spielen dabei die unmittelbare Vorgeschichte und Gründung des Kommunistischen Informationsbüros im Herbst 1947 in Szklarska Poręba.⁴⁶ Der in diesem Zusammenhang sichtbar gewordene

44 Siehe Gabriel Kolko: Das Jahrhundert der Kriege. Frankfurt am Main 1999. S. 253f. – Auch in den Anfängen des Konflikts zwischen der KPdSU und dem BdKJ spielen diese Aspekte eine erhebliche Rolle. Siehe dazu u. a. L. Ja. Gibianskij/V. K. Volkov: Na poroge pervogo raskola v »socialističeskoj lagere«: peregovory rukovodjaščich dejatelej SSSR, Bol'garii i Jugoslavii. 1948 g. In: Istoričeskij archiv. Moskau (1997)4. S. 92–123.

45 Diese Frage spielt auch in dem Anfang 2003 von Harald Neubert herausgegebenen Buch des russischen Autors W. K. Wolkow über die sowjetische Osteuropa-Politik in der Nachkriegszeit eine Rolle. Der von Wolkow vertretenen These eines ungebrochenen Bestrebens der sowjetischen Außenpolitik in Richtung »Sowjetisierung« und Schaffung eines »sozialistischen Lagers« stellt der Herausgeber in seiner Einleitung die berechtigte Frage entgegen, »ob es sich dabei — aus der Sicht Stalins — vorrangig um die Fortführung der ursprünglich deklarierten ›Weltrevolution‹ handelte oder vornehmlich um die geplante Bildung einer vorgelagerten Sicherheits- und Einflußzone mit abhängigen Staaten, also Satelliten«, die m. E. eindeutig im Sinne der letztgenannten Variante zu beantworten wäre. – Siehe Harald Neubert: Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940–1968. Berlin 2003 (im weiteren Harald Neubert: Stalin wollte ein anderes Europa ...). S. 10. – Siehe dazu auch Zbigniew K. Brzezinski: Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt. Köln-Berlin 1962. S. 67f. – François Fejtő: Die Geschichte der Volksdemokratien. Bd. 1. Graz. u. a. 1972. S. 137.

46 Jüngere russische und polnische Publikationen geben dazu umfassende Einblicke, insbesondere Soveščanija Kominforma 1947, 1948, 1949: Dokumenty i materialy. [Red. G. M. Adibekov u. a.]. – Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii: <Moskva> Kongress: Cominform Conference 1: 1947.09.22–28 – Cominform Conference 2: 1948.06.19–23 – Cominform Conference 3: 1949.

Übergang der sowjetischen Führung zur Konzeption der Spaltung der Welt in zwei antagonistische Lager (nach Shdanow »das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits«⁴⁷) hatte eine veränderte Politik der UdSSR gegenüber den von ihr bereits ohnehin abhängigen Staaten der Region zur Folge. Stalin und seine unmittelbare Umgebung sahen offensichtlich angesichts der sich rapide verschärfenden internationalen Spannungen und des zunehmenden Drucks der Westmächte in Richtung Eingrenzung des sowjetischen Einflusses (mit allen sich daraus unmittelbar ergebenden Gefahren für die eigene Sicherheit) in der rigorosen Ausschaltung von Unsicherheiten und potentiellen Gefahrenherden im eigenen Einflußbereich sowie in der gleichermaßen rigorosen Stärkung des eigenen militärischen Potentials die wirksamsten Gegenmittel für die neue Bedrohung.

Die mit diesem tiefen Einschnitt in der Geschichte Mittel- und Südosteuropas 1947/1948 verbundenen Folgen, vor allem auch in der innenpolitischen Entwicklung der Länder, sind hinlänglich bekannt. Unter dem hier behandelten Blickwinkel auf die Staatenbeziehungen innerhalb des »sozialistischen Lagers« ist an erster Stelle hervorzuheben, daß jeder Gedanke an die von Lenin ursprünglich vorhergesehene »Mannigfaltigkeit« oder »Vielfalt« der Entwicklungswege, die auch kurzzeitig in Stalinischen Äußerungen der unmittelbaren Nachkriegsperiode einen gewissen Widerhall gefunden hatten, als ein höchste Gefahr signalisierendes Anzeichen von »Abweichungen«, Untergrabung der als Erfolgsgarantie für die eigene Entwicklung nicht in Frage zu stellenden »Einheit und Geschlossenheit« des Lagers und zudem als Einfallstor für das subversive und konterrevolutionäre Wirken des Klassenfeindes nicht nur schlecht-hin denunziert, sondern drakonisch verfolgt wurde. Die Doktrin der

11.16–19. Moskau 1998. XLIV, 753 S. – M. J. Zacharias: Powołanie Kominformu w 1947 r. Przyczyny, przebieg, skutki. In: Studia z Dziejów Rosji i Europy Środkowo-Wschodniej. Bd. XXXI. S. 95–114. – L. Ja. Gibianskij: Problemy me-dunarodno-političeskogo strukturirovanija Vostočnoj Evropy v period formirovanija sovetskogo bloka v 1940-e gody. In: M. M. Narinskij (otv. red.): Cholodnaja vojna: novyj podchod, nove dokumenty. Moskau 1995. – L. Ja. Gibianskij (otv. red.): U istokov »socialističeskogo sodru-estva«: SSSR i vostočnoevropejskie strany v 1944 – 1949 gg. Moskau 1995. 207 S. – L. Ja. Gibianskij: Kak voznik Kominform. Po novym archivnym materialam. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1993)4. S. 131–152.

47 Andrej Shdanow: Über die internationale Lage. Berlin o. J. [1947]. S. 12.

»monolithischen Einheit«⁴⁸ des sozialistischen Lagers unter unangefochtener Führung der UdSSR wurde für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Ländern Mittel- und Südosteuropas, die sich nicht, wie die Föderative Volksrepublik Jugoslawien um den hohen Preis der Exkommunikation, dagegen auflehnten, bestimmend. Daß das Weiterwirken der Traditionen im Denken und Handeln der führenden Politiker dieser Länder aus der Zeit der Existenz der Kommunistischen Internationale neben der sowjetischen Politik des Drucks, der Repressionen und des politischen Terrors gegenüber vermeintlichen oder potentiellen Trägern von Widerstand gegen diese Entwicklungen eine der wesentlichen Bedingungen für den Erfolg dieser Politik war, sei nur am Rande erwähnt.

Unberücksichtigt muß hier auch die aus meiner Sicht nicht uninteressante Frage bleiben, weshalb in dieser Situation nicht erneut die Idee einer »Weltsowjetrepublik« Raum gewann, deren Verwirklichung das schwierigere Problem der Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen von vornherein (wie etwa durch die Eingliederung der baltischen Staaten als Sowjetrepubliken in die UdSSR) »gelöst« hätte. In den bisher veröffentlichten internen Dokumenten aus sowjetischen Archiven gibt es nach meiner Kenntnis keinerlei Anhaltspunkte, die in Richtung einer Antwort auf diese hypothetische Frage weisen könnten. Solange aussagekräftiges Quellenmaterial nicht verfügbar ist, muß es daher Spekulation bleiben, ob überhaupt in dieser Richtung Überlegungen angestellt wurden und ob gegebenenfalls vorwiegend außen- und sicherheitspolitische Erwägungen oder aber eher »theoretische« Positionen (wie etwa der in der Theo-

48 Die polnischen Autoren Adam Koseski und Teodor Ładyka charakterisieren diese treffend wie folgt: »Es herrschte die Überzeugung, daß der neue Typ der Beziehungen zwischen den Ländern des sozialistischen Lagers charakterisiert sein müsse durch eine allseitige Einheit des Handelns in allen Bereichen des ökonomischen, politischen und internationalen Lebens, daß die Einheit der Länder des Sozialismus nur dann gegeben sei, wenn sie die Form monolithischer Einheit hat, die keine Unterschiede und Spezifika in der auswärtigen Politik einzelner Länder zuläßt. Daraus ergab sich die Ansicht, daß jegliche Erscheinung der Andersartigkeit in der Realisierung der Erfordernisse des sozialistischen Aufbaus und der Formen der Zusammenarbeit zwischen den Staaten unweigerlich zur Abkehr vom Sozialismus und damit zum Übergang ins imperialistische Lager führt.« (Adam Koseski/Teodor Ładyka: *Wewnętrzne i zewnętrzne uwarunkowania kształtowania się struktury powązań politycznych państw systemu socjalistycznego* (1944–1960). In: *Z dziejów stosunków polsko-radzieckich i rozwoju wspólnoty państw socjalistycznych*. Bd. XXIII. Warszawa 1981. S. 120).

rie weitestgehend wirklich vollzogene Bruch mit einer Konzeption eines internationalistischen Zusammenschlusses gleichberechtigter Assoziationen freier Produzenten, um im Marxschen Bilde zu bleiben) dafür maßgeblich waren.

Historische Realität ist hingegen, daß die Stalinsche Konzeption der »monolithischen Einheit« (nach innen und außen), der totalen Umstellung der volkswirtschaftlichen Entwicklung auf die Erfordernisse des Kalten Krieges und der totalen Abschottung und Konfrontation zwar der seitens der ehemaligen Partner der Antihitlerkoalition betriebenen Politik des »containment« und schließlich des »roll-back« die anvisierten und erhofften Resultate versagte, zugleich aber das »sozialistische Lager« in eine Krise trieb, die sich Mitte der fünfziger Jahre in unübersehbaren Zeichen zu manifestieren begann. Innenpolitische Konflikte verschiedener Provenienz und in unterschiedlichen zeitlichen Abläufen und Zuspitzungen (so in der Volksrepublik Polen 1954–1956, in der ČSR 1953 bis 1956, in der Ungarischen Volksrepublik 1953–1956, in der DDR 1953) sowie internationale Faktoren erforderten mit allem Nachdruck geeignete Reaktionen der politischen Führungen — und insbesondere der sowjetischen.

*

*

*

Die verhaltene Entstalinisierung, die nach dem vorläufigen Ausgang des Machtkampfes innerhalb der sowjetischen Führung zugunsten N. S. Chruschtschows Ende 1953/Anfang 1954 Konturen gewann, betraf natürlich auch das maßgeblich von Stalin und seinen politischen Sichtweisen geprägte System der internationalen Beziehungen der Sowjetunion, in besonderem Maße zu den benachbarten Staaten in der Region Mittel- und Südosteuropas.

Prinzipiell änderte sich auf den ersten Blick nicht sehr viel. Die Bemühungen der neuen sowjetischen Führung, durch ihren Einfluß Verbesserungen der gespannten Situation in fast allen Ländern ihres unmittelbaren Einflußbereiches einzuleiten (wofür in länderübergreifendem Sinne durchaus der Terminus »neuer Kurs« angebracht ist), offenbarte nach wie vor das bestehende Oberlehrer-Schüler-Verhältnis, um es zurückhaltend zu formulieren. Angesichts unübersehbarer innenpolitischer Probleme in ihren Ländern wurden die führenden politischen Repräsen-

tanten verschiedener Länder kurzerhand nach Moskau einbestellt, wo mit ihnen weniger Lösungswege bestehender Krisensituationen »beraten«, als ihnen vielmehr ohne ihre Mitwirkung beschlossene Direktiven der KPdSU-Führung im Sinne von durchzuführenden Weisungen übergeben wurden.⁴⁹

Von größerer Bedeutung für den erforderlichen und sich (zumindest zeitweilig) anbahnenden Wandel des Charakters der zwischenstaatlichen Beziehungen verbündeter Staaten waren hingegen, obwohl es sich um eine Ebene handelte, die deutlich von den Beziehungen der UdSSR zu den um sie zusammengeschlossenen europäischen Volksdemokratien unterschieden war, die nach dem Tode Stalins seitens der UdSSR eingeleiteten Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien.⁵⁰

In diesem Prozeß wurden durch die KPdSU erstmalig jene wichtigen Grundprinzipien formuliert, auf die sich die Beziehungen der Partner stützen sollen: »... auf die Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der friedlichen Koexistenz, auf Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, des Nichtangriffs und der Anerkennung der Unzulässigkeit von Anschlägen auf die territoriale Integrität anderer Staaten, auf die Achtung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit«.⁵¹

Diese Vorstellungen der sowjetischen Seite wurden im Ergebnis der Verhandlungen mit den jugoslawischen Partnern erheblich erweitert, wie die am 2. Juni 1955 unterzeichnete »Deklaration der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien« ausweist. Im Kernbereich des umfangreichen Prinzipienkatalogs wurden, und zwar sichtlich über die Positionen der sowjetischen Verhandlungsdirektive hinausgehend, ausdrücklich als zu berücksichtigende Prinzipien formuliert:

49 Siehe dazu u. a. Jerzy Robert Nowak: *Węgry: burzliwe lata 1953 – 1956*. Warszawa. 1988. S. 30f. und folgende. – Siegfried Prokop: *Der 17. Juni 1953. Geschichtsmythos und historischer Prozeß*. Berlin 2003. S. 28f. – Harald Neubert: *Stalin wollte ein anderes Europa ...* S. 205f.

50 Gestützt auf neueste sowjetische Archivmaterialien gibt W. K. Wolkow hierzu eine instruktive Übersicht (siehe Harald Neubert: *Stalin wollte ein anderes Europa ...* S. 206–230).

51 Wolkow zufolge bestätigte das Präsidium des ZK der KPdSU am 24. Mai 1955 die entsprechende Verhandlungsdirektive für die sowjetische Verhandlungsdelegation mit den führenden jugoslawischen Politikern (siehe Harald Neubert: *Stalin wollte ein anderes Europa ...* S. 121).

»... Respektierung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Unantastbarkeit und Gleichberechtigung in den gegenseitigen Beziehungen und in den Beziehungen zu anderen Staaten;

Anerkennung und Entwicklung der friedlichen Koexistenz zwischen den Völkern, ungeachtet der unterschiedlichen Ideologie und der Unterschiede in der sozialen Ordnung, d. h. Zusammenarbeit aller Staaten auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen im allgemeinen und auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen im besonderen;

Gegenseitige Achtung, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten aus welchen Gründen — wirtschaftlicher, politischer oder ideologischer Natur — immer, da die Fragen der inneren Ordnung, der Unterschiede im gesellschaftlichen System und der Unterschiede in den konkreten Entwicklungsformen des Sozialismus ausschließlich Angelegenheit der Völker der betreffenden Länder sind; ...«⁵²

Vieles deutet darauf hin, daß mit diesen Entwicklungen, die sich zunächst auf die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien bezogen, ein über den engen Bereich der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen hinausgehendes intensiveres Nachdenken in der sowjetischen Führung über Charakter und Formen der Beziehungen zu den volksdemokratischen Ländern ihren Ausdruck fand. Mehrere Leitartikel in der »Prawda« nach dem Juli-Plenum des ZK der KPdSU, das sich mit den Ergebnissen der sowjetisch-jugoslawischen Verhandlungen befaßt hatte, sind als Hinweis darauf zu werten, daß ein solcher Prozeß in Gang gekommen war. So wurde beispielsweise am 16. Juli 1955 ausdrücklich auf die Gleichwertigkeit der in der UdSSR und anderen volksdemokratischen Ländern beim gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß gewonnenen unterschiedlichen Erfahrungen, wie sie unter Berücksichtigung der historischen und nationalen Besonderheiten gemacht worden seien, hingewiesen.

Insgesamt bietet die Zeitspanne von Anfang 1954 bis Ende 1957 unter der Fragestellung nach der Konzeptionsbildung für die Gestaltung der Beziehungen innerhalb des sozialistischen Lagers ein höchst vielschichtiges und widersprüchliches Bild. Angesichts des gegenwärtigen Standes der Forschung und der verfügbaren Literatur sind endgültige Aussagen noch nicht zu treffen.

52 Zitiert nach der deutschen Fassung des Textes bei Ernst Halperin: Der siegreiche Ketzler. Titos Kampf gegen Stalin. Köln 1957. S. 388.

Unter diesem Vorbehalt erscheinen jedoch mindestens die folgenden Schlußfolgerungen begründet:

1. Die Orientierung der sowjetischen Führung unter N. S. Chruschtschow auf eine »Entstalinisierung« der gesellschaftlichen Verhältnisse in der UdSSR schloß in jedem Fall die Erkenntnis ein, daß die Praxis der Beziehungen der UdSSR zu den volksdemokratischen Ländern Europas bis in den Anfang der fünfziger Jahre hinein zu einer Reihe von negativen Ergebnissen geführt hatte. Diese äußerten sich u. a. in der Verschärfung ernster wirtschaftlicher und politischer Krisen, die nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung der UdSSR selbst und deren internationale Lage waren. Der Einsicht in die Unausweichlichkeit von Veränderungen auf diesem Gebiet konnte sich die sowjetische Führung offensichtlich nicht verschließen.

2. Veränderungen in der internationalen Lage, die auch deren Neubewertung auf dem XX. Parteitag der KPdSU herbeiführten, hatten auch zu gewissen Veränderungen in den Strukturen des sozialistischen Lagers geführt. Die Gründung des Warschauer Paktes und die Auflösung des Kommunistischen Informationsbüros waren Ausdruck dieser Entwicklung.

3. Die rapide Zuspitzung krisenhafter Situationen in einzelnen volksdemokratischen Ländern (DDR, Ungarn, ČSR, Polen) zwischen 1953 und 1956 (u. a. verschärft durch das Echo in der Gesellschaft einiger dieser Länder auf den XX. Parteitag der KPdSU) war augenscheinlich Anlaß für die Führung der KPdSU, sowohl über Inhalte als auch über Methoden der Gestaltung der Beziehungen zu den verbündeten Ländern nachzudenken und Veränderungen herbeizuführen. Eine wesentliche Intensivierung der Konsultations- und »Beratungs«aktivitäten seitens der sowjetischen Führung fällt insbesondere für das Jahr 1956 ins Auge,⁵³ daneben beginnt offenbar eine intensive Grundsatzdebatte über prinzipi-

53 So berichtet Wolkow ausführlich über eine »Südosteuropa-Tour« Mikojans (siehe Harald Neubert: Stalin wollte ein anderes Europa ... S. 233ff.). – Bekannt und vor allem in der polnischen Literatur umfassend beschrieben ist die ohne Einladung erfolgende Anreise einer Delegation sowjetischer Spitzenpolitiker in Warschau im Zusammenhang mit dem Beginn des VIII. Plenums des ZK der PVAP. Im Herbst 1956 fanden schließlich in Moskau mehrere Treffen der Parteiführungen sozialistischer Länder zur »Abstimmung« der Reaktionen auf die das sozialistische Lager erschütternden Ereignisse statt, an denen wahrscheinlich auch Vertreter der Chinesischen KP (zumindest mittelbar) beteiligt sind (siehe Harald Neubert: Stalin wollte ein anderes Europa ... S. 241f.).

elle Fragen der Gestaltung der Beziehungen zu den Verbündeten innerhalb des sozialistischen Lagers.⁵⁴ Dabei gibt es Hinweise darauf, daß sich in diesem Diskussionsprozeß unterschiedliche Standpunkte innerhalb der sowjetischen Führung artikulieren, die möglicherweise in späteren Entwicklungen mit zum Tragen kommen.⁵⁵

Die »Erklärung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 30. Oktober 1956 über die Grundlagen der Entwicklung und der weiteren Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten«⁵⁶ traf die Feststellung, daß es in der bis dahin gehandhabten Praxis »Beeinträchtigungen« des Prinzips der Gleichberechtigung zwischen den sozialistischen Staaten durch »Verletzungen und Fehler« gegeben habe und daß sich nunmehr die Entwicklung der Beziehungen auf den »Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufbauen« müsse.

Damit ist im Zusammenhang mit dem deutlichen Einschnitt in der Entwicklung der Sowjetunion, den der XX. Parteitag der KPdSU bedeutete, Mitte der fünfziger Jahre auch eine definitive Antwort auf die theoretische Frage nach den politischen und staatlichen Strukturen der weiteren Entwicklung des »Weltsozialismus« gegeben. Diese werde sich, so die Quintessenz der zu diesem Zeitpunkt gültigen Lesart, im Unterschied von den ursprünglichen Leninschen Visionen von einer »Weltsovietrepublik« im Rahmen eng zusammenwirkender, in solidarischer Hilfe und Kooperation verbundener »unabhängiger«, »souveräner« Staaten vollziehen.

54 Csaba Békés macht darauf aufmerksam, daß die Deklaration der Regierung der UdSSR vom 30. Oktober 1956 über die Grundlagen der Entwicklung und der weiteren Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten nicht etwa eine kurzfristige Reaktion auf die Zuspitzung der Krisensituation im Herbst 1956 war, sondern »Ergebnis monatelanger Vorbereitungsarbeit«, lediglich die Herausgabe zu diesem Termin sei durch die Ereignisse bestimmt worden — mit einigen aktuellen Ergänzungen des Textes selbst (siehe Csaba Békés: Die ungarische Revolution von 1956 und die Großmächte. In: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hrsg.): Das Internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. Hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Beiträge zur Militärgeschichte. Bd. 48. München 1999. S. 360).

55 Siehe Harald Neubert: Stalin wollte ein anderes Europa ... S. 242ff.

56 Veröffentlicht u. a. in Quellen und Materialien zur Geschichte der UdSSR und des Sozialistischen Weltsystems. Potsdam 1989. S. 103–107.

Daß diese deklarierten Ziele bereits zum Zeitpunkt ihrer Verkündung in der Tat vorwiegend »deklarativen« Charakter hatten, ergibt schon ein erster Blick auf die Realität der Beziehungen im zeitlichen Umfeld selbst. Die robusten Versuche der Einflußnahme etwa auf die Entwicklungen in Polen, der Einsatz militärischer Gewalt in Ungarn, Strukturen und reale Gewichts(Macht)verteilung in den wirtschaftlichen und militärischen Organisationen des sozialistischen Lagers (Warschauer-Vertragsorganisation und Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) sowie auf der Ebene der politischen Zusammenarbeit sprechen eine deutliche Sprache über das Verhältnis von feierlicher Deklaration und historischer Realität.

Und obwohl die in der sowjetischen Deklaration vom 30. Oktober 1956 verkündeten Prinzipien in allen nachfolgenden relevanten Dokumenten und Erklärungen fast wortgetreu ihre ständige Wiederholung fanden, begann auch schon in der »Theorie« (wie in der Praxis ohnehin) relativ kurz danach ein Prozeß der Relativierung und einschränkenden Korrektur der getroffenen Aussagen.

Eine besondere Stellung nimmt dabei die im November 1957 in Moskau durchgeführte Beratung der Führungen der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder ein. Nach der Einstellung der Arbeit des Kommunistischen Informationsbüros durch die Veröffentlichung einer entsprechenden Erklärung seiner Mitglieder⁵⁷ wurde mit dieser Form internationaler Beratungen erstmalig wieder der Versuch unternommen, eine multilaterale Abstimmung zu Grundfragen der Politik und Strategie zur Bewältigung der als gemeinsame Aufgabe empfundenen sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft vorzunehmen. Einen besonderen Akzent setzte die Moskauer Beratung von 1957⁵⁸ insofern, als es durch sie zu einer, wie sich bald zeigen sollte, die Gleichberechtigung der Erfahrungen und damit die schöpferische Eigenverantwortlichkeit aller Partner strikt begrenzenden Kanonisierung des sowjetischen Gesellschaftsmodells kam. Die Formulierung von am sowjetischen Modell ori-

57 Informativische Mitteilung über die Einstellung der Tätigkeit des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien, veröffentlicht in »Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie«. [Bukarest] (1956)16 (17. April 1956).

58 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau stattfand. In: Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus. Dokumente und Materialien zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Februar 1956 – Dezember 1959. Berlin. 1960. S. 316–331.

entierten »allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus« erwies sich, so positiv das Anliegen selbst auch eingeschätzt werden mag (und in der nachfolgenden Zeit auch vielfach eingeschätzt wurde), in der geschichtlichen Realität als ein folgenschweres Instrument der Förderung von Stagnation und Unbeweglichkeit einerseits und der »Begründung« von sowjetischer Dominanz in jeder Hinsicht andererseits.

Im übrigen waren alle Positionen, die das Grundgerüst der »allgemeinen Gesetzmäßigkeiten« bildeten, interpretationsfähig, d. h. geeignet, entsprechend den bestehenden echten Machtverhältnissen der dominierenden sowjetischen Sicht auch die höhere Weihe einer abgestimmten theoretischen Position zu verleihen — dies beileibe nicht nur im Sinne einseitigen sowjetischen »Drucks«, sondern auch als Ergebnis vollzogener vollständiger Verinnerlichung der sowjetischen Vorkämpfer- und Vorbildrolle.

Die fatalen Folgen der Interpretationsfähigkeit der Positionen und der »Interpretationsmacht« derer, die daran interessiert waren, zeigten sich mit dramatischen Auswirkungen besonders deutlich im Jahre 1968. Der Brief der Verbündeten an das ZK der KPTsch vom 15. Juli 1968 aus Warschau (wobei an dieser Stelle die Gesamtproblematik der Entwicklung des Konflikts zwischen der KPTsch und den anderen Parteien der sozialistischen Staatengemeinschaft nur am Rande gestreift werden kann) zeigte mit seiner Interpretation des Begriffes »innere Angelegenheiten« mehr als deutlich, wie sich deklarierte »Gleichberechtigung« und eingeforderte Unterwerfung unter Bündnisforderungen in der Praxis zueinander verhielten, nachdem zuvor eine vorbehaltlose, wirklich gleichberechtigte Diskussion und Bewertung der Erfahrungen, Erkenntnisse und Vorstellungen aller Partner faktisch verwehrt worden war und nicht stattgefunden hatte. Der mit militärischen Mitteln erzwungene Wechsel der politischen Führung in Prag 1968 demonstrierte nachhaltig, daß die für die Existenz einer sozialistischen Staatengemeinschaft proklamierten Prinzipien in der Praxis wirkungslos waren. Effektive Mechanismen für ein den deklarierten Grundsätzen entsprechendes gleichberechtigtes Zusammenwirken der verbündeten sozialistischen Länder wurden auch nach dieser tiefen, existenzgefährdenden Krise der Gemeinschaft nicht gefunden. Ungeachtet dessen hielten die maßgeblichen Politiker der sozialistischen Staaten bis zum bitteren Ende daran fest, sich gebetsmühlenartig auf sie zu berufen. Wohl wissend, daß die Wirklichkeit eine andere war.

ERNST LABOOR

Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland. Gennadi Sjiganows These vom »liberalen Faschismus«

In der Zeitschrift »Osteuropa« haben Politikwissenschaftler von März bis August 2002 eine Debatte über den Rechtsradikalismus in Osteuropa geführt.¹ Im Mittelpunkt ihrer Kontroversen stand das Bemühen, eine gewisse Ordnung in die bekannten Begriffe wie Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Neonazismus, Faschismus und viele andere zu bekommen, neue Begriffe zu finden, sie alle nach den gefundenen Begriffsbestimmungen zu gruppieren, Schemata aufzustellen und unter Weglassen der konkret-historischen Umstände durchaus Unterschiedliches in die Kästchen ihrer Schemata einzuordnen.

Ich habe nicht die Absicht, mich in den Disput der Politikwissenschaftler einzumischen, aber ich kann nicht umhin, meine Bedenken und Einwände gegen (zu voreilige) Verallgemeinerungen und gegen Begriffsbestimmungen anzumelden, die tatsächliche Gegebenheiten eher verschleiern als aufhellen. Mag als Beispiel — ich beziehe mich nur auf Rußland — der Begriffskomplex Modernisierung, Modernisierungsverlierer, Modernisierungsverluste dienen. Es fällt mir schwer, den russischen Oligarchen-Kapitalismus mit seiner zum großen Teil mit kriminellen Mitteln erfolgten Privatisierung des ehemals sozialistischen Staatseigentums, mit massenhafter Vernichtung von Produktionskapazitäten und dem kontinuierlichen Sinken der Industrieproduktion als modern zu empfinden und unter dem Begriff der Modernisierung zu subsumieren. Selbst die Autoren des Eröffnungsbeitrags erwähnen unter Berufung auf kundige

1 Manfred Sapper: Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. Einladung zu einer Debatte. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Stuttgart (2002)3. S. 245. – Tim Beichelt/Michael Minkenberg: Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. Entstehungsbedingungen und Erklärungsmodell. In: Ebenda. S. 247ff. – Tim Beichelt/Michael Minkenberg: Rechtsradikalismus in Osteuropa: Bilanz einer Debatte. In: Ebenda (2002)8. S. 1056ff.

Beobachter, daß Rußland in den 1990er Jahren »die tiefste Krise der Weltgeschichte durchlaufen« habe.² Und Dieter Segert, der die Modernisierungsthese vertritt, setzt sich für eine Revision der weitverbreiteten Interpretation des staatssozialistischen Erbes ein, die diese These zumindest relativiere.³

Ganz und gar nicht einverstanden bin ich mit der Bezeichnung der Millionen und Abermillionen Bürger des russischen Staates, die unter der Armutsgrenze zu leben gezwungen sind (die Statistiken sind allbekannt), als Modernisierungsverlierer und solcher Erscheinungen wie das Verschwinden großer Teile ganzer Industriezweige der Leichtindustrie, die der russische Staat nicht vor der internationalen Konkurrenz geschützt hat, als Modernisierungsverluste. Zumindest in derartigen Fällen fungieren von Politikwissenschaftlern gebrauchte Begriffe als Instrumente der Verharmlosung und Beschönigung kritikwürdiger Vorgänge in der russischen Innenpolitik der 1990er Jahre und des Beginns des neuen Jahrhunderts.

Die Schwächen, die sich aus der voreiligen Verallgemeinerung konkret-historischer Vorgänge ergeben, hat die genannte Debatte selbst aufgedeckt. So weist Markus Mathyl auf die Schwierigkeiten hin, »den osteuropäischen Rechtsradikalismus in seiner Gesamtheit zu bewerten«. Manche der getroffenen Aussagen träfen »nur auf einen Teil Osteuropas zu«. Insgesamt hält er es »für wenig sinnvoll, auf der eher dürftigen empirischen Basis eine weitgehend virtuelle Diskussion über einen letztlich fiktiven gesamtosteuropäischen Rechtsradikalismus zu führen«. Er hält »das länderspezifische Schließen offensichtlicher empirischer ›Lücken‹« für »wesentlich wichtiger« und setzt sich für eine »behutsame begrifflich-analytische Annäherung« an das erörterte komplexe Phänomen ein. Der »Vergleich zwischen den einzelnen osteuropäischen Rechtsextremisten« könne nur auf der von ihm skizzierten Basis »in einem zweiten Schritt« erfolgen. Rußland böte sich für eine solche konkret-historische Untersuchung in besonderer Weise an, weil dort der Rechtsradikalismus eine besondere Stärkung erfahren habe, weil sich die Rahmenbedingungen »von allen anderen osteuropäischen Ländern unterscheiden« und

2 Tim Beichelt/Michael Minkenber: Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. In: Ebenda (2002)3. S. 248.

3 Dieter Segert: Viel weniger Rechtsradikalismus als zu erwarten wäre. Kritische Anmerkungen zu einem interessanten Vergleich. In: Ebenda (2002)5. S. 624.

»ein empirisch analytischer Nachholbedarf« für die Russische Föderation erkennbar geworden sei.⁴ Die Autoren des Einleitungs- und des Schlußbeitrags kommen in ihrem Resümee selbst zu dem Schluß: »Insgesamt ist unseren Kritikern zuzustimmen, wenn sie eine empirische Schwachstelle hervorheben [...] Das eigentliche Problem dürfte die Gewinnung derartiger Daten für Ost- und Mitteleuropa sein.«⁵

Dabei liegen nicht wenige konkret-historische Darstellungen vor — allerdings aus der von den Debattierenden ignorierten alternativen Wissenschaftslandschaft der zumeist aus den offiziellen Instituten und Institutionen abgewickelten und ausgegrenzten Wissenschaftler der DDR. Allein zum Thema Nation, Nationwerdung, Nationalismus, das in der erwähnten Debatte nicht geringen Raum einnahm und zu dem Tim Beichelt und Michael Minkenberg »gern einräumen«, daß zu ihm »zusätzlicher Forschungsbedarf« bestehe,⁶ enthalten die Leipziger Jahrbücher »Osteuropa in Tradition und Wandel« und die Wissenschaftlichen Halbjahreshefte »Kultursoziologie. Aspekte, Analysen, Argumente« eine Fülle derart konkret gehaltener Untersuchungen von Wolfgang Geier, Ernstgert Kalbe, Erwin Lewin, Eckart Mehls und Holger Politt, die eine eigene Bibliographie erforderten.⁷

Mit Problemen des Transformationsprozesses, die Bezug zum hier debattierten Gegenstand haben, befassen sich in denselben Publikationsorganen außer den genannten teils ebenfalls mehrfach Erhard Crome, Achim Engelberg, Eugen Faude, Karl-Heinz Gräfe, Jörg Roesler und Dieter Segert (der einzige, der Zugang zu der Debatte in »Osteuropa« hatte). Unter den Rußland-Historikern der alternativen Wissenschaftskultur,⁸ die mit zahlreichen Darstellungen auf der Grundlage eines reichen empirischen Materials aufwarten, die zum Gegenstand der »Osteuropa«-De-

4 Markus Mathyl: Der »unaufhaltsame Aufstieg« des Aleksandr Dugin. Neo-Nationalbolschewismus und Neue Rechte in Rußland. In: Ebenda (2002)7. S. 885f.

5 Tim Beichelt/Michael Minkenberg: Rechtsradikalismus in Osteuropa: Bilanz einer Debatte. In: Ebenda (2002)8. S. 1062.

6 Ebenda. S. 1060.

7 Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V. und der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt. Bd. 1–4. Leipzig 1999–2002. – Kultursoziologie. Aspekte, Analysen, Argumente. Wissenschaftliche Halbjahreshefte. Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe. Berlin 1992–2002.

8 Von der Nennung einschlägiger wissenschaftlicher Publikationen des offiziellen Wissenschaftsbetriebs wird hier abgesehen.

batte Bezüge aufweisen, sind vor allem Wladislaw Hedeler⁹ und der Verfasser dieser Studie¹⁰ zu nennen. Ihr ist die Aufgabe gestellt, neue Erscheinungen des Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland konkret-historisch oder — wie die Debattierenden es nennen — empirisch fundiert darzustellen.

-
- 9 Wladislaw Hedeler: Kommunisten und Monarchisten auf der Suche nach Identität. In: Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997. S. 255ff. – Wladislaw Hedeler: Nicht Zeit für Spaltung. Ablenkungsmanöver oder Realpolitik? In: Osteuropa im Wandel. Zur Entwicklung in Rußland und bei seinen Nachbarn. Beiträge eines Kolloquiums aus Anlaß des 70. Geburtstags von Prof. Dr. Ernst Laboor am 22. März 1997 in Berlin. Berlin 1998. S. 67ff.
- 10 Ernst Laboor, Rußlands Linke im Gravitationsfeld der Dezember-Wahlen 1993. In: Berliner Osteuropa Info. Informationsdienst des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin (1994)3 (Juni). S. 14ff. – Ernst Laboor: Wahlauftakt in Rußland. In: WeltTrends. Internationale Politik und vergleichende Studien. Sonderheft 1995: Rußland und die GUS. Potsdam 1995. S. 97ff. – Ernst Laboor: Zur Situation in Rußland vor den Parlamentswahlen. In: PDS international. Berlin (1995)10. S. 42ff. – Ernst Laboor: Die Wahlen zur zweiten Duma in Rußland. In: Ebenda (1996)1. S. 76ff. – Ernst Laboor u. a.: Zur Lage in Rußland nach der Präsidentenwahl. In: Ebenda (1996)4. S. 23ff. – Ernst Laboor: Rußlands Parteien zwischen Duma- und Präsidentenwahlen. In: Berliner Europa Forum. Für Neues Denken in einer neuen Zeit, Sonderheft: Rußlands Wahl. Berlin (1996)IV. S. 37ff. – Ernst Laboor: Wieviel Parteien braucht Rußland? Parteien und politische Organisationen vom Ausgang der achtziger Jahre bis zu den Dumawahlen im Dezember 1995. Berlin 1996 (im weiteren Ernst Laboor: Wieviel Parteien braucht Rußland? ...). – Ernst Laboor: Programme der wichtigsten politischen Kräfte im gegenwärtigen Rußland. In: Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997. S. 277ff. – Ernst Laboor u. a.: Studien zur innen- und außenpolitischen Lage der Russischen Föderation. Arbeitsgruppe Mittel- und Osteuropa beim Bundesvorstand der PDS. Berlin vom Oktober 1997 (als Manuskript gedruckt). – Ernst Laboor: Die nationalpatriotische Bündnispolitik der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. In: Volksentscheide in Sachsen und Hessen 1946 und die weitere Auseinandersetzung um die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Volksfront und Regierungsbeteiligung von Sozialisten. Geschichtliches und Aktuelles. Bonn 1997. S. 278ff. – Ernst Laboor: Rußland im achtzigsten Jahr nach der Oktoberrevolution. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte. Bonn 1997. S. 120ff. – Ernst Laboor: Eine neue Etappe in der nationalpatriotischen Bündnispolitik der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. In: Osteuropa im Wandel. Zur Entwicklung in Rußland und bei seinen Nachbarn. Beiträge eines Kolloquiums aus Anlaß des 70. Geburtstags von Prof. Dr. Ernst Laboor am 22. März 1997 in Berlin. S. 75ff. – Ernst Laboor: Zum sozialen und politischen Umfeld der Dumawahl 1999 in Rußland. In: Helsinki 1975. Genutzte Möglichkeiten und verpaßte Chancen. Beiträge einer Wissenschaftlichen Konferenz zu Ehren von

Aus Rußland erreichen uns immer neue Nachrichten über die Verbreitung einer vom Regime geförderten diffusen konservativen sogenannten Russischen Idee,¹¹ über das Anwachsen von Nationalismus und auf ihm basierenden Rechtsextremismus, Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und die Zunahme ihrer Aggressivität. Kenner der Szene verweisen dabei auf die Funktion dieser Erscheinungen als Mittel der Massenmanipulierung, so Christoph Butterwege, der sich wiederum auf Walter Laqueur beruft. Butterwege stellt fest: »Der Nationalismus ist sowohl ein ideologisches Zerfallsprodukt (der staatssozialistischen Vergangenheit – E. L.) als auch ein Resultat der Umbruchsituation, allerdings kein organisch gewachsenes, sondern ein etwa in Rußland seitens nationaler Machteliten zur Ablenkung von unsozialen Folgen der Transformationskrise eingesetztes Manipulationsinstrument.«¹² Und Laqueur hatte schon zuvor festgestellt, als Wladimir Shirinowskis Liberaldemokratische Partei Rußlands ihre spektakulären Erfolge während der ersten Dumawahl einstreichen konnte: »Nationalismus kann immer noch ein wirksames Mittel sein, die Unzufriedenen, die Benachteiligten und darüber hinaus all jene zu mobilisieren, deren patriotische Gefühle verletzt wurden und die glauben, daß zur Rettung des Vaterlands radikale oder gar gewaltsame Maßnahmen vonnöten seien.«¹³ Das Bild ist so vielgestaltig und differenziert, daß zunächst eine Art Bestandsaufnahme erforderlich ist. Das Folgende soll einen Beitrag dazu leisten.

Schon seit Anfang der 1990er Jahre bildeten sich Gruppen von Hitler-Verehrern, Pinochet-Anhängern und andere Gruppierungen mit

Prof. Dr. S. Doernberg anlässlich seines 75. Geburtstages. Berlin 2000. S. 49ff. – Ernst Laboor: Rußlands kommunistische und nationalpatriotische Opposition in der Dumawahl 1999. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin (2001)2. S. 24ff. – Ernst Laboor: Zur Bildung der dritten »Partei der Macht« in der Russischen Föderation im Herbst 1999. In: Ebenda (2002)2. S. 3ff.

11 Grigori Melamedow: Von der »lichten Zukunft« zur verordneten »nationalen Idee«. In: Wostok. Informationen aus dem Osten für den Westen. Berlin (1996)6. S. 20ff. – Andrej Zagorodnikov: Ein heiliger Platz blieb nie leer. Wozu braucht Rußland eine nationale Idee? In: Rußland: Eine »nationale Idee« per Preisausschreiben. In: Osteuropa. Stuttgart (1997)12. S. A 488ff.

12 Christoph Butterwege: Traditioneller Rechtsextremismus im Osten — modernisierter Rechtsextremismus im Westen. Ideologische Ausdifferenzierung durch neoliberale Globalisierung. In: Ebenda (2002)7. S. 917.

13 Walter Laqueur: Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten, München 1993. S. 11 (zitiert bei Christoph Butterwege).

rechtsextremistischen Zügen. Die beiden bedeutendsten Organisationen waren »Pamjat« (Das Gedenken), die schon in der Perestrojka-Zeit gebildet wurde, und die 1990 gegründete »Russische Nationale Einheit« (RNE).¹⁴ »Pamjat« war eine antidemokratische Organisation mit chauvinistischem, rassistischem, insbesondere antisemitischem Profil. Ihre rabiaten antisemitischen Auftritte in der Zeit der Massendemonstrationen riefen damals nicht nur in Rußland besorgtes Aufsehen hervor. »Pamjat« vertrat rechtgläubig-monarchistische und monarcho-faschistische Ansichten und eine an den deutschen Faschismus erinnernde Blut-und-Boden-Ideologie mit einer rituellen Verherrlichung des Bauerntums. Diese Organisation hat viel zur Verbreitung konservativen und rechtsextremistischen Gedankenguts beigetragen. Heute führen andere ihr Geschäft fort. Die größte der rechtsextremistischen Vereinigungen aber war und ist die RNE. Ihr Gründer Aleksandr Barkaschow — einst hoher Offizier der sowjetischen Streitkräfte und Karatetrainer — schuf in kurzer Zeit eine militärisch straff geführte Organisation, für die Hitlergruß, achteckiges Hakenkreuz, und paramilitärische Verbände charakteristisch sind. Die RNE hat lange mit sozialer Orientierung und mit dem russischen Nationalpatriotismus gespielt, ehe ihr autoritäres, zum Faschismus tendierendes Wesen unübersehbar zutage trat. Sie wurde einer der Träger der Russischen Idee,¹⁵ die zur Übertünchung der sozialen Widersprüche in der Gesellschaft objektiv eine ähnliche Funktion wie die vom deutschen Faschismus vertretene Idee der Volksgemeinschaft verkörpert. Sie setzt sich für einen unitären Staat ein, der den nichtrussischen Völkern keine Gebietsautonomie zu gewähren habe und in dem die Interessen der russischen Nation zugleich die Staatsinteressen zu sein hätten. Führerkult und martialische Uniformierung vervollständigen das Bild. Für 1998 wurden 6.000 bewaffnete Mitglieder und 30.000 bis 50.000 Sympathisanten angegeben.¹⁶ Ein anderer rechtsextremistischer Ideologe, Aleksandr Sewastjanow, sieht für die RNE in seinem Bilde vom künftigen Rußland

14 Ernst Laboor: Wieviel Parteien braucht Rußland? ... S. 30ff., 53 und 74f. – Osteuropa. Stuttgart (1999)4. S. A 164.

15 Viktor Kičín: Kogda net deneg, ro' daetsja nacional'naja ideja. To, čto ne udalos Gitleru, udalos Barkašovu — fašisty marširujut no Moskve. In: Evrocentr. Russischsprachige Zeitung für Deutschland. o. O. (1999)3.

16 Tim Beichelt/Michael Minkenber: Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. In: Osteuropa. Stuttgart (2002)3. S. 254. – Cas Mudde: Warum ist der Rechtsradikalismus in Osteuropa so schwach? In: Ebenda (2002)5. S. 627.

eine besondere Rolle vor. Sewastjanow, der sich in seinen zahlreichen Publikationen vorwiegend an die Intelligenz wendet, der er eine bestimmende Funktion für die Geschehnisse Rußlands zuweist, propagiert offen faschistisches Gedankengut. Nach seiner Vorstellung soll in Rußland ein National-Kapitalismus entstehen mit »Fürsorge« für die Volksmassen à la KdF und ihrem gleichzeitigen Fernhalten von jeglicher Politik, mit Führerkult, Verachtung der nichtrussischen Völker der Russischen Föderation und extremem Antisemitismus. Er droht allen Juden, wie überhaupt allen Nichtrussen, sich unter keinen Umständen der Macht im Staate zu nähern. In den Zukunftsvorstellungen dieses Ideologen eines Faschismus russischer Variante ist Vereinigungen vom Typ der RNE eine Funktion als Polizei, sogar als Geheimpolizei zgedacht.¹⁷ Heute ist die RNE in einigen Regionen verboten; und das Justizministerium hat ihr Anfang Juni 2002 — bei der nach einem neuen Parteiengesetz erforderlichen Umregistrierung aller Parteien — die amtliche Registrierung verweigert. Das hindert die Partei aber keineswegs an der weiteren Existenz, schließt allerdings ihre Teilnahme an Wahlen aus.

Als neue Erscheinung in der neonazistischen Szene drängen sich Skinhead-Gruppen zunehmend in den Vordergrund. Ihre Anzahl und ihre Aggressivität weisen einen erschreckenden Aufwärtstrend auf. Auch für sie ist die Anbetung »deutscher Vorbilder« charakteristisch. Hakenkreuze, Runen, SA/SS-Uniformen sowie Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gehören zu ihren besonderen Markenzeichen. Fremdenfeindlichkeit in Rußland weist im Unterschied zu derjenigen in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen europäischen Ländern einige Besonderheiten auf. Sie richtet sich nicht in erster Linie gegen Europäer, Afrikaner und dunkelhäutige US-Bürger oder gegen Japaner und andere Ostasiaten, obwohl es auch Übergriffe gegen diese gibt. Die Fremdenfeindlichkeit in Rußland ist vor allem gegen Kaukasier und Mittelasiaten, also gegen Bürger ehemaliger Sowjetrepubliken und heutiger GUS-Staaten gerichtet, die im allgemeinen Sprachgebrauch diskriminierend als »die Schwarzen« bezeichnet werden. Der Bezug zur vorwiegend schwarzen Haar- und dunklen Gesichtsfarbe liegt auf der Hand. Dieser Fremdenhaß speist sich daraus, daß Kaukasier und Mittelasiaten schon seit sowjetischer Zeit den Blumen-, Obst- und Südfruchthandel auf den Märkten der großen Städte in Mafia-Strukturen beherrschen und in dieser Monopolstellung die rus-

17 Boris Orlov: Rechtsextremismus im heutigen Rußland. In: Ebenda (2002)3. S. 325.

sische Bevölkerung schamlos ausbeuten. Im Jahre 2001 eskalierte diese Stimmung bis zu regelrechten Pogromen auf den Märkten des Moskauer Randbezirks Jassenewo am 21. April und in einem Moskauer Vorort, dem Städtchen Zarizyno am 30. Oktober.¹⁸ Die in der russischen Gesellschaft auf wenig Ablehnung stoßende Übertragung der Abneigung gegen diese Parasiten auf alle Angehörigen der Völker Kaukasiens und des ehemals sowjetischen Mittelasiens ist inakzeptabel. Die Häufung fremdenfeindlicher Attacken in Moskau auf Bürger ihrer Staaten hat die Konsulate der GUS-Republiken Aserbaidshan, Armenien, Georgien, Kasachstan, Kyrgistan, Tadschikistan und Usbekistan veranlaßt, sich in einem gemeinsamen Brief an das russische Außenministerium zu wenden, in dem es heißt: »Das inadäquate Verhalten der Skinheads gegen nicht-slawische Personen stellt eine Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit unserer Bürger dar, insbesondere an solchen Orten wie der Metro, den Märkten und den Diskotheken.«¹⁹ Kundige Beobachter schätzen die Anzahl der Skinheads nicht nur in Moskau, sondern auch in Krasnojarsk, Tomsk, Irkutsk und Wladiwostok auf mehrere Tausend, in St. Petersburg, Woronesh, Jaroslawl und anderen Großstädten auf einige Hundert. Zu dieser Szene gehören auch musikalische Subkulturen, die sich bezeichnenderweise solche Namen geben wie »Nazi-Punk« und »Nazi-Metal«.²⁰

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation und der Bund der Kommunistischen Parteien-KPdSU, eine Dachorganisation der Kommunistischen Parteien der GUS-Staaten, haben sich wiederholt, so im Mai 2002 von der »Bewegung der glatzköpfigen Rassisten« distanziert und zugleich das Zusammenspiel zwischen Macht und dieser Bewegung als Versuch des »korrumpierten Kapitals« qualifiziert, »die Ereignisse von vor 60 Jahren in Deutschland« zu wiederholen, »als der blindwütig besessene Führer, nachdem er zur Macht gekommen war, als erstes die Kommunistische Partei verbot und Zehntausende deutscher Kommunisten in die Gefängnisse und Konzentrationslager warf«.²¹ Vergleichbares zur Fremdenfeindlichkeit ist zum Antisemitismus festzustellen. Die Tatsache, daß sich unter den Oligarchen Rußlands, die dem Volk das Blut

18 Ebenda. S. 320.

19 Wostok. Berlin (2002)2. S. 7. – Siehe auch »Neues Deutschland«. Berlin vom 16., 17. und 19. April 2002.

20 Wostok. Berlin (2002)2. S. 47.

21 Pravda Rossii. Moskau (2002)17.

aussaugen, auch unter den Akteuren der Massenmedien eine größere Zahl von Juden befindet, rechtfertigt Antisemitismus in keiner Weise. Das gilt übrigens für jegliche Verschiebungen von Klassengegensätzen auf die Ebene des Nationalen. Eine weitere Eskalation erfolgte im Jahre 2002 mit der Kombination fremdenfeindlicher und antisemitischer Schmierereien mit daran versteckt angebrachten Bomben. Opfer waren zu beklagen.²²

Auffällig ist die Nachsicht der Staatsorgane. Polizei und Justiz legen nicht gerade Übereifer an den Tag, wenn es um die Verfolgung von Skinhead-Straftaten geht. Vieles im gegenwärtigen Rußland erinnert — bei aller gebotenen Vorsicht vor voreiligen Gleichsetzungen — an die letzten Jahre der Weimarer Republik; und in der Tat ist dort schon die Rede vom »Weimarer Rußland«. Zu diesem Bilde gehört auch die Annahme eines von Präsident Putin eingebrachten Gesetzes gegen den Extremismus am 27. Juni 2002 in der Staatsduma und die Forderung nach dem Verbot der KPRF. Das Gesetz, das man auch als eine Reaktion auf die in der Bevölkerung verbreitete Ablehnung neonazistischer Gewalt verstehen muß, verbietet als extremistische Tätigkeit das Schüren nationaler, rassistischer oder religiöser Feindseligkeiten, vermeidet aber eine genaue Definition des Begriffs Extremismus. Das im Gesetz in sehr allgemeinen Formulierungen festgeschriebene Verbot der Versuche eines gewaltsamen Umsturzes gewährt alle Möglichkeiten willkürlicher Auslegung. Jeglicher Protest gegen Sozialabbau, Lohnzurückhaltung und politische Repression oder gar staatlichen Extremismus kann künftig als eben ein solcher Versuch des Umsturzes bedroht werden.²³ Parallelen zum Republikenschutzgesetz der Weimarer Republik, das dem Wortlaut nach die junge Republik vor Anschlägen von rechts schützen sollte, in Wirklichkeit aber vor allem gegen die linke, vorwiegend gegen die kommunistische Opposition eingesetzt wurde, drängen sich geradezu auf. Daß zur gleichen Zeit, in der das Antiextremismusgesetz in der Duma beraten wurde, ein Abgeordneter der Fraktion »Vaterland – Ganz Rußland« das Verbot der KPRF und die gerichtliche Verfolgung ihres ZK-Vorsitzenden und Vorsitzenden der Volkspatriotischen Union Rußlands, Gennadi Sju-

22 »Neues Deutschland«. Berlin vom 28. Mai 2002. – Focus. München (2002)32. S. 160.

23 »Neues Deutschland«. Berlin vom 28. Juni 2002. – Wostok. Berlin (2002)3. S. 7. – B. Golyšev: O gosudarstvennom ekstremizme. In: Pravda Rossii. Moskau (2002)23. – »Rossijskaja gazeta«. Moskau vom 6. Juni 2002.

ganow, forderte und die Duma-Leitung, in der seit April keine Kommunisten mehr vertreten sind, diesen Antrag zur Beratung in der Plenartagung des Parlaments annahm, kann kaum als Zufall angesehen werden.²⁴ Die Macht will — auch als Vorbereitung auf die Wahlen in den kommenden Jahren — die KPRF aus dem politischen Leben verbannen. Rechts-extremistische und neofaschistische Aktivitäten, Toleranz des Staates ihnen gegenüber und das Schaffen eines ganzen Arsenal von Instrumenten gegen die kommunistische und nationalpatriotische Opposition und gegen beginnende soziale Proteste ergänzen einander.

Dieses Arsenal wird mit der Gründung neuer, von der Präsidentenadministration initiiertes und geförderter Parteien komplettiert. Auf der Basis einer Abgeordnetengruppe, die sich zur Verschleierung ihres wirklichen Anliegens den beziehungsreichen Namen »Narodnyj deputat« (Der Volksdeputierte) gegeben hat, entstand 2001 die »Narodnaja partija« (Volkspartei). Diese wurde als erste nach dem neuen Parteiengesetz am 9. November 2001 vom Justizministerium registriert. Auf meine Frage während einer Vortragsveranstaltung bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin nach dem Wesen der Gruppe »Narodnyj deputat« antwortete mir der bekannte russische Nationalist Dmitri Rogosin — einer der profilbestimmenden »Volksdeputierten«, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma und inzwischen von Präsident Putin zu seinem Kaliningrad-Beauftragten ernannter hoher Beamter — mit einem Wort: »proprawitelstwennaja« (regierungstreu). In der Duma ist die Volkspartei bald mit rechtspopulistischen Initiativen hervorgetreten. Sie will Homosexualität wieder mit dem Strafrecht verfolgen, das Aussetzen der Todesstrafe rückgängig machen, den katholischen Einfluß im orthodoxen Rußland zurückdrängen und redet einer Ausweitung der Zensur das Wort. Das alles möchte sie als Patriotismus ausgeben und mit ihrer Losung »Rechtgläubigkeit und Patriotismus« dem von der KPRF geführten nationalpatriotischen Lager Stimmen entziehen.²⁵

Die zweite hier zu nennende neue Partei, die am 30. Mai 2002 in Moskau gegründet wurde, nennt sich »Ewrasija« (Eurasien). Ihr Gründer,

24 O fašistsvjuščem antikommunizme. In: Pravda Rossii. Moskau (2002)17.

25 Parteien im Internet. In: Wostok Newsletter. Berlin (2001)8. S. 15. – Vytjagivajut rja: enye. Tendencii razvitija obščepolitičeskoj situacii (22 aprilja – 5 maja 2002 g.). In: Pravda Rossii. Moskau (2002)17.

Aleksandr Dugin, fiel schon seit Anfang der 1990er Jahre als extremer Nationalist auf. Er propagierte die deutsche »konservative Revolution« und hielt Lobreden auf Hitler. Inzwischen stellt er einen antiwestlichen Fundamentalismus heraus, der auf die verbreitete Ablehnung der Liberalisierung und auf die Kritik an der Globalisierung und an der Amerikanisierung der russischen Gesellschaft spekuliert. Die Eurasisten träumen von Rußland als einer euroasiatischen Großmacht. Sie geben vor, daß die euroasiatische Wirtschaft unter ihrem Einfluß ein »Kapitalismus mit nationaler Seele und sozialistischem Gesicht« werde. Sie beschwören die Orthodoxie, den Islam, den Buddhismus und das Judentum als Basis von Erneuerung und Wiedergeburt und setzen auf eine völkische Ethik. Sie knüpfen an den historischen Eurasismus an, der in dem Riesenland Rußland, das sich über große Teile zweier Kontinente erstreckt, natürliche Grundlagen besitzt. Was die Neo-Eurasisten aber heute anbieten ist die nationalistische Radikalisierung des klassischen Euroasiatismus, und diese wollen sie zur »Grundlage der nationalen Idee eines Rußlands des 21. Jahrhunderts« machen. Der Parteigründung ging eine einjährige Vorbereitungsphase in Gestalt einer »Bewegung Euroasia« voraus, die von der Präsidentenadministration finanziell und organisatorisch kräftig gefördert und auch vom Dumavorstzenden Gennadi Selesnjow unterstützt wurde.²⁶ Letzterer galt schon längere Zeit in nationalistischen Kreisen als Anwärter auf eine besondere Rolle in einem konservativen Brückenschlag zum Präsidentenlager. Die von ihm betriebene und von Dugin unterstützte Gründung einer Bewegung »Rossija« wird als der erste Versuch eines solchen Brückenschlags angesehen.²⁷ Selesnjow ist inzwischen wegen Disziplinbruchs aus der KPRF ausgeschlossen worden. Die Orientierung der »Evrasisija« auf die Sprengung des volkspatriotischen Bündnisses um die KPRF ist offensichtlich.

Bleibt noch anzumerken, daß Anfang Juli 2002 eine vom Sprecher des Föderationsrates S. Mironow geförderte »Russische Partei des Lebens« mit einem Kongreß an die Öffentlichkeit getreten ist. Sie steht im Zusammenhang mit einer der streitenden Fraktionen in der Partei »Einiges Rußland«, die aus dem Zusammenschluß der putintreuen Partei »Ein-

26 Kai Ehlers: Partei »Eurasia« in Moskau gegründet. Vom Think-Tank zur politischen Kraft. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 4. Juni 2002.

27 Markus Mathyl: Der »unaufhaltsame Aufstieg« des Aleksandr Dugin. Neo-Nationalbolschewismus und Neue Rechte in Rußland. In: Osteuropa. Stuttgart (2002)7. S. 896f.

heit« mit anderen hervorgegangen ist. Angesichts der Flügelkämpfe in »Einiges Rußland«, die dessen Rolle als Partei der Macht schwächen, wird die neue Partei von der KPRF als ein Reserveprojekt der Partei der Macht gewertet, auf die bei der 2003/2004 bevorstehenden Runde von Wahlkämpfen um Duma, Präsidentschaft und Regionalvertretungen zurückgegriffen werden kann,²⁸ sollte die gegenwärtige Partei der Macht — wie ihre Vorgängerinnen 1995 und 1999 — nicht einmal eine Wahlperiode überleben. Im Zusammenhang mit einer Übersicht über die zum Rechtsradikalismus, ja zum Faschismus tendierenden Kräfte ist die vom skandalumwitterten Wladimir Shirinowski geführte Liberaldemokratische Partei Rußlands nicht zu übersehen. Sie, die mit ihrem irreführenden Namen 1993 als Antijelzin-Protestpartei auftrat und einen überwältigenden Wahlerfolg errang, ist eine zutiefst antidemokratische, chauvinistische Partei. Bei der Verbreitung konservativer und zum Faschismus hinführender Ideen hat sie viele Jahre ihre verhängnisvolle Rolle gespielt.²⁹ Nun befindet sich ihr Stern im Sinken. Ihre Anhänger laufen zu »Einiges Rußland« über, was über den Charakter dieser Partei einiges aussagt. Wie stets seit ihrem Einzug in die Duma ist die LDPR für Präsident und Regierung aber auch gegenwärtig noch immer eine berechenbare Größe, mit deren Unterstützung sie fest rechnen können.

Die während des Duma-Wahlkampfes 1999 im Zusammenspiel des untriebigen Oligarchen Beresowski und der Präsidentenadministration gegründete Partei »Einheit«³⁰ und das aus ihrem Zusammenschluß mit anderen Organisationen Ende 2001 entstandene »Einige Rußland« sind stramm konservativ orientiert. Faschistische Züge, die an den deutschen Faschismus erinnern, waren bisher nicht zu bemerken. Indessen geben nähere Betrachtungen zur Jugendorganisation der Partei Anlaß, diese Sicht zu überdenken. Im April 2000 gründete eine Dumaabgeordnete der

28 Oleg Kulikov: Oligarchi nastupajut. Tendencii razvitija obščepolitičeskoj situacii (17 – 30 ijunja 2002 g.). In: Pravda Rossii. Moskau (2002)25.

29 Ernst Laboor: Wieviel Parteien braucht Rußland? ... S. 77ff., 119ff., 130ff., 178ff. und 217ff. – Ernst Laboor: Programme der wichtigsten politischen Kräfte im gegenwärtigen Rußland. In: Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997. S. 289f. – A. Umland: Russischer Rechtsextremismus im Lichte der jüngsten theoretischen und empirischen Faschismusforschung. In: Osteuropa. Stuttgart (2002)7. S. 909ff.

30 Ernst Laboor: Zur Bildung der dritten »Partei der Macht« in der Russischen Föderation im Herbst 1999. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin (2002)2. S. 3ff.

»Einheit« und bekannte Fernsehmoderatorin die »Jugendeinheit«. Das war ein Fehlstart. Die Jugendlichen blieben der Organisation fern. Schon im Juli 2000 steuerte die Partei »Einheit« um und beauftragte Wassili Jakemenko, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, die den Namen »Die gemeinsam Gehenden« erhielt. Jakemenko hat sich seine Sporen in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Präsidentenadministration verdient. Sein Mentor ist der stellvertretende Leiter dieses mächtigen zentralen Exekutivorgans, Wladislaw Surkow, der dort für die Bearbeitung der Parteien und der Parlamentsfraktionen zuständig ist. Surkow hatte sich als PR-Manager in zwei der bedeutendsten Großbanken hervorgetan, ehe er in die Präsidentenadministration kam. Er gehörte zu den Architekten der auf Präsident Putin eingeschworenen Partei »Einheit« und hat zur Stärkung des rechten Randes der Politik auch maßgebend an der Bildung der Volkspartei teilgenommen. Sein Credo »liberale Wirtschaft und ein bißchen Verletzung der Menschenrechte« deutet auf Affinität zu Staatsextremismus, Präsidialdiktatur, wenn nicht gar zu faschistischen Ansichten. Die Organisation, die in ihrer Selbstdarstellung 50.000 Mitglieder (zu 80 Prozent Studenten) angibt, ist nach dem sogenannten Prinzip des Netzmarketings aufgebaut. Jeder Neue muß fünf weitere Mitglieder werben. Dafür steigt er zum Vorgesetzten seiner »Fünf« auf und wird finanziell belohnt. Vom fünfzigsten neuen Mitglied an wird er Kommandeur einer Einheit und erhält ein monatliches Gehalt, das 50 Dollar entspricht. Überhaupt scheint die finanzielle Ausstattung keine Grenzen zu kennen. An Kundgebungsteilnehmer werden T-Shirts mit dem Konterfei des Präsidenten verteilt. Die meist studentischen Teilnehmer werden samt sie unterstützender Professoren, ja sogar Rektoren in Bussen herangekarrt. Die Mitglieder dürfen kostenlos einige Schwimmbäder, Kinos und Internet-Cafés nutzen; und ein spezielles Reisebüro gewährt ihnen Vorzugspreise. Dafür müssen die Mitglieder in strenger Disziplin an allen »von oben« angewiesenen Aktionen teilnehmen. Die wohl spektakulärste Aktion veranstalteten »Die gemeinsam Gehenden« im Januar 2002 vor dem Bolschoi-Theater. Sie zerrissen Werke von ihrer Meinung nach die Gesellschaft zersetzenden Schriftstellern, trampelten auf ihnen herum und warfen sie in vorbereitete Behältnisse mit dem Aufdruck »Zurück an den Autor«. Sie tauschen auch die Schriften der angefeindeten Autoren gegen solche mit ihnen genehmem »patriotischen« Inhalt. Die Analogie zur Berliner Bücherverbrennung der Nazis ist mit Händen zu greifen. Einer der angefeindeten Schriftsteller, Wiktor Jerofejew, forderte öffentlich, man müsse diese Kulturbarbaren schleunigst

stoppen, »sonst werden sie noch zu richtigen Faschisten«. ³¹ Journalisten nennen »Die gemeinsam Gehenden« auch schon in Anlehnung an das offensichtlich deutsche Vorbild Putin-Jugend und verwenden dabei nicht das russische, sondern das deutsche Wort »Jugend«. ³² Zu den »Gemeinsam Gehenden« hat sich eine Mädchenband gesellt, »Die gemeinsam Singenden«. Sie ergänzen den immer mehr ausufernden Personenkult um Präsident Putin, dem Gedichte, Hymnen, Bildchen, eine verherrlichende offizielle Biographie und anderes gewidmet werden, mit einem Song, in dem sich eine Frau einen Mann wie Putin wünscht, stark, treu, nicht trinkend, sie nicht beleidigend. Die Radiostationen dudeln den Song tagaus tagein. Die Idee zu dieser putinophilen Girlgroup stammt pikantesweise vom Pressesprecher des Obersten Russischen Gerichts. ³³

Fragt man nach den Ursachen für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und faschistoide Züge, so kommen Beobachter bei allen Unterschieden der Gewichtung zu übereinstimmenden Ansichten, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: In erster Linie die für die Mehrheit des Volkes katastrophalen sozialen Verhältnisse, die ihr unter der Flagge von Freiheit, Demokratie und Liberalisierung aufgenötigt worden sind; das Verdrängen bisher gültiger Werte wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität, wozu auch garantierte Arbeit, kostenloser oder kostengünstiger Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur und medizinischer Versorgung gehörten; Entwertung der nunmehr dominierenden Werte (Freiheit, Demokratie usw.) in der brutalen sozialen, moralischen und politischen Wirklichkeit des täglichen Lebens; Perspektivlosigkeit nicht nur großer Teile der Jugend, sondern auch anderer Teile des Volkes. Der Journalist Wladimir Ostrogorski gießt seine Beobachtungen nach den Moskauer Krawallen im Gefolge der Fußballweltmeisterschaft im Juni 2002 in die Worte: »Die Hakenkreuzträger gäbe es im heutigen Rußland nicht, hätten die aktuellen sozialen Verhältnisse und die jüngste soziale Geschichte kei-

31 »Märkische Allgemeine Zeitung«. Potsdam vom 24. Januar 2002.

32 Grigori Melamedow: Politische Jugendorganisationen in Rußland. In: Wostok. Berlin (2002)3. S. 46f. – Dmitri Popow: Wer in Macht investiert, will Macht gewinnen. Schwarze PR gegen himmelblauen Speck. Über die Männer im Hintergrund der »Putin-Jugend«, die den Schriftsteller Vladimir Sorokin wegen Pornographie vor Gericht bringen will. In: »Freitag«. Berlin vom 23. August 2002.

33 »Berliner Zeitung«. Berlin vom 26. August 2002. – »Märkische Allgemeine Zeitung«. Potsdam vom 27. August 2002. – »Neues Deutschland«. Berlin vom 28. August 2002.

ne Ähnlichkeit mit denen im damaligen Deutschland. Diese Ähnlichkeit ist da, auch wenn Putin kein Hindenburg und ein russischer Hitler (noch?) nicht in Sicht ist. Was haben denn die jungen Menschen erlebt, die an der Kremlmauer tobten? Den plötzlichen Zusammenbruch einer Ordnung, die zwar vom Ansatz her falsch, aber trotzdem festgefügt war. Das Entstehen einer kleinen arroganten Schicht Superreicher vor dem Hintergrund eines selbst in Rußland noch nie dagewesenen Massenelends. Den Verfall aller in der Transformationszeit gepriesenen Werte, die sich als Instrumente machthungriger Politiker und dollargeiler Privatisierer entpuppten. Käuflichkeit, wohin man blickt. Krieg gegen ein kleines Volk im Nordkaukasus, reich an Massakern an der Zivilbevölkerung, Raubzügen, Vergewaltigungen. Muß man da ›Mein Kampf‹ lesen, um Lust zu bekommen, wild nach links und rechts zu schlagen?« Abschließend fragt Ostrogorski, wo denn die Gewähr dafür liege, daß der Extremismus überwunden wird, »wenn sich die sozialen Verhältnisse nicht grundlegend ändern, ja, sich sogar noch weiter verschlechtern?«³⁴ Daß der Autor außer Mutmaßungen keine Antwort zu geben vermag, ist ein zusätzlicher Hinweis auf die Hilflosigkeit selbst so engagierter Beobachter. Cas Mudde, der an der Universität Edinburgh lehrt, stellt Überlegungen in ähnlicher Richtung an. Er verweist unter Berufung auf Einschätzungen anderer darauf, daß das Wirtschaftssystem in den meisten postsozialistischen Ländern in der Sicht ihrer Bürger schlechter abschneide als das vorausgegangene kommunistische System. Eine der Ursachen dafür, daß die Rechtsradikalen dennoch ihr mögliches Anhängerpotential nicht mobilisieren können, sieht er in der »Stärke der radikalen Linken. Auch wenn um die Bildung ›rot-brauner‹ Allianzen im postkommunistischen Europa viel Aufhebens gemacht worden ist, so sind die radikale Linke und die radikale Rechte weniger politische Verbündete als Gegner im Wettbewerb um Wählerstimmen. In verschiedenen Ländern war die Linke wesentlich erfolgreicher als die Rechte ...«³⁵ Neben anderen erinnert er dabei an die KPRF, deren erfolgreiches Mühen um die Erweiterung ihres Wählerpotentials nicht Gegenstand dieses Beitrags sein kann. Viktor Schejnis, ein früherer Duma-Abgeordneter der Jabloko-Partei, weist auf den internationalen Aspekt des Problems hin. Er sieht die Gefahr des

34 Wladimir Ostrogorski: Quo vadis, Rußland? In: Wostok. Berlin (2002)3. S. 3.

35 Cas Mudde: Warum ist der Rechtsextremismus in Osteuropa so schwach? In: Osteuropa. Stuttgart (2002)5. S. 628f.

weiteren Anwachsens nationalistischer Stimmungen in seinem Lande, »wenn die führenden demokratischen Länder auf Rußland nicht mehr Rücksicht nehmen sollten als die Sieger von Versailles auf Deutschland«. ³⁶

Ohne auf das gegenwärtige Rußland Bezug zu nehmen, hat sich der hochbetagte weltbekannte sozialistische Denker Adam Schaff mehrfach zu Faschismus und faschistischer Gefahr geäußert. In einem Interview, das auch anderen Fragen gewidmet war, hebt er auf die Frage nach den Unterschieden zwischen den Ausprägungen des Faschismus in verschiedenen Ländern die »gemeinsame(n) Züge« hervor, die er dann genauer definiert: »An erster Stelle steht die Diktatur der besitzenden Klassen gegenüber dem ›Rest‹ der Gesellschaft. Damit ist der Faschismus das äußerste Gegenstück der demokratischen Kultur einschließlich der formalen Demokratie. Eine Minderheit diktiert ihren Willen brutal der Mehrheit. Zweitens sind totalitäre Herrschaftszüge für den Faschismus charakteristisch. ›Gleichschaltung‹ erfolgt nicht nur als ideologische Forderung, sondern wird praktisch verwirklicht. Ihre deutlichste Ausprägung findet sie im Einparteiensystem. Das faschistische Staatswesen ordnet das gesamte gesellschaftliche und individuelle Leben einem eigens dafür konstruierten und in dessen Interesse funktionierenden zentralistischen bürokratischen Apparat unter. Das ›Führerprinzip‹ ist ein Symbol des Systems. Aus der gesellschaftlichen Funktion des Faschismus resultiert die Tendenz zum Nationalismus. Das ›Eigene‹ und ›Fremde‹, der ›Übermensch‹ und ›Untermensch‹ werden gegenübergestellt. Der Nationalismus gebiert Chauvinismus und führt zum Rassismus als systemimmanentes Wesensmerkmal.« Sodann wendet sich Schaff der Frage zu, wann denn Faschismus entsteht, und sagt: »Der Faschismus ist ein Ergebnis der Schwäche des Kapitalismus als gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Formation. Er erscheint zu einem Zeitpunkt, da die herrschenden Klassen die Herrschaft über den Gang der Ereignisse verlieren und sich in ihrer substantiellen Existenz bedroht fühlen. In solch einem historischen Moment lassen sie jedwede demokratische Maske fallen und unterwerfen die Gesellschaft ihrer Diktatur [...] Träger faschistischer Vorstellungen sind Menschen, die sich in der Masse, unter Gleichgeschalteten, ohne die Notwendigkeit, selbständig entscheiden zu müssen, am geborgensten fühlen. Das erfährt dann sogar psychopatho-

36 Viktor Šejnis: Wie Rußland gewählt hat. In: Ebenda (2000)7. S. 765.

logische Züge. Faschisten sind Menschen mit einem Minderwertigkeitskomplex, die diesen Komplex als »Übermensch« kompensieren wollen. Ihre Hörigkeit ermöglicht die uneingeschränkte Herrschaft und — da unbegrenzte Macht korrumpiert — zügellose Macht [...] Im Führerprinzip bündeln sich Rassismus, Nationalismus, Übermenschentum, politischer Extremismus bis zum Exzeß.«³⁷

Adam Schaffs Analyse fußt auf den historischen Erfahrungen mit dem Entstehen und dem Wirken faschistischer Regimes in Mittel- und Westeuropa und in Lateinamerika. Sie hat auch ihre Verhinderung in Großbritannien und Frankreich im Blick, die beweist, daß Faschismus kein unausweichliches Verhängnis ist, sondern daß sich Gegenmacht konstituieren und auch durchsetzen kann. An den von dem großen polnischen Denker gesetzten Maßstäben lassen sich indessen auch die Entwicklungen im heutigen Rußland messen. Der faschistische Charakter bzw. die zum Faschismus tendierenden Züge vieler der hier vorgestellten Organisationen sind unübersehbar. Auffällig ist auch, daß alle diese Kräfte kaum Eigenes hervorgebracht haben. Dominierend ist der Hitler-Kult, ist das Kopieren der äußeren Merkmale des deutschen Faschismus. Die Moskauer Bücherschändung nimmt sogar die Barbarei der Berliner Bücherverbrennung auf. In der Entwicklung des Staates treten die Tendenzen zu immer mehr Zentralisierung von Macht in den Händen des Präsidenten und seines überdimensionierten bürokratischen Apparats hervor, was manche russische Analytiker schon sorgenvoll an die mögliche Errichtung einer Präsidialdiktatur denken läßt. Die Einschränkung der Pressefreiheit und die Disziplinierung der Fernsehanstalten, der Zug zur Gleichschaltung der Massenmedien verstärken diese Bedenken nur noch. Wladimir Sorokin, der von den »Gemeinsam Gehenden« zum ideologischen Hauptfeind erkorene Schriftsteller, kommentiert die Kampagne gegen sich als Versuch, nun auch die Kultur der obrigkeitlichen Kontrolle zu unterwerfen: »Der Staat kontrolliert das Fernsehen und die Wirtschaft, nun ist die Kultur dran. Noch sind die Literaten unabhängig und können schreiben, was sie wollen. Das macht einigen Beamten im Kreml Angst.«³⁸ Auch in der Parteienlandschaft setzen der Präsident und seine Administration eine Tendenz, wenn schon nicht zur Gleichschal-

37 Adam Schaff: Wir dürfen keine Furcht haben, etwas Neues zu denken. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 17./18. August 2002.

38 Dmitri Popow: Wer in Macht investiert, will Macht gewinnen. In: »Freitag«. Berlin vom 23. August 2002.

tung, so doch zur umfassenden Kontrolle der Parteien durch den Staat durch. Das neue Parteiengesetz vom Juli 2001 schränkt mit seinen Bestimmungen über die Mindestmitgliederzahl von 10.000 und über die Existenz von Parteiorganisationen in der Mehrzahl der Subjekte der Russischen Föderation die bisherige Parteienvielfalt rigoros ein, erschwert die Neugründung von Parteien, die dem Kreml nicht genehm sind, und schließt faktisch die Möglichkeit aus, politische Vertretungen der regionalen Eliten zu schaffen. Mit den Festlegungen über die Finanzierung der verbleibenden Parteien durch den Staat hat sich die zentrale exekutive Gewalt ein einschneidendes Kontrollinstrument in die Hand gegeben.³⁹ Der Prozeß der Bildung neuer Parteien und politischer Organisationen, deren Existenz in der Phase der Vorbereitung auf die bevorstehenden Wahlen im Interesse des Kreml liegt, hält indessen weiter an.

Bei aller stets zur Schau gestellten Macht des Präsidenten, seiner hohen Bürokratie und der hinter ihnen stehenden Oligarchen, scheint in diesen Kreisen tatsächlich so etwas wie Zukunftsangst, zumindest Unsicherheit über die nächste Perspektive Rußlands umzugehen. Allein die Tatsache, daß eine solche Vielzahl von erzkonservativen, rechtsextremistischen und zum Faschismus tendierenden Organisationen existiert, der Apparat des Präsidenten auf die eine oder andere Weise bei vielen von ihnen die Strippen zieht, die verschiedenen Oligarchenclans bei ihnen nicht nur in finanzieller Hinsicht die Finger im Spiel haben und keine der genannten Organisationen eine allgemeine Bevorzugung genießt, deutet darauf hin, daß die in Rußland Herrschenden bisher über keine gemeinsame Strategie für die Führung des Landes verfügen. Nicht einmal die unangefochten scheinende Stellung des Präsidenten, der den Staat immer zentralistischer ausbaut und immer mehr Macht bei sich konzentriert, scheint sicher zu sein. In dieser Lage könnte der Präsident zur Sicherung seiner Macht eine Präsidialdiktatur installieren oder aber von seinen Gegnern eine andere Person an die Spitze des Landes geschoben werden. Entsprechende Szenarien werden bereits erörtert. In den von der KPRF allwöchentlich veröffentlichten Lageeinschätzungen heißt es Anfang August 2002 dazu: »Hauptsächlicher Gegenstand der scharfen Auseinandersetzungen im Lande bleibt das ökonomische Programm der Regierung. Der öffentliche Druck der Oligarchen auf das Kabinett nahm

39 Galina Tschinarichina: Ein neues Leben für die Parteien. In: Wostok. Berlin (2001)3. S. 20ff.

zu. Dabei trat Oleg Deripaska (einer der reichsten und mächtigsten der Oligarchen – E. L.) besonders hervor, der selbst nach dem Sessel des Premiers schielt (und sich vermutlich künftig als Premier unter einem Präsidenten Kassjanow (das ist der gegenwärtige Regierungschef, ein Mann des ›Familien/clans der weiten Umgebung Jelzins – E. L.) sieht). Der junge Oligarch versucht sogar, sich als Patriot darzustellen, wenn er gegen den raschen Eintritt Rußlands in die WTO protestiert. Oleg Deripaska trat mit einer ganzen Serie von Beschuldigungen an die Adresse German Grefs (des extrem liberalistischen Wirtschaftsministers – E. L.) auf. Zu seinem Opponenten wurde ein anderer starker russischer Oligarch — M. Chodorkowski, der Gref und seine Politik verteidigt. Die Tatsache, daß die Oligarchen begonnen haben, öffentlich mit ihren differierenden ökonomischen Programmen aufzutreten, reflektiert die allgemeine Labilität der Lage im Lande und die Nervosität der Magnaten. Druck auf das Ministerkabinett übt auch der Präsident Rußlands aus, dem es wichtig ist, daß sein Bild bei den Wählern nicht verdorben wird. Deshalb ist W. Putin zur Linie der öffentlichen ›Beurteilung der Flüge‹ in der Regierung zurückgekehrt, als er die Beendigung des Kassjanowschen Urlaubs ausnutzte. So erklärte der Präsident, daß die Vorbereitung zur Heizperiode in diesem Jahr (2002/2003 – E. L.) schlechter vorankommt als im vergangenen. Der Landwirtschaftminister A. Gordejew wurde ›auf den Teppich‹ befohlen, der sich mit seinen napoleonischen Plänen der Landreform und der Privatisierung übernommen hat. W. Putin beschuldigte ihn der unrationellen Verwendung der vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel. Von der Vorbereitung des Präsidenten und seiner Umgebung auf die Wahlen zeugt auch die politische Entscheidung von ›Gasprom‹, die davon absieht, ihre Medien-Aktiva vor der Präsidentenwahl zu verkaufen. Auf diese Weise sucht der Staat, seinen Einfluß auf (den Fernsehsender – E. L.) NTW zu erhalten.« Der Haushaltsentwurf für 2003 habe zu »scharfen Konflikten in der Regierung« geführt; die Erhöhung der Militärausgaben »ziele auf die Gewinnung der Militärangehörigen und der im Bereich der Verteidigung Tätigen« am Vorabend der Wahlen.⁴⁰

Im August 2002 wurden neue Aktionen bekannt, die auf die Gefahr der Errichtung einer Präsidialdiktatur hindeuteten. Der Sprecher des Fö-

40 Oleg Kulikov: Pjar vmesto gosudarstvennoj politiki. Tendencii razvitija obščepoli-
tičeskoj situacii (5 – 18 avgusta 2002 g.). In: Pravda Rossii. Moskau (2002)32.

derationsrates S. Mironow, der die Idee zuerst ins Spiel gebracht hat, und das Regionalparlament des Gebiets Magadan setzen sich seitdem für die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten auf sieben Jahre ein. Der Vorsitzende der »Einheit«-Dumafraktion W. Pechtin trat sofort als Konkurrent um den Beweis der größeren Loyalität dem Präsidenten gegenüber und darum auf, wessen Partei die wirkliche Partei der Macht sein wird. Die KPRF beurteilt diese Vorgänge als »das Streben der herrschenden Klasse, W. Putin an der Macht zu halten«. Ein Teil der Elite hätte sogar nichts dagegen, »wenn W. Putin zum »russischen Turkmenbashi« würde«. ⁴¹ So nennt sich der absolute Herrscher Turkmenistans, der sich zum Präsidenten auf Lebenszeit hat erklären lassen.

In dieser unübersichtlichen Lage hat Gennadi Sjiganow neue Akzente hinsichtlich der Gefahr des Faschismus in Rußland gesetzt. In seinem Referat auf dem VIII. Außerordentlichen Parteitag der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation am 19. Januar 2002, der zur Anpassung der Parteidokumente an das neue Parteiengesetz erforderlich geworden war, zeichnete er ein breitgefächertes Bild von den Ursachen und Erscheinungen der Zuspitzung der sozialen und politischen Lage, in der eine faschistische Gefahr entstehen kann. Die Finanz-Industrie-Gruppen, die Oligarchie haben ihre ökonomische Macht weiter gefestigt, aber der aus den hohen Erdölpreisen in den letzten beiden Jahren geflossene »Goldene Regen« sei unproduktiv versiegt. Man muß hinzufügen: ohne vom Staat und von den Erdölexporteurs investiert worden zu sein. Dagegen halte die massenhafte »Ausfuhr« von Aktiva der natürlichen Monopole und der führenden Unternehmen an. Rußlands Eintritt in die WTO wirke sich zum Schaden ganzer Industriezweige aus, die ungeschützt der westlichen Konkurrenz erliegen; man rechne mit 20 Millionen Menschen, die ihre Arbeit verlieren werden. Erstmals in der Geschichte werde ein Industrieland zu einem Rohstoffanhängsel der westlichen Industriestaaten. Auf der zentralen politischen Ebene habe eine Monopolisierung des gesamten Systems der Annahme von Machtentscheidungen stattgefunden; die Duma, der Föderationsrat, die Föderalen Kreise und die Zentrale Wahlkommission handelten wie ein einziges regimemehriges Kommando; die Staatsanwaltschaft und andere Institutionen der Macht fungierten als Organe der Durchsetzung persönlicher In-

41 Oleg Kulikov: Kogda vlast' daleko ot naroda. Tendencii razvitija obščepolitičeskoi situacii (19 – 25 avgusta 2002 g.). In: Pravda Rossii. Moskau (2002)33.

teressen von Oligarchen und von Clanrechnungen, für die Neuverteilung des Eigentums. Korruption werde immer mehr zur professionellen Einrichtung. Der Kurs des nationalen Verrats (z. B. die Aufgabe von Militärstützpunkten in Kuba und Vietnam, die Zustimmung zur Errichtung von USA-Militärstützpunkten in Mittelasien, die teilweise Aufgabe des nuklearen Schutzschildes, der Vaterländische Verdienstorden an Jelzin) werde fortgesetzt. Infolge der drastischen Einmischung des Kreml verkämen die Regionalwahlen immer mehr zur Farce. Der ultraliberale Kurs in Wirtschafts- und Sozialpolitik entspreche den Interessen von fünf bis sieben Prozent der Bevölkerung, während 76 Prozent der Bürger angeben, daß sich ihre Lage verschlechtert hat. Geringfügige Erhöhungen der Löhne und der Renten, die vom Regime mit erheblichem Propagandaaufwand verkündet worden waren, seien inzwischen von Tariferhöhungen in der Kommunalwirtschaft und im Nahverkehr wieder aufgefressen worden. Die Volksgesundheit erleide zunehmend Schaden; nur 15 Prozent der Neugeborenen seien gesund, immer mehr Wehrpflichtige dienstuntauglich, und der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung sinke. Für das Jahr 2003 stehe die Rückzahlung von 17 bis 18 Milliarden Dollar Auslandsschulden an. 500 der letzten Großbetriebe, die sich noch in Staatshand befinden, würden verkauft, privatisiert. Die Russophobie sei zu einer der Grundlagen der staatlichen Informationspolitik geworden; Russen würden fortgesetzt aus vielen Leitungsstrukturen und Masseninformativsmitteln entfernt. Putins Kurs untergrabe sogar die Grundlagen der Jelzinschen Verfassung. Man müsse immer wieder betonen, ein solcher Staat kann nicht stark, nicht sozial, nicht stabil, und er wird niemals geachtet sein. Putins Ansehen beginne zu sinken; der patriotische Bluff schmelze dahin. In dieser Lage, so betonte der Referent besorgt, »kann ein Umschwung zur Repressivität in der Politik des Regimes zur Hauptgefahr für Rußland werden«.

Sodann sprach Gennadi Sjuganow ausführlich über den Tele-Putin, der der Bevölkerung von PR-Spezialisten wohlinszeniert tagtäglich im Fernsehen vorgeführt wird, um fortzufahren: »Herrn Putin gelingt es noch zu gefallen. Darunter auch einigen unserer Wähler, die bisher mit Hoffnung auf ihn schauen. Seine ganze Anhängerschaft, die man uns so oft zeigt, hält sich im wesentlichen eben an dieses virtuelle Bild. Nur ist es verständlich, daß so eine Technologie nicht ewig wirken wird [...] Ich sag's geradeheraus, die Ideologie, die von der exekutiven Macht in den Weiten unseres Landes durchgesetzt wird, ist in vollem Maße die Ideologie des liberalen Faschismus. Ich habe mich nicht versprochen.

Das ist meine wohlüberlegte These: gerade vom liberalen Faschismus ist die Rede. Sein Wesen: mag das Volk aussterben — und die Russen, die Bevölkerung Rußlands verlieren pro Jahr etwa eine Million — wenn nur die Profite der transozeanischen Herren pünktlich gezahlt werden. Vor diesem Hintergrund ist der Triumph der erfolgreichen Schicht der Reichen, der Triumph des zoologischen Individualismus besonders widerlich, der heute aus allen Arten der bürgerlichen Massenmedien tropft. Die Verbeugung vor der Macht des Geldes, die Vernichtung der Kultur, das Schmähnen unserer Sprache — auch das gehört zum Wesen des liberalen Faschismus. Die Schändung, das Verleiten zur Trunksucht, die Narkotisierung des Landes. Und noch etwas — der himmelschreiende Zynismus und die Schamlosigkeit. Das Wesen des liberalen Faschismus besteht auch darin, Zwist zwischen den Generationen zu entfachen. Sein Wesen ist die Verachtung alles Russischen, Volkstümlichen, Patriotischen und Gewissenhaften.«

Das Anwachsen der Krisensituation im Lande erfordere von den Kommunisten Arbeit unter Notbedingungen. Andernfalls drohten Untergang und Ruin. Sjuganow machte seine Zuhörer darauf aufmerksam, daß in Rußland zwei Tendenzen gegeneinander kämpfen. »Einerseits«, sagte er, »reift der liberale Faschismus heran, wird ein Pogrom-Polizeiparapparat formiert, wenn einstweilen auch die für seine Schaffung erforderliche, eine wirklich starke Hand noch nicht sichtbar ist.« Diese Einschätzung ähnelt der des Journalisten Ostrogorski, der einen russischen Hitler (noch?) nicht erblickte. Die andere Tendenz, für die die Kommunistische Partei stehe, bestehe in der »Perspektive der Errichtung einer patriotischen Volksmacht, der für Rußland einzig errettenden, ausgehend aus seiner tiefen Tradition, den Lehren der sowjetischen Epoche, aus dem jahrhundertealten Streben nach Volksmacht und Gerechtigkeit. Jene, die die Oberhand gewinnt, wird das künftige Schicksal Rußlands bestimmen.«⁴²

Drei Wochen später wandte sich Sjuganow auf einer Sitzung des Exekutivkomitees des Bundes der Kommunistischen Parteien-KPdSU erneut dem Thema zu. Nach dem Bericht des Pressedienstes der Dumafraktion der KPRF folgte das Referat streckenweise dem Text des

42 KPRF — partija širokich trudovykh mass, partija nacional'nykh interesov. Doklad G. A. Sjuganova na VIII (vneočerednom) s'ezde KPRF. In: Pravda Rossii. Moskau (2002)3.

Parteitageferats. Dennoch zeichneten sich die neueren Ausführungen durch eine Reihe von Präzisierungen aus. Nun stellte der Referent das Verdrängen der Russen aus staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und Informationsämtern und das Zurückdrängen der russischen als der staatsbildenden Nation noch mehr heraus und bezeichnete dies als eine Gefahr für alle Völker des postsowjetischen Raumes. In bezug auf die Gefahr der Errichtung eines totalitären Staates ging Sjuganow weiter als auf dem Parteitag. »Tschubaj's Clan zeigt unverschämt, wer heute in Lande die reale Macht darstellt, die sogar in der Lage ist, den Raketenschild des Landes zu paralisieren (Tschubaj's hatte als Chef des gesamtrussischen Elektroenergiesystems den strategischen Raketentruppen wegen nicht bezahlter Rechnungen den Strom abschalten lassen – E. L.). Wir denken, daß unter diesen Bedingungen eine der Hauptgefahren für Rußland in der Möglichkeit liegt, daß eine Junta und die Oligarchie mit diesem Gauner und rothaarigen Teufel an der Spitze an die Macht kommt.« Diese Einschätzung deutet darauf hin, daß die kommunistische Führung inzwischen sehr wohl die starke Hand für die Errichtung eines Polizeistaates sieht. Gleichzeitig wies Sjuganow darauf hin, daß die Partei die Gefahr auch nicht überschätzt und daß die Aufgabe darin bestehe, mit allen Kräften einer derartigen Entwicklung Widerstand entgegenzusetzen, »um den letztendlichen Sieg jenes Kommandos nicht zuzulassen, das dem Wesen nach die Rolle einheimischer Helfer in der Kolonialadministration auf unserem Territorium spielen würde«. Im Bericht über das Referat heißt es dann weiter: »Bei einem Treffen mit Putin«, bemerkte G. Sjuganow, »habe ich ihm offen gesagt: ›Sie haben keinerlei eigene Politik. Es gibt die alte liberale Politik. Es gibt das alte widerliche Kommando.‹ Aber was jetzt im Lande geschieht«, fährt der Bericht fort, »das ist faktisch eine Politik des liberalen Faschismus. Auf dem kürzlich abgehaltenen VIII. Parteitag der KPRF sind genaue Charakteristiken dieser Erscheinung gegeben worden. Und die Partei ist jetzt bestrebt, die Gesellschaft davon zu überzeugen, daß die Folgen schrecklicher werden als bei der Verwirklichung der Konzeption des Nazi-Faschismus. Das Wesen des liberalen Faschismus — das ist die zoologische Verehrung der Macht des Geldes, der Macht des Dollars, des Profits. Im Namen dessen wird die Nation abgewertet, wird zum Trinken verleitet, narkotisiert, werden alle geistigen Wurzeln vernichtet, die nationale Eigenart aufgehoben, die Nation geschichtslos gemacht. Die Losung der Anhänger des liberalen Faschismus: ›Mag das Volk dieses Landes aussterben, für uns ist die Hauptsache, den westlichen Her-

ren zu zahlen und uns die eigenen Taschen vollzuschlagen.« Den Kommunisten und volkspatriotischen Kräften legte der Redner die Verpflichtung auf, »die wahre Gestalt der Träger der Ideen des liberalen Faschismus zu enthüllen, der mit seinem Zynismus, seiner Grausamkeit und seiner Blutrünstigkeit nicht weniger schrecklich ist als der nazistische, als die Invasion Hitlers und seiner Horden«. Wie auf dem Parteitag sprach er von den zwei Tendenzen, die gegeneinander kämpfen. Auf der einen Seite wirke »die liberalfaschistische, hinter der die Tschubajts', Gajdars, Nemzows, Chakamadas und diese ganze antinationale Bande stehen. Auf der anderen die volkspatriotische.« Diese wurde als die einzige Kraft bezeichnet, die der gezeigten Gefahr widerstehen kann, »wenn sich alle in einer breiten Front der sozialen Kräfte zusammenschließen«. ⁴³

Manches in Sjuganows Ausführungen erscheint noch in recht verallgemeinerter Form und bedarf weiterer Erörterungen. Zunächst ergibt sich die Frage, wie die Begriffe »liberal« und »Faschismus« zusammenpassen. In meiner Sicht spiegelt die These vom liberalen Faschismus Besonderheiten der russischen Realität wider. Für den deutschen Faschismus waren strengste Zentralisation in Nazi-Partei, Staat und Wirtschaft kennzeichnend. Das System von Partei- und Staatsorganen zur aktiven bestimmenden Einmischung in die Wirtschaft war vielgliedrig ausgebaut. Anders in Rußland. Hier werden unter der Flagge der Liberalisierung nicht nur die Wirtschaft — man denke nur an den Verkauf der letzten noch in Staatshand befindlichen 500 Großunternehmen —, sondern auch der Staat selbst privatisiert. Als Beispiel mag die Linie Ausbeutung von Bodenschätzen – Export – Kontrolle durch die Staatsbank dienen. Das Riesenunternehmen »Norilski Nickel« gehört Wladimir Potanin, einem der mächtigsten Oligarchen, der die Gewinnung von Edelmetallen und den Handel mit ihnen beherrscht. Während einer Beratung bei Ministerpräsident Kassjanow im Juli 2002 wurde entschieden, daß der Staat das Monopol auf den Export von Platin und Palladium aufgibt. Künftig darf »Norilski Nickel« auf dem internationalen Markt mit diesen Edelmetallen frei handeln und die Preis- und Exportpolitik in seinem Interesse selbständig bestimmen. Die Kontrolle durch die zentrale Staatsbank wurde in die Hände eines Mannes gelegt, der vorher Exekutivdirektor einer mit den Oligarchenkreisen verbundenen großen Privatbank war. Auf diese Weise hat der Staat mit der Liberalisierung von Produktion,

43 Liberal'nyj fašizm strašnee nacizma. In: Pravda Rossii. Moskau (2002)6.

Export und Exportkontrolle jeglichen Einfluß auf diesen sensiblen Gegenstand verloren; und Milliarden Dollar können unkontrolliert ins Ausland abfließen.⁴⁴ Dem Staat werden riesige Steuersummen, und dem Volk werden — ganz liberal — Unsummen des von ihm erzeugten Reichtums entzogen.

Demgegenüber steht im Staate selbst die höchste Konzentration der Macht beim Präsidenten und den obersten Exekutivorganen im Interesse der Oligarchie. Dazu gehört auch die Gleichschaltung von Staatsduma, Föderationsrat und Zentraler Wahlkommission zu einem einzigen Instrument der Stanze von Gesetzen, ohne der Opposition die geringsten Einflußmöglichkeiten zu lassen. Dazu gehören auch der beschleunigte Ausbau eines repressiven Polizeiapparats und die in der Verfassung nicht vorgesehene Einrichtung einer neuen vertikalen Staatsstruktur in Gestalt der sieben Föderalen Kreise, die ausschließlich dem Präsidenten unterstehen. Trotz dieser unmäßigen Machtkonzentration sind sich die Herrschenden — wie bereits angeführt — ihrer Sache nicht sicher. Zu ihrem Konzept der Machterhaltung gehört deshalb der erbarmungslose Kampf gegen jegliche tatsächliche Opposition, gegen jeden Protest, auch der Versuch, die KPRF gänzlich auszuschalten.

Die These, der liberale Faschismus sei schlimmer als der Hitlerfaschismus, enthält einem neuen Denkansatz. Er geht von den schon vorhandenen und von den noch zu erwartenden Folgen aus. Er kann produktiv sein, erfordert aber weiteres Nachdenken. Einerseits ist die Argumentation in bezug auf Rußland nachvollziehbar. Wenn der unter Jelzin und Putin verfolgte Kurs der Liberalisierung dem russischen Volk bisher den Verlust von zehn Millionen Menschen gebracht hat, so wird dieser bei unveränderter Weiterführung in zehn Jahren zu einem Bevölkerungsverlust von 20 Millionen führen. Das entspräche etwa der Zahl der Toten, die die gesamte Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatte. Die Kampfhandlungen und die deutsche Invasion haben zur Entindustrialisierung der besetzten Gebiete geführt, nicht aber der ganzen Sowjetunion. Jetzt aber wird ein ganzes Industrieland, Rußland zum Rohstoffanhängsel der entwickelten kapitalistischen Industrieländer degradiert. Andererseits aber weckt die These — wenn man nicht nur von den russischen Besonderheiten ausgeht — auch Bedenken. Die Einzigar-

44 Oleg Kulikov: Mračnyj Prognos. Tendencii razvitija obščepoličeskoj situacii (15 – 21 ijulja 2002 g.). In: Pravda Rossii. Moskau (2002)28.

tigkeit des vom deutschen Faschismus betriebenen Völkermords, die Schuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges könnte relativiert werden. Rußlandkenner und Faschismusforscher sollten sich zu gemeinsamem Nachdenken zusammenfinden.

HANNES HOFBAUER

Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung und periphere Integration¹

Der Gleichklang ist erstaunlich. Von der CDU bis zu den Grünen, von den Sozialdemokraten bis hinein in die PDS reicht ein gesellschaftlicher Konsens, demzufolge man der Erweiterung der Europäischen Union nicht ablehnend gegenüberstehen darf. Kaum ein anderes Thema ist mit einem dermaßen breit angelegten Tabu belegt; die EU-Erweiterung gilt scheinbar widerspruchlos als politisch korrekt.

Dahinter steht eine auch medial weitgehend durchgesetzte neoliberale Diskurshegemonie, die das größte imperiale Projekt Europas nach 1945 — die Osterweiterung der Europäischen Union — kritiklos zur Kenntnis nimmt. Mehr noch: Kritik an der Erweiterung der Brüsseler Einflußsphäre wird systematisch diffamiert. Sie gilt wahlweise als nationalistisch und kommunistisch oder, wie es das deutschsprachige Flaggsschiff des Kapitals, die »Neue Zürcher Zeitung«, ausdrückt: als nationalkommunistisch.

Keine einzige im deutschen oder österreichischen Parlament vertretene Partei tritt gegen den EU-Erweiterungsprozeß auf. Folgerichtig findet keine parlamentarische Debatte über den wirtschaftlich und geopolitisch wichtigsten Schritt Europas nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges statt. Diese gespenstische Harmonie zeigt den Stellenwert des Pluralismus in den zu Kapitaldemokratien verkommenen westlichen Legislativen und macht deutlich, wie weit sich selbige von den Volksmeinungen entfernt haben. Denn mit hundertprozentigen Mehrheiten steht kein Land hinter der Brüsseler Expansionspolitik.

Argumentativ begleitet wird die EU-Erweiterung in den herrschenden Medien mit purer Ideologie: die Aufnahme von acht osteuropäischen (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slo-

1 Von Hannes Hofbauer ist im Frühjahr 2003 das Buch »Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration« im Wiener Promedia Verlag erschienen. 240 Seiten, 17,90 Euro.

wenien) und zwei weiteren Ländern (Malta, Griechisch-Zypern) sei ein Hilfsprojekt. Geholfen werde, so der Tenor, den armen Brüdern und Schwestern, die 40 Jahre innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) an Mängeln aller Art gelitten und sich nun 15 Jahre lang bemüht hätten, die Regeln von Kapitalwirtschaft und Kapitaldemokratie einzuüben.

Nach einem ähnlichen argumentativen Muster verlief in den 1970er und 1980er Jahren die Einflußerweiterung westlicher Konzerne auf dem afrikanischen Kontinent, als mit dem Instrument der »Entwicklungshilfe« verstärkte Abhängigkeiten des Südens von Konzernzentralen im Norden durchgesetzt worden waren. Damals war es in der Hauptsache die sogenannte »Grüne Revolution«, mit der Ausbeutbarkeit landwirtschaftlicher Nutzflächen im Hinblick auf den Aufbau einer Exportwirtschaft erreicht worden ist. Heute spricht freilich niemand mehr von einem Erfolg des viel gepriesenen Entwicklungshilfe-Modells, zu sichtbar negativ sind die Auswirkungen der kapitalistischen Modernisierung in Afrika.

Gleichzeitig zum Hilfsargument lassen sich Medienberichte und Politiker mit der Zusicherung vernehmen, die EU-Osterweiterung sei für krisengeschüttelte westliche Unternehmen notwendig, um im Ostgeschäft bzw. im Ostinvestment jene Verluste zu kompensieren, die in den Kernländern konjunkturbedingt anfallen. Bauwirtschaft, Banken, Pkw-Hersteller ... bräuchten dringend neue Märkte. Dieses Argument kommt der Wirklichkeit nahe, steht jedoch im Widerspruch zur großartigen Hilfsleistung, die mittels Erweiterung den europäischen Geschwistern jenseits der Oder gebracht werden soll. Denn die Erhöhung der Gewinnaussichten für Westkonzerne im Osten basiert nun einmal auf der verstärkten Ausbeutung dortiger Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die Lohndifferenz, über die noch zu sprechen sein wird, garantiert den Gewinntransfer.

Eine fundamentale Kritik am Erweiterungsvorhaben tut Not. Im folgenden wird versucht, eine solche auf Basis von sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren zu formulieren.

DIE TRIEBKRAFT DER ERWEITERUNG

Die Triebkraft der Erweiterung geht von der Produktivität anlagesuchender Unternehmen in Westeuropa, insbesondere in Deutschland aus. Rationalisierungen und Marktbereinigungen haben in den vergangenen Jahrzehnten die Kapazitäten der großen Konzerne zu einem Akkumulati-

onsdruck erhöht, der Verwertung nun durch Expansion sucht. Dieses für kapitalistische Makroökonomie rhythmisch wiederkehrende Szenario ist eigentlich eine analytische Binsenweisheit. Bei der — ohnehin mäßig stattfindenden — Debatte um die EU-Osterweiterung ist sie jedoch aus dem Blickfeld geraten. Nicht Entwicklungshilfe, karitativer Gestus oder der Zusammenhalt einer chistisch-abendländischen Gemeinschaft sind es also, die Brüssel veranlassen, die Grenzen der Europäischen Union nach Osten zu erweitern, sondern die Überproduktion der sogenannten »global player« in Westeuropa. Diese dem Kapitalismus eigene Krisenerscheinung, nämlich Überproduziertes verwerten zu müssen, zwingt zur Expansion. Die EU-Osterweiterung bedeutet in diesem Zusammenhang die Schaffung neuer Markträume. Das Regelwerk hierfür bildet der »gemeinschaftliche Besitzstand«, in EU-deutsch »acquis communautaire« genannt.

Zum erweiterten Absatzmarkt kommt ein vergrößerter Arbeitsmarkt hinzu. Millionen von billigen Produzenten könnten dazu beitragen, daß in Folge der Öffnung des Arbeitsmarktes heute noch ungeahnte Deregulierungen auch im Westen gewerkschaftlich erkämpfte Rechte minimieren bzw. zunichte machen. Der EU-Osterweiterung, die als Meisterstück des expansivsten Teils des deutschen Kapitals gesehen werden kann, stehen Arbeitervertreter bislang hilflos gegenüber. Jeder Hinweis auf gewerkschaftliche Rechte im nationalen Rahmen wird mit der neoliberalen Keule der vermeintlichen Ausländerfeindlichkeit erschlagen. Als ob der Import von Wanderarbeitern und massenhaften (saisonalen) Arbeitsimmigranten menschenfreundlich wäre und nicht sozialer Auswuchs ökonomischer Ungleichzeitigkeiten, mit Hilfe derer große Unternehmen auf Basis extrem unterschiedlicher Lohnniveaus Extraprofite erzielen.

DIE VORAUSSETZUNG DER OSTERWEITERUNG

Der Zusammenbruch des politischen Ostens mit der Sowjetunion an der Spitze war notwendige Voraussetzung für den neuen Drang nach Osten, der deutsche, französische, holländische, italienische und andere Konzerne erfaßt hat. Zwei wesentliche wirtschaftspolitische Ereignisse symbolisieren das Ende der kommunistischen Alternative: der Fall des Außenhandelsmonopols in der Sowjetunion am 1. Juli 1988 und die Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) am 28. Juni 1991. Mit dem Fall des sowjetischen Außenhandelsmonopols war der

»sozialistische Wettbewerb« eröffnet. Betriebswirtschaftliche Rechnungsführung auf Devisenbasis erlaubte es manchem exportorientierten Unternehmen — freilich auf Basis von der Volkswirtschaft billig zur Verfügung gestellter Vorleistungen wie beispielsweise Energie — betriebswirtschaftliche Gewinne zu lukrieren und auch selbständig darüber zu verfügen. Am Ende der oftmals ineffizienten Planwirtschaft stand also die per Gesetz von Moskau angestachelte Flucht in die Privatisierung der Gewinne. Die Bereicherung kommunistischer Kader — Betriebsdirektoren, regionale Verwalter — am ehemaligen Volkseigentum war die logische, ja gewünschte Folge der Aufgabe des Außenhandelsmonopols. Ihre Benennung als Mafia trägt dem strukturellen Charakter der Kapitalisierung staatswirtschaftlicher Betriebe keinesfalls Rechnung.

Die Auflösung des RGW im Juni 1991 wiederum eröffnete den nationalen Wettlauf der neuen Eliten Osteuropas um Teilnahme an der Europäischen Gemeinschaft. Im späteren Aufnahme ritual spiegelt sich die Philosophie des »jeder gegen jeden« wider. Schon zuvor waren in Weltwirtschaftsinstituten in Prag und Budapest mit Václav Klaus, Andras Inotai u. a. neoliberale Kader ausgebildet worden, die Ideologie und teilweise auch Umsetzung der neuen, auf das ökonomisch-kapitalistische Primat setzenden Orientierung bereitstellten.

DAS ENDE DES POLITISCHEN PRIMATS

Nach dem Fall des sowjetischen Außenhandelsmonopols und der Auflösung des RGW war die ökonomische Rationalität der stärksten Westkonzerne im Osten mit einem Schlag politisch durchgesetzt. Die kulturelle Akzeptanz dieses Endes des politischen Primats, wie es jahrzehntelang von immer maroder werdenden kommunistischen Parteien betrieben worden war, läßt teilweise noch auf sich warten. Völlig entzweite Gesellschaften, die sich nach Generationen und im Stadt-Land-Sinne trennen, sind die Folge. Wie dramatisch sich das Ende politischer Einflußnahme auf ökonomische Prozesse auswirkte, zeigt idealtypisch das Beispiel Polen. Dort lösten sich in den ersten vier Wendejahren fünf Regierungen ab. Mazowiecki, Bielecki, Olszewski, Pawlak und Suchocka lauten die — meist zu Recht — vergessenen Namen jener Figuren, die in den wichtigsten Transformationsjahren Polens die Geschicke des Landes hätten lenken sollen. Ihre jeweils nur wenige Monate dauernde Regierungstätigkeit zeigt indes deutlich die geringe Amtsfähigkeit von polnisch-politischer

Seite. Der eigentliche Handlungsträger der Transformation war der Internationale Währungsfonds (IWF). Sein Faustpfand: die 42 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden, die Polen seit dem Beginn der IWF-Mitgliedschaft im Jahre 1972 angehäuft hatte. Über das Druckmittel des IWF, neue Kredite zwecks Umschuldung zu verweigern, wurde Polens Wirtschaft und Gesellschaft mit der sogenannten Schocktherapie überzogen. Einer dreistelligen Inflation, die zuvor jene enteignet hatte, die nichts als *Złoty*-Sparbuch und Arbeitskraft zur Verfügung hatten, folgten per 1. Januar 1990 radikale strukturverändernde Maßnahmen, die in ähnlicher Form zuvor 1985 in Bolivien ausprobiert worden waren. Schocktherapie bedeutete das plötzliche Ende staatlicher Subventionen (1988 machten diese noch 42 Prozent des Budgets aus, ab 1990 galten fast in allen Bereichen freie Preise), inkludierte eine Strafsteuer — genannt »Popiwek« — für Staatsbetriebe, die Lohnerhöhungen durchführen wollten und führte in unmittelbarer Folge zu einer rasanten Deindustrialisierung des Landes; in Polen sank die Industrieproduktion zwischen 1988 und 1992 um nahezu 50 Prozent.

Personell wurde die Schocktherapie von Havard-Professor und IWF-Berater Jeffrey Sachs und vom St. John-Absolventen Leszek Balcerowicz getragen. Letzterer scheiterte 1989 mit einer kleinen ultra-liberalen Gruppe bei den Sejm-Wahlen; sein Protegé bei *Solidarność*, Tadeusz Mazowiecki, garantierte jedoch eine politische Karriere von Balcerowicz, die bis heute ungebrochen anhält.

Die Ziele der Schocktherapie — Inflationsbekämpfung, Reallohnverluste von 25% und Deindustrialisierung — konnten nur durch ein politisches Stillhalteabkommen mit den Arbeiter(vertreter)n erreicht werden. Das war auch dem »ersten Arbeiter« des neuen, antikommunistischen Polen, Lech Walesa, klar. Einer auch von ihm gewünschte Kapitalisierung der Wirtschaft hätte eine starke Gewerkschaft im Weg gestanden. »Wir werden nicht an Europa andocken«, meinte der *Solidarność*-Chef folgerichtig, »wenn wir hier eine starke Gewerkschaftsbewegung bauen.« *Solidarność* verstand sich von Anfang an mehr als antikommunistische Speerspitze denn als Arbeitervertretung. Darüber war sich auch Arbeitsminister Jacek Kuron im klaren, als er die Ergebnisse der Schocktherapie zufrieden kommentierte: »Unsere Stärke bestand darin, daß uns gerade jene unterstützten, die die ersten Verlierer der Marktwirtschaft waren«, die Arbeiter von *Solidarność* eben.

Nach Jahren monetaristischer »Strukturanpassung«, die die entscheidende Voraussetzung für weitere vom IWF gedeckte Kredite war, steht

Polen im Jahre 2003 mit einer Auslandsschuld von 72 Mrd. US-Dollar da, um 30 Mrd. mehr als zu Beginn der Schocktherapie. Diese Schuldenhöhe garantiert, daß das Land wirtschafts- und budgetpolitisch nicht mehr eigenständig agieren kann und in einer Art ökonomischem Kolonialzustand verharrt.

VORZEIGELAND UNGARN

Ähnliche Modelle wie in Polen prägten die gesamte Transformationszeit in Osteuropa. Mit der Ausnahme Sloweniens, das z. T. erfolgreich versuchte, einen eigenen Weg zu gehen, konnte sich die monetaristische Schule im Osten austoben. Finanzpolitisch bedeutete dies den unbedingten Vorrang der Inflationsbekämpfung vor jeder anderen Maßnahme; industriepolitisch wurden große Teile der volkseigenen Betriebe stillgelegt und daraufhin selektiv — meist als verlängerte Werkbänke westlicher Unternehmen — in die EU-gelenkte internationale Arbeitsteilung integriert; außenhandelspolitisch begleitet wurde das monetaristische Wendemodell von einer vollständigen Umorientierung der Export-Import-Beziehungen sowohl was die neuen (westeuropäischen) Partnerländer als auch die Branchenstruktur betraf.

Ungarn gilt in all diesen Bereichen als Musterland. Mitte der 1980er Jahre wickelte Budapest noch 60% seiner Exporte mit dem RGW ab, im Jahr 2000 war die Außenabhängigkeit von einem Partner noch prozentuell gestiegen. Nun sind es 75% der Exporte, die der EU-Raum aufnimmt. Dazwischen lag u. a. die fast vollständige Liquidierung des weltgrößten Busherstellers »Ikarus«. Statt dessen bauen nun ungarische Arbeiter in Győr Komponenten für die Volkswagenproduktion in der Welt. Jährlich 1,6 Millionen Motoren verlassen die Raaber Werkshallen, um in diverse Modelle des deutschen PKW-Riesen in China, Brasilien, Südafrika, Portugal, Spanien, Deutschland und Belgien eingebaut zu werden. Der geringe ungarische Außenhandelsüberschuß fließt auf diese Weise in die Taschen der Konzernmutter.

Ähnlich verläuft die Industriegeschichte des holländischen Philips-Konzerns in Ungarn. Im Jahr 2000 arbeiten 10.000 billige UngarInnen an den verlängerten Werkbänken der Philips-Weltmarktfabriken. »Wir wollten das zuerst selbst gar nicht glauben«, erinnert sich Produktionsdirektor Herbert Reimitz im österreichischen »Industriemagazin« rückblickend an den Beginn der 1990er Jahre, »wir haben gerechnet und gerechnet

[...] Plötzlich waren wir (mitten in Europa, – H. H.) wieder mit asiatischen Standorten konkurrenzfähig.« Der Gang von Philips nach Ungarn hat inzwischen eine Fortsetzung gefunden. Da die Löhne in der Ukraine nochmals fast zehnmals geringer sind als in Ungarn, eröffnete der holländische Konzern im Jahr 2001 ein Zulieferwerk in Ushgorod. Die ungarischen ArbeiterInnen für die Herstellung von Fernsehern, Videorecordern und Hifi-Geräten kosten Philips in Ungarn ein Viertel und in der Ukraine ein Zweiunddreißigstel dessen, was sie in Österreich kosten.

ALTERNATIVE ANSÄTZE WURDEN IM KEIM ERSTICKT

Politisch bedeutete Transformation den Aufbau einer dienstefrigen Administration, die die Interessen westlicher Konzerne im Blick hält. Alternativen dazu wurden systematisch — mit meist abstrusen Argumenten — boykottiert und diffamiert. Es hat sie sowohl auf der linken wie auch auf der rechten Seite wie auch im bürgerlich-liberalen Milieu gegeben. Eine linke Alternative zur Zurückung Osteuropas als Peripherie des westlichen Kernraumes ist in Rumänien unter Ion Iliescu probiert worden. Nachdem Nicolae Ceauşescu im April 1989 nicht nur die Zinsen der elf Milliarden US-Dollar schweren Auslandsschuld, sondern auch das Kapital bis auf den letzten Dollar zurückgezahlt hatte, spürte die neue Führung um Iliescu, Roman und Brucan keinen Druck des IWF oder der Weltbank, dem sie hätten nachgeben müssen. Iliescus Nein zur Schließung industrieller Kernbetriebe sowie der Kohlegruben im Schil-Tal trug ihm zwar vom Westen das Stigma des Neokommunisten ein, wirtschaftliche oder politische Handhabe gegen diesen eigenständigen Kurs, den er bis 1996 durchgehalten hat, besaßen die internationalen Finanzorganisationen indes keinen. Rumäniens damaliges Credo, nicht auf den Knien in die EU oder die NATO rutschen zu wollen, trug die Handschrift des Dependenztheoretikers Silviu Brucan, der sich bereits in den 1970er Jahren im wissenschaftlichen Kreis rund um Andre Gunder Frank, Giovanni Arrighi, Immanuel Wallerstein und Enrico Cardoso einen Namen gemacht hatte.

Rechte Gegnerschaft zum EU-Liberalismus hat Vladimír Mečiar versucht. Zwischen 1993 und 1998 nützte er die geopolitische Lage der Slowakei als Drehscheibe russischer Primärenergieträger für Westeuropa, um einen gleichgewichteten Außenhandel mit Rußland und Westeuropa zu halten. Auch in der Frage der Nachrüstung des Atomkraftwerkes

Mohovce beharrte die Slowakei unter der HZDS-Regierung auf einer partiellen Anbindung an Moskau, indem bewußt russische (und französische) Investoren eingeladen wurden. Für seine Weigerung, sich voll und ganz den Interessen westeuropäischer Konzerne auszuliefern, galt Mečiar als Nationalist und Antidemokrat. Ökonomisch getragen wurde diese eigenständige slowakische Politik, die mit einer Rechts-Mitte-Links-Koalition parlamentarisch mehrheitsfähig war, von Wirtschaftsfachleuten wie Rudolf Filkus und Augustin Huska. Der Grund, warum Mečiar nach 1999 — ebenso wie Iliescu — Kurs Richtung bedingungsloser EU- und NATO-Integration genommen hat, liegt im Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Augustin Huska, ökonomischer Berater von Vladimír Mečiar, hat dem Autor gegenüber den Bombenkrieg der NATO als »Schuß vor den Bug« jeder eigenständigen Politik im Osten interpretiert. »Seit dem 24. März 1999«, so Huska, »haben wir gewußt, wohin strikte Opposition zur NATO führen kann.«

Bleibt als dritte Alternative zur Unterwerfung unter das Diktat der peripheren EU-Integration Sloweniens Weg der Privatisierung. Dieser hat zumindest teilweise geklappt und damit im kleinen Mittelmeerstaat ein eigenes Bürgertum entstehen lassen. Auf der Basis des sogenannten »Workers- und Management-Buy-Out« wurden in Ljubljana die ehemaligen selbstverwalteten Betriebe zu Kapitalgesellschaften, die großteils in den Besitz von lokalen Managern und Arbeitern übergegangen sind. Vorkaufsrechte an Betrieben der Arbeiterselbstverwaltung sowie Preisrabatte hatten jene SlowenInnen, die den jeweiligen Betrieben am nächsten standen. Ljubljana hat zusätzlich dazu den Eigentumstransfer benützt, um staatliche Sozial- und Rentenfonds zu gründen. Daß dies den Brüsseler Kommissaren nicht Recht war, ließen sie bei jeder Gelegenheit vernehmen. Slowenien stellt dennoch in gewisser Weise die rühmliche Ausnahme von der Zurichtung Osteuropas im Dienste westlicher Kapitalgruppen dar.

DIE ZURICHTUNG ZUR PERIPHEREN INTEGRATION

Die sozioökonomische Zurichtung der osteuropäischen Staaten für ihre periphere Integration in die Europäische Union ist im großen und ganzen abgeschlossen. Dieser Prozeß wird — bis zur endgültigen Aufnahme der ersten Kandidaten — 15 Jahre gedauert haben. Dieser — im Vergleich mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg — relativ lange Zeit-

raum war offensichtlich notwendig, um den Eigentumswandel in den ehemaligen zentral gelenkten Wirtschaften zu vollenden. Und das war wiederum Voraussetzung dafür, daß sich nach der Aufnahme in die EU hauptsächlich westeuropäische Konzern(filialen) aus den Brüsseler Fördertöpfen bedienen werden können.

In einer ersten Welle waren in Zeiten weicher lokaler Währungen und unter starkem Druck aus Brüssel (EG) und Washington (IWF) Privatisierungen als Notverkäufe im großen Stil über die Bühne gegangen. Zur währungsmäßigen Unterbewertung kam noch das totale Überangebot hinzu, das zwangsläufig entstehen muß, wenn zehn und mehr Staaten ihre Kernbetriebe gleichzeitig auf den Markt werfen. Korruption und Bestechung senkten dann oft nochmals den Preis, der budgetrelevant von den einzelnen Volkswirtschaften eingenommen werden konnte. Die Medien haben aus diesem ebenfalls strukturellen Tatbestand, daß nämlich bei raschem Abstoßen riesiger Betriebe persönliche Bereicherungen an der Tagesordnung sind, ihren Test in bürgerlicher Berichterstattung bestanden: die Individualisierung kollektiver Prozesse gelang in den Ostmedien perfekt. Individuelle Schuldzuweisungen bei der Verschleuderung von Volkseigentum stand im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Wie der Eigentumswandel konkret vor sich ging, mag am Beispiel der Banken kurz erläutert werden. Der Bankensektor ist allein schon deshalb überdurchschnittlich bedeutsam, weil über die Kontrolle der Kreditmärkte wirtschaftliche Vorhaben makroökonomisch — je nach Wunsch — gefördert oder verhindert werden können. Noch vor der Übernahme östlicher Banken und Sparkassen durch westliche Institute wurden die einzelnen Regierungen Osteuropas dazu angehalten, die sogenannten »faulen Kredite« ins Budget zu übernehmen. Als faule Kredite bezeichnet man jene offenen Forderungen der Banken, die sie gegenüber maroden Staatsbetrieben aufwiesen, die jahrelang von Staats wegen mittels Krediten über Wasser gehalten wurden. Ihre Übernahme in die staatlichen Budgets garantierte erst, daß sich westliche Investoren für die nun schuldenfreien Ostbanken interessierten; freilich riß sie dabei auch tiefe Löcher in die einzelnen Staatssäckel, die zu stopfen noch jahrelang eine rigide Sparpolitik nach sich ziehen wird.

In einem zweiten Schritt erwarben die westlichen Interessenten Minderheitenanteile an den in Aktiengesellschaften umgewandelten Instituten, meist eine Sperrminorität von 25%. Dann wurde ein paar Jahre lang der Fortgang des Unternehmens untersucht, das Filialnetz, die — meist — schlechte Kundenstruktur und das — meist — vielversprechende im-

mobile Eigentum der Banken analysiert. Erst in einem dritten Schritt entschlossen sich dann die deutschen, belgischen, italienischen, französischen und österreichischen Bankhäuser zur vollständigen Übernahme. Heute, im Jahr 2003, beträgt der Anteil ausländischer Geldinstitute am Gesamtmarkt (berechnet auf Basis der Bilanzsummen) in Tschechien, der Slowakei und Bulgarien zwischen 70% und 80%, in Polen knapp 70 Prozent, in Ungarn 60%; nur Slowenien konnte — aus oben beschriebenen Gründen — mit 33% Auslandsabhängigkeit ausländische Interessenten (fürs erste) auf Distanz halten.

Die Profiteure der Übernahme sind u. a. die KBC aus Belgien (Mehrheitseigentümer von CSOB/Tschechien, Kredyt Bank/Polen, K+H/Ungarn, Nova Ljubljanska Banka/Slowenien), die Bank Austria (BPH + PBK/Polen, HVB-Bank/Tschechien) und die Erste Bank (Česka und Slovenska Sporitelna), beide aus Österreich, sowie die Deutsche Bank, UniCredito aus Italien, die Société Générale aus Frankreich usw.

Der Zeitpunkt für die meisten Übernahmen Anfang der 1990er Jahre war hervorragend gewählt. Mit der Einführung des »Euro« am 1. Januar 2002 mußten Zigtausende Menschen in Osteuropa Bankinstitute aufsuchen und dort Konten eröffnen, um ihre in der kommunistischen Epoche angehäuften Deutschen Mark, die jahrelang unter dem Kopfkissen gelagert waren, in die neue europäische Währung umzutauschen. So schnell wie in den ersten Wochen des Jahres 2002 kann sich üblicherweise kein Kundenstock bei einer Bank aufbauen.

DAS KAPITAL FLIESST VON OST NACH WEST

Typisch für die periphere Integration Osteuropas ist auch die — entgegen anders lautenden Meldungen — direkte finanzpolitische Aussaugung der jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhanges gelegenen Staaten. Der rumänische Entwicklungstheoretiker Silviu Brucan hat diesen Tatbestand bereits 1995 in einer Studie belegt, heute bestätigen dies auch Statistiken des »Wiener Instituts für internationale Entwicklungsvergleiche«, dem renommiertesten deutschsprachigen Institut für ostwirtschaftliche Forschung.

Gelder, die über Hilfsprogramme wie Phare, Ispa oder Sapard in den Osten fließen, werden systematisch überbewertet. Zum einen handelt es sich — verglichen mit Kreditzahlungen oder Außenhandelsdefiziten — um geringe Summen, zum anderen kommt ein Teil dieser Hilfsgelder west-

europäischen Ausbildern und Trainern zugute. Diese oft aus Deutschland, Holland oder Skandinavien stammenden Sozialwissenschaftler oder Betriebswirtschaftler bilden auf Kosten Brüssels EU-kompatibles Personal heran, das dann anschließend ins Management der großen Westkonzerne geht, um in den Beitrittsländern Töchterfirmen aufzubauen. Damit werden gleich mehrere Effekte erzielt. Zum einen übernimmt Brüssel indirekt Personalschulungen für VW, ABB, Deutsche Bank etc.; zum anderen wird mit Hilfe der Ostschulungen überschüssige westliche intellektuelle Kapazität im Osten gebunden und einer Aufgabe zugeführt, die den — für EU-Europa angenehmen — Nebeneffekt hat, daß ein mögliches kritisches Potential gleichzeitig positiv zur bürokratisierten Übernahme Osteuropas steht.

Dort, wo es wirklich um große Geldsummen geht, gehören Osteuropas Volkswirtschaften (mit Ausnahme Sloweniens) zu den Verlierern. Seit 1989/1990 hat sich in allen Ländern (außer Ungarn) die Handelsbilanz wesentlich verschlechtert. Konnte Polen im Jahr 1990 noch mit einem Überschuß von zwei Mrd. US-Dollar aufwarten, so war zehn Jahre später daraus ein Minus von 13 Mrd. US-Dollar geworden. Insgesamt zeigen die Aufnahmekandidaten mit einem Handelsbilanzdefizit von 23 Mrd. US-Dollar den starken westeuropäischen Wirtschaften ihre Schwäche. Das Argument, die ausländischen Direktinvestitionen würden dieses Defizit kompensieren, stimmt so nicht. Denn zum einen können zu versteuernde Gewinne durch innerbetriebliche Verlust- und Gewinnverschiebungen leicht vor dem Fiskus gerettet werden und zum anderen wird es keinen Konzern in der Welt geben, in dem nicht das Stammhaus Renditen einfährt. Und die Stammhäuser befinden sich alle in westeuropäischen Metropolen.

Besonders drastisch wird der für Osteuropa negative Kapitalfluß, wenn man sich die makroökonomischen Grunddaten vor Augen führt. Ausländische Direktinvestitionen flossen — kumuliert, wohl verstanden — bis Ende 2001 in der Höhe von 115 Mrd. US-Dollar in die zehn osteuropäischen EU-Beitrittsländer. Dem steht eine Auslandsschuld von 165 Mrd. US-Dollar gegenüber, deren Zinsbedienung die jährlich in die Länder fließenden Investitionen übersteigt. Osteuropa leidet, auch wenn dies in den herrschenden Medien meist verschwiegen wird, am Nettokapitalabfluß in Richtung Westen.

VERLÄNGERTE WERKBÄNKE

Osteuropas Industriestruktur gleicht am Vorabend des EU-Beitritts — bis auf wenige Ausnahmen — verlängerten Werkbänken, die für den von westlichen Konzernen beherrschten Weltmarkt arbeiten. Das frühere Diktat des Transferrubels ist durch eine marginalisierte und fremdbestimmte Position im System internationaler Arbeitsteilung abgelöst worden. Diesbezüglich ausgebaut werden arbeits- bzw. lohnintensive Wirtschaftszweige wie Textil und Bekleidung, die Möbelindustrie, Lederverarbeitung etc. Basis dieses seltsamen Booms bildet die billige Arbeitskraft. Mitte der 1990er Jahre, als sich diese Struktur verfestigte, kostete z. B. eine durchschnittliche ungarische Industriearbeitsstunde zehnmal weniger als eine deutsche. Heute, knapp vor dem Beitritt zur Brüsseler Union, beträgt der durchschnittliche Bruttolohn in Ungarn, Tschechien und Polen zwischen 450,- und 500,- US-Dollar, in der Slowakei geht ein Arbeiter mit 350,- US-Dollar am Monatsende nach Hause, in Bulgarien und Rumänien muß sich sein Kollege mit 150,- US-Dollar pro Monat begnügen. In Slowenien — auch hier die Ausnahme — beträgt ein Monatsverdienst in der Industrie tausend US-Dollar brutto.

Ein wesentlicher Hauptträger dieser Entwicklung ist — neben den traditionellen Billiglohnbranchen — die Automobilindustrie, und hier wiederum insbesondere der Volkswagen-Konzern. »Der Motor der Transformation ist der Verbrennungsmotor«, umschrieb einst ein Forscher des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche das Eindringen von PKW-Herstellern in die osteuropäischen Arbeitsmärkte. Neben VW-Audi haben Suzuki, Ford, Renault, Bosch und John Deere ihre Kapazitäten im Osten ausgebaut. Unter dem statistischem Kürzel »Maschinen- und Fahrzeugbau« firmieren 60% aller ungarischen Exporte (VW-Audi, Suzuki), 45% aller tschechischen (VW), 40% aller slowakischen (VW) und 34% aller polnischen (Ford). Eine extreme volkswirtschaftliche Verwundbarkeit liegt bei solch einseitiger Abhängigkeit, die nicht nur von einer Branche, sondern oft nur von einem Hersteller bestimmt wird, auf der Hand.

AUSVERKAUF VON GRUND UND BODEN

Bis zuletzt verhandlungstechnisch umkämpft war das Kapitel Agrarwirtschaft. Schließlich einigten sich Brüssel und die Beitrittsländer darauf,

daß Osteuropas Bauern erst im Jahr 2013 dieselbe finanzielle Unterstützung erhalten werden wie ihre westeuropäischen Kollegen. Seit 1989 werden dann 24 Jahre vergangen sein, in denen ein Großteil der osteuropäischen Landwirte vom Import subventionierter Westwaren ruiniert sein wird.

Ein besonders heikles Kapitel beim Thema Landwirtschaft ist die Frage der Kommodifizierung von Grund und Boden. Im Kommunismus gab es keinen Markt dafür, jetzt werden die ergiebigsten Felder, Wiesen, Äcker, Forste und Weingärten von reichen Westfirmen übernommen, die dem Verbot des Verkaufs an fremde Staatsangehörige durch den einfachen Trick ausweichen, indem sie Kapitalgesellschaften vor Ort gründen, womit sie Inländern gleichgestellt sind. Die billigen Bodenpreise im Osten garantieren diesen Kapitalgesellschaften, die Fruchtsäfte, Milchprodukte oder ähnliches produzieren, quasi Vorkaufsrechte, weil sich heimische Bauern große Flächen nicht leisten können und Westbauern als natürliche Personen in den meisten Ländern noch einige Jahre vom Bodenkauf ausgeschlossen bleiben. Während in der EU Hektarpreise — je nach Lage — um die 10.000,- bis 14.000,- Euro betragen, ist in Ungarn der Hektar bestes Agrarland für 1.500,- Euro zu haben, in Polen kostet er tausend Euro.

Die Folgen sind absehbar. In der antikommunistischen Hysterie restituierte Bauern werden über kurz oder lang zu Landarbeitern auf jenen Großgütern werden, die sie sich selbst nicht leisten können. Unilever und Nestle produzieren bereits heute unter solchen Bedingungen in Polen, Goldfrucht in Rumänien. Die meisten der acht Millionen polnischen Kleinbauern werden dem Kaufdruck aus dem Westen nicht standhalten können. Die agrarwirtschaftliche Kollektivierung hatten ihre Vorfahren in den 1950er Jahren noch abgewehrt, die Übernahme von Grund und Boden durch reichere deutsche Bauern und Unternehmen wird ein Großteil von ihnen nicht überleben. Das bedeutet, daß nochmals über 25% der polnischen Bevölkerung von Arbeitslosigkeit oder Emigration bedroht ist. Damit droht Polen jene traditionelle Rolle der vergangenen 150 Jahre einzunehmen, als es Arbeitskraftlieferant für den Westen gewesen war.

SOZIALE DEREGULIERUNGEN

Die auffälligste Differenz zwischen den EU-15 und den Beitrittskandidaten kann aus der Statistik des Bruttoinlandsproduktes, pro Kopf gemes-

sen, herausgelesen werden. Obwohl diese keinerlei soziale Schichtung beinhaltet, ist ein allgemeiner Ländervergleich dennoch aussagekräftig. Kaufkraftbereinigt ergibt sich daraus, daß — bei einer Indexierung von EU = 100) — Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen unter 30 liegen, Polen bei der Indexziffer 39; nur Slowenien stellt wieder einmal die Ausnahme mit 70 dar.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit pendelt in Ländern wie Polen oder der Slowakei offiziell um die 20%-Marke, wobei extreme regionale Unterschiede eine Auseinanderentwicklung in arme und reichere Regionen bewirken. Während z. B. im Raum Bratislava nur relativ wenige Menschen ohne Arbeit sind, leidet die Mittelslowakei mit ihrer abgewickelten Metall- und Rüstungsindustrie an Arbeitslosenzahlen von 50 bis 60 Prozent.

Abgewickelt wird auch das in kommunistischen Zeiten halbwegs funktionierende Gesundheitswesen. Privatisierungen der Vorsorgesysteme sowie die Schließung von Spitälern führen dazu, daß sich ein Teil der Menschen Gesundheit nicht mehr leisten kann. Statistisch kommt diese zivilisatorische Rückwärtsentwicklung im sogenannten »Bettenindikator« zum Ausdruck. Zwischen 1990 und 2000 verloren Ungarn, Tschechien und Rumänien durch Schließungen und Zusammenlegungen 18% der Spitalsbetten, Polen 14% und Bulgarien sogar 37%.

Vor solchen drastischen sozialen Verwerfungen hat Polens Ex-Außenminister Dariusz Rosati, der unter der sozialdemokratischen Regierung Cimoszewicz amtierte, die Möglichkeit des wirtschaftlichen (und in der Folge) sozialen Aufholens gegenüber dem Westen berechnet. Rosati konstatiert, daß bei einer (fiktiven) jährlichen Wachstumsrate der Volkswirtschaft von fünf Prozent im Osten und einer (ebenso fiktiven) jährlichen Wachstumsrate von zwei bis drei Prozent im Westen Polen 23 Jahre brauchen würde, um das statistische Mittel von Griechenland/Portugal/Spainien zu erreichen.

DAS REGATTA-RENNEN

Als Hebel für die Aufnahme der osteuropäischen Länder in die von Brüssel verwaltete Europäische Union dient der *Acquis communautaire*. Darunter versteht man 20.000 Rechtsakte auf 80.000 Seiten, die in 31 Kapitel (fein gegliedert von 1. »Freier Warenverkehr« bis 31. »Sonstiges«) die vier kapitalistischen Freiheiten (Waren, Kapital, Dienstleistung-

gen, Arbeitskraft) den politischen Administrationen und rechtlichen Institutionen in Osteuropa überstülpen. Seit 1998 wurde diesbezüglich mit der so genannten »Luxemburger Gruppe« (Ungarn, Tschechien, Polen, Estland, Slowenien, Griechisch-Zypern) gesprochen, ab 2000 dann auch mit der »Helsinki-Gruppe« (Slowakei, Litauen, Lettland, Bulgarien, Rumänien, etwas später auch Malta).

Verhandelt wurde — entgegen den medial ausgestreuten Beteuerungen — nicht. Es ging um die reine Übernahme des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstandes; einzig um Fristverlängerungen bis zum Inkrafttreten des einen oder anderen Punktes konnte debattiert werden. Die Jahre des auch von den EU-Offiziellen als »Regatta-Rennen« um die Teilnahme am Brüsseler Großraum bezeichneten Vorganges waren von der Durchsicht der 20.000 Rechtsakte geprägt, auf EU-deutsch »screening« genannt.

Das Mißverständnis von der Verhandelbarkeit der einzelnen Kapitel herrschte anfangs auch bei den Parlamentariern der EU-Länder. Um diese zu beruhigen, hieß es beispielsweise in einem französischen Parlamentsbericht 1998: »Es handelt sich (bei den Erweiterungsgesprächen – H. H.) nicht um traditionelle Verhandlungen, in denen ein Kompromiß zwischen unterschiedlichen Interessen herbeigeführt wird, sondern um Beitrittsverhandlungen, in denen eine der Parteien (gemeint sind die Aufnahmekandidaten – H. H.) mit Hilfe und unter Überwachung der anderen Partei (gemeint ist die EU – H. H.) ein vorgegebenes Ziel erreicht.« Genauso sah das auch der Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, als er über den »Verhandlungs«prozeß schrieb: »Nicht über das Prinzip der Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird verhandelt, sondern über die Fristen, in denen das Prinzip wirksam wird. Nicht über das Prinzip der Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern beim Erwerb von Grundstücken wird verhandelt, sondern über die Modalitäten und Fristen der Durchführung des Prinzips.«

Grundlage der »Verhandlungen« waren die in den Kopenhagener Kriterien 1993 festgelegten Beitrittsbedingungen, die mit den Stichworten »Demokratie und Marktwirtschaft« umschrieben worden sind. Erst danach folgte der erste Antrag auf Mitgliedschaft von Ungarn (1993/1994), der letzte dann von Slowenien (1996). Noch vor dem Beitritt neuer Mitglieder aus Osteuropa wurden auch die Maastricht-Kriterien mit der Herstellung eines wirtschaftlich-politischen Großraums (1992/1993) sowie die Aufstellung einer gemeinsamen militärischen Interventionsarmee (1997) beschlossen.

Mit dem »screening« — der ständigen Überwachung des Transformationsprozesses — hatten EU-Kommission und EU-Rat ein Druckmittel auf die politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern zur Hand, das auch weidlich benutzt wurde. Nicht willfährigen Regierungen oder Beamten wurde gedroht, das EU-Aufnahmeritual zu unterbrechen oder überhaupt abzubrechen. Auch direkte Einmischungen in nationale demokratische Vorgänge waren an der Tagesordnung. So kam es immer wieder vor, daß vor Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen vom EU-Kommissionspräsidenten über den Erweiterungskommissar abwärts Parteien als unwählbar bezeichnet wurden. Gewarnt wurde in diesem Zusammenhang von Brüssel vor der HZDS in der Slowakei, vor der KP Böhmens und Mährens in Tschechien, vor der Samoobrona in Polen, vor der Romania Mare in Rumänien, vor der Kleinen Landwirtpartei in Ungarn. Es war also beileibe nicht so, daß es keine Protesthaltungen gegen das wirtschaftliche und politische Diktat aus Brüssel gegeben hätte. In allen Ländern kamen immer wieder entsprechende linke oder rechte Kräfte gefährlich nahe an politisch bedeutsame Positionen heran oder hielten solche auch inne. Brüssels Kommissare verstanden es, ihrem Namen Ehre machend, mit Einschüchterungen, Mahnungen und Drohungen Volksmeinungen von außen zu beeinflussen; eine Taktik, die sich jeder dieser Kommissare in seinem eigenen Land strikt verboten hätte.

Nach vier Jahren Druck und Drohgebährden erging dann am Freitag, den 13. Dezember 2002 in Kopenhagen die Einladung an acht osteuropäische Länder sowie Griechisch-Zypern und Malta, der Europäischen Union beizutreten. Die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens wurde wegen marktwirtschaftlicher und rechtspolitischer »Unreife« verschoben. Seit 16. April 2003 finden Volksabstimmungen und anschließende Ratifizierungen in den einzelnen Ländern statt.

ZUM SCHLUSS EIN WORT ZUR FÖRDERUNGSSTRUKTUR

Der Hauptgrund für den Beitrittswunsch der einzelnen osteuropäischen Länder, zumindest was die Vermittelbarkeit den Völkern gegenüber betrifft, lag in der Hoffnung begründet, nach dem Beitritt aus den Fördertöpfen der EU unter einem Geldregen zu stehen. Dem wird so nicht sein. Der allergrößte Topf der Brüsseler Union, die Agrarförderungen, die fast 50% des Budgets ausmachen, soll — wie bereits beschrieben — Ostbauern erst 2013 in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Bis dahin

wird es erstens nur mehr wenige Ostbauern geben und zweitens der Topfinhalt nach einem neuen Budgetentwurf (anschließend an die 2006 auslaufende »Agenda 2000«) geleert werden. Regional- und sonstige Förderungen werden — nach vollbrachtem Eigentumswechsel — hauptsächlich großen westlichen Firmen zugute kommen. Bleiben die allgemeinen Zuschüsse in verschiedenen Infrastrukturbereichen, auf die man sich im Dezember 2002 in Kopenhagen geeinigt hat. Ein Vergleich mit den Kosten der Integration der DDR in die BRD zeigt, wie billig ganz Osteuropa für Brüssel zu haben war. Bund, Länder und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland haben in den Jahren 1991 bis 1995 ca. 450 Milliarden Euro für die Entwicklung und Vereinnahmung der fünf neuen Länder aufgebracht. Das ergibt bei einer — allerdings kontinuierlich geringer werdenden — Bevölkerungsanzahl von 16 Millionen Ostdeutschen 5.625,- Euro pro Ossi, die aus westdeutschen Budgets in Richtung Osten geflossen sind. Brüssel hat demgegenüber den Beitrittskandidaten ganze 40 Milliarden Euro an Hilfsmittel zugesagt. Bei einer Bevölkerungsanzahl von 72 Millionen dividiert sich dieser Betrag zu mageren 177,- Euro pro Person. Fazit: Ein Ossi war Bonn beziehungsweise Berlin 32mal wertvoller als es ein Osteuropäer für Brüssel ist. Vor diesen Zahlen kann man nicht umhin, der EU-Osterweiterung eine neokoloniale Schlagseite vorzuwerfen.

BORISAS MELNIKAS

Transformationen in den baltischen Ländern: Die nationalen Beziehungen, politische, wirtschaftliche, soziale Entwicklung

EINFÜHRUNG

Im Laufe der letzten 10–15 Jahre haben in den drei baltischen Ländern — Litauen, Lettland und Estland — jeweils eigene, im Kern aber für ganz Ostmitteleuropa charakteristische Transformationsprozesse stattgefunden. Diese Prozesse sind ein Teil der allgemeinen Transformationen, die in ganz Europa und in der Welt zum Ausdruck kommen und insbesondere durch die Trends der allgemeinen Globalisierung, der Informationsgesellschaft und der internationalen Integration geprägt sind. Diese Trends dürften auch das 21. Jahrhundert prägen.

Die bereits vollzogenen und sich weiter vollziehenden Transformationen in den baltischen Ländern zeichnen sich sowohl durch *allgemeine Gesetzmäßigkeiten* aus, die für den Transformationsprozeß des ganzen Ostmitteleuropas insgesamt charakteristisch sind, als auch durch *spezifische Gesetzmäßigkeiten*, in denen sich die Besonderheiten der baltischen Region und der einzelnen Staaten des Baltikums ausdrücken. Die Kenntnis aller dieser Gesetzmäßigkeiten und die Fähigkeit, sie einzuschätzen und zu berücksichtigen, entscheiden über den Erfolg der künftigen Entwicklung in den baltischen Ländern: dieser Umstand ist sehr wichtig sowohl für die politischen Führungen und die Öffentlichkeit der baltischen Länder, als auch für die internationale Gemeinschaft, die Führungen der größten Staaten der Welt, für verschiedene internationale Organisationen, deren Tätigkeit und Politik die Situation in den baltischen Ländern sehr stark beeinflußt und über die Zukunftschancen der Region entscheiden.

Um den Transformationsprozeß in den baltischen Ländern besser zu verstehen, um seine Probleme, Ergebnisse und Perspektiven richtig einzuschätzen, ist es zweckmäßig, die folgenden Fragen eingehender zu besprechen:

- die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Transformationen in den Ländern des Baltikums sowie *positiv* als auch *widersprüchlich* einzuschätzende Ergebnisse dieser Transformationen;
- die durch die Transformationen entstandenen Probleme und die untauglichen Methoden für deren Lösung, die große negative Folgen haben können;
- die weiteren Aussichten der Transformationen, besonders angesichts des Integrationsprozesses der baltischen Länder in westliche Strukturen.

Die Verallgemeinerung der Erfahrung und Ergebnisse der Transformationen in den baltischen Ländern erlaubt es, auch entsprechende Modelle zu entwickeln, die zur Einschätzung ähnlicher Entwicklungen in anderen Ländern hilfreich sind und als Vorbereitung der »Drehbücher« für weitere Transformationen genutzt werden können.

HAUPTERGEBNISSE DER TRANSFORMATIONEN IN DEN BALTISCHEN LÄNDERN

1. Transformationen als Hauptmerkmal der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den baltischen Ländern

Im Laufe der letzten zehn bis fünfzehn Jahre gingen in den baltischen Ländern sehr große und komplexe Veränderungen vor sich, die die Gestaltung der qualitativ neuen Gesellschaft, der neuen Möglichkeiten und Aussichten der weiteren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck brachten. In diesem Zeitabschnitt gelang es in den baltischen Staaten, Prioritäten eines demokratischen und humanitären Systems zu verwirklichen, die den Entwicklungsbahnen der modernen westlichen Staaten entsprechen. Das sind die Voraussetzungen für die künftige Verwirklichung von hohen Standards des ökonomischen und sozialen Wohlstandes und für raschen technologischen Fortschritt. In diesem entscheidenden Zeitabschnitt bildete der Transformationsprozeß das wichtigste Merkmal des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens.

Bei der Bewertung der Ergebnisse der schon vollzogenen Transformationen und der möglichen künftigen Aussichten der Transformationen lassen sich zwei wichtige Aspekte erkennen:

- im allgemeinen waren die Transformationen erfolgreich und schufen die Voraussetzungen für die schnelle Integration der baltischen Staaten in

die Europäische Union (EU) und die NATO. Das bezeugt das hohe Tempo der Modernisierung der baltischen Länder und ihrer Gesellschaften; — im Laufe der Transformationen zeigten sich aber auch neue Probleme, deren Kenntnis und Lösung die weitere Entwicklungsperspektiven der baltischen Länder und ihrer Gesellschaft entscheidend bestimmen. Die Fähigkeit, Lösungen der im Laufe der Transformationen entstandenen Probleme zu entwickeln, ist sowohl für die baltischen Staaten als auch für die EU und andere westliche Strukturen wichtig, um so mehr, als die Mehrheit dieser Probleme nach ihren Ursachen neu, kompliziert und in der Praxis noch nicht gelöst sind.

Der Erfolg der Transformationen zeigt sich darin, daß sich allmählich die Qualität des Lebens verbessert, daß positive Veränderungen im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung vor sich gehen, daß sich in allen Lebensgebieten die baltischen Staaten den Standards der Qualität und Effizienz nähern, die in modernen westlichen Ländern verwirklicht sind. Gleichzeitig sind aber auch negative Erscheinungen zu erwähnen, die die Problematik der Transformationen zeigen: In verschiedenen Bereichen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung vermehren sich verschiedene strukturelle Disproportionen, entstehen die Voraussetzungen zum Ausbruch von Krisen neuer Art.

2. *Politische Transformationen, ihre Ergebnisse und Aussichten*

Das wesentliche Ergebnis der politischen Transformationen ist, daß in den baltischen Ländern die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft errichtet sind, die sich an der Verwirklichung der Menschenrechte und Freiheiten sowie der humanistischen Werte orientieren. Alle drei baltischen Staaten zeichnen sich heute durch ihre demokratischen rechtsstaatlichen Systeme und durch ihre Übereinstimmung mit den Normen und Standards demokratischer westlicher Staaten aus.

Im politischen Leben der baltischen Länder werden folgende *Prioritäten* durchgesetzt:

- die Verwirklichung der Normen und Standards der demokratischen Gesellschaft des Westens,
- die Stärkung des unabhängigen, souveränen Staates,
- die Entwicklung des Rechtsstaates und der bürgerlichen Gesellschaft,
- die vielseitige Integration in internationale, in erster Linie westliche Strukturen (integrative Prioritäten sind Europäische Union und NATO),

– die Schaffung der politischen und rechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung des modernen Systems der offenen Marktwirtschaft.

In dieser Hinsicht können zur Zeit die politische Entwicklung und die Ergebnisse der politischen Transformationen in den baltischen Länder als befriedigend und im Einklang mit den westlichen Normen des modernen demokratischen Staates und der Gesellschaft stehend bewertet werden.

Bei der Einschätzung der Ergebnisse der politischen Transformationen können folgende als besonders *positiv* hervorgehoben werden:

— während des ganzen Zeitabschnittes der Transformationen gelang es in der baltischen Region als auch in einzelnen baltischen Ländern, größere ethnische, konfessionelle oder anderweitige Konflikte zu vermeiden (dieser Umstand ist sehr wichtig, weil am Anfang des Transformationszeitabschnittes die Voraussetzungen für solche Konflikte besonders in Lettland und Estland gegeben waren). Zur Zeit sind in allen baltischen Ländern die Rechte der ethnischen Gruppen und der konfessionellen Minderheiten verwirklicht und damit wesentliche Ursachen für ethnische oder religiöse Auseinandersetzungen beseitigt;

— in den baltischen Ländern sind alle politischen und humanitären Freiheiten verwirklicht, die die westlichen Gesellschaften prägen;

— die baltischen Länder unterhalten enge, freundschaftliche Beziehungen miteinander sowie gute Beziehungen mit allen Nachbarstaaten. Zur Zeit gibt es keine Gründe für innere Konflikte in der baltischen Region oder für Konflikte der baltischen Länder mit anderen Ländern (als ein positiver Umstand der politischen Transformationen ist zu vermerken, daß die baltischen Staaten die freundschaftlichen Beziehungen sowohl mit Rußland und anderen GUS-Staaten als auch mit westlichen Staaten und verschiedenen internationalen Organisationen ausbauen);

— die baltischen Länder beteiligen sich aktiv an der Stärkung der Sicherheit und Stabilität in Europa (sie nehmen an Missionen der Friedenssicherung und an anderen internationalen Programmen teil).

Man kann also behaupten, daß sich das politische Leben in den baltischen Ländern durch positive Trends auszeichnet und seine Perspektiven allgemein optimistisch eingeschätzt werden können. Gleichzeitig sind aber auch einige zusätzliche Umstände zu betonen, die bei der Analyse der Transformationen zu berücksichtigen sind:

— die Perspektive der Entwicklung der baltischen Länder wird stark von einer großen Zahl *äußerer Faktoren* bestimmt: die gesamte Situation im System der Ost-West-Beziehungen, die Erweiterung der Europäischen

Union und der NATO, die internationale Sicherheit und die Konjunktur der internationalen Beziehungen. Einer der wichtigen Faktoren für die Aussichten der baltischen Region ist die wirtschaftliche und militärische Entwicklung im Kaliningrader Gebiet;

— die Zukunft der baltischen Länder ist sehr stark von der Intensität der inneren Integration und den Formen der inneren Kooperation des baltischen Raumes abhängig; es ist sehr wichtig, in welchem Maße die baltische Region als *ein gemeinsamer politischer, sozialer, wirtschaftlicher und als Informationsraum* auftreten wird und in welchem Maße sich die einzelnen baltischen Länder als Konkurrenten verstehen. Die Faktoren der Partnerschaft und des Wettbewerbes besitzen für die geopolitische Situation und globale wirtschaftliche Entwicklung eine besondere Bedeutung.

Die Perspektive der politischen Entwicklung in den baltischen Ländern wird im großen Umfang dadurch beeinflußt, ob einflußreichere und durch eine klare politische Programmatik geprägte politische Parteien entstehen werden. Die zur Zeit in den baltischen Ländern wirkenden wichtigsten politischen Parteien und andere politische Kräfte stellen sich in der Regel nicht durch ideologische Programme gekennzeichnete Organisationen sondern als Wählergruppen dar, die nach der Realisierung ihrer gruppenspezifischen Interessen suchen und die sich um nach Macht strebende, ambitionierte Führer scharen (die Popularität der Parteien oder anderer politischer Kräfte hängt weniger von den deklarierten Zielen, Ideologien und vom politischen Programm als von der Persönlichkeit des Politikers, des Führers ab).

Es ist zu bemerken, daß die Entstehung einflußreicher Parteien mit klaren programmatischen Zielen eine sehr wichtige Voraussetzung für die Gewährleistung der langfristigen politischen Stabilität und für das Vertrauen der Gesellschaft in die demokratisch gewählten politischen Führer ist. Wie die während des ganzen Zeitabschnitts der Transformationen in baltischen Ländern bei den Wahlen des Präsidenten und des Parlamentes oder den Kommunalwahlen gesammelten Erfahrungen zeigen, bestimmt ganz oft weniger das Vertrauen in den neu zu wählenden Politiker als die Enttäuschung über den in früheren Wahlen gewählten und an der Macht befindlichen Politiker die Entscheidung der Wähler. In solchen Fällen formiert sich oft eine instabile parlamentarische Mehrheit oder eine instabile Koalitionsregierung. Das fördert verschiedene politische Intrigen und behindert konstruktive Lösungen der für Staat und Gesellschaft wichtigen Probleme.

Bei der Einschätzung der in den baltischen Ländern zur Zeit wirkenden politischen Kräfte ist hervorzuheben, daß alle einflußreicheren politischen Parteien und Organisationen die Integration in die Europäische Union und die NATO als eine der wichtigsten Prioritäten der politischen Entwicklung in ihren Ländern unterstreichen. Das zeigt, daß in den baltischen Ländern der feste politische Wille herrscht, die Zukunft ihrer Gesellschaft mit der westlichen Welt zu verbinden. Symptomatisch ist auch, daß unter den populärsten und in höchste Staatsämter gewählten oder ernannten Politikern viele sind, die den größten Teil ihres Lebens im Westen verbracht haben und erst nach dem Jahre 1990 in die Heimat zurückgekehrt sind (kennzeichnende Beispiele dieser Erscheinung sind die Präsidenten Litauens und Lettlands — V. Adamkus und V. Vike-Freiberga). Eine starke westliche Orientierung befolgen auch viele derjenigen Politiker, die in der Sowjetzeit aktive Funktionäre der Kommunistischen Partei waren. Die herrschende politische Orientierung in den baltischen Ländern beeinflußt auch entscheidend die immer stärkere Zusammenarbeit mit dem Westen und die Verbreitung der Modelle der westlichen Lebensweise in der Gemeinschaft der baltischen Länder.

3. *Soziale und wirtschaftliche Transformationen, ihre Ergebnisse und Aussichten*

Das wesentliche Ergebnis der sozialen und wirtschaftlichen Transformationen ist, daß in den baltischen Staaten das System der *offenen Marktwirtschaft* entstanden ist, das im immer größeren Umfang in die globale Wirtschaft und in das System der internationalen Arbeitsteilung integriert wird. Aus gegenwärtiger Sicht sind die Voraussetzungen für die Integration in die Europäische Union in naher Zukunft geschaffen.

Als wichtigste Ergebnisse der sozialen und wirtschaftlichen Transformationen sind folgende zu nennen:

- die wesentlichen Veränderungen in der Gesellschaft bestehen darin, daß der überwiegende Teil der Gesellschaft sich an das System der offenen Marktwirtschaft angepaßt hat und die diesem System eigenen Werte und Normen der Lebensweise übernommen hat;
- es hat sich eine neue soziale Gesellschaftsstruktur gebildet, in der sich immer klarer auch verschiedene Unternehmerschichten zu Wort melden, die die Prioritäten der privaten Initiative durchsetzen: die wiederentstandenen Schichten des nationalen Bürgertums und neue kleine

nationale Unternehmer gewährleisten, daß der private Sektor schon heute den überwiegenden Teil der Volkswirtschaft bildet;

— es sind die nötigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der offenen Marktwirtschaft geschaffen worden. Dieses Rechtssystem entspricht völlig den Systemen der westlichen Länder;

— die Investitions- und Privatisierungspolitik erlaubt, ausländische Investoren breit einzubeziehen und damit die Volkswirtschaft in die internationalen Strukturen zu integrieren sowie die technologischen Innovationen zu entwickeln. In vielen Wirtschaftssektoren dominiert das ausländische Kapital, was die Voraussetzungen für eine rasche Modernisierung des ganzen Wirtschaftssystems schafft — den größten Teil der ausländischen Investitionen bilden die Investitionen aus Westeuropa und den USA;

— in allen drei baltischen Staaten wurden stabile monetäre Systeme errichtet, die mit dem monetären System des Westens verknüpft sind. Sie haben dazu beigetragen, daß seit 1993/1994, als die nationalen Währungen eingeführt wurden, sich das Inflationstempo in den baltischen Ländern wesentlich verringert hat und sich vom Inflationstempo in westlichen Ländern kaum unterscheidet;

— es wurden den westlichen Standards entsprechende Banken-, Versicherungs-, Beratungssysteme geschaffen. In diesem Sektor überwiegen die westlichen Eigentümer gehörenden Unternehmen, die die Zuverlässigkeit der finanziellen, Versicherungs- und anderweitigen Dienstleistungen sowie die völlige Integration dieses Sektors in die internationalen Märkte sichern;

— rasch vollzieht sich die Modernisierung der Infrastruktur und der übrigen Dienstleistungsbereiche;

— das Wachstumstempo in der Telekommunikation und in den Informationstechnologien ist hoch, rasch werden die Transportsysteme erweitert, die Straßennetze modernisiert; es entstand das System des Groß- und Einzelhandels, der Hotel- und Tourismusleistungen, das den Standards der westlichen Märkte völlig entspricht;

— in vielen Industriesektoren, in der Landwirtschaft sowie in den Bildungs-, Gesundheits-, Sozialversicherungs- und Staatsverwaltungssektoren werden moderne Technologien eingesetzt; die Prozesse der Entwicklung und Einführung der Hochtechnologien werden erweitert; auf diesem Gebiet verstärkt sich die internationale Zusammenarbeit;

— in den baltischen Ländern wurden stabile Steuer-, Zoll- und andere Verwaltungssysteme gebildet, die den in westlichen Ländern funktionierenden Systemen adäquat sind;

— es wurden Maßnahmen ergriffen, um Rohstoffe und Energieressourcen einzusparen sowie die Umwelt zu schützen, die den in westlichen Ländern verbreiteten Normen der ökologischen Kultur entsprechen: Dieser Umstand ist sehr wichtig, weil in den baltischen Ländern die Rohstoff- und Energieressourcen sehr begrenzt sind; außerdem war die in der Sowjetzeit durchgeführte Industrialisierungs- und Urbanisierungspolitik für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen bedenklich. (Es ist zu betonen, daß die Schließung des Atomkraftwerkes in Ignalina (Litauen) eines der wichtigen Probleme der Integration in die Europäische Union ist. Die Lösung dieser Frage ist auch unmittelbar mit der Gewährleistung der ökologischen Sicherheit in der baltischen Region verbunden); — es sind die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Potentials an menschlichen Ressourcen hoher Qualifikation mit entsprechenden intellektuellen und beruflichen Fähigkeiten und damit die Kompatibilität der baltischen Ländern mit den westlichen Staaten geschaffen worden. Dies ist wichtig, da sich die baltische Region in der Sowjetzeit durch eine hohe Qualifikation, gute intellektuelle und berufliche Fähigkeiten und ein hohes Niveau der Leistungsfähigkeit der Menschen auszeichnete. Die Qualität des Bildungs-, Hochschulbildungs-, sowie des Forschungs- und Entwicklungssystems neuer Technologien in der baltischen Region war führend in ganz Ost- und Mitteleuropa.

Die erwähnten Ergebnisse der sozialen und wirtschaftlichen Transformationen sind *positiv* einzuschätzen, weil sie die Voraussetzungen der Modernisierung der Gesellschaft und der Verbesserung des Lebensstandards in baltischen Ländern schaffen.

Gleichzeitig sind aber auch bestimmte *negative* Folgen der sozialen und ökonomischen Umgestaltungen zu verzeichnen. Das sind besonders jene, die die Vergrößerung der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in der Gesellschaft, die verstärkte Polarisierung der wirtschaftlichen Lage und die zunehmende Verarmung verschiedener Bevölkerungsschichten zur Folge haben. Diese Folgen der sozialen und wirtschaftlichen Transformationen sind gefährlich, weil sie mittel- und langfristige mögliche Ursachen für die Entstehung neuer Konflikte sind, die die weitere Entwicklung der baltischen Ländern und ihrer Gesellschaft beeinflussen werden.

Die Vergrößerung der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in der Gesellschaft wurden durch verschiedene Gründe verursacht. In ersten Linie haben die politischen Führer der baltischen Staaten und die Elite der Gesellschaft seit Beginn des Zeitabschnittes der Transformatio-

nen sehr stark den »wilden Kapitalismus« und später das Modell des liberalen Marktes propagiert. Solche Modelle werden bis heute gefördert. Eine solche Protektionspolitik führten und führen, unabhängig von den öffentlich deklarierten sozialen und wirtschaftlichen Prioritäten, in der Tat alle regierenden politischen Kräfte durch. Es haben sich in ziemlich kurzen Zeit verschiedene industriell-finanzielle Gruppen formiert, die durch verschiedene Formen der Privatisierung und durch Legalisierung des zum Teil nicht legal erworbenen Vermögens, den großen Teil des wirtschaftlichen Potentials in ihren Händen konzentrierten. Solche Gruppen und ihre Mitglieder haben im Anfangsstadium der Transformationen eine primäre Akkumulation des privaten Kapitals in großem Umfang erreicht und die Gesellschaftsschicht formiert, die über große Vermögen verfügen. Diese Schicht, die zur ersten Generation des neuen nationalen Bürgertums wurde, ist mit ihrer Vorstellungen über die Kultur, Moral und Mentalität nicht geeignet, als wirtschaftliche Elite der Gesellschaft aufzutreten: die neuen, rasch reich gewordenen Leader der nationalen Unternehmen in den baltischen Ländern haben keine Erfahrung hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Stabilität in der Gesellschaft, es fehlt ihnen an Toleranz und sozialer Verantwortung. In einer solchen Situation steigt allmählich die soziale Spannung, deren Gefahr noch dadurch wächst, daß der Mittelstand der baltischen Länder nach seinen wirtschaftlichen Potenzen schwach und nach seinem Status wenig bedeutsam ist.

Zweitens veränderten sich mit Beginn der Transformationen in den baltischen Ländern die Bedingungen der weiteren Nutzung des verfügbaren wirtschaftlichen Potentials von Grund auf: ein großer Teil der früheren Betriebe haben die Absatzmärkte ihrer Produktion verloren und wurden in dem neu entstehenden offenen Wirtschaftssystem konkurrenzunfähig. Unter solchen Bedingungen hat der größte Teil der Bevölkerung der baltischen Ländern, die in der Industrie, Landwirtschaft und in anderen Bereichen arbeiteten, nicht nur ihre Arbeitsplätze verloren, sondern mußte ihre Lebensweise ändern und neue Lebenshaltungsquellen suchen. Als Folge dessen ist die Arbeitslosigkeit stark gestiegen, es begann der Prozeß der Massenverarmung. Es ist zu bemerken, daß im späteren Verlauf der Transformationen, als das Wachstum der Wirtschaft begann, in der neu gestalteten Struktur einfache und niedrig entlohnte Arbeitsplätze überwogen und weiter überwiegen. Das Lohnniveau in den baltischen Ländern ist niedrig. Das vergrößert nicht nur die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in der Gesellschaft, sondern wirkt sich

auch auf die Kaufkraft der Bevölkerung negativ aus. Damit wird das Wachstum der Wirtschaft gehemmt. Außerdem trägt zur Verarmung eines großen Teiles der Bevölkerung und zur Vergrößerung der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in der Gesellschaft nicht nur die große Arbeitslosigkeit und der niedrige Arbeitslohn bei, sondern auch die Nichtübereinstimmung der Arbeitsplatzstruktur mit den tatsächlichen Leistungspotentialen der intellektuellen und beruflichen Ressourcen der Menschen. Ein großer Teil der Beschäftigten kann ihre hohe Qualifikation und ihre Fähigkeiten nicht ausnutzen, weil sie gezwungen sind, eine einfache Arbeit, für die keine Qualifikation nötig ist, wahrzunehmen. Diese Situation wird durch das hohe Maß der Auswanderung aus den baltischen Ländern bestätigt.

Bei der Einschätzung der Folgen der Protektion und der Verwirklichung von Modellen des »wilden Kapitalismus« und des liberalen Marktes kann man somit bemerken, daß sich diese Modelle in zwei Hinsichten nicht bewährt haben:

- ein großer Teil der Bevölkerung wurde arm,
- das Wachstum der Wirtschaft blieb schwach.

Die Anwendung der erwähnten Modelle hat nicht gesichert, daß in die Wirtschaft der baltischen Länder die Investitionen flossen, die für die Schaffung massenhafter, moderner Arbeitsplätze und für die Erhöhung des Wohlstandes des größeren Teiles der Bevölkerung erforderlich sind.

Die Vertiefung der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zeigt sich an mehreren Indikatoren. Besonders negativ ist die vergrößerte Differenz zwischen verschiedenen Regionen im Inneren der baltischen Länder zu werten. Zum Beispiel ist der Wohlstand in zwei litauischen Regionen — Vilnius und Klaipėda — höher als in allen anderen Regionen Litauens; das Niveau des wirtschaftlichen Wohlstandes ist in der Hauptstadt Lettlands, Riga, sehr viel höher als in anderen Teilen Lettlands.

Aus der Zusammenfassung der vorgelegten Merkmale der sozialen und wirtschaftlichen Transformationen in den baltischen Ländern kann man zwei wichtige Prioritäten für den zukünftigen Transformationsprozeß ableiten:

- es müssen intensiv die Politik der Integration in die internationalen Märkte und die Maßnahmen zur Förderung des Exports sowie der technologischen Modernisierung der Industrie und anderer Sektoren der Wirtschaft weitergeführt werden. Zu diesem Zweck sind aktiv die ausländischen Investitionen einzubeziehen;

— das liberale System der Marktwirtschaft muß wesentlich durch soziale Komponenten ergänzt werden, die zu den Bedingungen des 21. Jahrhunderts passen.

4. *Die Gesetzmäßigkeiten der Transformationen in den baltischen Ländern*

Nach der Zusammenfassung der Erfahrungen mit den Transformationen, die im Laufe der letzten 10–15 Jahre in baltischen Ländern stattgefunden haben, kann man die wichtigsten Gesetzmäßigkeiten dieser Transformationen feststellen:

1. *Die Gesetzmäßigkeit der Komplexität und der Systemhaftigkeit der Transformationen*, das heißt, daß alle Bereiche des politischen, sozialen, wirtschaftlichen Lebens komplex von den Transformationen betroffen waren und daß die Transformationen die ganze Gesellschaft als System verändert haben.

2. *Die Gesetzmäßigkeit der Innovation*, was bedeutet, daß im Laufe der Transformationen solche Innovationen vorgeschlagen und verwirklicht werden, die die Qualität des Lebens verändern.

3. *Die Gesetzmäßigkeit des Asynchronismus*, was bedeutet, daß politische, soziale, wirtschaftliche Transformationen oft nicht gleichmäßig und abgestimmt vor sich gingen und als dessen Folge die gegenseitige Nichtübereinstimmung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und anderer Strukturen und ihrer Dynamik zum Ausdruck kam.

4. *Die Gesetzmäßigkeit der Resonanz von Transformationen*, was bedeutet, daß in baltischen Ländern gleichzeitig der Kampf für die Unabhängigkeit und die Wiederherstellung des nationalen Staates, die Änderung des politischen Systems, die Errichtung der Marktwirtschaft und des Systems der offenen Wirtschaft sowie ein rascher Wechsel der Technologien in allen Lebensbereichen stattfanden. Die erwähnten Transformationen gingen gleichzeitig vor sich und ergänzten einander, kamen resonanzartig zum Ausdruck: Die Gesellschaft der baltischen Länder sollte die Resonanzlast aller diesen Transformationen tragen.

5. *Die Gesetzmäßigkeit der Transformationszyklen*, was bedeutet, daß die Transformationen nach bestimmten Zyklen vor sich gehen: innerhalb der Zyklen vollziehen sich die Transformationen nach dem Grundsatz der evolutionistischen Entwicklung und beim Übergang aus

einem Zyklus zum anderen gehen die Transformationen »sprunghaft« vor sich, damit drücken sie die Idee der revolutionären Entwicklung aus.

6. *Die Gesetzmäßigkeit der Lokalität der Transformationen im lokalen System* bedeutet, daß die Transformationen, die sich in baltischen Ländern vollziehen, nur ein Teil der Umgestaltungen sind, die in verschiedenen globalen Systemen stattfinden. Diese Gesetzmäßigkeit ist eine Grundlage für die Betrachtung der heutzutage sich vollziehenden Transformationen in baltischen Ländern als einer notwendigen Voraussetzung zur Vertiefung der Integration der baltischen Region in die westlichen Strukturen.

7. *Die Gesetzmäßigkeit der Anpassung* bedeutet, daß man sich unter Bedingungen der Transformationen neuen Anforderungen anpaßt.

8. *Die Gesetzmäßigkeit des Positivismus der Transformationen* bedeutet, daß unter den Ergebnissen der Transformationen die positiven Ergebnisse überwiegen.

DIE NATIONALEN BEZIEHUNGEN IN DER BALTISCHEN REGION UND IHRE ENTWICKLUNG UNTER TRANSFORMATIONSBEDINGUNGEN

1. *Der Ursprung der heutigen Situation auf dem Gebiet der nationalen Beziehungen im baltischen Raum*

Das wesentliche Ergebnis der Transformationen im baltischen Raum ist die Wiedererstehung der drei unabhängigen nationalen Staaten (Litauens, Lettlands, Estlands) und der weitere Fortschritt dieser nationalen Staaten.

Bis zum Jahre 1990 hatten Litauen, Lettland und Estland in der Tat keinen Status als souveräne nationale Staaten — diese drei Länder waren nur nationale Regionen (nationale Randgebiete) in der Sowjetunion — im großen multinationalen Staat. Mithin drückt die Wiedererstehung und die Weiterentwicklung der nationalen Staaten in der baltischen Region das wesentliche Ergebnis auf dem Gebiet der nationalen Beziehungen aus.

Bei der Einschätzung der Veränderungen der nationalen Beziehungen und der Perspektive ihrer weiteren Entwicklung ist es sehr wichtig, *den historischen Ursprung* der heutigen Situation zu begreifen. Es ist eine hohe Priorität, die in der Zeit der UdSSR durchgeführte Nationalitätenpolitik, ihre Ergebnisse und Folgen zu beachten.

Die in der Sowjetzeit in der baltischen Region durchgeführte nationale Politik war sehr *widersprüchlich*. Einerseits spiegelten sich in dieser Politik *die allgemeinen* Standpunkte wider, die in der ganzen Sowjetunion zum Ausdruck kamen, andererseits war die nationale Politik sowohl in der baltischen Region als auch in den einzelnen baltischen Staaten sehr *spezifisch*. Insgesamt gesehen zeichnete sich die von der UdSSR durchgeführte nationale Politik nicht durch besondere Stabilität aus: in einzelnen Zeitabschnitten war sie ziemlich verschieden. Zum Beispiel wurde gleich nach dem zweiten Weltkrieg in der baltischen Region eine Politik der brutalen Russifizierung und der Schmälerung der nationalen Kulturen durchgeführt.

In den 1950er und 1960er Jahren, in der sogenannten Zeit des »Tauwetters« unter N. Chruschtschow, trat in der nationalen Politik eine deutliche Priorität hervor — die Formierung einer starken und zahlreichen Schicht führender nationaler Kader und Fachleute. Dabei wurde die Beachtung der nationalen Kulturen betont. Verschiedene Schwankungen und radikale Veränderungen waren während der Führungszeiten von L. Breshnew, J. Andropow, M. Gorbatschow zu verzeichnen.

Bei der Einschätzung der durch die UdSSR geführten nationalen Politik können folgende wichtigste Züge betont werden:

Erstens: Die reale nationale Politik drückte im großen Maße die für die damalige Gesellschaft kennzeichnenden »*doppelten*« Standards aus: Einerseits proklamierte die offizielle nationale Politik die Gleichheit aller Nationen und ihrer Kulturen, die Völkerfreundschaft, das Recht der Völker auf Selbständigkeit und Selbstbestimmung, andererseits wurde die nationale Politik auf die Verstärkung der Macht der politischen Führung der UdSSR, auf die Zentralisierung der Leitung, die Vergrößerung des Einflusses der zentralen Behörden und auf die Ignorierung der Besonderheiten der nationalen Regionen und Kulturen gerichtet. Real war die nationale Politik nur eine Maßnahme zur Lösung der aktuellen Aufgaben, die die politische Führung der Sowjetunion im Rahmen der UdSSR auf dem Gebiet der politischen Leitung und ökonomischen Entwicklung verfolgte.

Zweitens: Die nationale Politik war stark *ideologisiert*: Ihre Maßnahmen waren auf die Verwirklichung jener Modelle der Gesellschaftsentwicklung gerichtet, die der politischen Führung der UdSSR genehm waren. Unnachgiebig wurde gegen jene Erscheinungen der nationalen Kulturen gekämpft, die vom politischen Regime der UdSSR nicht erwünscht waren (die Ideologisierung der nationalen Politik widerspiegelte

sich im Streben, die Lebensweise und Wertsysteme aller Völker und ethnischer Gruppen entsprechend den Normen der politischen Führung der UdSSR zu *unifizieren und zu standardisieren*).

Drittens: Die real durchgeführte nationale Politik zeichnete sich durch »dosierte« (*limitierte*) und *zielgerichtet begrenzte Toleranz der nationalen Kulturen und Besonderheiten aus*: verschiedene nationale Kulturen, Traditionen, Künste, nationale Sprachen und Literaturen, Volkskunst etc. wurden »dosierte« (limitiert und zugleich einseitig) toleriert, unterstützt und sogar gefördert. Mit Hilfe solcher Maßnahmen wurde die Verbreitung und Verwirklichung der ideologisierten, unifizierten und standardisierten Normen der Lebensweise durchgesetzt.

Viertens: Die Durchführung der nationalen Politik wurde in die Hände von »bewährten« nationalen Kadern gelegt, denen verantwortliche Verwaltungsposten in verschiedenen Bereichen oder verantwortliche Funktionen auf dem Gebiet der ideologischen Arbeit, der Kultur, Wissenschaft, Kunst oder Bildung übertragen wurden: Die Einbeziehung »zuverlässiger« nationaler Kader erlaubte es, einerseits den Eindruck von der Wichtigkeit selbständiger nationaler Gemeinschaften und ihrer Rechte und Möglichkeiten zu vermitteln, andererseits zu sichern, daß die Unterstützung und Tolerierung der nationalen Kultur bestimmte dosierte Grenzen nicht überschritten. Die »zuverlässigen« nationalen Kader erfüllten im Grunde genommen die Funktion des »Dampfablassens«, sie waren in der Tat nur die Vollstrecker des Willens der politischen Führung der UdSSR und halfen, die Selbständigkeit des eigenen Volkes vorzuspiegeln: die »zuverlässigen« nationalen Kader beteiligten sich aktiv an der Nivellierung der nationalen Kultur.

Fünftens: Die nationale Politik, die ständig die Werte des Internationalismus und die Ablehnung des Nationalismus proklamierte, provozierte und förderte im Grunde genommen den Nationalismus: der »dosierte« und »kanalisierte« Nationalismus, der in verschiedenen nationalen Regionen zielgerichtet unterstützt wurde, war für die politische Führung der UdSSR als Maßnahme zur Ablenkung der Aufmerksamkeit der Gesellschaft von tatsächlichen Problemen und Schwierigkeiten auf verschiedenen Gebieten des sozialökonomischen Lebens nützlich. Sie schuf damit innerhalb der UdSSR »künstlich« innere politische Probleme, mit denen sie Mängel und Unfähigkeit zu verdecken suchte.

Ein wichtiger Teil der von der UdSSR verfolgten nationalen Politik war die Politik der *Russifizierung*, die in mehreren Richtungen durchgesetzt wurde:

— *allseitige Verbreitung der russischen Kultur und der russischen Sprache*: Die russische Kultur und Sprache waren Faktoren, die die Zusammenarbeit aller Völker und Regionen der UdSSR förderten und unterstützen. Sie erfüllten eine wesentliche Funktion bei der Integration der Völker und der Regionen der UdSSR zum einheitlichen System und bei der Gewährleistung der kulturellen Konsolidierung der UdSSR. Die allseitige Entfaltung der russischen Kultur und der russischen Sprache war in vieler Hinsicht eine *positive* Sache, weil sie die allgemeine Ausbildung, den Fortschritt der Wissenschaft, der Technik und der Wirtschaft im ganzen Territorium der UdSSR förderte. Gleichzeitig ist zu bemerken, daß sich die Verbreitung der russischen Kultur durch eine besondere Ideologisierung sowie durch besonders strenge »*ideologische Kontrolle*« auszeichnete.

— die Vergrößerung des Bevölkerungsanteils russischer Nationalität sowie anderer russisch sprechender Einwohner in Regionen nichttrussischer Völker und Völkerschaften. Angehörige russischer Nationalität und andere russisch sprechende Menschen wurden in Regionen der nicht-russischen Völker und Völkerschaften massenweise angesiedelt durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie, im Bauwesen und in anderen Sektoren. Als Folge solcher Politik ergab sich einerseits, daß sich in den nationalen Regionen der Anteil der Russen und der russisch sprechenden Einwohner vergrößerte und die russischen Gemeinschaften anwuchsen, andererseits wurde die Wirtschaft dieser Regionen in immer größerem Maße von der Arbeitskraft der Russen und russisch sprechenden Menschen abhängig. Das bedeutete, daß die Wirtschaft der nationalen Regionen immer mehr in ein gemeinsames System integriert wurde. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen forcierte in der Tat ihre immer stärkere Russifizierung.

— die Bevorzugung der Russen und anderer russisch sprechender Menschen bei der Auswahl der führenden Mitarbeiter und Fachleute für die Arbeit auf vielen für den Staat wichtigen Gebieten: Funktionen für die Sicherheit des Staates und der wirtschaftlichen Entwicklung (in den Verteidigungsstrukturen, in der Seeflotte, in der zivilen Luftfahrt, in strategischen Industriezweigen, im diplomatischen Korps) übten als leitende Mitarbeiter Angehörige der russischen Nationalität aus.

Die erwähnten Züge der nationalen Politik, die in der UdSSR durchgeführt wurde, traten sehr klar an den Tag, als in den baltischen Ländern die Wiederherstellung unabhängiger nationaler Staaten und ihre weitere Entwicklung begann.

Die *Spezifik* der nationalen Politik, die in der Sowjetzeit im baltischen Raum durchgeführt wurde, begründet die Eigenheiten der zur Zeit in der baltischen Region bestehenden nationalen Beziehungen.

Dabei sind folgende wichtigste *spezifische Züge* hervorzuheben:

— die baltische Region wurde nach ihrer Kultur und Lebensweise als »westliches« Randgebiet der UdSSR betrachtet, weshalb die politische Leitung der UdSSR hier eine liberalere nationale Politik (besonders seit den 1960er Jahren) verfolgte. In der baltischen Region wurden mehr als in anderen Regionen der UdSSR »freidenkerische« Erscheinungen der nationalen Kulturen toleriert, nachsichtiger auf das Streben zur Erweiterung der kulturellen Beziehungen mit Landsleuten im Exil und auf die Verwirklichung demokratischer und humanitärer Modelle der Lebensweise reagiert. Ein kennzeichnendes Merkmal der liberaleren nationalen Politik war, daß in den 1970er Jahren, als sich die Emigration von Einwohnern jüdischer Nationalität aus der UdSSR verstärkte und in der UdSSR der Antisemitismus zunahm, die baltische Region die einzige Region in der UdSSR blieb, in der keine wesentlich antisemitischen Stimmungen zum Ausdruck kamen und die emigrierenden Juden nicht verfolgt wurden.

— in der baltischen Region wurden im größeren Maße die nationalen Sprachen unterstützt (zum Beispiel war die baltische die einzige Region in der UdSSR, in der die Universitätsstudien fast aller Fachrichtungen in nationalen Sprachen gelehrt wurden).

— die sozialökonomische Entwicklung der baltischen Region wurde so gestaltet, daß es eine engere Zusammenarbeit zwischen den drei baltischen Ländern, darunter im Bereich der Kultur, nicht gab: Dieser Umstand begründet, warum die nationalen Beziehungen zwischen den drei baltischen Ländern gegenwärtig wenig intensiv sind.

2. *Die Eigenheiten der nationalen Beziehungen in baltischen Ländern während der Transformationszeit*

Die nationalen Beziehungen in der baltischen Region und ihre Veränderungen sind einer der bedeutendsten Faktoren, die den Transformationsprozeß und den weiteren Erfolg dieses Prozesses beeinflussen.

Im Zeitabschnitt der Transformationen zeichneten sich die nationalen Beziehungen und ihre Entwicklung durch einige *Besonderheiten* aus. Darunter sind die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit und

die Humanisierung und Demokratisierung der nationalen Beziehungen von besonders positiver Bedeutung.

Die Positiva der Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit sind dadurch gekennzeichnet, daß

— *erstens* das gesellschaftliche Naturrecht jedes Volkes auf nationale Staatlichkeit und die Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechtes durchgesetzt wurde,

— *zweitens* die Völker, die ihre Unabhängigkeit erhielten, neue Impulse zur Entfaltung ihrer Kultur und zur allseitigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung bekamen. Die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit drückte die Vorrangigkeit der nationalen Identität aus, förderte den Optimismus und den Glauben an eine gute Zukunft, aktivierte fruchtbare und konstruktive Tätigkeit in allen Bereichen.

Die Humanisierung und Demokratisierung der nationalen Beziehungen zeichnete sich dadurch aus, daß

— erstens ein Dialog zwischen unterschiedlichen Völkern und nationalen Gemeinschaften begann, der große Bedeutung für das gegenseitige Verständnis und die Toleranz erlangte. Damit entstanden Voraussetzungen zur Eliminierung der früheren verborgenen Feindseligkeit, die in der Sowjetunion oft durch »äußerliche« Demonstrationen und Imitationen von Völkerfreundschaft und Internationalismus verschleiert wurden.

— zweitens im Bereich der nationalen Beziehungen die tatsächliche Verwirklichung der Menschenrechte und Freiheiten begonnen wurde und die Lösung der nationalen Probleme nach den Grundsätzen des Humanismus und der Demokratie erfolgt.

Die Entwicklung der nationalen Beziehungen in der baltischen Region wird im Transformationsprozeß zugleich durch einige ganz *widersprüchliche Erscheinungen* charakterisiert: Diese Erscheinungen sind die Folge von doppelten Standards in der nationalen und allgemeinen Politik, die sowohl in der Sowjetzeit als auch danach auftraten: *die »künstliche« Überhöhung der Bedeutsamkeit der nationalen Beziehungen und die Hervorhebung der nationalen Probleme, um die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von den wesentlichen Problemen der sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklung, abzulenken.* Unter dem Schleier der nationalen Idee und nationaler Interessen wurden damit clan- und gruppenpezifische ökonomische und politische Ziele verfolgt.

Die »künstliche Überhöhung der Bedeutsamkeit« und die nicht adäquate Hervorhebung der nationalen Probleme ist verschiedenen Um-

ständen geschuldet. Darunter ist ganz wichtig – die *zweideutige* Rolle der Eliteschichten im Bereich der nationalen Beziehungen. Diese besteht darin, daß verschiedene Eliteschichten (politische, administrative, wirtschaftliche, wissenschaftliche und Kulturelite), die bereits in der Sowjetunion entstanden waren, während der Transformationszeit ihre frühere Stellung nicht nur bewahren, sondern sogar verstärken wollten.

Auf sehr effektive *Weise* haben die Eliteschichten ihre Tätigkeit *für die nationale Wiedergeburt und die Fundierung* der nationalen Identität zur Bewahrung und Verstärkung ihrer Stellung in der Gesellschaft genutzt. Sie wurden in dieser Tätigkeit zu *Führern* der Gesellschaft. Dieses Wirken der »alten Eliten« ist einerseits *positiv* zu bewerten, weil es tatsächlich auf die Verwirklichung *der nationalen Interessen* gerichtet war. Jedoch ist andererseits zu bemerken, daß diese Elite ihre frühere Aktivität bei der Adaption des sowjetischen Systems und ihre mangelnde Fähigkeit, die aktuellen Probleme der sozialen, ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft konstruktiv zu lösen, oftmals mit der nationalen Unterdrückung in der Sowjetzeit »*verschleierte*« und »*begründete*«. Als einzige Ursache aller Unglücke und Lebensschwierigkeiten wurde die von den »Russen« aufgezwungene Okkupation genannt. Dieser Standpunkt verkörperte die in der Sowjetzeit sehr verbreitete Tradition, der Gesellschaft nur einen Teil der Wahrheit zu sagen. Davon zeugen verschiedene Versuche in der Transformationszeit, die Gesellschaft davon zu überzeugen, daß an sämtlichen Lebensnöten ausnahmslos das von »Russen« geschaffene System schuld ist. Die einseitige Betonung dieses Umstandes vernachlässigte viele andere wichtige Bedingungen für die Verbesserung des Lebens. Damit wurde die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von den anderen Problemen und vielen Fehlern abgelenkt, die durch Verschulden der Eliteschichten in postsowjetischer Zeit auftraten.

Die »künstliche« Überhöhung der nationalen Beziehungen und die nicht adäquate Hervorhebung der nationalen Probleme kam auch darin zum Ausdruck, daß am Beginn der Transformationsperiode die Idee der nationalen »Wiedergeburt« in den Rang einer *verabsolutierten Ideologie* erhoben wurde. Einerseits war das *positiv*, weil die nationale Idee den Optimismus und den Glauben an die Zukunft erhielt und sich als eine Alternative zu früheren pseudokommunistischen Ideen, die die Gesellschaft sehr stark enttäuscht hatten, erwies. Andererseits war und ist die Ideologisierung der nationalen Wiedergeburt ziemlich *widersprüchlich*: Die Überhöhung der Idee der nationalen Wiedergeburt überschattet die Bedeutung vieler anderer zu lösender Probleme und erzeugt damit ein

nicht adäquates Verständnis der Wirklichkeit. Außerdem entsteht, wie überhaupt in jedem Falle von Ideologisierung, *die Gefahr*, daß eine in den Rang des Absoluten erhöhte Idee, nach entsprechender Zeit *enttäuschen* kann. Die verabsolutierte Idee der nationalen Wiedergeburt und der Bedeutsamkeit der nationalen Identität kann später in ein anderes Extrem umschlagen und den Komplex der *nationalen Minderwertigkeit und der Enttäuschung über die eigene Nation* wecken.

Die Überhöhung der Bedeutung der nationalen Beziehungen in den baltischen Ländern in postsowjetischer Zeit zeichnete sich noch durch eine weitere spezifische Erscheinung aus: einerseits begann man sich ernsthaft für verschiedene Probleme *der nationalen Minderheiten* zu interessieren und nach tatsächlicher Lösung dieser Probleme zu streben. Andererseits war dieses Streben manchmal durch *Scheindemonstration und Entwicklung »äußerer« Attribute charakterisiert*, besonders dann, wenn die Stellung zu konkreten Problemen der nationalen Minderheiten die Aufmerksamkeit und Widerhall im Westen fanden. Dabei standen oft nicht die Probleme der nationalen Minderheiten, sondern das Bestreben im Vordergrund, im Westen den Eindruck zu erwecken, daß es entweder keine Probleme gäbe, oder daß sie nach Standards der modernen Gesellschaft gelöst würden.

In der Transformationsperiode kam in den baltischen Ländern sehr deutlich das Streben nach Verwirklichung von *ökonomischen und politischen Zielen einzelner Clans und sozialer Gruppen unter dem »Schleier« der Priorität von nationalen Interessen und nationalen Ideen* zum Ausdruck. Charakteristisch dafür ist die Formierung *der nationalen Bourgeoisie* und ihre Fähigkeit, in der Tat fast unbegrenzte wirtschaftliche und politische Macht zu erlangen. Die zur Zeit wirkenden politischen Kräfte in den baltischen Ländern werden sehr stark von Unternehmergruppen beeinflußt und manchmal völlig von ihnen kontrolliert. Diese Gruppen repräsentieren verschiedene Schichten *der großen nationalen Bourgeoisie*. (Selbstverständlich ist der Begriff »Großbourgeoisie« in unserem Falle gemäß dem in der baltischen Region herrschenden Verständnis von Reichtum und wirtschaftlichen Wohlstand relativ zu verstehen.)

Außerdem wurden in der ökonomischen Politik der baltischen Länder seit Beginn der Transformationen bis heute ziemlich oft solche Modelle und Lösungen verwirklicht, die eben für die *große nationale Bourgeoisie* günstig waren. Das geschah besonders in verschiedenen Etappen der Privatisierung des staatlichen Vermögens sowie in vielen Fällen durch Bevorzugung der nationalen Unternehmen.

Die besprochenen *widersprüchlichen Erscheinungen*, die im Bereich der nationalen Beziehungen in der baltischen Region während der Transformationsperiode zum Ausdruck kommen, sind für *alle* baltischen Länder und für *alle Gesellschaftsschichten* kennzeichnend. Zugleich sind außerdem auch einige *widersprüchliche Erscheinungen spezifischer Art* zu betonen, die entweder für einzelne baltische Länder oder für einzelne Gesellschaftsschichten gelten: am Beginn der Transformationszeit entstanden in einzelnen baltischen Ländern (in Lettland und Estland) *Spannungen* im Bereich der nationalen Beziehungen mit den russisch sprechenden Einwohnern. Solche Spannung ergaben sich daraus, daß für die Erlangung der Staatsbürgerschaft des entsprechenden baltischen Landes Anforderungen gestellt wurden, die die russisch sprechenden Einwohner nicht annehmen wollten (die Dauer des ständigen Aufenthalts im baltischen Land, die Beherrschung der örtlichen Sprache und andere Anforderungen, die die Integration in die örtliche nationale Gesellschaft anzeigen). Gegenwärtig nehmen diese Spannungen allmählich ab, weil im Laufe der Zeit die ansässigen russisch sprechenden Einwohner in die Gesellschaft integriert werden.

Die Probleme einzelner Volksgruppen werden oft durch Faktoren *ökonomischer* Art verursacht. Zum Beispiel resultierte die besonders große Arbeitslosigkeit unter den russisch sprechenden Bewohnern in der baltischen Region zu Beginn der Transformation daraus, daß in der Sowjetzeit diese Bevölkerungsgruppe den Hauptanteil der Arbeiter in großen Industriebetrieben ausmachte. Bei der Durchführung der ökonomischen Transformation im ganzen Raum der ehemaligen UdSSR ging ein Großteil der großen Industriebetriebe in Konkurs. Ihre Mitarbeiter wurden arbeitslos (in den späteren Transformationsetappen hat dieser Umstand allmählich an Bedeutung verloren, weil die Arbeitslosigkeit, die Beschäftigung und die ethnische Zusammensetzung der Arbeitslosen von anderen Faktoren beeinflußt wurden).

Einzelne ethnische Gruppen beginnen allmählich ihre frühere Bedeutung zu verlieren: Einige ethnische Gruppen *nehmen quantitativ ab* (es verkleinert sich der natürliche Zuwachs der Einwohner dieser ethnischen Gruppen, sie wandern in das Ausland aus), andere ethnische Gruppen verlieren aus verschiedenen Gründen ihr *intellektuelles Potential* (die Intelligenz dieser ethnischen Gruppen beteiligt sich nicht aktiv am Leben ihrer nationalen Gemeinschaften), es vollzieht sich in verschiedenen Formen ein Assimilationsprozeß.

In einzelnen Fällen treten *neonazistische* Erscheinungen auf: entstehen informelle Gruppen, die öffentlich neonazistische Ideen verbreiten, indem sie besonders an schwächere Einwohnerschichten in kultureller und ökonomischer Hinsicht appellieren. In den baltischen Ländern ist die Neigung zum Chauvinismus, zum radikalen Nationalismus noch nicht völlig beseitigt, obwohl diese Tendenz für den größten Teil der Gesellschaft nicht typisch ist.

Eine Zusammenfassung der vorgelegten Thesen ermöglicht, *zwei wesentliche Schlußfolgerungen* zu ziehen:

— die Probleme in den nationalen Beziehungen, die im Zeitabschnitt der Transformationen auftraten, drückten die radikalen Veränderungen in der Gesellschaft aus und bezeugen zugleich ihre Fähigkeit, die Prinzipien des Humanismus und der Demokratie umzusetzen.

— die Fähigkeit der Gesellschaft zur Entwicklung der nationalen Beziehungen und zur *Vorbeugung von Konflikten* kann als eine sehr wichtige Bedingung für die Sicherung des allgemeinen Fortschrittes der baltischen Länder im Rahmen ihrer Entwicklung in der Europäischen Union gewertet werden.

DIE INTEGRATION DER BALTISCHEN LÄNDER IN WESTLICHE STRUKTUREN ALS EINE PRIORITÄT DER WEITEREN TRANSFORMATIONEN

1. *Die funktionelle Spezialisierung der baltischen Länder unter den Bedingungen der Globalisation und europäischer Integration*

Die Perspektive der baltischen Länder ist unbedingt mit der Integration in westliche Strukturen verknüpft. Das bedeutet, daß die Integration der baltischen Länder in westliche Strukturen, besonders in die Europäische Union und die NATO eine Priorität der weiteren Transformationen in der Region des Baltikums darstellt.

Die Integration der baltischen Länder in die westlichen Strukturen kann nur in dem Fall erfolgreich sein, wenn die baltischen Länder in diesen Strukturen zur Erfüllung bestimmter *Funktionen* befähigt werden. Diese Funktionen betreffen die Rolle der baltischen Länder bei der europäischen Integration, bei der Globalisation der Märkte und in den Systemen der internationalen Sicherheit und Stabilität. Die Gesamtheit solcher

Funktionen sollte als *funktionelle Spezialisierung* der baltischen Länder unter Bedingungen ihrer Integration in westliche Strukturen verstanden werden. Diese Spezialisierung kann unmittelbar mit den Belangen dieser Strukturen bei der Erweiterung der Europäischen Union und der NATO verbunden werden. Man kann behaupten, daß die baltischen Länder, indem sie solche Interessen in globalen Beziehungssystemen »Ost-West« realisieren, die Funktionen der »Brücke« und der »Schleuse« (des »Umformers«) erfüllen können.

Die Funktion der »Brücke« bedeutet, daß die baltischen Länder an den Beziehungssystemen »Ost-West« als direktes *unmittelbares Bindeglied A* zwischen verschiedenen Partnern im Osten und Westen teilnehmen. Die Bestimmung eines solchen Bindegliedes ist die Durchführung des direkten Durchgangs von Informationen, der sachlichen, kulturellen und anderweitigen Werte.

Die Funktion der »Schleuse« (des »Umformers«) bedeutet, daß die Länder des Baltikums an den Beziehungssystemen »Ost-West« als indirektes Bindeglied B zwischen den verschiedenen Partnern im Osten und im Westen teilnehmen. Die Bestimmung eines solchen Bindegliedes ist *die Adaptierung und Verbreitung* der westlichen Werte und Technologien im Osten und *die Anpassung* der östlichen Märkte zur weiteren Integration in die westlichen Strukturen. Ein solches Bindeglied kann auch »Puffer«funktionen erfüllen, die dem Schutz der westlichen Strukturen vor ihnen unerwünschten Einflüssen aus dem Osten dienen können.

Sowohl die Funktionen der »Brücke« als auch der »Schleuse« (des »Umformers«) oder des »Puffers« sind sehr kompliziert, sie umfassen eine große Palette der Möglichkeiten der politischen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, technologischen, rechtlichen Entwicklung der Länder des Baltikums. Die passende Wahl dieser Funktionen kann die strategischen Lösungen entscheiden, die in den Globalmärkten zu realisieren und unmittelbar mit der Erweiterung der Europäischen Union und der NATO zu verbinden sind.

2. *Entwicklung der Partnerschaft in der Region des Baltikums unter den Bedingungen der Integration der baltischen Länder in westliche Strukturen*

Die Ergebnisse der Transformationen in den baltischen Ländern zeigen, daß die Vorbereitungsprozesse zur Integration ziemlich erfolgreich vor

sich gehen: mit ihrem Tempo und dem Maß des politischen, sozialen, wirtschaftlichen Fortschrittes erfüllen die baltischen Länder die Anforderungen, die mit der Integration verbunden sind.

Eine wichtige Bedingung für die erfolgreiche Integration in die westlichen Strukturen ist die Fähigkeit der baltischen Länder zur Durchsetzung der Idee *der baltischen Region als eines einheitlichen politischen, sozialen, wirtschaftlichen Raumes und Informationsraumes*. Diese Idee beinhaltet, daß in der Region des Baltikums in der Zukunft die Partnerschaft und nicht die Tendenz zu Konkurrenz und Wettbewerb Priorität besitzen muß: heutzutage beruhen die Beziehungen zwischen den Staaten des Baltikums noch nicht auf dem Streben nach realer Partnerschaft, sondern auf der Neigung zur gegenseitigen Konkurrenz, zum Wettbewerb in vielen Bereichen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Das schränkt die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung des einheitlichen Raumes der baltischen Region sehr stark ein.

Der Mangel an partnerschaftlicher Kooperation in der Region des Baltikums und die Erscheinungen des gegenseitigen Wettbewerbes und der Konkurrenz haben folgende Ursachen:

— die baltischen Länder zeichnen sich durch große Unterschiede der ethnischen Kulturen sowie durch historisch entstandene, unterschiedliche Prioritäten der äußeren Beziehungen aus (z. B. sind die Kultur und Lebenstraditionen in Litauen in hohem Maße durch historische Zusammenhänge mit den slawisch-polnischen und russischen Kulturen bedingt, während die Kultur und Lebenssitten in Lettland und Estland hauptsächlich durch andere Faktoren, in erster Linie die Beziehungen mit Skandinavien geprägt wurden).

— der Umfang der historisch gewachsenen ökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen den Ländern des Baltikum war sehr gering. Die baltischen Länder haben sehr ähnliche wirtschaftliche Strukturen. Das schuf Bedingungen für die Entwicklung weniger von Partnerschaft als vielmehr von Konkurrenz. In den letzten Jahren konkurrieren die baltischen Länder sogar auf solchen Gebieten, wie dem Streben nach wirtschaftlicher Hilfe aus dem Westen, nach Vertrauensgewinn in der westlichen Welt sowie danach, in den Augen der westlichen Welt als »Leader« der ganzen baltischen Region zu erscheinen.

– die Erweiterung der Partnerschaft in der Region des Baltikums hat weniger historische Wurzeln in den baltischen Ländern als vielmehr im äußeren Druck oder im Einfluß der äußeren Situation: Eine solche Partnerschaft wurde entweder durch die Existenz im Rahmen desselben

Staates gefördert (bis zum Ersten Weltkrieg war das Baltikum Bestandteil des russischen Reiches, seit dem Jahre 1940 — Bestandteil der UdSSR) oder war Ausdruck gemeinsamer politischer Ziele, der Abwehr gemeinsamer Gefahren und des Ringens um gemeinsame Sicherheit und Stabilität (der Kampf für die Unabhängigkeit, das Streben um Eintritt in die NATO und andere ähnliche Gründe). Der Mangel an Partnerschaft in der baltischen Region wird gegenwärtig dadurch bestätigt, daß das Maß der ökonomischen, technologischen und informativen Zusammenarbeit nicht groß ist. Dabei werden nur einzelne Vorhaben realisiert, die keine größere langfristige Bedeutung für die Wirtschaft oder Kultur der baltischen Länder haben. Zugleich sind positive Prozesse zu vermerken, die die Zusammenarbeit der baltischen Länder in Bereichen der Sicherheit und Verteidigung darstellen: Das Streben der baltischen Länder nach Eintritt in die NATO wird zum wichtigen Katalysator der Zusammenarbeit.

Generell ist zu betonen, daß zur Zeit die aktive Rolle der verschiedenen westlichen politischen und wirtschaftlichen Kräfte ein sehr wichtiger Faktor für die Entwicklung der Partnerschaft in der baltischen Region ist. Viele Organisationen und Wirtschaftssubjekte im Westen möchten die baltische Region als einen einheitlichen, nach Westen orientierten politischen, sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Raum sehen, in dem die Verwirklichung von großen einheitlichen regionalen Vorhaben möglich wäre.

Die Weiterentwicklung der baltischen Region als eines einheitlichen Raumes wird über den vielseitigen Fortschritt der baltischen Länder entscheiden und Voraussetzungen für weitere positive Wandlungen im Baltikum schaffen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Prozesse der Transformation in den baltischen Ländern sind sehr komplex und widersprüchlich. Der bisherige Verlauf der Transformationen erlaubte es, *positive* Ergebnisse zu erzielen. In den baltischen Ländern wurden die demokratische Gesellschaft und alle Voraussetzungen für den weiteren politischen, sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt geschaffen. Hauptrichtungen eines solchen Fortschrittes könnten folgende sein:

— die breitere und raschere technologische Modernisierung der wirtschaftlichen Strukturen der baltischen Länder, darauf gerichtet, den ho-

hen Qualitätsstandard der hergestellten Produktion zu sichern und die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft auf den internationalen Märkten zu gewährleisten;

— die Anwerbung von Investitionen, indem hauptsächlich auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze und auf die Verbesserung der Situation im Beschäftigungsbereich zu achten ist (bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze geht es in erster Linie um Arbeit für qualifizierte Fachleute);

— die Vergrößerung der Kaufkraft bei gleichzeitiger Förderung des Konsumvolumens und der Belebung der Unternehmensentwicklung;

— die Verbesserung der Qualität der Arbeitskräfte bei vorrangiger Beachtung eines höheren Ausbildungsniveaus und der ständigen Vervollkommnung der Qualifikation.

Die genannten Prioritäten sind unter den Bedingungen der Integration der baltischen Länder in die Europäische Union besonders wichtig. Für eine erfolgreiche künftige Integration in die Europäische Union ist es notwendig:

— in den baltischen Ländern eine solche Wirtschaftsstruktur zu gestalten, die sowohl in den einzelnen baltischen Ländern als auch in der ganzen baltischen Region die Durchführung einer rationellen funktionellen Spezialisierung erlaubt, um die spezifische Rolle der baltischen Wirtschaft im Wirtschaftssystem der Europäischen Union geltend zu machen,

— ein rationelles System der gegenseitigen Partnerschaft der baltischen Länder zu schaffen mit dem Ziel, in der baltischen Region einen einheitlichen wirtschaftlichen, technologischen, informativen Innovationsraum zu entwickeln,

— im System der Beziehungen »Ost-West« die von den baltischen Ländern wahrgenommenen Funktionen sowohl der »Brücke« als auch der »Schleuse« (»des Umformers«) zu erweitern.

Die zielbewußte Weiterentwicklung der Transformationen in den baltischen Ländern ist die wichtigste Voraussetzung für die weitere Modernisierung der Gesellschaft der baltischen Länder und zur Sicherung ihrer Integration in den modernen Raum der europäischen Kultur, Wirtschaft und des technologischen Fortschritts.

LITERATUR

- Estonia, Latvia, Lithuania in Figures 2001. Statistical Office of Estonia. Tallinn 2001.
- Der Fischer Weltalmanach 2003: Zahlen, Daten, Fakten. Fischer Taschenbuch Verlag. Frankfurt am Main 2003.
- Lietuvos integracija i Europos Sąjungą: pasiekimai ir problemos. Europos integracijos studijų centras. Vilnius 2000.
- Statistical Yearbook of Lithuania 2001. Department of Statistics. Vilnius 2001.
- A. Mayhew: Europos Sąjungos plėtra: derybos su Vidurio ir Rytų Europos šalims. Europos integracijos studijų centras. Vilnius 2001.
- Borisas Melnikas: Probleme der Integration der baltischen Staaten in westliche Strukturen. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln (1999)40. 42 S.
- Borisas Melnikas: Transformacijos. Vaga. Vilnius 2002.
- Borisas Melnikas/Leonidas Melnikas: Die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in Litauen. Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln 1995. 52 S.
- Foreign Trade 2000: Estonia, Latvia, Lithuania. Department of Statistics, Vilnius 2001.
- R. Vilpišauskas: Integracija Europoje: Baltijos šalys ir Europos Sąjunga. Arlila. Vilnius 2001.
- [http:// www.std.lt](http://www.std.lt),
[http:// europa.eu.int/eurostat.html](http://europa.eu.int/eurostat.html).

I. Geographische und allgemeine Bevölkerungsdaten²

	Estland (EE)	Lettland (LV)	Litauen (LT)
Fläche in km ²	45.226	64.589	65.300
Einwohner in 1.000 (1. Januar 2002)	1.361	2.351	3.462
Bevölkerungsdichte pro km ²	30,2	36,6	53,4
Hauptstadt	Tallinn	Riga	Vilnius
Religion	Protestanten, Russ.-Orthodoxe, Katholiken, Muslime, Juden	55% Protestanten, 24% Katholiken, 9% Russ.-Orthodoxe	ca. 80% Katholiken, Minderheiten von Russ.-Orthodoxen und Protestanten
Natürliche Rohstoffe	Ölschiefer, Torf, Bernstein	Geringe Vorkommen an Kalkstein, Torf, Bernstein	Torf
Ackerland	22%	27%	35%
Weideland	11%	14%	7%
Waldgebiete	31%	46%	31%

II. Allgemeine Wirtschaftsdaten

* Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu jeweiligen Preisen, in Mrd. KKS (Kaufkraftstandard)³

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Estland	8,0	8,5	9,2	10,4	11,1	11,3	12,4
Lettland	11,1	11,1	11,9	13,3	14,0	14,5	15,9
Litauen	19,6	20,5	22,2	24,5	26,2	25,8	27,6

2 Siehe <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/ritter/veranstalt/ws9900/baltikum/laendervergleich.html> (19. August 2003). – Die Angaben zur Religion siehe Der Fischer Weltalmanach: Zahlen Daten Fakten. Fischer Taschenbuch Verlag. Frankfurt/Main 2000.

3 Siehe Strukturindikatoren des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft. In: <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/DE?catalogue=Eurostat&product=I-structur-DE&mode=download> 19. August 2003 (im weiteren Strukturindikatoren des Statistischen Amtes der EG ...).

19. ГОСУДАРСТВЕННЫЙ СТРОЙ ВРАЖЕСКИХ И НЫНЕ ОККУПИРОВАННЫХ ВРАГОМ СТРАН

СССР заинтересован в том, чтобы государственный строй названных стран после войны базировался на принципах *широкой демократии* в духе идей народного фронта. Есть основания полагать, что в таких странах, как Норвегия, Дания, Голландия, Бельгия, Франция, Чехословакия, эти принципы найдут себе достаточно полное осуществление без какого-либо давления со стороны. Иначе обстоит дело с такими странами, как Германия, Италия, Япония, Венгрия, Румыния, Финляндия, Болгария, Польша, Югославия, Греция, Албания: здесь, возможно, для создания настоящих демократических режимов придется пустить в ход различные меры влияния извне, т. е., в первую очередь, со стороны СССР, США и Англии. Перед этим «вмешательством во внутренние дела» других наций не следует останавливаться, ибо демократия в государственном устройстве стран является одной из существенных гарантий прочности мира, а ведь основной задачей союзников после нынешней войны должно быть построение новой, более эффективной системы безопасности в Европе, да и за пределами Европы. Конечно, в каждой отдельной стране придется принимать во внимание местные условия и традиции и применять методы влияния тактические, соответствующие духу данной страны, — однако уйти от этой задачи невозможно.

В связи с затронутой проблемой чрезвычайно крупную роль приобретает позиция США и Англии. Не подлежит сомнению, что США в вопросах будущего устройства европейских стран до сих пор проводили ретроградную линию. Очень влиятельные элементы в государственном департаменте и вне его (особенно американские католики) мечтали о создании в Европе консервативно-клерикального блока как противовеса «восточному большевизму». Отсюда игра Вашингтона с Виши, с Франко, с Дарланом, с Папой римским, с Отто Габсбургским, с поляками и т. д. Однако на протяжении минувшего года американцы получили немало шишек при проведении такой политики, и в настоящее время, как показывает возникновение Консультативного совета по вопросам Италии, Вашингтон, видимо, склонен ориентироваться в Европе на более демократические элементы.

Что касается Англии, то она с самого начала маневрировала в этом вопросе гораздо более гибко и хитроумно. Иден мне не раз говорил, что ему рисуется создание в странах послевоенной [37]Европы правительств «национального фронта», в состав которых должны входить все крупные прогрессивные партии каждого государства. Конечно, Иден не склонен был толковать понятие «прогрессивных» партий слишком широко, тем не менее, он понимал, что ставить ставку на реакционные элементы является плохой и совсем не реалистической политикой. Англичане, зная Европу лучше и имея политического опыта больше, чем американцы, наделали значительно меньше ошибок в европейских делах, чем их союзники. Главное, они умели считаться с фактами, независимо от того, нравятся им эти факты или не нравятся. Лучшим примером тому служит Югославия: едва лишь выяснилось, что партизаны являются реальной силой в этой стране, как британское правительство поспешило отправить свою военную миссию к Тито, несмотря на свою длительную и еще далеко не ликвидированную связь с Михайловичем.

Исходя из только что изложенного, есть основания думать, что по вопросу о демократическом режиме в странах послевоенной Европы сотрудничество между СССР, США и Англией окажется возможным, хотя и не всегда легким.

20. МЕЖДУНАРОДНЫЕ ОРГАНЫ ДЛЯ СОХРАНЕНИЯ МИРА

Такие органы — политические, военные, экономические, финансовые — в условиях послевоенного мира будут необходимы, и они уже начинают зарождаться. Первой ласточкой в этом отношении может считаться ЮНРРА. Московская и тегеранская конференции, по-видимому, являются преддверием к созданию какого-то международного органа политического порядка для охраны мира и безопасности в послевоенный период. Однако очень многое в этой области еще остается неясным: каковы должна быть структура такого международного органа? Каков должен быть его состав? Каковы должны быть его права и обязанности? На все эти и многие другие вопросы сейчас трудно дать определенный ответ. Здесь предстоит еще много теоретической работы и немало экспериментирования. До сих пор имеется только одно

указание общего порядка о взглядах СССР по данному поводу: упоминание о военном союзе демократических стран Европы в декларации Сталина-Сикорского от 4 декабря 1941 года. Однако эта идея пока не нашла своей более подробной и конкретной интерпретации. Не вдаваясь в детали конституции будущего международного органа по охране мира и безопасности, сейчас можно высказать лишь несколько основных положений, на которых этот орган должен быть построен. Вот они:

а) Решающая роль в данном органе должна быть обеспечена за «большой четверкой» (СССР, США, Англия и Китай).

б) Названный орган должен иметь возможность проводить свои решения, если это окажется необходимым, в принудительном порядке.

[38] в) Бывшие вражеские страны в первый послевоенный период должны быть исключены из органа, о котором идет речь.

К этому надо добавить еще одно пожелание, а именно, чтобы будущий международный орган по охране мира и безопасности не имел своей главной квартиры в Женеве: всякие ассоциации с Лигой Наций могут только ослаблять его влияние и престиж.

21. КОЛОНИИ

СССР непосредственно не заинтересован в вопросе о колониях. Однако СССР, очевидно, придется принимать участие на мирной конференции и на различных других международных совещаниях в решениях, касающихся судьбы целого ряда колоний. В качестве примера можно привести хотя бы итальянские владения в Африке, — что с ними будет после войны? Совершенно очевидно, что они не вернуться к Италии, ибо Англия больше ни за что не допустит, чтобы значительная часть североафриканского берега находилась в «чужих» руках. Не захочет Англия, вероятно, совсем отказаться и от Эритреи и Сомали. Другой иллюстрацией может служить Голландская Индия, послевоенное будущее которой представляется довольно туманным (американцы имеют кое-какие виды на нее).

В вопросе о колониях между Англией и США, как известно, имеются весьма значительные расхождения. Англия, владеющая величайшей колониальной империей в мире, не видит надобности

в изменении существующего порядка вещей. Наоборот, США, имевшие до сих пор мало колоний, но вступающие сейчас в период интенсивной империалистической экспансии, выдвигают идею роспуска старых колониальных империй и превращения колоний в особые международные «мандаты». Иными словами, через ворота «мандатов» США хотят найти себе дорогу в колониальные владения Англии, Франции, Голландии, Бельгии, Португалии. Они рассчитывают при этом, что в силу своего экономического могущества они очень скоро смогут стать фактическими хозяевами «мандатов».

В данной плоскости между Англией и США называют крупные конфликты, и от позиций СССР будет многое зависеть в исходе этих конфликтов. В Англии и США имеются также различные проекты совместного использования «заинтересованными державами» тех или иных видов колониального сырья. Так, например, в американских правительственных кругах существует идея об организации международного «пула» в составе США, Англии, СССР, Голландии и некоторых других держав в целях использования естественных богатств Голландской Индии и Малаи. Аналогичный план разрабатывается и в отношении некоторых районов Африки.

*Проблема колоний, несомненно, явится одной и важнейших проблем послевоенного переустройства. У нас над ней до сих пор [39] пор работали очень мало. Следует в срочном порядке подготовиться к этой перспективе.*⁴

22. ЭКОНОМИЧЕСКИЕ ОТНОШЕНИЯ СССР С США И АНГЛИЕЙ

Если СССР непосредственно не заинтересован в вопросе о колониях, то зато он очень заинтересован в характере своих экономических отношений с США и Англией после войны. Во-первых, совершенно очевидно, что именно эти две державы вообще будут играть крупнейшую роль в мировом товарообороте будущего. Во-вторых, — и это особенно важно — США и Англия при

4 Тексты, обозначенные *—*, содержат подчеркивания и пометы В. Молотова.

известных условиях могут быть чрезвычайно важным источником помощи СССР в деле послевоенного восстановления нашего народного хозяйства.

В самом деле, это восстановление, очевидно, будет происходить за счет: а) наших собственных ресурсов, б) репараций и в) экономической помощи США и Англии. Так как даже наиболее оптимальный вариант репараций окажется в состоянии покрыть только часть ущерба, понесенного СССР от войны, то помощь США и Англии приобретает очень серьезное значение. Конечно, капиталистическая верхушка в обеих только что названных странах будет стремиться поставить эту помощь на обычный коммерческий базис, хотя бы и с привлечением более или менее долгосрочных кредитов. Наоборот, с точки зрения СССР было бы желательно получить указанную помощь на возможно более льготных условиях, самое лучшее в форме снабжения по закону о займе-аренде.

Мне представляется, что переговоры по данному вопросу не следовало бы откладывать на послевоенное время, ибо сейчас в ходе войны, когда американцы и англичане находятся еще под гипнозом «военной атмосферы», они могли бы легче пойти на известные уступки, чем позднее, когда в силу вступит обычная торговая психология мирного времени. К тому же в настоящий момент наши западные союзники испытывают некоторые «угрызения совести» ввиду недостаточности своей военной помощи СССР и, потому, более склонны идти нам навстречу в сфере снабжения и экономики. Исходя из указанных соображений, я полагаю, что нам следовало бы в ближайшем будущем использовать предложение Идена и Хэлла, сделанные на Московской Конференции, и **приступить к экономическим переговорам с американцами и англичанами*. В этих переговорах, как мне кажется, вопрос можно было бы поставить так:

а) США и Англия (особенно же США), исходя из понимания своего союзнического долга, гарантируют СССР на 5–10 лет после войны поставку наиболее важных с точки зрения восстановления товаров, список которых можно было бы уточнить, *в порядке займа-аренды*.

[40] б) Менее важные с той же точки зрения товары передаются нам *на основе долгосрочного кредита*.

в) Все остальное идет в порядке нормальных *коммерческих операций*.*

23. ИТОГИ

Для большего удобства суммирую вкратце высказанные выше мысли о желательных основах будущего мира:

1) Общая установка: *необходимо обеспечить СССР мир в Европе и в Азии сроком на 30–50 лет.*

2) В этих видах СССР должен выйти из нынешней войны с *выгодными стратегическими границами*, в основу которых должны лечь границы 1941 года. Сверх того, было бы очень важно, чтобы к СССР перешли Петсамо, южный Сахалин и цепь Курильских островов. СССР и Чехословакия должны иметь общую границу. Между СССР, с одной стороны, Финляндией и Румынией, с другой, должны быть заключены пакты взаимопомощи с предоставлением СССР на территории названных стран военных, воздушных и морских баз. СССР должно быть также гарантировано свободное и удобное использование транзитных путей через Иран к Персидскому заливу.

3) *Германия* после войны должна быть оккупирована союзниками на срок не менее 10 лет, раздроблена на несколько более или менее независимых государств и подвергнута тройному разоружению — военному, индустриальному и идеологическому. На Германию должны быть наложены тяжелые репарационные платежи (в том числе трудом), а преступники войны в широком понимании этого термина подвергнуты суровому наказанию.

4) В *остальной Европе* не должно быть допущено создание отдельных государств или комбинаций государств с сильными сухопутными армиями. В послевоенной Европе должна остаться только одна могущественная сухопутная держава — СССР и только одна могущественная морская держава — Англия.

5) *Франция* должна быть восстановлена как более или менее крупная держава, однако нецелесообразно содействовать возрождению ее былой военной мощи.

6) *Италия* должна быть сохранена как европейское государство (включая Сицилию и Сардинию), но без всяких владений в Африке.

7) *Пиренейский полуостров* не представляет сферы непосредственного интереса СССР, однако в плоскости общеевропейской политики для Советского Союза важно возрождение демократической и дружественной нашей стране республиканской Испании. С Португалией полезно было бы установить дипломатические отношения, что в обстановке послевоенной Европы, вероятно, произойдет само собой.

[41] 8) С точки зрения СССР *нежелательно возникновение в послевоенной Европе различных федераций* малых стран (Дунайской, Балканской, Скандинавской и т. д.)

9) *Польша* должна быть восстановлена как независимое и жизнеспособное государство, но по возможности в минимальных территориальных размерах. На Востоке в основу польско-советской границы должна быть положена граница 1941 г. На Западе допустимо присоединение к Польше всей или части Восточной Пруссии, а также некоторых частей Силезии. На этой базе Польша, если захочет, может присоединиться к советско-чехословацкому пакту.

10) *Чехословакия* должна быть по возможности усилена — территориально, политически и экономически. Ее следует рассматривать как форпост нашего влияния в Центральной и Юго-восточной Европе.

11) *Венгрия* путем пересмотра третейского решения о Трансильвании и другими способами должна быть сокращена в территории на базе строгого проведения этнографического принципа. На Венгрию должны быть наложены репарации, и в течении первых лет после войны она должна быть оставлена в состоянии международной изоляции.

12) *На Балканах* желательно заключение пактов взаимопомощи между Румынией, Югославией и Болгарией, с одной стороны, и СССР, с другой. Отношения с Грецией в случае необходимости могут быть оформлены в виде тройного пакта между Англией, СССР и Грецией. Югославия должна быть восстановлена в своих прежних границах. Греция к своей довоенной территории должна добавочно получить Додеканез. Болгария должна вернуть Югославии и Греции аннексированные у них земли. Граница между Болгарией и Румынией должна быть установлена в соответствии с интересами СССР. Румыния и Болгария должны быть привлечены к платежам репараций. При проведении вышеуказанной про-

граммы необходимо соблюдение большой осторожности. Важно также избегать осложнений с Англией.

13) В Скандинавии в общем и целом должен быть оставлен предвоенный «статус кво», то же самое относится и к *Бельгии* и *Голландии*. СССР может не возражать против получения Англией баз в этих последних странах, однако получение Англией баз на атлантическом берегу Норвегии противоречило бы нашим интересам.

14) СССР заинтересован в сокращении влияния *Турции*, особенно на Балканах. Должны быть использованы все возможности для ослабления роли *Турции* в качестве «часового» на проливах ...

15) СССР заинтересован в развитии и укреплении дружеских отношений с *Ираном*. Необходимо сохранение (с известными модификациями) тройного англо-советско-иранского пакта 1941 года, усиление советского влияния в северном Иране и создание [42] международного органа для поддержки и развития транзитных путей через Иран.

16) СССР заинтересован в распространении и укреплении своего политического и культурного влияния в *Ираке*, *Сирии*, *Ливане*, *Палестине* и *Египте*, для чего должны быть приняты меры дипломатического и культурно-политического характера. В отношении панарабского движения следует занять позицию принципиальной благожелательности, но без оказания ему активной помощи. В своей работе в данных районах СССР должен избегать конфликтов и осложнений с Англией.

17) СССР не заинтересован в войне с *Японией*, но очень заинтересован в разгроме *Японии* англо-американскими силами. Наиболее правильным с точки зрения интересов СССР было бы маневрирование так, чтобы получить южный Сахалин и Курильские острова в порядке генерального межевания карты мира после поражения оси без того, чтобы СССР был втянут в военные действия с Японией. Это нелегко, но не невозможно.

18) СССР заинтересован в расширении и укреплении дружественных отношений с *Китаем*, однако степень содействия Китаю в его развитии и превращении в подлинно великую державу должна определяться характером тех сил, которые будут находиться у власти в Китае в послевоенный период.

19) СССР заинтересован в том, чтобы *послевоенный режим* во вражеских и оккупированных врагом странах был построен на принципах *широкой демократии*. Для достижения этой цели допустимо известное воздействие на внутреннюю политику названных стран извне, в сотрудничестве с Англией и США.

20) СССР заинтересован в создании *международных органов для сохранения мира и безопасности* в послевоенный период, построенных на принципе руководящей роли «большой четверки» (СССР, США, Англия, Китай) и на возможности для этих органов в случае необходимости проводить свои решения в принудительном порядке. Бывшие вражеские страны в течение первого послевоенного периода в международные органы данного типа не должны быть допущены.

21) СССР непосредственно не заинтересован в вопросе о *колониях*, однако ему придется на мирной конференции и в других местах принимать участие в решениях по колониальному вопросу. Необходимо в срочном порядке подработать данную проблему.

22) СССР чрезвычайно заинтересован в помощи со стороны США и Англии в деле своего восстановления после войны. Переговоры по этому поводу следовало бы начать теперь же. Желательно обеспечить получение в течение 5–10 лет после войны наиболее нужных для восстановления товаров на базе займа-аренды, а менее нужных в порядке долгосрочных кредитов. [43]

24. ПЕРСПЕКТИВЫ

В Заключение я хотел бы высказать несколько соображений о той расстановке международных сил, которой можно ожидать после войны, по крайней мере, в первый послевоенный период.

После разгрома Германии и Японии, при наличии относительно слабых Франции и Италии, в мире останется четыре действительно великих державы — СССР, США, Англия, Китай, из которых последняя (Китай) в течение жизни ближайшего поколения, судя по всем данным, будет числиться великой державой только номинально. Таким образом, руководящая роль в области мировой политики окажется в руках СССР, США и Англии и от

характера отношений между этими тремя державами будет в огромной степени зависеть ход событий.

Какова будет вероятная *позиция США* после войны, в особенности в первый послевоенный период? Все говорит за то, что США явятся в этот период твердыней в высшей степени *динамического империализма*, который будет энергично стремиться к широкой экспансии в различных концах мира — в Америке и в Азии, в Австралии и в Африке. Эта экспансия не минует, вероятно, и Европы, хотя здесь она должна будет принять формы несколько иные, чем в других местах. Само собой разумеется, что американская экспансия будет экспансией *нового типа*: ее оружием будет не столько территориальная аннексия (хотя в известных случаях и она не исключена), сколько *финансово-экономическая аннексия*. Уже сейчас такая тенденция вполне отчетливо намечается в колониальном вопросе, в области гражданской авиации, в сфере торгового судоходства после войны. Ведь США выйдут из нынешней борьбы с величайшими в мире торговыми и воздушными флотами и с почти безграничными техническими возможностями их дальнейшего увеличения. Война способствовала сильному росту производственной мощности США вообще — это значит, что после войны они в гораздо большей степени, чем до войны, будут заинтересованы в расширении своей внешней торговли, в нахождении новых и выгодных рынков. Не случайно уже сейчас американцы стараются пустить корни в Западной и Северной Африке, в Аравии, в Иране. Особенно большие надежды они связывают с Китаем. С приходом к власти республиканцев, что рано или поздно неизбежно, империалистическая политика США примет гораздо более откровенный и циничный характер, чем это возможно при Рузвельте. И, поскольку пока не видно симптомов, говорящих о возможности нарастания в США сильной внутренней оппозиции против такой политики, всем другим нациям пяти континентов придется весьма серьезно учитывать империалистические тенденции Америки как важнейший фактор послевоенной международной ситуации.

Совсем в ином положении после войны окажется *Англия*. Она находится в такой стадии своего исторического развития, когда [44] британский империализм потерял большую часть своего былого динамизма и превратился в *консервативный империализм*. Конечно, и англичане не прочь прибрать к рукам, что плохо лежит,

и в том или ином конце мира «округлить» свою исполинскую империю. Так оно и будет, вероятно, при ликвидации нынешней войны. Однако в основном Англия думает не о новых завоеваниях, а о сохранении того, что у нее уже есть.

К сказанному надо прибавить, что Англия несомненно выйдет из войны значительно обедневший и ослабевший по сравнению с прошлым. За эти годы она съела, например, почти все свои иностранные инвестиции и вынуждена была делать в США долги и платить за американские миноносцы базами и территориями. Продовольствие и оружие Англия получает сейчас из-за океана в порядке займа-аренды, причем еще не знает, как ей придется за это расплачиваться. Влиятельные американские круги собираются требовать от Англии компенсации в форме отмены имперских преференций, т. е. открытия США ворот для завоевания рынков Британской Империи. Весной 1941 г. (еще до нападения Германии на СССР) покойная Беатриса Вебб мне как-то с глубокой грустью говорила, что к концу войны она ожидает экономической аннексии Англии Соединенными Штатами. В то время многие мыслящие люди в Англии думали так же. Конечно, вступление СССР в войну изменило общую ситуацию и в известной мере спасло Англию от американской аннексии. Тем не менее общее хозяйственное положение Великобритании после войны будет трудным и чреватым различными опасными последствиями, включая массовую безработицу ...

Далее перед Англией в послевоенный период во весь рост [в]станет та самая проблема населения, которая сыграла такую роковую роль во Франции. В последние 15–20 лет рождаемость в Англии систематически падала, и по расчетам статистиков, если в этой тенденции нет произойдет серьезного изменения, то с 1950 года население Англии начнет абсолютно сокращаться. Проблема населения вызывает сейчас в Англии чрезвычайное беспокойство, но никто пока не может предложить каких-либо эффективных мер для ее разрешения. Да это ведь и не так просто в рамках буржуазного общества. Данное обстоятельство должно, конечно, в еще большей степени диктовать Англии в послевоенный период политику осторожности без каких-либо опасных авантур.

Наконец, еще одним фактором, действующим в том же направлении, являются тенденции внутреннего развития Британской Империи. Перед нынешней войной существовало широко

распространенное мнение, что эта империя при первом же серьезном испытании распадается. Это оказалось неверным. Однако было бы большой ошибкой впасть в противоположную крайность и из опыта настоящей войны делать вывод о незыблемости Британской Империи на веки веков. Даже в наши дни пове[45]дение отдельных частей Империи, возможно, было бы совсем иным, если бы врагом Англии оказалась не гитлеровская Германия, а какая-либо иная страна типа, скажем, США. Тем осторожнее следует быть в суждениях о будущем. На самом деле основная тенденция в развитии Британской Империи сводится к постепенному усилению центробежных влияний. Правда, Лондон с присущими ему ловкостью и гибкостью умеет до известной степени тормозить этот процесс, однако приостановить его он не в состоянии. Лондон отстывает медленно, но отстывает. Сейчас Канада, Австралия, Южная Африка (не говоря уже об Ирландии, которая до сих пор поддерживает дипломатические отношения с Германией) гораздо больше похожи на независимые страны, чем на заморских вассалов Англии. Внешним выражением этого является все растущее число дипломатических представителей названных доминионов за границей, в том числе и в СССР. Более дальновидные лондонские политики видят выход из нынешних затруднений в создании после войны союза равноправных британских государств в составе метрополии и доминионов, в котором Англия, сохраняющая власть над остальной частью Империи, будет занимать положение «первого среди равных». Трудно, однако сказать, найдут ли подобные проекты свое осуществление в действительности. На пути к их реализации имеются крупные препятствия — внутреннего порядка (проблема Индии) и внешнего порядка (тенденция США к «освоению» Канады и Австралии). При всяких условиях, однако, совершенно очевидно одно: состоянине внутри-имперских дел будет опять-таки подсказывать Англии политику благоразумия и деликатного лавирования.

Таким образом, поскольку речь идет о самой Англии, можно ожидать, что в интересующий нас период она явится фактором стабилизирующего порядка. Дело, однако, не только в самой Англии. Из того, что я выше сказал о позиции США, совершенно очевидно, что мировая ситуация в послевоенную эпоху будет окрашена в цвета англо-американских противоречий, ибо интересы обеих стран сталкиваются и будут сталкиваться в целом ряде

проблем и на целом ряде территорий. При этом США будут наступающей стороной, а Англия обороняющейся стороной, к тому же стороной, в общем более слабой и истощенной. Несмотря на все свое стремление к мирному перевариванию того, что у нее есть, Англия вынуждена будет вести тяжелую экономическую и политическую борьбу с США и, возможно, терять одну важную позицию за другой.

Такова, по-видимому, будет ситуация, в которой СССР придется разворачивать свою политику по окончании войны.

Каковы будут вероятные отношения СССР с США и Англией?

Здесь возможны два варианта.

[46] Если первый послевоенный период приведет к развязыванию в Европе пролетарских революций, то отношения между СССР, с одной стороны, Соединенными Штатами и Англией, с другой стороны, должны будут принять напряженный и даже острый характер. Основное противоречие капитализм–социализм выдвинется на первый план. Особенно ярко это противоречие обнаружится в отношениях между СССР и США, ибо в указанном случае обе эти страны явятся двумя противоположными полюсами социального напряжения.

Если, однако, в близком будущем пролетарских революций в Европе не будет, то нет оснований ожидать, что отношения между СССР, с одной стороны, США и Англией, с другой, будут плохими. СССР заинтересован в поддержании добрых отношений с США и Англией, исходя как из нужд своего хозяйственного восстановления после войны, так и из потребностей сохранения мира, для чего сотрудничество обеих названных стран крайне необходимо. С другой стороны, ни у США, ни у Англии нет (и не предвидится) никаких трудно разрешимых территориальных или экономических споров с СССР, а империалистическая экспансия США, о которой речь шла выше, в основном пойдет мимо нас. Наоборот, можно думать, что США будут заинтересованы, по меньшей мере, в нейтрализации СССР при проведении своих империалистических планов.

Что касается Англии, то в ее груди будь жить сразу две души. Характер социально-экономической системы и общность культурно-исторических традиций будут толкать Англию в сторону Америки, но как раз Америка будет выступать ее могущественным врагом и конкурентом на мировом рынке, в области колоний,

гражданской авиации, торгового флота и т. д. Наоборот, интересы борьбы за свои мировые позиции будут толкать Англию в сторону СССР, но разница в характере социально-экономической системы и в культурно-исторических традициях будет создавать трудности в сближении между обеими странами. В такой обстановке Англия, вероятнее всего, пойдет по столь привычному ей пути политического маклерства и станет играть американской картой против СССР и советской картой против США. Она постарается также всеми доступными ей средствами отыскивать компромиссы по различным конкретным вопросам со своим грозным заокеанским соперником, и весьма вероятно, что на этом пути она сможет добиться значительных (хотя бы и временных) успехов. Ибо Англия далеко превосходит США в том, что является одним из важнейших факторов в борьбе мировых сил, — в наличии огромного исторического опыта и великолепно тренированных кадров для проведения нужной ей международной политики. Логика вещей найдет себе подкрепление и в некоторых процессах, обещающих в не очень отдаленном будущем привести к власти более прогрессивные элементы, чем это было доньше.

[47] Исходя из только что указанного, я склонен думать, что 20-летний союзный договор, заключенный между СССР и Англией в 1942 г., имеет реальную базу для своего укрепления и развития в послевоенный период. Я склонен также думать, что СССР в этот период будет заинтересован в сохранении Англии как могущественной державы, в частности, он будет заинтересован в наличии у Англии сильного морского флота, ибо такая Англия может нам понадобиться для балансирования перед лицом империалистической экспансии США (могущественной сухопутной державой Англии никогда не будет, — для этого ей не хватает традиций, навыков, склонностей, надобности). И, хотя в ближайшие послевоенные годы едва ли приходится ожидать каких-либо особо для нас неприятных сюрпризов со стороны Вашингтона, за это нельзя ручаться в более отдаленном будущем ...

Конечно, США не являются могущественной сухопутной державой в нашем понимании этого слова и едва ли когда-либо станет таковой. В этом отношении у них много общего с Англией. Конечно, между СССР и США залегли два океана, которые делают нашу страну относительно неуязвимой даже для американской авиации (по крайней мере, в первый послевоенный период).

Однако отнюдь не исключено, что, если бы в более отдаленном будущем между СССР и США возникли какие-либо острые противоречия, Америка могла бы создать для СССР немало серьезных затруднений. Так, например, она могла бы начать различными способами стимулировать возрождение Германии и Японии после того разгрома, который названные страны потерпят в результате нынешней войны. Они могли бы также начать сколачивать антисоветский блок в Европе, используя для этого, например, такие страны, как Франция, — особенно если бы Франция располагала сильной сухопутной армией. Еще опаснее был бы союз США с Китаем, острием своим направленный против СССР. Американская техника плюс китайская живая сила смогли бы стать большой угрозой для Советского Союза. Излишне говорить, что такая опасность исключается для ближайшего послевоенного периода, в течение которого разоренному, ослабленному, плохо слаженному Китаю придется думать лишь о залечивании своих тяжелых и мучительных ран. Но кто знает, как сложится ситуация лет через 20–25? Кто может поручиться за невозможность в тот период враждебной СССР американо-китайской комбинации.

Таким образом, перед СССР вырисовываются примерно следующие линии возможной и желательной внешней политики в послевоенный период: *укрепление дружественных отношений с США и Англией; использование в советских интересах англо-американского противоречия с перспективой все более тесного контакта с Англией; всемерное усиление советского влияния в Китае; превращение СССР в центр притяжения для всех подлинно демократических средних и малых стран и подлинно демократических [48] элементов во всех странах, особенно в Европе; поддержание международной беспомощности Германии и Японии вплоть до того момента, когда и если эти страны обнаружат искреннее стремление к переходу на рельсы настоящей демократии и социализма.*

25. ОБЩАЯ ОГОВОРКА

Все вышеприведенные мысли о желательных основах будущего мира имеют силу лишь в том случае, если война не приведет к подлинной пролетарской революции в Германии. Если бы, однако,

такая революция произошла, то эти мысли и практические выводы из них подлежали бы пересмотру.

И. Майский

10 января 1944 года

К записке приложено сопроводительное письмо И. Майского В. Молотову от 11 января 1944 г. с грифом «Сов. Сокретно» следующего содержания:⁵

«Народному Коммиссару Иностраннных Дел тов. Молотову.

Многоуважаемый Вячеслав Михайлович,

Еще будучи в Лондоне, я много занимался вопросами будущего мира и послевоенного устройства. От времени до времени я сообщал Вам о моих соображениях, относящихся к этой области, по телеграфу. Моя работа в Москве ежедневно сталкивает меня с теми же самыми проблемами. В прилагаемой записке я попытался свести воедино мои мысли на данную тему. Вполне допускаю, что эти мысли требуют, особенно в деталях, различных поправок и модификаций. Однако даже и в таком случае думаю, что моя записка может Вам пригодиться, как материал, при окончательной выработке нашей позиции по вопросам, которым она посвящена.

С товарищеским приветом

Заместитель Народного Коммиссара Иностраннных Дел

И. Майский

П.С. В разделе «Итоги» (стр. 28–32) вкратце суммировано содержание всех предыдущих частей записки.

5 На сопроводительном письме имеется следующая резолюция: «Сохр[анить]. В. М[олотов]».

ERNSTGERT KALBE

Anmerkungen zu Politik und Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF)

I.

Die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« (KPRF), die unverändert mitglieder- und wählerstärkste politische Partei in der Russischen Föderation, agiert unter sich stetig wandelnden innen- und außenpolitischen Verhältnissen eines immer noch riesigen Staates mit sehr unterschiedlichen sozioökonomischen und kulturellen Existenzbedingungen, gegliedert in 89 sehr verschiedenartige Föderationssubjekte, darunter 22 Autonome Republiken, zehn Autonome Gebiete, sechs Autonome Rayons, 49 Gouvernements (Verwaltungsgebiete) und zwei Stadtgebiete (Moskau und Petersburg).

Bei derartigen Gegebenheiten, da unverändert das Axiom galt und gilt, wonach »Rossija bolšaja i Car daleko« sei, wirksame Politik zu gestalten, war schon immer für Regierungen wie konträre politische Kräfte ein schwieriges Unterfangen, das gleichermaßen Kontinuität und Wandel, Beharrungsvermögen und Elastizität verlangte. Das trifft erst recht auf eine Zeit stürmischer Transformationsprozesse zu, denen Rußland seit der Implosion des Staatssozialismus und des übergestülpten Übergangs zu kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen unterliegt, für die das Land wenige oder keine gewachsenen soziostrukturellen, objektiven wie subjektiven Voraussetzungen besitzt.

Die KPRF bewegt sich somit seit den 1990er Jahren in einem rasch dahinfließenden politischen Fahrwasser zwischen Verteidigung sowjetischer Wertvorstellungen der Vergangenheit und dem Zwang zur Anpassung an die Wirklichkeit der zunächst schocktherapeutischen, dann gradualistischen und schließlich staatskapitalistischen Implantation der Marktwirtschaft.

Deshalb wenige Bemerkungen zur Entwicklung des politischen Umfeldes: In Bälde steht die »Russische Föderation« wieder vor Wahlen: im Dezember 2003 stehen Wahlen zur Duma, dem Parlament, an; im Früh-

jahr 2004 findet die Wahl des Präsidenten der Föderation statt. Damit im Kontext verschärfen sich die politischen Auseinandersetzungen zwischen heute im wesentlichen drei Parteikoalitionen, auf die es die Putin-Administration vermochte, die russische politische Landschaft zu zentrieren — gegenüber noch acht Dumaparteien im Jahre 1999: *erstens* das zentristische Regierungslager um »Jedinnaja Rossija« (Einiges Rußland) mit seinen Repräsentanten Schojgu und Luschkow — gegenüber Jedinstwo, Medwed und Otetschestwo von 1999 — dem Prognosen einen Stimmanteil von bis zu 25% vorhersagen; *zweitens* der Rechtsblock um den Sojus Prawych Sil (Union der Rechten Kräfte) Nemzows, dem sich sowohl die »Liberaldemokraten« Shirinowskis als auch die »Unabhängige Rechte« anschließen und mit einem Wählerpotential von bis zu 20% rechnen; schließlich die Linkskräfte um die KPRF Sjuganows, die im Bunde mit den National-Patriotischen Kräften Rußlands (NPSR) und der kleineren Agrarpartei agieren, wobei ihnen soziologische Umfragen einen Stimmanteil von gut 30% zuschreiben. Dagegen haben weder die schwachen sozialdemokratischen Gruppierungen von Golow bis Gorbatschow im linken Spektrum, noch die zwischen den genannten Lagern oszillierende, früher einflußreiche, letztlich den Rechtskräften zuneigende Jabloko-Partei — letztere nach dem kürzlichen Abgang Jawlinskis — nennenswerte Wahlchancen.

Dabei stellen sich bei diesen Wahlen erstmals wieder echte Machtfragen, d. h. danach, wem eine künftige Regierung verantwortlich ist: dem sie ernennenden Präsidenten im Sinne einer Präsidialregierung — oder der Duma als parlamentarischer Regierung einer Parteienkoalition nach Mehrheitsverhältnissen. Während der Präsident an einer Präsidialregierung festhält, um — wie er meint — einer Regierung des »Oligarchenblocks« oder eines KPRF-Bündnisses vorzubeugen, tendieren alle drei Parteienblöcke zu einer der Duma verantwortlichen Regierung. Das aber würde eine Verfassungsänderung verlangen und die Macht des Präsidenten einschränken — eine höchst unwahrscheinliche Variante im gegenwärtigen Prozeß der etatistischen Stabilisierung der »Russischen Föderation«.

Nach gut zwölfjährigem Transformationsprozeß läßt sich die wirtschaftspolitische Struktur Rußlands heute vielleicht als ein System kryptokapitalistischer Marktwirtschaft mit breiter Mehrsektorenökonomie und starker monetär-industrieller Oligarchie sowohl im Bankensektor, als auch im Rohstoff-, Industrie- und Rüstungskomplex bezeichnen, die auf staatskapitalistischem Wege eine ursprüngliche Kapitalakkumulation mit-

tels bürokratischer Mechanismen vollzieht; die gesellschaftspolitische Struktur läßt sich analog dazu als etatistisch-bürokratische Präsidialherrschaft mit Elementen einer parlamentarisch-repräsentativen und (noch) pluralistischen Parteiendemokratie bezeichnen.

Jedenfalls hat Präsident Wladimir Putin vor der Duma wiederholt einen starken Staat samt zentralisierter Macht beschworen, die Ordnung im Lande und Freiheit der Unternehmer im Rahmen der Gesetze sichern könne. Putins Reform der Administration, die 2001 alle 89 Föderationssubjekte in sieben Generalgouvernements zusammenband, kann jedenfalls nicht als Schritt zu regionaler Selbstverwaltung, wohl aber als Schritt zur Machtkonzentration verstanden werden, zumal mehrere der sieben Großregionen von Generälen geleitet werden.¹

Trotz unstreitiger Stabilisierungserfolge der Putin-Administration seit 2000 (Steuerreform, staatliche Kontrolle der Grundstoffindustrie und des Energieexports, Wirtschaftsförderung eines bescheidenen Mittelstandes), die sich u. a. seit 2000 in jährlichen Wachstumsraten der Wirtschaft von acht Prozent und — auch witterungsbedingt — guten Ernten in den letzten drei Jahren ausdrücken, erreichte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2001 erst 67,4% des Standes von 1989 und die Industrieproduktion (IWP) lag für den genannten Vergleichszeitraum sogar nur bei 59,9%.

Der Prozeß der sozialen Differenzierung und Polarisierung in der Gesellschaft setzt sich ungebrochen fort. Während das staatlich normierte monatliche Existenzminimum 2001 bei 1.500 Rubel lag, betrug das Durchschnittseinkommen 3.240 Rubel und die Durchschnittsrente 1.024 Rubel.² Vergleicht man je zehn Prozent der höchsten und niedrigsten Einkommen für 2001 miteinander, so ergibt sich ein Verhältnis von 14:1. Dabei lebten 39,9 Millionen Menschen unter dem offiziellen Existenzminimum und die Lebenserwartung betrug 2001 65,3 Jahre gegenüber 69,2 im Jahre 1990.³

1 Die sieben Generalgouvernements sind: Nordwestrußland (Petersburg), Zentralrußland (Moskau), Ural-Gebiet (Jekaterinburg), Wolga-Gebiet (Nischni Nowgorod), Nordkaukasus (Rostow), Sibirien (Nowosibirsk), Ferner Osten (Chabarowsk).

2 Der offizielle Wechselkurs von Euro und Rubel schwankt um 1:35.

3 Alle Zahlenangaben nach dem Vortrag des stellvertretenden Vorsitzenden der Russischen Industrie- und Handelskammer in Moskau, Petrow, am 10. April 2003 über »Die russische Wirtschaft vor den Duma-Wahlen 2003« bei der Deutsch-Russischen Gesellschaft Leipzig e. V. am Sitz der Verbundnetz Gas AG Leipzig. – Siehe auch die umfangreichen statistischen Angaben bei Nikolai Genov: Tendenzen der sozialen Entwicklung Rußlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzei-

In diesem Lichte muß man versuchen, die bisherigen drei Transformationsetappen in Rußland zu bewerten.

Die erste Etappe, die von der Auflösung der UdSSR und dem Sturz Gorbatschows über die Installation des Jelzin-Regimes und die schocktherapeutischen Radikalreformen zur Marktwirtschaft bis zur chaotischen Finanz- und Währungskrise und dem Bankrott der Kirijenko-Regierung im Sommer 1998 reicht (Dezember 1991 – August 1998), war eine Etappe des politischen Chaos und des stetigen wirtschaftlichen Niedergangs. An ihrem Anfang stand die — trotz vorherigem eindeutigen Referendums vom 17. März 1991 für den Erhalt des Unionsstaates — bei dem Treffen der drei Präsidenten von Rußland, Jelzin, Belarus (Weißrußland), Schuschkjewitsch, und der Ukraine, Krawtschuk, am 8. Dezember 1991 in Beloweshije proklamierte Auflösung der Union, der am 21. Dezember 1991 die Gründung der »Gemeinschaft Unabhängiger Republiken« (GUS) und am 25. Dezember 1991 der Abtritt des gescheiterten Unionspräsidenten Gorbatschow folgte; an ihrem Ende stand die schwere Finanz- und Währungskrise vom Sommer 1998. Dazwischen lagen die staatsstreichartige Auflösung (21. September 1993) und der Beschluß (4. Oktober 1993) des widerspenstigen Parlaments durch den russischen Präsidenten Jelzin sowie eine wilde Privatisierungspolitik, eine unkontrollierte Preisfreigabe, wachsende Haushaltsdefizite, eine ruinöse Inflation und astronomische Verschuldung (160 Milliarden Dollar im Jahre 1998) unter den Regierungen von Gaidar und Nemzow über den insgesamt glücklosen Tschernomyrdin bis zum bankrotten Kirijenko, die zu willfährigen öffentlichen Vollstreckern der privaten Bereicherung der »neuen Russen« im Schatten agierender mafioser Strukturen wurden.

Die zweite Etappe, eine kurze Übergangsetappe des Krisenmanagements vom September 1998 bis zur Wahl Putins zum Föderations-Präsidenten im März 2000, war eine Zeit versuchter wirtschafts-, sozial- und währungspolitischer Stabilisierung und der Fortsetzung eines staatlich gelenkten, d. h. gradualistischen Transformationsprozesses zur Marktwirtschaft, in der mit etatistischen Instrumentarien die Abwertung des Rubels und ein rigoroser Abbau der Schulden, eine spürbare Stimulierung der einheimischen Produktion und eine deutliche Begrenzung des Imports, eine Steuerreform und Maßnahmen einer sozialen Mindestsi-

tung »Das Parlament«. Berlin (2003)B 16–17 (14. April 2003). S. 3–10. – Hermann Clement: Die Wirtschaftsstruktur Rußlands. In: Ebenda. S. 11–21.

cherung durchgesetzt wurden. Die Regierungen Primakow (September 1998 – März 1999), Stepaschin (März – August 1999) und Putin (August 1999 – März 2000) bzw. Kassjanow, der bereits seit September 1999 amtierender Vizepremier war und im März 2000 offiziell Ministerpräsident wurde, hielten den regulierten Sanierungskurs gegen vielfältige Widerstände erstaunlich konsequent durch. Politisch war diese Etappe gekennzeichnet durch die Konsolidierung des zentristischen und nationalpatriotischen Regierungsblocks, der partiell auf die Unterstützung der KPRF (einschließlich einer Regierungsbeteiligung von KPRF-Ministern) rechnen konnte, sowie durch den Aufstieg der Putin-Administration, der als Kandidat bei den Wahlen zur Präsidentschaft im März 2000 mit 52,9% der Stimmen einen deutlichen Sieg über seinen kommunistischen Gegenkandidaten Sjuganow (29,2%) erringen konnte.

Die dritte Etappe, die im März 2000 mit der Präsidentschaft Wladimir Putins begann und bis in die Gegenwart andauert, erweist sich als Zeitabschnitt einer andauernden politischen Stabilisierung und administrativen Zentralisierung, weiteren ökonomischen Wachstums und etatistischer Reformen in Richtung einer regulierten Marktwirtschaft, die mafiose Schattenwirtschaft und korrupte Gewinntransfers einer mächtigen Oligarchie zurückdrängen soll. Ein beachtliches Wirtschaftswachstum und zügiger Schuldenabbau verbessern die weltwirtschaftliche Position und Kreditwürdigkeit Rußlands. Die ökonomischen Entwicklungsprognosen bauen freilich nach wie vor auf dem Erdöl- und Erdgasexport und einem internationalen Erdölpreis von dauerhaft mindestens 18 Dollar pro Barrel — und nicht zuletzt auf der Kontrolle über die wichtigsten Transitpipelines — auf.

Die politische Linie Putins zielt — als Verkörperung von Tradition und Wandel russischer Herrschaftsstrukturen — auf die Stärkung der Staatsmacht durch eine »Law and Order«-Politik und eine administrative Zentralisierung, in deren Rahmen die politischen Lager um wenige — faktisch drei — Gravitationszentren überschaubar zentriert und eine repräsentative parlamentarische Demokratie in eine etatistische Präsidialrepublik eingebunden werden.

Die ursprüngliche Entwicklungskonzeption der Putin-Administration läßt sich an drei Regierungsdokumenten festmachen: *erstens* das wirtschaftliche Entwicklungsprogramm für 2000 bis 2010 vom 28. Juni 2000, das Förderung sozialer Marktwirtschaft mit staatlicher Regulierung verbindet; *zweitens* die Nationale Sicherheitskonzeption der Russischen Föderation vom 10. Januar 2000, die Modernisierung und Umstrukturie-

rung der Armee für die Garantie nationaler Verteidigungsfähigkeit auf Basis von 770 ICBM-Raketen, 20 Atom-U-Booten und einer Flotte von Langstreckenbombnern beinhaltet; *drittens* die außenpolitische Konzeption der Russischen Föderation vom 30. Juni 2000, die auf die Gewährleistung nationaler russischer Interessen in Verbindung mit der Festigung des Bundes der GUS- und GIS-Republiken (letztere: Gemeinschaft Integrierter Staaten als Zollunion) abzielt und die Stabilisierung eines internationalen Sicherheitssystems, besonders in Europa und Asien, anstrebt. In diesen Kontext gehören der Vertrag vom Juli 2000 über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und China und die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Russischen Föderation sowie weiteren GUS-Staaten in den Jahren 2000/2001. Zweifellos wäre Rußland an einem engeren eurasischen Verbund gelegen, jedoch weichen die potentiellen Partner klaren Verpflichtungen aus. Oder wie G. A. Jawlinski, damals noch Chef der Jabloko-Partei, in seinem Leipziger Vortrag am 28. Mai 2002 bemerkte, daß Europa mit Rußland angesichts der internationalen Lage kooperieren müsse, wobei die Europäische Union Rußland so annehmen möge, wie es nun mal ist; statt dessen sitze Europa in einem EU-Waggon, ohne die Frage zu entscheiden, wohin der Zug rollen solle.⁴ Gleiches gilt auch für die deutsch-russischen Beziehungen — trotz aller regelmäßigen Regierungskonsultationen und Gipfeltreffen.

Ohne die Vorzugsvariante einer engen EU–Rußland-Kooperation aufzugeben, vollzog sich indessen zwischen dem 11. September 2001 und dem Frühjahr 2002 ein — zumindest — außenpolitischer Kurswechsel der Russischen Föderation im Verhältnis zu den USA, der nicht ohne innenpolitische Konsequenzen gegenüber den »nationalpatriotischen Kräften«, darunter der KPRF, bleiben konnte.

Ausgerechnet am 28. Mai 2002, dem Tag der Leipziger Jawlinski-Rede, setzte die Bildung des NATO–Rußland-Rates in Rom den Schlußpunkt hinter den Kontext der Einbindung der Russischen Föderation in die Anti-Terror-Allianz und die »neue Partnerschaft« mit der westlichen Welt. Die Deklaration Bush–Putin von Rom über »strategische Partnerschaft« auf der Grundlage gemeinsamer Werte von Freiheit, Demokratie

4 Persönliche Aufzeichnung des Vortrags von G. A. Jawlinski vom 28. Mai 2002 über »Rußlands Reformen der neunziger Jahre« vor der Deutsch-Russischen Gesellschaft Leipzig e. V. am Sitz der Verbundnetz Gas AG in Leipzig.

und Menschenrechten schloß einen Prozeß ab, der von der Duldung der USA-Präsenz in ehemals mittelasiatischen Sowjetrepubliken, einer »unaufgeregten Reaktion« auf die amerikanische Nichtratifizierung des ABM-Vertrages, dem Abbau atomarer Raketenköpfe und — nach dem U-Boot-Debakel der »Kursk« — der »Verschlankung« der russischen Streitkräfte bis zur Auflösung eigener Militärstützpunkte in Vietnam und auf Kuba reichte.

In diesem wechselnden politischen Koordinatensystem muß sich die KPRF bewegen, wobei sie in der *erstgenannten Etappe* der Schocktransformation unter Jelzin eine systemalternative und nationalpatriotische Totalopposition verfolgte, in der *zweiten Übergangsetappe* einer etatistisch-gradualistischer Transformation auf pragmatische Kooperation mit und Kritik an der Reformpolitik von Primakow und Putin orientierte und in der *dritten Etappe* der Konsolidierung und Stabilisierung der Putin-Administration von pragmatisch-nationalpatriotischer Kooperation mit dem Regime zur neuerlichen »unversöhnlichen Opposition« gegen das Regime überging, wobei der Schnittpunkt durch die Einbindung Rußlands in die USA-geführte Anti-Terror-Allianz markiert wird. Nicht zufällig kommt es am 3. April 2002 in der Duma zu der so bezeichneten »Kaderrevolution«, d. h. zur regime-gesteuerten Abberufung der meisten kommunistischen Vorsitzenden von Duma-Komitees durch den Block der Rechten und Regierungszentristen, was auch den Kurswechsel Putins gegenüber der KPRF anzeigt.

Boris Kagarlitzki, einst Mitbegründer der zerfallenen »Partei der Arbeit« und bekennender Linker, meint: »Vor Rußland stehen Probleme, deren Lösung eigentlich einer Revolution bedarf, doch bisher gibt es weder Hoffnung auf eine Revolution ›von oben‹ noch Anlaß dafür, demnächst einen revolutionären Aufschwung ›von unten‹ zu erwarten.« Die KPRF sei eine konservative Partei mit linker Wählerschaft und nicht in der Lage, ein Modernisierungsprogramm vorzulegen. Jedoch seien »Linke heute zum Radikalismus verurteilt, wenn sie ernsthaft eine Rolle im politischen Leben spielen wollen. Natürlich kann ein moderner Radikalismus nicht auf Ideen von gestern gründen«; eine schlüssige, moderne Konzeption aber liege nicht vor.⁵ So mahnt er eine neue linke Bewegung an, die für Nationalisierung der großen Rohstoffmonopole eintritt, ver-

5 Boris Kagarlitzki: Zwischen Katastrophe und Hoffnung. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 24. Oktober 2000. S. 3 (passim).

langt die Einmischung des Staates in die Wirtschaft, jedoch ohne den heutigen Staat zu unterstützen, setzt auf die Dezentralisierung der Macht im Sinne einer Demokratisierung, gegen die etatistische Macht despotischer Gouverneure und habstüchtiger lokaler Eliten.

Dieses Konzept erscheint aber auch als die Quadratur des Kreises, zumal wenn man das linke Spektrum — schwach und zersplittert — außerhalb der KPRF betrachtet:

Die kommunistischen Splitterparteien (Russische Kommunistische Arbeiterpartei um Anpilow/Tjulkin, die Union der Kommunisten um Sheinin/Prigarin, die stalinistische Allunionspartei KPdSU) verfügen nur über eine geringe Basis; auch die größere »Bewegung neuer Sozialismus« um General Nikolajew als Wahlbündnis der »Sozialistischen Partei der Werktätigen« (Tulejew/Wartasarowa), der »Union/Partei der Arbeit« (Smolin und früher Kagarlitzki), der »Volksmacht« sowie von »Selbstverwaltung des Volkes« fielen schon bei den Duma-Wahlen 1999 durch; die kleinen Neugründungen russischer Parteien sozialdemokratischen Typs von Golow über Rumjanzew bis Gorbatschow kriegten wegen fehlender sozialer Grundlagen ohnehin keinen Fuß auf den Boden.

Bleibt als einzige politisch ernstzunehmende linke Partei die KPRF, auch nach dem Parteiausschluß des Duma-Vorsitzenden Selesnjow durch das VIII. ZK-Plenum Ende Mai 2002 und der nachfolgenden Abspaltung seiner Bewegung »Wiedergeburt Rußlands«.

II.

Die Politik und Programmatik der KPRF sind deshalb Gegenstand der folgenden Betrachtungen:

Die KPRF, nach dem August-Putsch 1991 verboten und 1993 wieder zugelassen, umfaßt noch immer gut eine halbe Million Mitglieder und versteht sich als Nachfolger und Fortsetzer der KPR(B), der KPdSU und der KPRFSR. Sie ruft die Bürger zur Festigung und Erweiterung des Bündnisses der patriotischen Kräfte zum Schutz der nationalstaatlichen Interessen Rußlands auf und strebt einen sozialistischen Entwicklungsweg und die Wiedererrichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung an.

Die KP der Russischen Föderation ist ein selbständiges, gleichberechtigtes Glied des Bundes/der Union von zwölf Kommunistischen Parteien der ehemaligen Sowjetunion (SKPSS bzw. BKPdSU), deren beider

Vorsitzender Gennadi Sjuganow ist. Zuzufolge dieser Doppelstruktur fand im Dezember 2001 der XXXII. Parteitag des BKPdSU und im Januar 2002 der VIII. Parteitag der KPRF statt. Die KPRF ist in Republiks-, Gebiets-, Rayon- und Grundorganisationen gegliedert und wird von einem Zentralkomitee mit 160 Mitgliedern und 55 Kandidaten sowie einem 17köpfigen Präsidium geleitet. Dem Vorsitzenden G. Sjuganow stehen (nach dem Ausscheiden von Selesnjow) drei Stellvertreter (V. A. Kupzow, L. A. Iwantschenko, I. I. Melnikow) sowie ein Konsultativrat beim ZK zur Seite.

Der Apparat des ZK umfaßt ein Sekretariat, die Kaderkommission und zehn Kommissionen bzw. Abteilungen für Wirtschafts-, Sozial-, Politik- und Ideologiebereiche.

Die KPRF beruft sich explizit auf den Marxismus-Leninismus und hält am strategischen Ziel des Aufbaus des Sozialismus als »Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit, verwirklichter Prinzipien von Kollektivismus, Freiheit, Gleichheit, Demokratie und direkter Volksmacht« fest, und proklamiert die Wiederherstellung und Festigung eines föderativen Vielvölkerstaates, der Sowjetunion. Sie versteht sich als Partei von Patrioten, Internationalisten und Interessenvertreter der Arbeiter, Bauern, Intelligenz und aller arbeitenden Menschen.⁶

Die KPRF hält an den kommunistischen Idealen fest und wirkt im Rahmen der Verfassung der Russischen Föderation, ein schwieriger Spagat zwischen Maximal- und Minimalzielen.

Es entsteht der Eindruck, daß in der KPRF die Maximal- vor den Minimalzielen Priorität besitzen, während in den Linksparteien der EU-Länder die Minimalziele Vorrang vor unscharfen Maximalvorstellungen haben.

Das KPRF-Programm umfaßt vier Kapitel: *erstens* — Die Welt an der Schwelle des 3. Jahrtausends; *zweitens* — Lehren der russischen (eigentlich »rußländischen«) Geschichte und Wege zur Rettung der Heimat; *drittens* — das Minimalprogramm; *viertens* — Aufgaben zur organisatorisch-ideologischen Festigung der Partei.

Die Präambel bietet in zusammenfassender Form eine Lagebeschreibung Rußlands und leitet davon die Hauptziele der KPRF ab: »Rußland

6 Alle nachfolgenden Programmbezüge und -zitate beruhen auf der AOL-Internet-Veröffentlichung unter <http://www.kprf.ru/about/program.shtml>. Wörtliche Übersetzungen stammen vom Verfasser des Berichtes.

befindet sich an einem tragischen Wendepunkt. Das heute herrschende Regime versucht mit Verrat und Gewalt die Völker unseres Vaterlands in einen primitiven, barbarischen Kapitalismus zurückzuführen. Das ist der Weg der politischen Reaktion und der sozialen Repression, der Weg der nationalen Katastrophe, der zum Untergang der russischen Zivilisation führt. Die Sowjetunion ist schon zerstört. Das gleiche Schicksal hängt über der Russischen Föderation. Das Land ist von einer grausamen Systemkrise erfaßt.«

In der Präambel werden sieben Hauptziele formuliert:

— *Volksmacht*. Das bedeute die konstitutionelle Macht der werktätigen Mehrheit, vereinigt mittels der Sowjets und anderer Formen unmittelbarer demokratischer Selbstverwaltung des Volkes

— *Gerechtigkeit*. Sie sichert das Recht auf Arbeit und ihre Vergütung nach den erbrachten Leistungen; sie garantiert für alle zugängliche kostenlose Bildung und medizinische Hilfe, wohlfeile Wohnung, Erholung und soziale Sicherheit

— *Gleichheit*. Sie gründet auf befreiter Arbeit, Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sowie aller Arten des sozialen Parasitismus; sie basiert auf Formen des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln

— *Patriotismus, Gleichberechtigung der Nationen und Völkerfreundschaft*. Sie gewährleisten die Einheit von patriotischen und internationalistischen Grundsätzen

— *Verantwortung des Bürgers vor der Gesellschaft wie der Gesellschaft vor dem Bürger*.

Das verlangt die Durchsetzung der Einheit von Rechten und Pflichten aller Bürger

— *Erneuerung und Festigung des Sozialismus* in künftigen Verfassungsformen, die dem aktuellen Niveau der Produktivkräfte, der ökologischen Sicherheit und dem Charakter der Aufgaben entspricht, die heute vor der Menschheit stehen

— *Kommunismus* als historische Zukunft der Menschheit

Freilich ist das auf dem II. Parteitag der KPRF 1993 in seinen Grundzügen beschlossene Programm auf nachfolgenden Parteitagen bis zum VIII. Parteitag im Januar 2002 im einzelnen entsprechend der sich verändernden Bedingungen mehrfach konkretisiert, auch präzisiert worden. Der Wandel von einer grundsätzlich systemoppositionellen Partei (1993) zu einer partiell kooperationsbereiten Opposition (1999) zurück zur nationalpatriotischen Systemopposition (2002), der mit den Wendun-

gen in der Politik Putins zusammenhängt, schließt auch künftige Korrekturen nicht aus.

Im *ersten Kapitel* (Die Welt an der Schwelle des 3. Jahrtausends) beschreibt das Programm — meines Erachtens wesentlich zutreffend — die gegenwärtige Weltlage und konstatiert, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die das 20. Jahrhundert wesentlich geprägt habe, noch keineswegs beendet sei. Der Kapitalismus, dessen Wesen nicht verändert sei, trage den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit über die Staatsgrenzen der entwickelten Länder hinaus in die Entwicklungsländer und -kontinente. Der Kapitalismus betreibe Globalisierung als Durchsetzung seiner globalen Herrschaft und schaffe damit globale Probleme. Deshalb stehe die Menschheit im 3. Jahrtausend vor einer dramatischen Wahl ihres Entwicklungsweges, nämlich vor zwei sozial-klassenmäßig gegensätzlichen Varianten: *entweder* dem Weg eines begrenzten Wachstums bei *Erhaltung* der gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturen, d. h. bei globaler Herrschaft der entwickelten kapitalistischen Länder vermittels einer »neuen Weltordnung«, die die Teilung der Menschheit in eine »goldene Milliarde« und eine ausgebeutete Peripherie verewigt, *oder* die Erhöhung des Lebensniveaus der gesamten Erdbevölkerung bei Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts auf der Grundlage einer *qualitativen Veränderung* der Produktivkräfte und der Produktionsweise, d. h. die Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung durch die Umorientierung von Bedürfnissen, Verteilung und Verbrauch mittels einer humanistischen Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Daraus wird der Schluß gezogen: »Die KPRF ist der Meinung, daß es für Rußland maximal begründet ist und seinen Interessen entspricht, die Wahl für eine optimale sozialistische Entwicklung zu treffen, in deren Verlauf der Sozialismus als Lehre, Massenbewegung und Gesellschaftssystem seinen zweiten Atem erhält.«

Hier ist weder von »Demokratisierung der Globalisierung« noch von »Sozialismus als Wertesystem« die Rede — wie in manchen Programmen linker Parteien in EU-Ländern.

Das *zweite Kapitel* (Lehren der Geschichte und Wege zur Rettung des Vaterlands) beinhaltet — sehr ausführlich — die Sicht der KPRF auf die Geschichte Rußlands und die Geschichte der Partei mit einer insgesamt positiven Bewertung ihrer Entwicklung und mit kritischen Reflek-

tionen darüber, die sich am Maßstab des XX. und XXII. Parteitages der KPdSU von 1956 bzw. 1961 orientieren. Wegen seiner geschichtstheoretischen Interpretation und seines strategischen Politikverständnisses verdient dieses Kapitel unsere besondere Aufmerksamkeit.

Unter Berufung auf allgemeingültige historische Entwicklungsgesetze, die sich für jedes Volk und Land unter Berücksichtigung seiner nationalen Besonderheiten und historischen Erfahrungen durchsetzen würden, werden »Revolutionen als Lokomotiven der Geschichte« bewertet, was in der russischen Geschichte für die Erhebungen von Rasin und Pugatschow, für den Dekabristen-Aufstand und die Bewegung der Rasnotschinken, für die Visionen von Herzen und Tschernischewski, für die Narodniki und die revolutionäre Arbeiterbewegung, für die Revolutionen von 1905 und 1917 sowie für das Schöpfungstum des Volkes in den Sowjets gelte. Die kommunistische Bewegung und Partei seien ausdrücklich durch historische Traditionen und die schöpferischen Vorzüge des russischen Volkes legitimiert, die das Fundament für Rußlands Zukunft darstellten: die Verflechtung geopolitischer, nationaler und ökonomischer Umstände habe Rußland zum Träger solcher kultureller und sittlicher Werte und Traditionen gemacht, wie: Gemeinschaftssinn und Patriotismus, Verbindung von Persönlichkeit und Kollektivismus, Verantwortung vor der Gesellschaft und dem Staat.

Im Grunde knüpft das Programm unmittelbar an Konzeptionen und Symbole der Slawophilen an, indem es sich auf einen slawischen kulturhistorischen Typ beruft, der freilich auch der Begründung einer großrussischen Missions- und Expansionspolitik diene.

»Sobornost', narodnost' i duchovnost' (Gemeinschaft, Volkszugehörigkeit, Geistigkeit bzw. Vermächtnis) stellen wichtige Voraussetzungen für die Annahme der Ideen des Sozialismus durch die Massen dar«, heißt es in Anlehnung an die Formel Uwarows über die dreieinige Leitidee von »Orthodoxie, Autokratie und Patriotismus«.

Slawisches Sendungsbewußtsein bezeugt auch folgende Programm- aussage: »Der geopolitische Erbe des russischen Reiches war die Sowjetunion. Als Staat und soziales System stellte sie eine unteilbare Einheit dar. Die Hauptanstrengung ihrer inneren und äußeren Zerstörer waren auf die Diskreditierung der gesamten Sowjetperiode gerichtet [...] Deshalb bilden die Wiedergeburt unseres Vaterlandes und die Rückkehr auf den Weg des Sozialismus eine untrennbare Einheit. Die Geschichte stellt die Völker unserer Heimat vor die gleiche Wahl wie 1917 oder 1941: entweder Großmacht und Sozialismus oder weiterer Zerfall und Ver-

wandlung in eine Kolonie. Man kann kühn behaupten, daß ihrem Wesen nach die ›russische Idee‹ eine zutiefst sozialistische Idee ist.«

Auch die Oktoberrevolution 1917 — übrigens ohne direkten Bezug zur Februarrevolution — sowie die nachfolgende Periode des sozialistischen Aufbaus erfahren eine insgesamt sehr positive Würdigung, da sie für Rußland die einzig reale Chance für die national-staatliche Selbstbehauptung unter den Bedingungen des Zusammenbruchs des Zarismus und der völligen Unfähigkeit des bürgerlich-gutsherrlichen Blocks zur Lösung der anstehenden Probleme gewesen seien. »Aber die Notwendigkeit, die durch das kapitalistische Rußland ungelösten (ökonomischen) Aufgaben nachzuholen, prägten dem Antlitz der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung ihren Stempel auf. Einerseits wurde die Macht der werktätigen Mehrheit hergestellt, der Übergang zur planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums vollzogen [...] Andererseits erlangte der Charakter der Produktivkräfte nur unbedeutende Veränderungen im Vergleich zum Kapitalismus. Die Allzeit über der UdSSR hängende äußere imperialistische Bedrohung verlangte eine schnelle und exakte Antwort. Als einzig zweckmäßig erwies sich in dieser Situation die Losung: einholen und überholen. Es wurden faktisch alle äußersten Möglichkeiten einer Mobilisierungsökonomie genutzt.«

Das wird faktisch als Begründung für das Abgleiten in die politische Repressionspraxis und die wirtschaftliche Kommandopolitik Stalins in den 1930er und 1940er Jahren gegeben, um sodann über diesen Weg positiv zu resümieren: »Der Sieg des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg, die erfolgreiche Wiederherstellung der Volkswirtschaft bewiesen die historische Berechtigung eines solchen Weges unserer Entwicklung. Aber er trug erzwungenen Charakter, erforderte die äußerst strikte Zentralisierung und Verstaatlichung vieler Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Leider wurde dieser Weg unberechtigt zum Absolutum und Axiom des Führungsprinzips erhoben. Im Resultat dessen wurde die freie schöpferische Selbstorganisation des Volkes immer mehr eingeschränkt, nicht aber die Energie und Initiative der Werktätigen herausgefordert.«

Während also die Oktoberrevolution, die Jahre des sozialistischen Aufbaus, der Große Vaterländische Krieg und die Wiederherstellungsperiode bis in die 1950er Jahre eine insgesamt positive Würdigung erfahren, bietet das Programm eine wesentlich kritischere Sicht auf die Zeit seit den 1960er Jahren, die unverändert als Periode der »*Entwicklung des Sozialismus auf eigenen Grundlagen*« bezeichnet wird. Nach dem

Programm wurde hierbei eine »Simplifizierung der sozialistischen Idee« zugelassen: die wissenschaftlich-technische Revolution wurde nur unvollständig erschlossen, ihre Errungenschaften wurden nicht mit dem »Potential des Sozialismus« verbunden und die Losung »immer vollständige Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts« wurde nicht erfüllt. »Das ganze Pathos des 1961 angenommenen Programms der KPdSU lief auf die frühere Losung »einholen und überholen« hinaus, d. h. faktisch auf eine Aufgabenstellung des unkritischen Kopierens früherer Modelle der kapitalistischen Gesellschaft in Produktion und Verbrauch.«

Das habe die Lösung der *Hauptaufgabe* des Sozialismus behindert, die Produktion nicht formal, sondern real zu vergesellschaften, eine höhere Lebensqualität des Volkes im Vergleich zum Kapitalismus zu schaffen und auf dieser Grundlage zur Selbstverwaltung der Arbeitskollektive überzugehen. Statt dessen habe man sich einen veralteten Typ der Produktivkraftentwicklung zum Vorbild genommen und damit die historische Initiative verloren. Die Werktätigen konnten sich nicht als Eigentümer fühlen und das sozialistische Prinzip »jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« sei deformiert worden.

Damit wird zwar bestätigt, daß die sozialökonomisch zurückgebliebene Sowjetgesellschaft dem Vorbild des kapitalistischen Produktionstyps nachjagte, aus einem Rückstand heraus ursprüngliche Aufgaben der Bourgeoisie nachvollziehen, eben »einholen und überholen« wollte, aber unbeantwortet bleibt die Frage danach, *worin* denn nun eine »höhere Lebensqualität« und eine »reale Vergesellschaftung« der Produktion hätte bestehen müssen.

Der anschließende Abschnitt ist dem *Parteiverständnis* und einer Interpretation der *Parteigeschichte* gewidmet, der zu dem Schluß verführt, daß der Niedergang des Sozialismus wesentlich dem *subjektiven Faktor*, dagegen weniger *objektiven Entwicklungsbedingungen* geschuldet ist.

Die folgende Darstellung der Parteigeschichte — fast im Stile vergangener Parteilehrjahre — beschwört den Kampf zwischen proletarischen und kleinbürgerlichen Tendenzen in der Partei, wobei nicht immer klar wird, *wer wofür* steht, während die Kritik am »Stalinismus« aus meiner Sicht selbst noch hinter den Beschlüssen des XX. Parteitag zu rückbleibt.

Der Programmtext geht von der Existenz proletarischer und kleinbürgerlicher, demokratischer und bürokratischer Strömungen in der Par-

tei von Anbeginn aus, wobei die kleinbürgerliche Ideologie angesichts ihrer Massenhaftigkeit die Hauptgefahr für den Sozialismus verkörpere. Die kleinbürgerliche Strömung habe das Staatseigentum als zur Aufteilung bestimmte Beute betrachtet. Ihre politischen Absichten hätten sich anfangs hinter einer schädlichen »*trotzkistischen Handhabung*« der »*internationalistischen Pflicht*« der Sowjetunion bezüglich eines angeblich nötigen *Revolutionsexports* verborgen. In unseren Tagen offenbare sich ein ähnliches kleinbürgerliches Verlangen in anderer Verkleidung: nämlich der Losung »*Rückkehr zur Weltzivilisation*«.

Die politische Entwaffnung der Partei habe sich über die Unterschätzung kleinbürgerlicher Einflüsse, das Monopol der Führung über Macht und Ideologie, die Vetternwirtschaft mancher Führer vollzogen und die Partei zur Überheblichkeit verführt, wodurch sich der Riß zwischen oberer Führungsschicht, einfachen Kommunisten und den Werktätigen vertieft habe. Die politische Linie der Partei sei durch den ständigen Kampf der beiden in ihr wirkenden Strömungen geprägt worden. Ohne die Beachtung dessen blieben solche Widersprüche unverständlich wie das Nebeneinander von wirklichem Massenenthusiasmus beim sozialistischen Aufbau und den gesetzwidrigen Repressalien der 1930er und 1940er Jahre.

Gewiß existierten m. E. damals zwei Wahrheiten nebeneinander: Stolz und Enthusiasmus für den sozialistischen Aufbau *und* verbrecherische Repressalien gerade gegen führende Partei-, Wirtschafts- und Kulturkader. Aber die im Programm gewählte Diktion ihrer Darstellung stellt fast schon eine Rechtfertigung Stalinistischer Repressalien dar.

Ganz auf dieser Linie liegt die Aussage, daß erst die Beachtung der konkreten Umstände eine objektive Bewertung der Rolle solcher Partei- und Staatsführer ermögliche, wie Stalin und Molotow, Chruschtschow und Malenkow, Breshnew und Kossygin.⁷

Dieser Abschnitt schließt mit der Feststellung, daß die »gesunden Parteikader« ihr gesetzliches Kontrollrecht über die Parteiführung nicht ausüben konnten, vor allem, weil kein geregelter Kaderwechsel in der Führung stattfand. Darin habe die hauptsächliche historische Schuld

7 Auf dem XXXII. Parteitag des SKPSS (BKPdSU) im Dezember 2001 antwortete G. A. Sjuganow übrigens auf den Antrag eines Delegierten, den Genossen Stalin zu rehabilitieren, daß Genosse Stalin keiner Rehabilitation bedürfe, da bereits der XX. und der XXII. Parteitag der KPdSU sowohl Verdienste wie Fehler des Genossen Stalin beurteilt haben.

der Führung gegenüber der Partei bestanden. Der Kampf der Partei für den Leninschen Kurs auf den Sozialismus sei jedoch nie unterbrochen worden.

Außerordentlich kritisch, ja unversöhnlich wird demgegenüber die Entwicklung der Partei- und Staatspolitik seit 1985, also die Zeit von »Perestroika« und »Glasnost«, als »Politik des Verrats und Betrugs« charakterisiert. Eine Ausnahme bildet lediglich die Reformpolitik Juri Andropows 1983, die der Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft und der Demokratisierung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gedient habe. Auch heute würden sich die Kommunisten von einer *solchen Politik* der Selbstverwaltung in der Produktion, der Demokratisierung der Wahlen, der Freiheit des Wortes und der politischen Vereinigung nicht lossagen.

Im Gegensatz zu einer solchen — gewiß positiv überhöhten — Politik habe sich in der Folgezeit eine »zersetzte und stümperhafte Führung« davon losgesagt und auf »betrügerischem Wege« längst fällige Reformen für »volks- und staatsfeindliche Ziele« ausgenutzt. Während in heuchlerischen Worten die Gleichberechtigung aller Eigentumsformen verkündet worden sei, wurde der Sache nach das gesellschaftliche Eigentum herabgemindert. Die »verfäulte verchuška« (Oberschicht) habe gesellschaftliches Eigentum gegen persönliche Macht eingetauscht.

»Für den Verrat an der Partei, für das Ignorieren nationaler Interessen, für die Zerstörung des Vaterlandes tragen Gorbatschow und Jakowlew, Jelzin und Schewardnadse die persönliche Verantwortung.« Sie verboten die Parteiarbeit in staatlichen Betrieben und Einrichtungen, sie führten im August und November 1991 den konterrevolutionären Umsturz durch, sie krönten ihren Verrat mit der »Verschwörung von Beloweshije« am 8. Dezember 1991 durch die Auflösung des Unionsstaates, obwohl sich eine klare Mehrheit im Referendum vom März 1991 für die Erhaltung der Sowjetunion ausgesprochen hatte.

Der Zusammenbruch der KPdSU habe real ihren Zerfall in zwei Flügel bedeutet:

Ersterer, der die Bezeichnung »Präsidenten-Vertikale« trage, verwandelte sich in die »Partei des nationalen Verrats«. Dieser Flügel habe sich in den Verwaltungsstrukturen verankert, formierte sich zu einer neuen Klasse der »heutigen Bourgeoisie«, vor allem einer »mafiosen und Kompradorenbourgeoisie«, die die nationalen Reichtümer in das Ausland verschiebt. Die Schüsse auf den Obersten Sowjet im Oktober 1993 etablierten die Allmacht des Präsidenten und seiner Umgebung, die auf

schocktherapeutischem Wege den Kapitalismus in Rußland implantiert habe. Die Einführung des Kapitalismus habe zur Klassenspaltung der Gesellschaft geführt. Auf der einen Seite entstand die *Klasse der strategischen Eigentümer*: das spekulative Bankkapital, und das exportierende Rohstoffkapital, ökonomisch eng mit dem Auslandskapital verbunden.

»Im Lande entstand — so formuliert das Programm — ein Regime des nationalen Verrats, das die Wirtschaft, das Geistesleben, die Staatlichkeit und die nationale Sicherheit zerstört. Rußland wird zum kolonialen Anhängsel des Weltkapitals.«

Der andere Flügel der Partei setze die Tradition der kommunistischen Bewegung fort und sammle den *anderen Pol der Gesellschaft* um sich: die gewaltige Masse der Leute der Arbeit, die vom sozialen Abstieg bedrohten unteren Schichten, die proletarisierte Mehrheit des Volkes.

Die vielbeschworenen »Mittelschichten« entstünden nicht im produzierenden Gewerbe, sondern im Apparat und im Handel, in der »Schattenwirtschaft«.

Sodann beschreibt das Programm »*Wege zur Rettung des Vaterlandes*«.

Da die Kräfte des Sozialismus jedoch nicht zerschlagen seien, könne Rußland einen Ausweg aus der Krise finden, wofür die KPRF ein *Acht-punkteprogramm* vorlegt.

»Uns steht bevor, zu diesem Ziel einen eigenständigen russischen Weg zu beschreiten.«

Dafür sei es erforderlich:

— den Volkswiderstand gegen die gewaltsame Kapitalisierung zu entfalten

— die mafiose Kompradorenbourgeoisie von der Macht zu entfernen und die Macht der Werktätigen, der patriotischen Kräfte zu errichten

— die staatliche Einheit Rußlands zu erhalten, eine erneuerte Union der Sowjetvölker wiederherzustellen und die nationale Einheit des russischen Volkes zu sichern

— die politische Unabhängigkeit und ökonomische Selbständigkeit der Union zu sichern und die traditionellen Interessen und Positionen in der Welt zu gewährleisten

— den zivilen Frieden in der Gesellschaft zu erreichen und Widersprüche auf gesetzlichem Wege und im politischen Dialog zu lösen

— das Wissenschaftspotential, den Verteidigungskomplex und die bewaffneten Kräfte gemäß den aktuellen Anforderungen zu retten

— das Verbrechenertum entschieden zu bekämpfen; die Sicherheit und den Schutz der Persönlichkeit wie der Gesellschaft zu garantieren

— Sofortmaßnahmen zur Überwindung der ökonomischen Krise mittels staatlicher Regulierung des Wirtschaftslebens zu ergreifen.

Die KPRF stellt sich die Aufgabe, den *nationalen Befreiungskampf* des russischen Volkes zu aktivieren, wofür sie potentielle Verbündete besitze: die politischen Parteien des sozialistischen, zentristischen und demokratischen Spektrums; die progressive patriotische Bewegung; Arbeiter, Bauern, Frauen, Veteranen, Jugendliche, Unternehmer, Bildungs- und Künstlerorganisationen, religiöse Vereinigungen aller Konfessionen. Dabei »achte die KPRF die Ansichten ihrer Partner«, will ihre eigenen aber nicht verheimlichen.

»Nach unserer Überzeugung verbindet sich heute die Verteidigung der nationalstaatlichen Interessen Rußlands organisch mit dem Kampf gegen koloniale Ausbeutung und Konterrevolution, für Sozialismus und Volksmacht in Form der Sowjets« — so lautet das Fazit der KPRF.

Zur Erreichung ihrer Ziele auf friedlichem Wege sieht die KPRF drei Kampfetappen vor:

Eine erste Etappe, in der die Verteidigung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der Werktätigen durch Massenaktionen organisiert wird, und die mit der Formierung einer »*Regierung der nationalen Rettung*« enden könnte;

Eine zweite Etappe, in der eine relative Stabilisierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse erfolgen müsse, wobei die staatliche Verwaltung durch die Werktätigen vermittels von Sowjets, Gewerkschaften, Arbeiterselbstverwaltung und anderen vom Leben geschaffenen Volksmachtorganen gewährleistet wird;

Eine dritte Etappe, in der die endgültige Formierung sozialistischer Verhältnisse erfolgt, wobei die Lehren und Erfahrungen Lenins berücksichtigt werden.

Das *dritte Kapitel* beschreibt das Programm-Minimum, das hier nicht ausführlich dargestellt wird. Es beinhaltet einen Katalog von weitgehenden Reformforderungen und Schritten bis zum Sturz der jetzigen Präsidialherrschaft/Regierung sowie zur Errichtung einer Volksmacht und zur Durchführung demokratischer Strukturreformen von der Demokratisierung des politischen Systems über die Produktionskontrolle bis zur staatlichen Wirtschaftspolitik.

Das Minimalprogramm geht davon aus, daß angesichts eines volksfeindlichen Regimes eine generelle sozialökonomische und politische Stabilität unerreichbar ist, die Partei mit ihren Verbündeten jedoch unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel — mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen, einschließlich Streiks und Demonstrationen — Reformen bis zur Ablösung des gegenwärtigen Regimes durchsetzen will.

Als wichtigste politische Reformschritte werden bezeichnet:

— die Annahme von Verbesserungen im Wahlsystem, damit eine freie Willensbildung der Bürger und die Kontrolle über die gewählten Vertreter möglich wird

— die Lösung der politischen Krise des Landes durch vorfristige Präsidentenwahlen und die Bildung einer Regierung der nationalen Rettung

— die Beendigung der brudermörderischen internationalen Konflikte und die Wiederherstellung von Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion

— die Annullierung des Abkommens von Beloweshije und die etappenweise Wiederherstellung eines einheitlichen Unionsstaates auf freiwilliger Basis

— die Gewährleistung einer maximal möglichen Vertretung der Werktätigen in den Machtorganen sowie deren Selbstverwaltung auf verschiedenen Ebenen; die Verteidigung der Rechte der Arbeitskollektive

— das Verbot von Privateigentum am Boden und an den Naturschätzen; die Einführung des Prinzips: der Boden gehört denen, die ihn bearbeiten

— die Einführung gerechter Arbeitsgesetze und Kampf gegen die Arbeitslosigkeit; reale Sicherung eines notwendigen Existenzminimums für das Leben der Bevölkerung

— Schluß mit der Anschwärtzung der russischen und sowjetischen Geschichte und der Lehre Lenins

— Sicherung des Rechts der Bürger auf wahrheitsgemäße Information und freien Zugang zu den staatlichen Massenmedien und Informationsmitteln

— Breite Volksdiskussion und Annahme einer neuen Verfassung der Russischen Föderation durch Mehrheitsreferendum der Wähler

Nach einem angestrebten Machtwechsel verspricht die KPRF im Block mit ihren Verbündeten und allen progressiven Kräften:

— Bildung einer Regierung des Volksvertrauens

— Wiederherstellung der Sowjets und anderer Formen der Volksmacht

— Wiederherstellung der Volkskontrolle über Produktion und Verteilung

— Änderung des ökonomischen Kurses durch grundlegende Maßnahmen staatlicher Regulierung der Wirtschaft; Kampf gegen die Inflation und Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes

— Wiederherstellung garantierter Rechte auf Arbeit, Erholung, Wohnung, kostenlose Bildung und medizinische Betreuung sowie Sicherung der Altersversorgung.

Abschließend listet das Minimalprogramm einen Katalog von Einzelmaßnahmen auf, die die KPRF als »Partei des werktätigen Volkes«, als »Partei der sozialen Gerechtigkeit« und als »patriotische und internationalistische Partei« durchsetzen will.

Mir scheint, daß die im *dritten Kapitel* des Minimalprogramms geforderten Maßnahmen unverkennbare Ähnlichkeiten mit den Forderungen der Aprilthesen von 1917 aufweisen.

Das *vierte Kapitel* — Aufgaben zur Festigung der Partei — korrespondiert weitgehend mit den Bestimmungen des auf dem II. Parteitag 1993 verabschiedeten und seither mehrfach konkretisierten *Statuts der KPRF*, weshalb hier knapp auf Bestimmungen des Statuts verwiesen sei, die das Wesen der Partei als *kommunistische Partei* charakterisieren, die sich an den Leninschen Grundsätzen einer *Partei neuen Typs* orientiert, ohne das dieser Terminus ausdrücklich fiele.⁸

Eingangs werden die programmatischen Hauptaussagen resümiert, die die Partei als politische Partei der Werktätigen, vereint durch gemeinsame Interessen und Ziele ihrer Mitglieder auf der Grundlage eines schöpferischen Marxismus-Leninismus kennzeichnen, deren Ziel im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft besteht, die durch soziale Gerechtigkeit, Kollektivismus, Freiheit und Gleichheit auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln charakterisiert wird.

Danach werden die — dem Wesen nach Leninschen — Grundprinzipien des innerparteilichen Lebens fixiert: der *demokratische Zentralismus*, die *ideologische Gemeinsamkeit* und die *kommunistischen Ideale* ihrer Mitglieder.

Im einzelnen werden folgende Prinzipien formuliert: Wählbarkeit aller Leitungen, Rechenschaftspflicht der Leitungen, Kollektivität und persönliche Verantwortung, Freiheit der Kritik, Parteidisziplin, Recht auf

8 Das Statut der KPRF siehe unter <http://www.kprf.ru/s447.shtml>.

Minderheitenmeinung und Pflicht zur Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse, Pflicht zur Erfüllung der Beschlüsse von oben nach unten.

Das Statut betont die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, die an die Anerkennung von Programm und Statut gebunden ist, verlangt die aktive Mitarbeit in einer Struktureinheit der Partei, in der auch die Beitragszahlung erfolgt. Man fühlt sich an die Diskussion der Bolschewiki mit Martow über Artikel 1 des Statuts erinnert.

Abschließend werden im Statut die Strukturen und Kompetenzen der Parteigliederungen, die Rolle der Parteiorgane, ihre Rechte und Pflichten, die Organisationsprinzipien, z. B. das Rotationsprinzip in den Leitungen, Glasnost in der Partei, Bindung der Apparate an die Wahlorgane etc. fixiert. Auch das Verhältnis der gewählten Parteiorgane zu den Fraktionen in den Parlamenten, zu jeweiligen Staatsorganen, natürlich auch zu den Bündniskräften und Organisationen der Werktätigen als gleichberechtigte Partner wird exakt fixiert.

Dennoch versteht sich die KPRF als Motor und führende Kraft in einer antikapitalistischen Volksbewegung.

Der Unterschied zur Programmatik sowie zu Parteiverständnis und Organisationsprinzipien der KPRF im Vergleich mit Linksparteien der EU-Länder ist unübersehbar.

Der grundlegende Unterschied besteht in der verschiedenen Bewertung notwendiger Reformpolitik entweder als *Hauptinhalt* für bessere Lebensbedingungen der Bevölkerung *und* zur weiteren Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, gemessen an Werten eines »demokratischen Sozialismus« — oder als *Mittel* zur Verbesserung der Existenzbedingungen der Bevölkerung *und* zur Überwindung des Kapitalismus durch eine »sozialistische Gesellschaft«. Den Realitätsbeweis müssen beide Politikkonzeptionen in der Praxis antreten.

III.

Bemerkungen zur aktuellen Politik der KPRF zu Beginn des neuen Jahrtausends: Mit dem Machtantritt von Präsident Putin geriet die KPRF in eine zwiespältige Situation, die zu einem zweifachen Strategiewechsel zwang: von *systemfeindlicher Fundamentalopposition* gegen das korrupte Jelzin-Regime zur *Reformpolitik* und *partieller Kooperation* mit der Macht zu Beginn der Putin-Administration und wieder zurück zu *prinzipieller Systemopposition*, nachdem sich Putin außenpolitisch auf

die USA orientierte und innenpolitisch einen Kurswechsel auf rechtsgerichtete »Law and Order«-Stabilisierung vollzog.

Obwohl alle europäischen Linksparteien mehr oder minder vor derartigen Optionen stehen, unterscheidet sich die Situation der KPRF doch wesentlich von deren Lage: *erstens* ist die KPRF eine mitglieder- und wählerstarke Partei, die mit einem Viertel bis zu einem Drittel der Stimmen rechnen kann und über die stärkste Duma-Fraktion verfügt; *zweitens* ist die KPRF nach wie vor in wesentlichen Machtstrukturen verankert — in der Armee, in regionalen Verwaltungen, als Gouverneure in einer Reihe von Föderationssubjekten, in der Duma und ihren Ausschüssen, zeitweilig auch auf Ministerposten und in verschiedenen Zentralbehörden unter Primakow und Putin/Kassjanow.

Insofern war es keine illusionäre Realitätsferne, wenn der VII. Parteitag der KPRF im Dezember 2000 eine Entschließung unter dem beziehungsreichen Titel »*Die nächsten Aufgaben der KPRF*« verabschiedete und die strategische Losung ausgab: »*Hineingehen in die Macht*« — als Schritt in Richtung einer »Regierung der nationalen Rettung«, die den Weg zur »Wiederherstellung der Sowjetmacht« eröffnen sollte.

Dieser Kurs »*nationalpatriotischer Kooperation*« konnte aufgehen, solange die Putin-Administration ihre Wirtschaftspolitik staatlich regulierter Stabilisierung gegen die Allmacht der Oligarchie durchhielt, eine an nationalen Interessen orientierte Sicherheitspolitik der Russische Föderation befolgte und eine auf engere Verbindung der GUS-Republiken sowie eine gleichgewichtsorientierte Außenpolitik internationaler Sicherheit und Zusammenarbeit betrieb. Der Kurs des VII. Parteitags mußte scheitern, nachdem sich die Putin-Administration nach dem 11. September 2001 außenpolitisch in die »Anti-Terror-Koalition« einordnete — gewiß auch in der Absicht, das Tschetschenien-Geschwür dort zu verorten — und sich innenpolitisch nicht nur auf das zentristische (Regierungs)-Lager, sondern stärker auch auf rechtsgerichtete Kräfte stützte.

Ende Mai 2002 deklarierten Bush und Putin in Rom ihre »strategische Partnerschaft für den Frieden«, was den Weg für die NATO-Aufnahme der drei baltischen Republiken im November 2002 freimachte, die Möglichkeit eröffnete, über »Friedenspartnerschaften« die Ukraine, Georgien und Aserbaidshan enger an die NATO anzubinden und im Namen der Terrorismus-Bekämpfung sogar die militärische Präsenz der USA in den mittelasiatischen Republiken Usbekistan, Kirgistan und Tadshikistan zu tolerieren.

Der innenpolitische Kulminationspunkt dieser Entwicklung war der sogenannte »*Duma-Putsch*« von Anfang April 2002, durch den die regierungsnahe Duma-Mehrheit die meisten KP-Vorsitzenden der Duma-Komitees abwählte, die der KPRF als stärkster Fraktion zukamen. Damit war die Phase partieller nationalpatriotischer Kooperation mit der Putin-Administration beendet.

Der neuerliche Kurswechsel der KPRF manifestierte sich im Übergang zu breiten außerparlamentarischen Protestaktionen sowie in Duma-Erklärungen der Partei und davon abgeleiteten Aktionsdokumenten — mit der Forderung, per Unterschriftensammlung ein Referendum über das staatliche Bodeneigentum und das Verbot des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden, insbesondere an Ausländer zu erzwingen und durchzuführen — mit der Forderung nach Rücktritt der Regierung Kassjanow und der Bildung einer dem Parlament, nicht dem Präsidenten verantwortlichen »Regierung der nationalen Rettung« — über die »Bedrohung der nationalen Sicherheit« und die Verteidigung der nationalen Interessen des russischen Volkes.

G. A. Sjuganow charakterisierte die Politik der Putin-Administration am 25. Mai 2002 mit den Worten: »Im Kreml bereitet man einen nationalen Verrat in großem Maßstab vor. Faktisch beabsichtigt Putin, die strategischen Kräfte zu vernichten, die durch die Arbeit zweier Generationen unserer Landsleute geschaffen wurden.«

Diese neue Linie verfolgt die Partei seither mit und im Bündnis der »*National-Patriotischen Kräfte Rußlands*« (*NPSR*), einer linken Sammlungsbewegung, numehr unter Vorsitz von Tulejew, sowie mit der *Agrarpartei* im Gang auf die Duma-Wahlen im Dezember 2003. Aufschluß über politische Kräftekonstellationen im linken Lager und über das Wahlprogramm der KPRF wird der Wahlparteitag im September 2003 geben. Freilich erreichten die Partner der *NPSR* bei den Duma-Wahlen 1999 nur sechs Prozent der Stimmen, gegenüber 24% für die KPRF. Überhaupt erscheint der Wahlkampf noch recht moderat, auch wenn Prognosen von bis zu einem Drittel der Wähler für den Linksblock ausgehen.

Freilich löste der *Kurswechsel* der Putin-Administration und der *Duma-Putsch* gegen die KPRF-Kommissionsvorsitzenden im Frühjahr 2002 politische Turbulenzen in der Partei aus, die zu Auseinandersetzungen und Ausschlüssen in den Führungsgremien, bislang jedoch nicht zu der vom Regierungslager und den Rechtskräften erhofften Spaltung

fürten, wenngleich Flügelbildungen in der Partei (Sowjetskaja Rossija um Tschikin; die Zeitung »Den i sawtra« um Prochanow; die sogenannte Leninpartei um Iljuschin/Makaschow) unübersehbar sind.

Am 3. April 2002 — unmittelbar nach dem Beschluß der Duma-Mehrheit über die Ablösung der meisten der 14 von der KPRF gestellten Komitee-Vorsitzenden — trat das *VI. ZK-Plenum* mit 84 erreichbaren (von 158) gewählten Mitgliedern zusammen und verlangte mit beschlußfähiger Mehrheit von 82 Stimmen die Niederlegung der Funktionen des Duma-Vorsitzenden (G. N. Selesnjow) und aller verbliebenen Komitee-Vorsitzenden seitens der KPRF-Mitglieder. Einige der betroffenen Vorsitzenden (sechs Genossen) erklärten ihren sofortigen Rücktritt, andere (acht Genossen) erhoben keinen Widerspruch. Jedoch führten einige der Betroffenen den Beschluß nicht aus, sondern begannen, ihn öffentlich in Frage zu stellen. Deshalb berief das Präsidium des ZK das *VII. Plenum des Zentralkomitees* erneut zum 10. April 2002 ein, auf dem unter Anhörung der Betroffenen und nach langer Diskussion der Beschluß des VI. Plenums auf Rücktritt von den Duma-Funktionen mit 74 Stimmen bei 15 Gegenstimmen (u. a. mehrere betroffene Vorsitzende) und sechs Enthaltungen bestätigt und die Anwendung disziplinarischer Sanktionen des Statuts angedroht wurde.

In zahlreichen Gliederungen und Grundorganisationen der KPRF wurden die Beschlüsse des VII. Plenums mehrheitlich befürwortet. Nachdem einige der betroffenen Duma-Funktionäre dennoch die Rücktrittsaufforderung der ZK-Plena boykottierten, trat am 23./24. Mai 2002 das *VIII. Plenum des ZK* zusammen und schloß den Duma-Vorsitzenden G. N. Selesnjow und zwei Komitee-Vorsitzende (S. P. Gorjatschewa, N. N. Gubenko) wegen Parteischädigung und Spaltungsgefahr aus der KPRF aus und erteilte sechs weiteren ZK-Mitgliedern eine Parteistrafe, darunter Sergej Glasjew, der inzwischen einen eigenen »Block patriotischer Kräfte« formieren will und seit Juni 2003 in die Führung der »National-Patriotischen Kräfte Rußlands« (NPSR) aufstieg.⁹

Obwohl damit die Gefahr der Parteispaltung offenbar abgewendet scheint, zeigen die Auseinandersetzungen um die Parlamentspolitik doch unterschiedliche Positionen zur politischen Linie der KPRF an. Austritte aus der KPRF halten sich aber in Grenzen. Immerhin mußte das Zentralkomitee der KPRF im Juni 2002 einen Rundbrief an alle Parteimitglieder

9 Die Plenartagungen des ZK siehe unter <http://www.kprf.ru/about/materials.shtml>.

mit einer nochmaligen Erklärung der Vorgänge herausgeben, um der entstandenen Unruhe an der Parteibasis entgegenzuwirken. G. N. Selesnjow, der weiter als Duma-Vorsitzender von der Parlamentsmehrheit toleriert wurde, gründete eine eigene politische Bewegung »*Wiedergeburt Rußlands*«, die bisher wohl kaum Einfluß gewann. Langzeitwirkungen bleiben abzuwarten.

Ein schwieriges Feld stellt auch die Tätigkeit des Bundes Kommunistischer Parteien — Kommunistische Partei der Sowjetunion (SKPSS) dar, der die Arbeit der nationalen kommunistischen Parteien der GUS-Republiken koordiniert und politisch auf die Errichtung einer erneuerten Sowjetunion abzielt. Im Dezember 2001 hielt diese Unionspartei ihren XXXII. Parteitag ab — man beachte die fortgesetzte Zählung der KPdSU-Parteitage — und wählte einen »*Rat des SKPSS*«, dem je vier Vertreter der angeschlossenen 12 Republiksparteien sowie dessen *Exekutivkomitee* je ein Vertreter dieser Parteien, in aller Regel die 1. Sekretäre der nationalen Parteien, angehören. Vorsitzender der Unionspartei ist G. A. Sjuganow als Repräsentant der größten Partei, der KPRF. Neben dem Exekutivkomitee verfügt der SKPSS über ein vierköpfiges Sekretariat, das die praktische Arbeit organisiert. Im Mittelpunkt der Arbeit des SKPSS steht naturgemäß die Koordinierung der Zusammenarbeit der beteiligten Parteien und die Pflege ihres internationalistischen Zusammenhalts.¹⁰

Es ist unmöglich, hier den Inhalt des XXXII. Parteitags des SKPSS zu rekapitulieren; es sollen nur wenige inhaltliche Tendenzen angedeutet werden: Es scheint, daß der kritische Umgang mit Deformationen des Sozialismus wenig entwickelt ist. Die Analyse der Ursachen für die Implosion der Sowjetordnung ist wenig ausgeprägt und bewegt sich auf der Linie, daß Lenin eine richtige Konzeption der sozialistischen Umwäl-

10 Das Material des XXXII. Parteitags der SKPSS siehe unter <http://www.kprf.ru/kpss/people//index.shtml>. Zu den Mitgliedern des Exekutivkomitees der SKPSS gehören neben dem Vorsitzenden G. A. Sjuganow weiter S. A. Abdildin, 1. Sekretär der KP Kasachstans, R. G. Achmedow, 1. Sekretär der KP Aserbaidshans, P. I. Georgiadse, Vorsitzender der KP Georgiens, W. S. Darbinjan, 1. Sekretär der KP Armeniens, W. N. Sachartschenko, 1. Sekretär der KP Belorußlands, St. Ja. Kotschijew, 1. Sekretär der KP Südossetiens, A. M. Masalijew, Vorsitzender der KP Kirgistans, P. N. Simanenko, 1. Sekretär der KP der Ukraine, W. F. Stepanjuk, Exekutivsekretär der KP Moldawiens, sowie die Sekretäre des Rats der SKPSS Je. I. Kopyschew, A. G. Melnikow, I. I. Nikitschuk, A. G. Tschchojow, A. A. Schabanow und der Duma-Deputierte J. K. Ligatschow aus Tomsk.

zung entwickelt hat, Stalin unter dem Druck der Umstände z. T. schädliche Fehler und Deformationen zugelassen habe, die durch den XX. und XXII. Parteitag kritisch aufgearbeitet wurden, wobei dem äußeren imperialistischen Druck keine geringe Rolle zukomme, unter Breshnew eine Stagnationsperiode um sich griff, die durch die stümperhafte Perestroika-Politik Gorbatschows im Verrat am Sozialismus und am Vaterland endete.

Übrigens gewinnt man den Eindruck, daß die Sowjetperiode — offenbar aus Gründen der Staatsräson — in allen politischen Lagern als Bestandteil der »Vaterländischen Geschichte«, die Rußland durch den sozialistischen Aufbau zur Weltmacht erhob und im Sieg über den Hitlerfaschismus ihren Höhepunkt erfuhr, große Wertschätzung genießt. Ganz in diesem Sinne wurde J. W. Stalin anlässlich seines 50. Todestages am 5. März 2003 durch G. A. Sjuganow als »großer Staatsmann« gewürdigt — neben den erwähnten Einschränkungen.

Freilich begünstigt der wenig selbstkritische Umgang mit den Ursachen für den Untergang des sowjetischen Staatssozialismus sowie die antikapitalistische Konfrontationspolitik gegen eine kryptokapitalistische Entwicklung der postsowjetischen Russischen Föderation und der gesamten GUS-Region, das Absinken der einst mächtigen Sowjetunion in eine sozial deklassierte und politisch machtlose periphere Randzone das Aufkommen nostalgischer und dogmatischer Tendenzen in der Ideologie und Politik der KPRF.

Typisch dafür könnte eine Aussage G. A. Sjuganows sein, wonach »ein strategisches Bündnis, begründet auf einer gemeinsamen ideologischen Basis« — gemeint ist der Marxismus-Leninismus — »nur mit solchen politischen Kräften zulässig« ist, »die für die Durchsetzung mit der KPRF übereinstimmender Endziele kämpfen.«¹¹

Boris Kagarlitzki spricht von drei Ideen, die Sjuganows Vorstellung von einem »neuen Kommunismus« prägen: *erstens*: die Auflösung des traditionellen Klassenwiderspruchs in den Widerspruch zwischen »meinem Land« und »ihrem Land«, *zweitens*: einem neuen Internationalismus als Synonym für den *multinationalen Charakter Rußlands* und dem Ringen für die Wiederherstellung eines Unionsstaates, *drittens*: die Verbindung des historischen Ziels des *Kommunismus* mit der religiösen

11 G. A. Sjuganow: Rede vor dem VIII. Plenum des ZK der KPRF, 25. Mai 2002. Nach Internet-Angaben unter <http://www.kprf.ru/about/materials.shtml>.

Idee der »russischen Orthodoxie« als spezifisches sozialreligiöses Nationalbewußtsein.¹² Damit erscheinen Ideologie und Politik der KPRF als Fortsetzung slawophiler Traditionen.

Gewiß gibt es hinsichtlich der konkreten Kampfbedingungen zwischen der KPRF einerseits und den Linksparteien in den EU-Ländern andererseits gravierende Unterschiede. Dennoch ist es erstaunlich, wie wenig die europäischen Linksparteien Strategie, Politik und Probleme der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation reflektieren: Bildet der Widerspruch zwischen kapitalismuskritischer Reformpolitik oder antikapitalistischer Systemopposition den Hintergrund? Oder liefert die faktische Ausgrenzung Rußlands aus dem europäischen Integrationsprozeß dafür eine politische Erklärung? Auch das PDS-Periodikum »International«, die »Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik« macht dabei keine Ausnahme.¹³

12 Boris Kagarlitzki: Zwischen Katastrophe und Hoffnung. Eine neue Linke in Rußland wäre zu modernem Radikalismus verurteilt. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 24. Oktober 2000.

13 Lediglich in den Heften (1997)4, (1998)2 und (2000)1 von »PDS-International. Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik«, Berlin, spielen Fragen der Politik der Russischen Föderation, darunter partiell auch der KPRF, eine untergeordnete Rolle.

ACHIM ENGELBERG

Essayistische Impressionen vom Balkan

BELGRAD AM MEER¹

»Belgrad rückständig, schmutzig, häßlich, ungeschliffen, aber herzlich, kreativ und facettenreich, international und transnational.« (Rada Iveković)

Ein dumpfer Stoß geht durch den Bus, der sich eben noch durch verstopfte Straßen quälte, vorbei an grauen Häuserreihen, verspiegelten Glas-Stahl-Gebäuden und einem zerbombten Betonkomplex; er war soeben an den schildkrötenförmigen Hallen des World Trade Center Beograd angekommen. Die Insassen nehmen den dumpfen Stoß gelassen, blicken nicht verwundert, sondern wissend, einige drängeln sogleich zum Ausgang. Ruhig lenkt der Busfahrer sein Gefährt an den Straßenrand, fauchend öffnen sich die Türen, die Passagiere strömen heraus, werden wieder zu Passanten. Mein suchender Blick, bis ich den zerplatzten Reifen sehe, macht mich als Fremden kenntlich. Das Gebrauchte, Zerschlissene prägt den Alltag in dieser Stadt, in diesem Land — Wirtschaftskrisen, Kriege, Sanktionen zermürbten viele, Tausende wandern aus, kehren verheerender Armut und kriminellem Reichtum den Rücken.

*

Büro türmt sich über Büro — der hochschießende Betonklotz war Parteizentrale der fingierten Kommunisten, Schaltzentrale von Slobodan Milošević, im obersten Stockwerk verbreitete der Radiosender seiner Tochter völkische Hetze über Stadt und Land. Die NATO beschloß diesen Zeigefinger der Macht — ausgebrannt, ausgehöhlt, demoliert erhebt er sich noch immer; ein wirres Drahtgeflecht windet sich auf dem Dach der Hochhausruine. Auf dem planen Land darum balgt, rennt, bespringt

1 Leicht gekürzt erschienen in »Freitag«. Berlin vom 22. März 2002.

sich eine Meute herrenloser Straßenköter. Verkehr rauscht mehrspurig, nah der Ampel bettelt ein junger Einbeiniger. Bei Rot schwingt sich der Kriegskrüppel mit seinen Holzkrücken behend von Auto zu Auto, ab und zu gibt's ein paar Dinar, eine Zigarette aus dem Autofenster. Dahinter scheint zusammenzuwachsen eine sozialistische Plattenbausiedlung mit der kubisch geformten Spiegelfassade des neuen HYATT-Hotels, aus dem Männer in Dreiteilern neben Frauen in Kostümen heraus- und hineingehen. Daneben lockt McDonald's Kids heran. Belgrad ist in hohem Maß unfaßbar, beweglich, wandelbar — es ist eine Stadt auf Scherben. Archäologische Grabungen enthüllen Jahrhunderte von Aufbau und Zerstörung, Besatzung und Kampf. Wegen der strategischen Lage am Zusammenfluß von Donau und Save war die Stadt länger römisch, byzantinisch, bulgarisch, ungarisch oder osmanisch beherrscht als serbisch. Dennoch, kaum ein Haus ist älter als hundert Jahre. Über vierzigmal ist diese Stadt zerstört worden, erstmalig gab der Hunnenkönig Attila einen Vernichtungsbefehl, das war im 5. Jahrhundert, vorläufig letztmalig Hitler 1941. Die letzten Bomben fielen im Frühsommer 1999. Beograd heißt weiße Stadt, die Türken nannten sie Dar ul cihad — Haus der Glaubenskriege. In diesen kalten Tagen kann man an Brecht denken: Von diesen Städten wird bleiben: der durch sie hindurchging, der Wind. Kalt weht er durch die Straßenzüge — kein Berg schützt die Millionenstadt vor den rauen Winden aus den ukrainischen und russischen Weiten.

*

Azir Had· ifejzović ist Gewerkschaftler im Motorenwerk »21. Mai«. Mit anderen gründete er hier die unabhängige Gewerkschaft »Nezavisnost« (Unabhängigkeit), die in vorderster Reihe für den Sturz Milošević kämpfte. Das Werk ist Vorzeigebetrieb und hat dennoch eine unsichere Zukunft. Azir, übrigens ein Moslem, erläutert den Niedergang. »5.100 arbeiteten 1990 hier, heute sind es um die 2.500.« Dabei gehen wir durch riesige, kalte, fast menschenleere Hallen — nur vereinzelt transportieren die Förderbänder etwas. Mit einer Schubkarre, so scheint es, wäre es auch getan. An der Qualität liegt es nicht, was auch kleine Aufträge von Opel beweisen, aber nach Krieg und Sanktionen haben andere ihre Märkte übernommen. »Früher lebten und produzierten wir besser als unsere italienischen Kollegen, und heute haben die Rumänen mehr Aufträge.«

Gesucht wird — wie überall — der neue Investor. Nach dem eben verabschiedeten Privatisierungsgesetz darf dieser anfangs nur 70prozentiger Eigentümer werden, 30 Prozent bleiben den Arbeitern. Der Belegschaftsanteil wird jedoch geringer, je länger die Verhandlungen gehen.

Auch die Gewerkschaftler, obwohl manche noch der Arbeiterselbstverwaltung nachtrauern, sind für die Privatisierung. »Damit klar ist, wer der Eigentümer ist. Nur dann kann man den Niedergang aufhalten, die Korruption eindämmen.«

An glasschneidenden Arbeitern gehen wir vorbei, da bricht Azir mitten im Satz ab, zeigt auf die riesige gläserne Dachkonstruktion. »Alle Scheiben waren kaputt. Alle — als die NATO den Hügel dort drüben bombardiert hat. Wir haben kein Geld, um von einer Glaserei alles reparieren zu lassen. So haben einige Arbeiter gelernt, es zu machen. Wir haben uns von Miloševićs Polizei blutig schlagen lassen, dennoch wurden wir bombardiert. Übrigens — auch die neue, demokratische Regierung hat schon prügelnde Polizei gegen demonstrierende Gewerkschaftler eingesetzt. Ist das auch im Westen bekannt?« Ohne auf Antwort zu warten, nimmt er seine Erläuterungen wieder auf. Wenn die Eigentumsfrage geklärt ist, so hofft er, wird der neue Besitzer das Werk reorganisieren, neu strukturieren, den Weggang von jungen Facharbeitern stoppen. Gerade sie verlassen nicht nur das Werk, sondern oftmals auch das Land — wenn sie Arbeitsangebote haben.

Viele können weder auswandern noch von den kargen Löhnen leben, so arbeiten sie auf den halb legalen Märkten oder eröffnen einen der vielen die Straßenzüge bestimmenden — genauer: verschandelnden — Kioske, wo der Verkäufer, eingeschlossen wie ein Gefangener, Zigaretten und Billigspielzeug, Getränke und Süßigkeiten feilbietet. Das Angebot der expandierenden Straßenmärkte ist bunt und durchmischt: Es reicht von westlichen Haarshampoos, in Ungarn billig eingekauft, bis zu kopierten Jeans von Levis, von selbst gebrannten CDs bis zu westlichen Medikamenten von Rossmann. Qualitätsprodukte und Nippes, Gebrauchtes und Selbstgemachtes. Im Buchstand liegen Shakespeares »Dramen« neben Hitlers »Mein Kampf«, letzteres neu herausgegeben vom serbischen Rechtsradikalen Radomir Smiljanić. Che-Guevara-T-Shirts hängen neben solchen mit dem Bild von Karadžić, der Kriegsverbrecher wird als serbischer Held gepriesen. Wie ist es zu deuten — als Überrest des alten Nationalismus oder schon als dessen Transformation in ein Pophänomen? Sicher sind die vielen Kioske ein augenfälliges Symbol einer Stadt zwischen Stagnation und Umbruch: fundamentlos und mobil, häßlich und lebensfähig. Wer früher produzierte, verscherbelt jetzt oft Kleinkram und Imitate westlicher Produkte. Und das macht nicht nur den Gewerkschaftler Azir traurig.

*

Miloš Nikolić (geb. 1926) lebt in einer kleinen Wohnung, vollgestopft mit Büchern — jugoslawischen, deutschen, englischen, italienischen. In jungen Jahren kämpfte er als Partisan gegen die Nazis. Jahrzehntlang lehrte er Philosophie in Novi Sad, war Herausgeber der Monatsschrift »Socialism in the world« (1974–1989), in der er Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenbrachte, Dritte-Welt-Theoretiker mit westeuropäischen Linken. Während des blutigen Zerfalls Jugoslawiens arbeitete er als Gastprofessor u. a. in Göteborg, Paris, Berlin, York, Mexiko. So eben hat Nikolić ein Buch über Aufstieg und Fall von Milošević abgeschlossen, es erscheint auf englisch, einen deutschen Verlag hat er, einen serbischen noch nicht. Wie sieht er die Zeit nach der Diktatur? »Noch immer spielt der Nationalismus eine große Rolle, drängt andere Fragen zurück; allein die Widersprüche bleiben.« Nikolić, der überzeugte Marxist, befürwortet die Privatisierung. Er hat Einwände gegen Djindić, dennoch unterstützt er ihn. Er sei kein Nationalist wie Koštunica, der auf Staat und Militär setzt, sondern einer, der über die Wirtschaft verändern will. Es sind zwei sehr unterschiedliche Charaktere mit gegensätzlichen Konzeptionen. Dann wird er theoretisch. »Man muß den Unterschied zwischen Kapital und Kapitalismus beachten! Keine kapitalistische Gesellschaft beruht auf der bloßen Logik des Kapitals. Es bedarf Vermittlungen. Demokratie zum Beispiel. Man kann heute nicht das Kapital direkt angreifen, wir brauchen es für die Modernisierung, aber die Linke sollte die gesellschaftlichen Vermittlungsinstanzen stärken und ausbauen. Vieles, was eine kapitalistische Gesellschaft braucht, ist gegen die Logik des Kapitals. Das ist der Widerspruch, die Chance der Linken — auch in Westeuropa.«

In Westeuropa wurde schon immer über das Kapital modernisiert, in Osteuropa dagegen über den Staat. Deshalb spielten im Osten die Intellektuellen eine so große Rolle. Jetzt sei hier die Chance für eine westliche Modernisierung, sagt er, und will mir balkanüblich einen dritten großen Rakija einschenken. Als ich zögere, fragt er, ob ich Whisky möchte, ein westliches Getränk.

*

»Das Pulverfaß« von Dejan Dukovski (geb. 1969), das Stück des Krieges wurde zum Stück des Nachkrieges. Mittlerweile erfolgreich verfilmt, war es sogar für einen Oscar nominiert. Seit mehreren Jahren läuft es über die große Bühne in Belgrad. Wie Arthur Schnitzlers »Reigen« ist es dramaturgisch gebaut: Bei Schnitzler kommt sich ein Paar

näher, Geschlechtsverkehr, eine/r des Paares taucht in der nächsten Szene auf usw.; das »Pulverfaß« gewinnt seine böse Bitterkeit dadurch, daß der Geschlechtsverkehr durch einen Gewaltakt ersetzt ist. Westliche Dramaturgie trifft auf östliche Gewalt und Gewaltphantasien.

Slavica, Studentin und Mitarbeiterin von »Nezavisnost«, regt sich auf, daß das Stück ohne Hoffnung sei. Wir gehen an einer schier endlosen Reihe von Mülltonnen entlang, beklebt mit der EU-Flagge. Im Müll kramt ein zerlumpter alter Mann. Slavica meint, die sich eine Theaterkarte leisten können, genießen in solchen Stücken den Niedergang, suhlen sich in einer blutigen Balkanwelt ohne Utopie. Auch in Dukovskis neuem Stück »Balkan ist nicht tot«² erschafft er eine Welt endloser blinder ethnischer und sexueller Gewalt — diesmal in die Endphase des osmanischen Reiches projiziert.

*

»Somit ist der ›Balkan‹ auf dem Balkan selbst ein negativ besetztes Konzept (der Wunsch nach Europa!), aber generell auf den Anderen anwendbar, der primitiver als ›wir‹ zu sein scheint«, schreibt Rada Iveković in ihrer »Autopsie des Balkans«.³ Ein aufregender Essay, der psychopolitische Tiefenstrukturen offenlegen will, uneinheitlich wie das Thema, unfaßbar wie Belgrad. Diese Stadt, wo wirtschaftlicher Niedergang und obszöner Reichtum, europäische und orientalische Kultur ekennah entfernt sind, wo Kriegkrüppel und Kriegsgewinnler, Antiwestler und Westler aufeinandertreffen. Manchmal glaubt man, in einer Hafenstadt zu sein, denn die zusammenfließenden Wassermassen der beiden großen Flüsse Donau und Save widerspiegeln den Himmel so, als ob Belgrad am Meer liege.

2 Siehe Dejan Dukovski: *Balkan ist nicht tot*. In: *Theater der Zeit*. Berlin (2001)12.

3 Siehe Rada Iveković: *Autopsie des Balkans*. Granz und Wien: Literaturverlag Droschl 2001.

IM LAND DER SCHATTEN.
EINE REISE DURCH BOSNIEN-HERZEGOWINA⁴

Zögerlich nähert sich Mirsad seiner Heimatstadt Novi Grad. Sein altes Auto holpert durch die grüne Hügellandschaft Westbosniens. Der Blick aus dem Fenster fällt zu beiden Seiten auf Häuserruinen — geplündert und mutwillig zerstört. Sein Familienhaus, so hörte er, sei ausgeraubt. Immerhin aber nicht gesprengt. Kurz vor dem Ziel wendet Mirsad sein Auto und fährt verstört doch wieder zurück. Erst einige Wochen später schafft er es, tuckert im geschlossenen Wagen durch Straßen, in denen er einen Großteil seines Lebens verbrachte.

Monat für Monat einen Schritt näher, so kehrt er heim. Beim nächsten Mal hält er an vor dem Haus seiner Kindheit, dann spaziert er am nahen Fluß entlang, trinkt Kaffee in der Kneipe, schläft eine Nacht in der Stadt. Schließlich, heute, lebt Mirsad wieder in seinem Haus, in seiner Stadt.

Beim Gang durch das Zentrum von Novi Grad erzählt er, wie alles Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre begann: jede ethnische Gruppe bekam regionale Fernsehsender, berichtete einseitig. Man blickte einander schein an. Die Lage im Land spitzte sich zu, im Juli 1992 kam es zu Ausgangssperren, Militärfahrzeuge ratterten durch die Straßen; die ersten Einwohner flüchteten. Uniformierte tauchten auf: »Wir suchen nach Waffen und Verdächtigen«, gaben sie vor, und nahmen Geld und Wertsachen mit. Die ersten Morde geschahen. Ob es Paramilitärs waren oder die reguläre Armee, das weiß Mirsad nicht. Sie töteten auch seine Schwägerin mit ihren Kindern. »Sie schlachteten sie einfach ab«, sagt er. Danach floh Mirsad, zunächst nicht ins Ausland. Im bosnischen Zenica wollte er abwarten — doch das sprichwörtliche Pulverfaß »Balkan« ging in die Luft. Er emigrierte nach Bielefeld, wo er blieb, bis er 1997 zurück mußte.

Heute leitet er ein Erzählcafé. Dort berichteten Menschen ihren Nachbarn und Zeitgenossen, wie es ihnen ergangen ist: Unerhörte Geschichten, aus dem Zweiten Weltkrieg, der Zeit des Titoismus, den Zerfallskriegen der neunziger Jahre — Geschichten zum Thema Schuld und Verdrängen.

4 Gekürzt erschienen in »Freitag«. Berlin vom 16. August 2002.

»Mirsads Verhalten ist typisch« sagt die Psychologin Diana Durić über seine langsame Heimkehr. In einer Fluggaststätte in Banja Luka, unter schattigen Bäumen und im Sonnenlicht grün-silbrig flirrenden Blättern, erzählt sie, wie es sie von der kroatischen Küste hierher in die Republika Srpska verschlug. Kurz vor der kroatischen Unabhängigkeit wurde die Situation für Serben in der Küstenregion gefährlich. Ihr alter Vater stammelte erregt: Wir müssen kämpfen! Kämpfen müssen wir! Erstaunt fragte sie nach und entlockte ihm ein Familiengeheimnis: kroatische Ustaschafaschisten töteten seinen Vater, ihren Großvater, und zerstörten das damalige Familienhaus. Sein jahrzehntelanges Schweigen, beteuert sie, sei kein Einzelfall. Mit kundigem Blick erlebte und beobachtete sie die Rückkehr des Verdrängten — ausgelöst durch eine Wirtschaftskrise, verstärkt durch eine Sinnkrise, beeinflusst von kriminellen Politikern wie Tudjman und Milošević.

Besonders unter jungen Menschen steige derzeit die Selbstmordrate, so die Traumaspezialistin. Viele haben keinen Job, können keine Identität gewinnen, kommen nicht heraus aus engen Behausungen, in denen oftmals mehrere Generationen zusammenleben. Ein weiteres Problem seien die Alten: während die Kinder traditionell gehätschelt werden, schiebt man sie ab. Als Psychologin könne sie nur sehr begrenzt helfen. Oftmals erkennen die Patienten sogar ihre psychologischen Probleme, wissen, was ihnen fehlt, aber nicht, was sie machen sollen. Zuhören und sie respektieren, mehr könne man oft nicht tun.

Wie trauert man um die Tausenden Vermißten? Sie kennt kein Beispiel, daß nach sieben Jahren noch einer heimkehre, aber etliche, wo Familien sich zerstritten und spalteten bei der Entscheidung, wann man einen Vermißten für tot erklären sollte. Oftmals gibt es dafür ökonomische Gründe, denn erst nach einer solchen Erklärung bekommen die Witwen Geld. So kann es geschehen, daß Großeltern den Enkeln erzählen, der Vater sei nur verreist, während die Mutter schon demonstrativ Trauerschwarz trägt. Ein weiteres Problem sind die Versehrten, die Beine, Arme, Hände im Krieg verloren. Doch ein reicher Amputierter wird immer noch gesellschaftlich höher anerkannt als ein Gesunder, er habe — so sagt man — Opfer gebracht für das Land. Dagegen ist ein armer Amputierter oft aufs Betteln angewiesen. Gerade in Familien, die einen im Krieg Versehrten durchbringen müssen, keimt das Gift des Nationalismus. Dianas Nachbar stachelt gerade seine Familie an, seine Schwester dürfe keinen Kroaten heiraten. So einer komme ihm nicht ins Haus. »Ein Kroat hat mein Bein zerschossen!«

Das komplizierteste Land Europas nannte 1943 Josep Vidmar Bosnien — und das gilt heute um so mehr: Der Nachfolgestaat des zerfallenen Jugoslawien bleibt innerlich geteilt in eine serbische Einheit, die Republika Srpska, und die Föderation aus Kroaten und Muslimen. Eine Aufteilung, die der Daytoner Friedensschluß von 1995 festlegte und die eine ethnische Aufteilung sanktionierte. Wegen der unüberbrückten Abgründe regiert eine internationale Zwangsverwaltung, deren bunkerhafte Zentrale in Sarajevo steht. Der Hauptverhandlungsraum ist fensterlos. Internationale Soldaten in gefleckten Tarnanzügen bleiben auf den Straßen präsent. Der wirtschaftliche Niedergang treibt immer noch Tausende aus dem Land, verarmt Zehntausende und läßt Haß und Neid auf andere gären.

Ein grau gestrichener Metallzaun verhindert, daß man über die unebene Wiese laufen kann. Hier stand bis 1993 die Ferhad-Pascha-Moschee, erbaut im 16. Jahrhundert wie die meisten berühmten Gebäude der türkischen Zeit. Extremisten zerstörten sie fernab des Krieges. Im Mai letzten Jahres sollte der Grundstein für den Wiederaufbau gelegt werden. Nataša Tesanović, die Direktorin von »alternativna televizija«, zeigt im Schnittraum Aufnahmen: Ein aufgebracht Pöbel schmeißt Steine gegen die Sicherheitskräfte, hißt serbische Fahnen, kippt einen Bus quer über die Straße; eine Menschenmenge drängt die Gäste der Grundsteinlegung in die Flucht, darunter auch den damaligen Hohen Repräsentanten Wolfgang Petritsch; Flammen schlagen aus dem umgekippten Bus; das schwärzlich ausgebrannte Fahrzeuggerippe erinnert an Kriegsbilder.

Nataša entschuldigt nicht, aber erklärt: Der Termin war ungünstig gewählt, genau nach einem serbischen Feiertag, wo die Stadt überfüllt war von Menschen von überallher. Ich weiß, fügt sie hinzu, man mag nicht, wenn Serben von Geschichte reden. Aber ohne die durch Jahrhunderte geprägte Beziehung zum Boden, durch das bäuerliche Bewußtsein der Serben in dieser Region, könne man weder den Krieg noch den Nachkrieg verstehen. Viele leben isoliert, waren nie im Westen, ihr Blickkreis blieb eng, nationale Mythen finden hier schnell Boden. Wer keine Nationalisten sehen will, müsse zur Mafia gehen, dort denkt man international. Oft verberge sich hinter nationalistischen Parolen der verzweifelte Kampf um Würde und Selbstachtung: Wir sind nicht die totalen Verlierer, wir haben unsere Republika Srpska, unsere serbische Republik in Bosnien.

Deshalb bleibt die Situation für kritische Journalisten gefährlich. Ihr Kollege ·eljko Kopanja verlor beide Beine durch eine Autobombe. Direkte politische Zensur gibt es nicht mehr, die Methoden werden indirekter, also westlicher: Früher gab es Drohanrufe: Wenn dies und jenes gesendet wird, dann passiere etwas. Heute läßt man langsam sterben — im Dickicht der Bürokratie. Gravierend sei das niedrige Bildungsniveau der jungen Journalisten, da viele gute Reporter starben, andere wiederum nach erfolgreichen Kriegsberichten ins Ausland gingen. So passiert es, daß die alten Fahrer in Pausen lesen und die jungen Reporter nur die Zeit totschiagen.

Tiermarkt in Banja Luka: Ein Hamster rennt im Laufrad, hastig, emsig, er kommt, wie kann es anders sein, nicht voran, verläßt das Rad, umkreist es mit Blick auf die für ihn unerreichbare Außenwelt: Vögel piepen in Käfigen, Kätzchen räkeln sich in Kartons, neben dem Tiermarkt beginnen überdachte Reihen mit Ständen. Textilien und CDs, Früchte und Fleisch, Krimskrums und Werkzeuge, Gebrauchtes und Hypermodernes. Hier gibt es, was ein Mensch braucht, hier schlägt der Puls der Stadt. Wo eine Wand frei ist, blickt verführerisch Ceca — die serbische Sängerin wirbt für ein Konzert in einem großen Stadion. Als Witwe des erschossenen Kriegsverbrechers Arkan, Mutter zweier Kinder, gründete sie eine Stiftung für das dritte Kind — damit die Zahl der Serben steige. Dennoch erschallen nicht nur auf serbischen Märkten ihre Songs, ihre Kassetten und CDs finden Absatz. Vor kurzem besang sie ihren toten Mann als Helden — im überfüllten Stadion in Belgrad vor 70.000 Hörern. Das begeisterte Publikum brüllte: »Arkan! Arkan!«

Die Blumenstände scheinen überzuquellen; Orgien in Gelb und Blau, in Grün und Rot. Doch die meisten Pflanzen sind kunstvoll präpariert zu Totengebunden. Jede Familie versucht, die Gräber ihrer Toten zu schmücken. Eine Tradition, die das vergangene Morden nicht vergessen läßt. Wenig setzt man sich mit der Schuld der eigenen Kriegspartei auseinander, so unisono alle Gesprächspartner, man zeigt auf die eigenen Toten. Die Reihen der Gefallenen ließen die Friedhöfe expandieren, die Toten rückten den Wohnungen der Lebenden näher.

Flußschluchten, steile Schafswiden, bewaldete und verkarstete Bergzüge, Streusiedlungen mit Winzigfeldern, Geschäfte und Handwerke — kaum Industrie, das sind die Bilder auf der Fahrt von Banja Luka nach Travnik. Auf der Strecke passiert der Reisende die Grenze zwischen der Republika Srpska und der bosnisch-kroatischen Föderation, die Grenze, die Bosnien-Herzegowina teilt, absurd wie die Berliner Mau-

er, aber durchlässiger. Wahrnehmbar wird die Grenze dadurch, daß die kyrillische Schrift der lateinischen weicht, daß in der Föderation aus dem Boden Moscheen sprießen; restauriert, eingerüstet, neu erbaut.

Durch Travnik führt Sanela Nikolić von der Leitung des Kulturzentrums Kaleidoskop, das Theater und Lesungen, Konzerte und Performance, Ausstellungen und Filme initiiert, organisiert, publik macht, gefördert von der Schweizer Stiftung »Pro Helvetia«. Vor dem Krieg arbeitete mit dem Laientheater von Travnik auch der als Filmregisseur weltberühmt gewordene Emir Kusturica. Doch nicht nur er, die meisten emigrierten Künstler kehren nicht zurück.

Wir gehen vorbei an Häusern mit abfallendem Putz und dem verblichenen Glanz vergangener Zeiten. Sanela zeigt auf einen Bauzaun am Eingang zum alten Gymnasium. Bauarbeiter sieht man nicht. Beim Klingelzeichen gehen die kroatischen Schüler auf die eine Seite des Vorplatzes, die muslimischen auf die andere. Erst seit wenigen Monaten gebe es, so Sanela, diese — erneute — ethnische Trennung.

Die große Textilfabrik von Novi Grad ist eine Ruine, die ehemalige Möbelfabrik von Višegrad nur noch ein kleines Sägewerk, arbeitslose junge Männer in billigen Trainingsanzügen lungern herum, neben der sanierten Straße qualmen Müllhalden — Bilder des wirtschaftlichen Verfalls, der Entwertung von Arbeitskraft, des Raubbaus an der Natur. Die Hauptstadt Sarajevo erscheint als Ausnahme von der Regel. Hier stöckeln elegante Damen durch Fußgängerzonen mit gut besuchten Straßencafés; teure Autos rauschen an kundig Wiedererbautem vorbei; in den modernen Geschäften gehen auch Luxuswaren über den Ladentisch. Dazwischen Szenen, die Zweifel nähren: ein Herr im Dreiteiler nähert sich einer langen Taxischlange, steigt ein, das Fahrzeug braust davon. Doch die anderen fahren nicht vor, um die Lücke zu schließen, die Fahrer steigen aus und schieben jeder für sich ihr Gefährt voran – so sparen sie Benzin.

Grau erhebt sich der Häuserblock im Zentrum Sarajevos. Der Hausflur stinkt nach Pisse und Dreck. Wo der Lichtschalter war, klafft ein Loch. Eine gut gesicherte Tür öffnet sich zu einem hellen modernen Büro. Jürgen Buxbaum vom Internationalen Gewerkschaftsbund koordiniert von hier den Neuaufbau der bosnischen Gewerkschaften. Er spricht mit Verve: »Spontane Streiks, Straßensperren und andere Verzweiflungstaten von Arbeitern, deren karge Löhne ausstehen, gehören hier einfach zum Alltag«, sagt er. In die meisten Betriebe investierte man zuletzt Ende der siebziger Jahre. Der Zerfall Jugoslawiens zerstörte die

Wirtschaftskreisläufe — die Kriege töteten oder vertrieben Fachpersonal. Wer neu ausgebildet ist oder hoch qualifiziert, sucht eine Chance im Ausland. Viele glauben nicht mehr, daß sich harte Arbeit lohnt. Eine Villa mit zwei kitschigen Löwen davor: So sehen die meisten Unternehmer ihr Ziel. Die meisten Betriebe arbeiten so verlustreich, daß — wenn man alle Betriebe schließen würde, der Staat mehr Geld hätte. Offiziell schaffe die Landwirtschaft den größten Teil des Bruttosozialprodukts — in Wirklichkeit sei es der Schwarzhandel, erklärt Buxbaum. Hier drohe das Entstehen einer virtuellen Ökonomie.

Aber, kann man einwenden, es wird doch viel gebaut, das Telefonnetz funktioniert weitgehend, die Straßen sind passierbar? »Freilich«, meint Buxbaum, »die Infrastruktur hat das Vorkriegsniveau erreicht — zum Teil mit besseren Materialien. Das verdeckt manches. Äußerlich gehe es der Familie gut, die das Büro vermietet, in dem wir sitzen.« Dann erklärt er die Diskrepanz zwischen Hausflur und Büro: »Das ehemalige Wohnhaus wurde privatisiert. Die meisten Familien konnten ihre geräumigen Wohnungen für wenig Geld kaufen, zogen in kleinere um, sanierten nichts, aber vermieteten die Stadtwohnungen an internationale Organisationen, die mehrfache einheimische Monatsgehälter zahlen. Die Zahl der sogenannten Internationalen wird abnehmen, deshalb sinken die Preise. Was die Familie dann macht, weiß keiner. Auf der einen Seite erwarten alle Hilfe von den Ausländern«, meint Buxbaum, »andererseits sprechen sie von Fremdherrschaft.«

Niedrige Löhne, hohe Arbeitslosigkeit, steigende Preise für Konsumgüter lassen den Krebs der Korruption wuchern. Oft wird gezahlt, bevor Geld verlangt wird. Die Geldsummen gleichen einander von Novi Grad über Sarajevo bis nach Mostar: ein Juraprofessor, der 250 Euro im Monat bekommt, verlangt für schwere Abschlußprüfungen 1.000 bis 1.500 Euro; fast jeder Lehrende erwartet, daß man seine — teuren — Bücher kauft. In den Krankenhäusern tobt der Kampf um die gut betuchten Patienten von der Krankenschwester bis zum Chefarzt, eine Blinddarmoperation kostet zusätzliche 150 Euro für den Chirurgen.

In Sarajevo stehen Moscheen, Synagogen, katholische und orthodoxe Kirchen dicht beieinander. Bis auf die große Synagoge werden die Religionshäuser benutzt: Von 14.000 Juden wurden im Zweiten Weltkrieg 12.000 niedergemetzelt von kroatischen Ustaschafaschisten oder vergast von deutschen Nationalsozialisten. »Ethnische Säuberungen« können Bestand haben. Das jahrhundertlange Nebeneinander von Weltreligionen bei gleichzeitiger Abschottung (allein die beinahe parallel zum

Meer sich erstreckenden Bergketten isolieren das Gebiet!) brachte laut Ivan Lovrenovićs aufschlußreicher Kulturgeschichte die typische bosnische Ambivalenz, »die auf der einen Seite von einem kulturellen und geistigen Isolationismus, auf der anderen Seite von der Gewöhnung an Andersheit als normalem Lebensinhalt gekennzeichnet ist.«⁵

Eine Audienz gewährt Ismet Spahić, einer der Ranghöchsten der islamischen Gemeinde in Bosnien. Im angenehm kühlen Raum sind die dunkelbraunen Bänke und Tische rechtwinklig angeordnet zu einem Sofa — dem Blickfang, erhellt von den Sonnenstrahlen eines einzigen Fensters. Die Tür öffnet sich, eine junge Frau mit Kopftuch huscht herein, bringt dem wartenden Gast ein Glas Wasser und verschwindet lautlos. Minuten später schreitet er in langem Gewand und mit einem Fez auf dem Kopf herein: Ismet Spahić. Während der Belagerung Sarajevos verlor er an einem Tag seine Frau und beide Töchter, die Wasser holen wollten. Eine von bosnischen Serben abgeschossene Granate zerfetzte sie. Spahićs Äußeres entspricht ganz dem Wort Würdenträger: Er ist einer, der die Würde des Amtes trägt.

»Man baut die Moscheen wieder auf, man bildet jetzt Nachwuchs aus«, erzählt er mit leiser, aber festen Stimme, die kaum Höhen und Tiefen zu kennen scheint. »500 junge Menschen studieren heute islamische Pädagogik und Theologie. Das ist ein großer Fortschritt, aber die Wunden des Krieges sind noch tief, die Abgründe des Hasses nicht überbrückt«, bedauert er. »Allein 1.200 Moscheen wurden zerstört, die meisten nicht durch Gefechte, sondern von sprengenden Mordbanden. Mehr als 80 Imams töteten sie, etliche verbrannte man lebendig, andere nagelte man ans Kreuz! Gott wird nicht vergeben, solange man sich nicht an ihn wendet. Bis heute hat sich niemand entschuldigt. Wir haben vorgeschlagen, wir bauen auf, was Muslime zerstört haben, und die Kroaten und Serben bauen auf, was sie zerstört haben. Nicht einmal eine Antwort bekamen wir. Keine Kirche haben wir zerstört, 1.200 Moscheen wurden uns zerstört.«

Daß die Moscheen so zügig aufgebaut werden, bewirken die Gelder vorrangig aus Saudi-Arabien, aber auch aus der Türkei. Zwei Tage vor der Audienz führte die internationale Schutztruppe eine Razzia nach Al-Qaida-Kämpfern im nahen Travnik durch. Bei der Verteidigung Saraje-

5 Siehe Ivan Lovrenović: *Bosnien und Herzegowina. Eine Kulturgeschichte*. Wien und Bozen 1998.

vos kämpften auch Mudschahedins. Viele Beobachter vor Ort halten eine fundamentalistische Radikalisierung der leidgeprüften Moslems für eine große Gefahr. Wie sieht Ismet Spahić die Lage nach dem 11. September?

»Heute ist jeder Moslem ein potentieller Terrorist. Das schmerzt. Was heißt überhaupt islamischer Terror? Sprechen die Menschen in Deutschland von christlichem Terror, wenn sie von Bombenanschlägen im Baskenland oder in Irland reden?« Er wartet, bis der Gast verneint. Theologisch begründet er, daß ein gläubiger Mensch kein Terrorist sein kann. Blumig und würdevoll endet er: »Es schmerzt in der Seele, was uns angetan wurde. Und die Seele stirbt nicht. Sie kommt wieder zu Gott. Deshalb muß sie respektiert werden.« Dann schreitet er hinaus.

Vom Morgengrauen an tönt aus Lautsprechern der Singsang des Mu-ezzin. Der Turm der katholischen Kirche erstreckt sich doppelt so hoch wie der zerschossene früher. Wenn die Dunkelheit sich über die geteilte Stadt Mostar senkt, glänzen die Moscheen wie Attrappen im Scheinwerferlicht, ein Kreuz strahlt vom Berg.

Amela Bo·ić, die für den Hohen Repräsentanten der UNO arbeitet, erzählt, wie die internationale Institution die Streithähne trennte und alles doppelt einrichten mußte: Jeder Minister hat einen Stellvertreter der anderen Nationalität, es gibt ein Krankenhaus für Kroaten und eines für muslimische Bosniaken, eine Universität für Kroaten und eine für muslimische Bosniaken ... Beide Seiten haben verschiedene Steuern, Telefonrechnungen, Löhne. Eine absurde Konstellation, die bis ins Groteske geht: Einmal bewilligte man den Muslimen eine größere Menge Rattengift, worauf die Kroaten das Gleiche forderten, obwohl auf ihren breiten Straßen nicht wie in der muslimischen Altstadt zahlreiche Ratten durch die engen, zerstörten Gassen huschten. Unsere Ratten sind größer, erklärten kroatische Vertreter bierernst und ließen nicht locker, bis beiden Stadthälften mit der gleichen Menge Rattengift versorgt waren.

In Novi Grad, am Beginn der Reise und am anderen Ende des Landes, war ich mit Mirsad an einem leeren Platz im Zentrum vorbeigekommen. Hier will, erklärte er, die serbische Stadtverwaltung ein Denkmal zur Erinnerung an den Krieg bauen in Form eines serbischen Kreuzes, einhundert Meter soll es groß sein, die zerstörte, gerade wiederaufgebaute Moschee überragen. Wer etwas dagegen sagt, gilt sofort als »antiserbisch«. Von Novi Grad bis Mostar, überall in Bosnien-Herzegowina tobt symbolisch der Kampf von Verlierern gegen Verlierer.

Bei diesen Verhältnissen fragen sich viele: Gehen oder bleiben. Draußen, ein Mitarbeiter des »Human Right Center« in Mostar, veranschaulicht die Lage: Gemeinsam mit zweiundvierzig anderen machte er 1992 Abitur. Von ihnen leben heute noch fünf in Bosnien — die anderen sind verstreut durch den Krieg, aber auch den Nachkrieg, irgendwo in der Welt, bis hin nach Neuseeland.

DER BALKAN UND KEIN ENDE⁶

Brücken werden nicht mehr gesprengt auf dem Balkan. Die neuesten Kriegsbilder kommen inzwischen aus dem Nahen Osten, aus Kaschmir und Afghanistan. Doch die Wunden auf dem Balkan vernarben schlecht. Kalter Frieden herrscht: der neu entstandene Staatenteppich ist noch nicht sinnvoll verknüpft. Angst vor der Zukunft treibt immer noch Tausende aus der verwüsteten Heimat. Vieles bleibt ungelöst: wirtschaftlich, politisch, kulturell. Und eine Vielzahl von Reportagen, Erzählungen, Essays, Filmen enthüllt letztlich unsere politischen, ökonomischen und intellektuellen Schwächen. Der Balkan bleibt im europäischen Diskurs.

Illusionsloser Globetrotter

Peter Scholl-Latour (Jahrgang 1924) erweist sich als erfahrener, nicht ermüdender Kenner. Historisch kundig, strategisch denkend, beobachtet er auch in »Der Fluch des neuen Jahrtausends«⁷ die Krisenherde von Rußland bis Afrika, vom Nahen Osten bis China, von Afghanistan bis hin zum Balkan. Die ehemals kriegführenden Parteien sieht er »ermattet, ausgelaugt, ja resigniert«, allein: »Die Abgründe sind nicht überbrückt.« Deshalb warnt er vor dem tragischen Irrtum der »überstürzten Eingliederung dieser lebensunfähigen Zwergstaaten in die ohnehin kränkelnde Europäische Union«. Überzeugt, daß Kriege zur Tragik der »conditio humana« gehören, plädiert er für einen illusionslosen Blick, für Europa als selbständigen Part auf der Weltbühne — für konservative Erneuerung, was für den Autor auch Wiederbelebung »soldatischer Tugenden« bedeutet. Sein Feind ist die Blindheit der Spaßgesellschaft (»Regieren macht Spaß«, Gerhard Schröder); sein Schreckensbild »der kommerzialisierte Exhibitionismus« der »Love Parade« am Rande des Berliner Tiergartens und gleichzeitig Bilder, die zeigen, »daß die weitaus größte Fläche des Globus weiterhin von Elend und Gewalt beherrscht« wird. Die Balkankriege und die daraus entstandenen Staaten — Bosnien-Herzegowina bezeichnet er als »Protektorat Absurdistan« — sind für ihn Menetekel,

6 Gekürzt erschienen in »Freitag«. Berlin vom 26. Juli 2002.

7 Siehe Peter Scholl-Latour: Der Fluch des neuen Jahrtausends. Eine Bilanz. München 2002.

die — verstärkt durch andere Krisen weltweit — die Gefahr anzeigen, daß »die Globalisierung jenes abgrundtiefen ›Horrors‹, den Joseph Conrad in seiner Novelle ›Das Herz der Finsternis‹ so eindringlich beschreibt, keineswegs auszuschließen ist. Jedenfalls ist es an der Zeit, ihr mit militanter Abwehrbereitschaft entgegenzutreten.«

Globales Dorf der Emigranten

Miljenko Jergović (Jahrgang 1966) ist der erfolgreichste bosnische Erzähler des vergangenen Jahrzehnts. Er lebt wie viele seiner Künstlergeneration in der kroatischen Hauptstadt Zagreb. Kundige Beobachter wie Paolo Rumiz und Claudio Magris wollen in ihm einen neuen Ivo Andrić sehen, der als bislang einziger südslawischer Autor 1961 den Nobelpreis erhielt und mit »Die Brücke über die Drina« ein vielgelesenes Meisterwerk schrieb. Allerdings: Jergovićs epischer Atem ist kürzer, schnell verdichtet er eine Situation, mehr als zehn Seiten ist keiner seiner Texte, die zu Erzählkränzen geflochten sind. Oftmals berichten sie, wie Gestalten mit gemeinsamer Geschichte verstreut werden — manchmal über den Planeten (»Alle, die an diesem letzten Vorkriegssonntag bei Neso Fischpaprikasch gegessen hatten, waren noch am Leben, nur daß sie früher in einem Umkreis gelebt hatten, den eine Stadtbahn in fünfundvierzig Minuten durchfahren konnte, und nun hätte sie nicht einmal das schnellste Überschallflugzeug in dieser Zeit zusammenbringen können.«) Während Peter Scholl-Latour mit großer Geste eine Bilanz für den Beginn des neuen Jahrtausends geben will und dabei auch auf den Balkan schaut, verfolgt Miljenko Jergović, wie seine Gestalten vom Balkan in die ganze Welt getrieben werden. Dabei wird aus dem literarischen Chronisten des Bosnienkrieges allmählich ein wichtiger Chronist des globalen Dorfes der Emigranten, der Vertriebenen, der Entwurzelten. Tatsächlich lebt immer noch mehr als eine halbe Million Bosnier im Ausland, eine weitere gute halbe Million wurde durch neue Gebietsaufteilungen zu Flüchtlingen im eigenen Land – insgesamt ist also immer noch ein Viertel der Gesamtbevölkerung direkt durch die Vertreibungen des Krieges betroffen. Gleichzeitig verlassen immer noch Tausende junger Leute ihr zerschossenes Land. Mit Miljenko Jergović fand eine entwurzelte Generation ihren bislang sprachmächtigsten Chronisten.

Im Essay beschreibt er seine politischen Ängste: »Es entsteht eine Region, in der ein Terror von schwacher Intensität herrscht, die gesam-

te Wirtschaft gerät in die Hände der Mafia, und ein aussichtsloses System der Unfreiheit bemächtigt sich des Lebens des einzelnen, so daß die letzten Spuren demokratischer und bürgerlicher Initiative abgewürgt werden.«⁸

Während Scholl-Latour davon ausgeht, daß eine Erneuerung Südosteuropas für ein Erstarken Europas unverzichtbar ist, sieht Jergović in dem Patchwork des Elends kein bedrängendes Problem für Westeuropa: Der Flüchtlingsdruck hat sich soweit verringert, wie es für die traditionellen Einwanderungsländer in Übersee wünschenswert ist. Westliche Armeen könnten stationiert bleiben, humanitäre Organisationen hätten langfristig Sinn. Kurzum: »Kleine Mafiokratien und nationalistische Diktatürchen ... wären kein politisches Problem für die freie Welt.« Nicht einmal ein ökologisches, fügt er sarkastisch hinzu, denn »die Körper der Getöteten verrotten ungleich schneller und ordentlicher als Coca-Cola-Plastikflaschen«.

Unter Kuratel

Matthias Rüb (Jahrgang 1962), Südosteuropa-Korrespondent der »FAZ«, steuert mit »Flucht in die Zukunft – Bosnien nach dem Krieg« den optimistischsten Text bei, auch wenn er ihn aus dem Schrecken hervorgehen läßt. Drastisch benennt er das Ausmaß der Massaker, der Vertreibung, der Flucht: »Hätte es im wiedervereinigten Deutschland zwischen 1992 und 1995 einen Krieg gegeben wie jenen in Bosnien, wären knapp 40 Millionen Menschen zu Flüchtlingen geworden.« Knapp, kenntnisreich und analytisch beschreibt er das Heraufkommen und den Werdegang des Krieges. Statistische Details untermauern seine Anschauungen: Immer noch sterben monatlich zehn bis zwölf Menschen bei Minenunfällen, oft sind Kinder betroffen, weil sie Absperrungen mißachteten. Wenn man aber das Ausmaß der Katastrophe betrachte, den abgrundtiefen Fall, dann wäre schon viel erreicht worden bei der Osterweiterung des Westens. Immer wieder findet er die Millionen der Staatengemein-

8 Die Erzählungen von Miljenko Jergović erscheinen im folio-Verlag; bislang erschienen »Sarajevo Marlboro« (1996), »Karivani« (1997), »Mama Leone« (2001). Der zitierte Essay findet sich im Sammelband Verteidigung der Zukunft. Suche im verminten Gelände. Hrsg. von Freimut Duve und Nenad Popovic. Bozen und Wien 2001.

schaft sinnvoll eingesetzt, etwa beim neuen Telefonnetz. Der Westen, dessen Interessen nicht analysiert werden, spielt die Rolle des alleinigen Retters: Allerdings hätte er schon den ersten Opfern zu Hilfe eilen sollen und zögerte zu lange, ehe er das Land unter die »wohlthuende Zwangsverwaltung der Staatengemeinschaft« stellte.

Schnell findet man bei Oliver Tjaden (Jahrgang 1972) Fotos für ein langsames Betrachten: großflächige Werbeplakate für Designermoden vor zerstörten Häusern, ein kantiges Graffiti preist die »AK-47«, das Standardsturmgewehr der Balkankrieger, Menschen mit verstörtem Blick auf der Suche nach einem der immer noch rund 20.000 Vermißten, Gesichter von Überlebenden voller Mißtrauen und Trauer, Bilder vom Nachkriegssport Sitzvolleyball (für die vielen Bein- und Fußamputierten entstand in Bosnien sogar eine erste und eine zweite Liga im Sitzvolleyball). Die Bilder verweisen auf das unlösbar Endgültige des Krieges.⁹

Ein Paar aus Bosnien

Die amerikanische Jüdin Susan Schwartz Senstad lebt mit ihrem norwegischen Ehemann in Oslo, arbeitete jahrelang als Familienpsychologin und schrieb mit »Nullkind« einen Roman wie er ankommt: spannend, temporeich, psychologisch.¹⁰ Zum Plot: Ein Paar aus Bosnien, Mesud und Zheljika, flieht nach Norwegen zu einer Gastfamilie, dem Ehepaar Mette und Hans Olav. Mette, Tochter ungarischer Juden, ist aus biologischen Gründen kinderlos; und dabei hatte sie ihrem Vater, der den Genozid an den europäischen Juden knapp überlebte, mindestens drei Enkel versprochen. Zheljika hat einen Sohn, ein Vergewaltigungskind, das sie verleugnet. Der wirkungsvolle Konflikt vom Kampf um ein Kind ist psychologisch eindringlich gestaltet, politisch jedoch zuweilen klischeehaft (Die Serben, die Nachbarn, die Nachbarn vergewaltigten). Da der Roman den Bosnienkrieg mit dem Mord an den europäischen Juden in einer Zeit verbindet, in der die letzten Zeitzeugen von Auschwitz allmählich aussterben, kann man fragen, wird Bosnien ein neuer Ort, der zivilisatorische Ansprüche auf die Probe stellt?

9 Siehe Matthias Rüb/Oliver Tjaden: Flucht in die Zukunft — Bosnien nach dem Krieg. Bern: Benteli Verlag 2001.

10 Siehe Susan S. Senstad: Das Nullkind. München: dtv premium 2002.

Geschichtsschreibung von unten

Kurt Köpruner (Jahrgang 1951) ist ein österreichischer Geschäftsmann, der sich 1990 in eine Jugoslawin verliebte. Den Zerfall des Staates erlebte er unmittelbar — eine Erschütterung, die ihn zum Autor von »Reisen in das Land der Kriege« reifen ließ.¹¹ Medienberichten mißtrauend und Experten wie dem Schriftsteller Aleksandar Tisma vertrauend, lernte er meisterhaft Menschen zu charakterisieren und Landschaften zu erfassen. Peter Glotz, der das Vorwort schrieb, nennt Köpruners Geschichtsschreibung von unten bewundernswürdig — seine vielfältigen Begegnungen mit Trampnern, Kellnern, Rentnern, Studenten, Soldaten. Zudem blendet Kurt Köpruner auch auf, wo Korrespondenten wie Matthias Rüb abblenden, etwa bei der Frage, was die Balkankriege für die vielzitierte neue Weltordnung bedeuten.

Zum ersten Mal schoß die NATO scharf; setzte man die UNO-Charta außer Kraft; nutzten alle Kriegsparteien private PR-Abteilungen, um mit Massakerbildern Weltpolitik zu beeinflussen; bekam der Krieg Züge einer hoch technisierten Polizeiaktion. Seit dem Zweiten Weltkrieg kämpften deutsche Soldaten wieder, nach den Kolonialreichen zwangen westeuropäische Länder erneut andere Staaten unter ihre Verwaltung, der erste Rüstungswettlauf mit High-Tech-Waffen nach Ende der feindlichen Blöcke begann. So gesehen, könnte man die Balkankriege als Verhängnis für die viel zitierte neue Weltordnung nennen. Sicher verhandelt der anhaltende Diskurs darüber zentrale Fragen der Gegenwart: Ist Krieg ein legitimes Mittel der Politik? Wo und wann soll der Westen militärisch eingreifen? Wie können verschiedene Kulturen, wenn schon nicht miteinander, so wenigsten nebeneinander leben? Vereinen sie sich wirklich, das westliche und das östliche Europa? Es wird sich auch an der Drina entscheiden.

¹¹ Siehe Kurt Köpruner: *Reisen in das Land der Kriege. Erlebnisse eines Fremden in Jugoslawien*. Berlin: Espresso-Verlag 2001.

SCHÄUMENDES WASSER IM CANYON.
QUER DURCH DEN STAATENBUND:
VON SERBIEN NACH MONTENEGRO¹²

Noch ist nicht entschieden, wohin die Reise geht für den Staatenbund Serbien und Montenegro. In die jeweilige Unabhängigkeit? In eine gemeinsame sichere Zukunft? In ein Armenhaus?

»Das Attentat auf Djindjić war eine Tragödie«, meint Ivan Vejvoda. Als Politikwissenschaftler hat er den im März erschossenen Premierminister in der Außenpolitik beraten wie heute dessen Nachfolger · ivković. »Aber eine Tragödie«, fügt er hinzu, »die auch einen Keim neuer Hoffnung birgt. Es gibt ein allgemeines Aufwachen – in den Institutionen wie auf der Straße. Man schaut nicht mehr weg, schließt nicht mehr die Augen. Endlich werden die bekannten schwarzen Autos gestoppt.«

Optimistisch und eloquent plädiert er für einen serbischen Pragmatismus, den man brauche, um der Europäischen Union näher zu kommen. »Es wird sich noch 2003 entscheiden«, meint er, »ob Serbien im Staatenbund zusammen mit Montenegro oder allein den Weg in Richtung Europa geht.« Gemeinsam wäre es ihm lieber. Eine »Miniregatta zwischen zwei Staaten« nennt er das mehrmals während unseres Gespräches im Café des berühmten Hotels »Moskau«.

Deutlich weniger Zuversicht übermannt den Historiker Aleksa Djilas: »Wir werden für längere Zeit in einem Provisorium leben müssen.« Der Sohn des berühmtesten jugoslawischen Dissidenten Milovan Djilas (1911–1995) erhielt früh intime Kenntnisse von Machtstrukturen. Später lernte und lehrte er an Universitäten wie Harvard und Cambridge. Weltläufig berichtet er in seiner Belgrader Wohnung, wie er mit Egon Bahr diskutierte. Immerhin zeigte dieser zusammen mit Willy Brandt politische Phantasie im Provisorium des geteilten Deutschlands. Schwierigkeiten können durchaus kreativ wirken. Ein neues Durchdenken erzwingen.

Von seinem Land malt Djilas ein düsteres Bild: Überstürzt werde verhaftet; Rache, nicht Rechtsstaatlichkeit finde man häufig; ein neuer Personen- und Totenkult um Djindjić könnte entstehen, schon plane man Straßen und Plätze nach ihm zu benennen. »Manchmal«, fügt er hinzu, »ist die Europarhetorik auch nur eine Form des Chauvinismus. Zuerst müssen wir ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn herstellen. Und für die

12 Leicht gekürzt erschienen in »Freitag«. Berlin vom 13. Juni 2003.

meisten Menschen heißt Europa ohnehin nur: bequeme Wohnungen, schönere Kleidung, schnellere Autos, besser leben.«

Wer nicht wie die Eliten des Staatenbundes das Flugzeug nach Podgorica nimmt, sondern mit dem Auto, dem Linienbus oder der Eisenbahn quer durchs Land von der serbischen in die montenegrinische Hauptstadt fährt, sieht ein erschreckendes Nord-Süd-Gefälle — vom ungarisch-österreichisch geprägten Norden Serbiens bis zum muslimischen Sandak. Nach den weiten Ebenen um Belgrad wird die Landschaft hügeliger, wilder, reizvoller — und die Häuser ärmer. In der Ferne schimmern erhabene schneebedeckte Bergketten. Auf maroden Traktoren pflügen Bauern karge Felder. Nur in einigen der rostzerfressenen Fabriken wird gearbeitet. Der Frost der letzten Monate ließ die Risse in den alten porösen Häusern weiter auseinanderklaffen. Und im Sandak — dem Dreiländereck von Serbien, Montenegro und Bosnien — stechen aus Elendsquartieren Minarette in den blauen Himmel.

An einem verloren vor sich hindämmernden Busbahnhof wird gehalten zur Kaffeepause. Bezahlt wird nicht mehr in Dinar, sondern in Euro. Montenegro ist das einzige Land, das nicht in der EU ist und dennoch den Euro als Landeswährung besitzt. Die eigene Währung nährt die Hoffnungen der Unabhängigkeitsbefürworter. Würden diese sich durchsetzen, wäre Montenegro der kleinste Staat Europas und hätte dennoch alle Landschaftsformen des Kontinents. Mittel- und Hochgebirge, Seen, Meer, Ebene, Fjord, Schluchten, Wälder, Flüsse.

Tunnel, kühn geschwungene Brücken, in den Fels gesprengte Straßen — Meisterwerke der Ingenieurskunst bestaunt der Reisende bei der Fahrt durchs Gebirge. Die Sonne läßt Eis und Schnee auf den Gipfeln glitzern. Tief unten in den Felsenschluchten brodelt das Wasser der Tara, die unweit der Hauptverkehrsstraße die nach dem Colorado River tiefste Schlucht der Welt in den Kaltstein schnitt und wühlte. Plötzlich öffnet sich amphitheaterhaft die Landschaft zu einer Hochebene. Das aufbrausende Wasser des Canyon beruhigt sich — ausschweifend schlängelt sich der Fluß dahin, umspült bizarre Inseln aus Geröll und altem Holz; verbissen krallen sich knorrige Bäume in ein kärgliches bißchen Erde. Dann wird die Tara erneut in das enge Becken einer Felsenschlucht gezwungen. Das Wasser kommt in Trab, schließlich zeigen schaumgekrönte Wellen den Galopp an.

Wie überall im Lande weisen Kränze und Gedenktafeln auf zahlreiche Verkehrstote hin. Polizeikontrolleure lauern am Wegesrand, tagsüber selbst kleinste Verstöße ahndend, um ihre kargen Löhne aufzubessern.

Die für europäische Verhältnisse große Polizeidichte ist Teil eines staatlichen Beschäftigungsprogramms, mit dem sich die Regierung Djukanović Loyalitäten sichert.

So schmal die Straßen im Norden sind: Laster an Laster reihen sich — vorrangig aus Deutschland und Österreich. Einige halten das UN-Protectorat Kosovo am Leben, andere beliefern Montenegro mit westlichen Waren. Sie werden teuer verkauft im Land der schwarzen Berge. Während die einheimische Landwirtschaft darbt, gibt es deutsche Billigbutter zu horrenden Preisen. Insider wie Ivan Vejvoda gehen sogar soweit, daß diese Export-Import-Geschäfte die wirtschaftliche Grundlage Montenegros sind. »Deshalb müssen wir zusammengehen«, meint der Berater der serbischen Regierung, »einzeln sind wir zu schwach.«

»Der serbische Nationalismus spaltet noch immer«, hält Milan Popović von der Universität Podgorica dagegen. Die serbische Akademie ist nach wie vor ein Hort der Nationalisten. Slobodan Milošević bleibt bei Umfragen immer noch populär. Der Politikwissenschaftler, Schüler von Immanuel Wallerstein, plädiert für eine Unabhängigkeit des Landes und kritisiert den Wackelkurs des Westens. Zuerst habe man Montenegro mit DM- bzw. Euroeinführung in Richtung Unabhängigkeit gelockt, dann aber einen Staatenbund erzwungen. Gerade diejenigen wie er, die von Anfang an gegen das Milošević-Regime opponierten, wollten die Unabhängigkeit und fühlen sich jetzt durch Solana und die EU im Stich gelassen. Im Grunde paktiere die EU mit alten Kadern.

Klar bleibt aber auch: eine eindeutige Mehrheit gibt es weder für die Unabhängigkeit noch für einen Staatenbund. Letzterer besteht zwischen ungleichen Partner: In allem ist Serbien um ein Vielfaches größer als Montenegro — rund das Fünfzehnfache bei der Einwohnerzahl. Folglich führt die Gleichheit der zwei ungleichen Partner zu einer absurden Verzerrung des demokratischen Prinzips »eine Person — eine Stimme«. Zahlreiche Sonderregelungen mußten langwierig ausgehandelt werden.

In den City-Cafés von Podgorica, aus denen lauter Pop dröhnt, regt das keinen auf. Hier trägt man Designerbrillen und dünne schwarze Lederjacken — schon Montagvormittag ist die Flaniermeile gut besucht. Ein kleines Bier kostet hier doppelt soviel wie ein großes um die Ecke. Hier treffen sich die Kinder der Neureichen, die ihr Geld zumeist durch Import-Export-Geschäfte machten, und die, die dazu gehören wollen. Manche verschulden sich, leben in Bruchbuden, um im Designerchic in der angesagten Kneipe zu sitzen. Wo Geld ist, erkennt man an den Autos, die im Corso durch die Stadt fahren.

Roma-Clans versuchen ihr Glück. Zwei kräftige Männer an einem klapprigen Auto beobachten das Treiben ihrer Angehörigen. Zwei größere Kinder bedrängen Passanten, betteln aggressiv. Eine Frau mit einem wie betäubt schlafenden Kleinkind fleht still. Klagend sitzt eine Alte auf einem Mauervorsprung vor einer Schale mit wenigen Münzen. Einige größere Kinder und Jugendliche versuchen bei Ampelrot die Scheiben wartender Autos zu putzen.

Die Fahrt von Podgorica in die Küstenstadt Bar verläuft durch eine neue Landschaft zwischen Schönheit und Zerfall. Hinter den Bergen und jenseits der Pinienhaine stehen die Büsche am Straßenrand ganz still, nur ein Alter spielt auf einer Guslar — ein traditionelles, einsaitiges, gitarrenähnliches Instrument der Region. Der Schaffner setzt sich zu ihm, blickt aus dem verdreckten Fenster: wilde Autofriedhöfe am reizvollen Skutariensee, der ein Nationalpark ist. Bereits im September 1992 hat sich Montenegro in seiner Verfassung zum »Ökologischen Staat« deklariert. Ein langer Weg, bis es mehr als Papier ist.

Auf der Bühne dieser betörend schönen Landschaft spielen sich Szenen der Armut ab: Viele Dörfer sehen aus wie im Kriegszustand, teilweise zerfallen und dennoch bewohnt. Zerschlossene Wäsche tropft von der Leine. Kinder tollen auf Müllhalden herum. Männer schlagen Zeit tot durch Herumstehen, Rauchen, Palavern und starren dem Gefährt hinterher wie dem verlorenen Tag. Aber da zieht schon der Straßenstaub seinen Vorhang, und sie verschwinden.

Dann leuchtet das Blau des Meeres immer häufiger hinter den Pinien- und Zypressenhainen hervor, bis Bar erreicht ist, die größte Hafenstadt des Staatenbundes. Besonders die Adriaküste nährt die Hoffnung auf eine Renaissance des Tourismus. Die meerumspülte Altstadt von Budva und die Ferieninsel Sveti Stefan, der palmenumsäumte Fjord von Kotor und die Sandstrände nahe Ulcinj — man erinnert sich allmählich wieder der montenegrinischen Küste, die in den siebziger und achtziger Jahren viele Westeuropäer anlockte mit ihren lichten Stränden und winkligen Altstädten. Hier könnten Ökotouristen wie Beachpartyfans ihre Ferien verbringen. Süß- wie auch Meerwasserfische kommen frisch auf den Tisch.

Im kommenden Jahrzehnt sollen hier Hotels und Strände — vor allem durch westliche Investoren — kräftig ausgebaut werden. Unterstützt wird das Großprojekt durch einen, vom deutschen Tourismusexperten Johann Friedrich Engel initiierten, Masterplan. Doch noch zögern Reiseunternehmen wie Neckermann nennenswert einzusteigen und beschrän-

ken sich auf wenige Enklaven wie die von Seeräuberromantik immer noch durchwehte Insel Sveti Stefan. Doch das Spekulationsgeschäft mit lukrativen Grundstücken und Gebäuden blüht. Mehr denn je, berichten Insider, werden die Claims zwischen den verschiedenen politischen und ökonomischen Seilschaften abgesteckt — oft zu Lasten baugesetzlicher Vorschriften.

Vom Hafen in Bar führen verschiedene Routen in die Welt; das verarmte Albanien liegt gleich nebenan, aber auch eine Überfahrt nach Bari in Italien, ins Gelobte Land Europa, beansprucht nicht sonderlich viel Zeit.

Kritik und Information

ERNSTGERT KALBE

Internationale Konferenzen anlässlich der Eröffnung des Büros der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13./14. Mai 2003 in Moskau

Das waren schon bemerkenswerte Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit der Eröffnung einer Vertretung der »Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung«, Berlin, am 13./14. Mai 2003 in der Hauptstadt der Russischen Föderation, in Moskau, stattfanden. Mit beachtlicher Teilnahme der wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit und unter großer Beachtung russischer und internationaler Massenmedien, darunter ARD und BBC, führten das »Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften« und die »Rosa-Luxemburg-Stiftung«, Berlin, am 13. Mai eine internationale Konferenz zum hochaktuellen Thema »Neue Tendenzen in den internationalen Beziehungen und die Interessen Europas« durch, während am 14. Mai die »Gesellschaft Rußland – Deutschland« und die Berliner »Rosa-Luxemburg-Stiftung« ein Rund-Tisch-Kolloquium zum 60. Jahrestag der Schlacht im Kursker Bogen veranstalteten, das dem »Jahr 1943 in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und des Großen Vaterländischen Krieges« gewidmet war und die »aktuelle Bedeutung des Sieges über den Faschismus« in den Mittelpunkt rückte.

Das öffentliche Interesse war außerordentlich groß, was allein schon aus der Mitwirkung von mehr als 200 Teilnehmern, darunter ca. fünfzig hochrangigen Wissenschaftlern verschiedener Institute der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN), etwa zwanzig Vertretern anderer wissenschaftlicher Einrichtungen, wohl etwa 25 Mitarbeitern des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MID), seiner Institute sowie aktiver Politiker, darunter Botschafter und Abgeordnete, mindestens zehn Vertretern der Botschaft und verschiedener Stiftungen der Bundesrepublik in der Russischen Föderation, darunter der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung, zehn Mitarbeiter und Wissenschaftler der Rosa-

Luxemburg-Stiftung, Berlin, und mindestens 15 Vertreter verschiedener russischer und internationaler Print-, Funk- und Fernsehmedien.

Eine ungefähre Vorstellung von der ungewöhnlichen Aufmerksamkeit, die diese Veranstaltungen und die anschließende Präsentation der Moskauer Vertretung der Rosa-Luxemburg-Stiftung als linker, der PDS nahestehender Stiftung in der russischen Öffentlichkeit fand, geht aus Glückwünschen offizieller Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur sowie der erklärten Kooperationsbereitschaft vieler Teilnehmer hervor, die den Reden zur Eröffnung des Büros der Stiftung folgten.

Evelin Wittich, geschäftsführende Direktorin der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, umriß Anliegen und Zielvorstellungen der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung und wünschte dem Moskauer Stiftungsbüro Erfolg in der künftigen Arbeit;

Wolfgang Grabowski, der Leiter der Moskauer Stiftungsvertretung, stellte die Aufgaben zur politischen Bildungsarbeit und zur Förderung wissenschaftlicher Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gesellschaftsanalyse im Ringen um soziale Gerechtigkeit, demokratische europäische Kooperation und internationale Friedenssicherung gegen imperiale Globalisierung vor und dankte für die stets gute Zusammenarbeit mit den russischen Partnern;

Hans Modrow, PDS-Abgeordneter des Europaparlaments, verwies auf ein notwendiges demokratisch-alternatives Konzept der Europapolitik, insbesondere der Osterweiterung der EU, die ohne — oder gar gegen — Rußland undenkbar sei;

Pawel F. Ljadow, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Russischen Föderation und Vizepräsident der »Gesellschaft Rußland – Deutschland«, bekräftigte die Bereitschaft zu weiterer guter Zusammenarbeit sowohl im Rahmen dieser Gesellschaft wie mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wovon gerade die soeben gemeinsam durchgeführten wissenschaftlichen Veranstaltungen zeugten.

Überhaupt fanden die Moskauer Veranstaltungen in einer außerordentlich freundschaftlichen Atmosphäre gegenseitiger Achtung und Verständigung statt, selbst dann, wenn im wissenschaftlichen Meinungsstreit unterschiedliche Positionen zu aufgeworfenen Fragen vertreten wurden.

Akademienmitglied Nikolai P. Schmeljow, Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN), brachte das in seinen Begrüßungsworten zum Beginn des ersten Konferenztages zum Ausdruck, als er »alte und neue Freunde« in einer veränderten Welt in

Moskau willkommen hieß, die sich seit Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit neuen Herausforderungen konfrontiert sehen, seit dem 11. September 2001 auch mit neuen Bedrohungen des Terrorismus, die einerseits alte Völkerrechtsprinzipien zurückdrängen und andererseits neue internationale Interessenkoalitionen des Antiterrorismus der USA, Europas und Rußlands schaffen, aber auch freien Spielraum für Willkür in den internationalen Beziehungen hervorbringen.

Zum Gegenstand des Konferenzthemas »Neue Tendenzen in den internationalen Beziehungen und die Interessen Europas« merkte Schmeljow an, daß es dabei letztlich um das Verhältnis zwischen den USA, der Europäischen Union und Rußland ginge, weshalb es um saubere Analyse und konstruktive Phantasie ihrer Gestaltung ginge. Da die Schaffung einer unipolaren Welt nicht in der alleinigen Macht der USA läge, sei letztlich die Gefahr eines europäisch-atlantischen Zusammenstoßes gering; dagegen eskaliere der Nahe und Mittlere Osten infolge konfrontativer Fundamentalismen zur unmitttelbaren Zone eines (auch möglichen militärischen) Konfliktes, weshalb die Perspektive eines Europas als Einheit und gemeinsame europäisch-russische Bemühungen um Sicherheit und Zusammenarbeit von aktueller Bedeutung für Frieden und internationale Sicherheit seien. Rußland sehe sich heute mit neuen Problemen einer EU-Nachbarschaft konfrontiert: Finnland und Baltikum, Ukraine und Moldowa. Vieles für das internationale Gleichgewicht hänge vom Verhältnis zwischen der EU und Rußland ab. Rußland brauche ein ganzes Jahrhundert des Friedens zur Lösung seiner inneren Probleme; auch die Beziehungen mit und innerhalb der »Union der unabhängigen Staaten« hänge von der inneren Stabilität Rußlands ab.

Hans Modrow fragte in seinem Grußwort, was Europa sei, ob es im Verständnis der politischen Akteure vom Atlantik bis zum Ural reiche? Könne Europa mit einer Stimme sprechen oder lasse es sich in ein »altes« und »neues« Europa teilen? Werde es eine »Zwei-Klassen-EU« mit neuen Mauern nach Osten geben? Gelange Europa mit einer EU der 15 oder 25 (eventuell plus zwei: Moldowa und Türkei) zum Abschluß oder stehe es vor einem neuen Anfang? Er plädierte nachdrücklich für die Demokratisierung der Europäischen Union wie des Prozesses ihrer Osterweiterung, die eine enge Kooperation mit Rußland einschließen und eine neue Abschottung nach Osten ausschließen müsse. Dafür trete die konföderative Fraktion der »Vereinigten Europäischen Linken« im Europaparlament ein. Zugleich warnte er vor den Gefahren einer Sicherheitskonzeption, die einseitig auf eine Militärunion der EU setzt.

Der eigentlichen Konferenz über »neue Tendenzen in den internationalen Beziehungen« lag als Handreichung für die Teilnehmer ein Thesenpapier mit acht Diskussionspunkten zugrunde, deren inhaltliche Aussagen sich um das Dreiecksverhältnis zwischen USA, EU und Rußland in der internationalen Politik und deren reale und mögliche Veränderungen drehte. Die Thesen fokussierten die überaus lebhaftige Debatte *erstens* auf den Übergangscharakter der heutigen internationalen Beziehungen von einer bipolaren Welt zu einer neuen Weltordnung; konstatierten *zweitens* die neue Stellung der USA als mächtigstem Staat, der nach der bestimmten Rolle bei der Formierung des neuen Systems internationaler Beziehungen strebt, in dem sich der Platz der UNO, des Sicherheitsrats und der OSZE gravierend verändern, weshalb künftig vieles von der EU und Rußland abhängige; verwiesen *drittens* darauf, daß die USA ungeachtet ihrer Stärke nicht als aufgeklärter Führer der Welt agieren, sondern im Stile des 19./20. Jahrhunderts mittels grober Gewalt; dergestalt verkörpern die demokratischen Werte nicht die politische Orientierung der USA, sondern werden zur rituellen Begründung amerikanischer Gewaltpolitik benutzt; stelle sich *viertens* die Frage, ob es in der Welt des 21. Jahrhunderts mit ihrer zivilisatorischen Vielfalt überhaupt einen globalen Leader geben könne; alle bisherigen Ansprüche auf globale Führerschaft im 20. Jahrhundert seien gescheitert; zudem destabilisiere *fünftens* die reale Politik der USA die internationalen Beziehungen, treibe Spaltung in die Reihen ihrer Partner und Verbündeten, selbst solcher monolithischen Organisationen wie der NATO; sei *sechstens* Europa an stabilen und berechenbaren internationalen Beziehungen interessiert, was Widerstand gegen negative Tendenzen und Kräfte, darunter den internationalen Terrorismus einschliesse; stabile Beziehungen trügen zur Lösung der vielfältigen bekannten Probleme bei, vor denen die Menschheit im 21. Jahrhundert stehe; dafür bedürfe es klarer außenpolitischer Identität Europas, die noch nicht sichtbar sei; *siebtens* entspräche die Ausprägung einer eigenen außenpolitischen Identität Europas vollauf den russischen Interessen, was die Basis für eine fruchtbare gesamteuropäische Zusammenarbeit auf der Grundlage von Konsens und Kompromiß bilden und der Suche nach Lösungsmodellen wichtiger Probleme dienen würde; *achtens* seien weder Europa noch Rußland an einer Verschlechterung der Beziehungen zu den USA interessiert, selbst wenn sie Washington für diese oder jene konkrete Aktion kritisieren; vielmehr sei eine konstruktive Plattform für die Überwindung neu entstehender Widersprüche erforderlich, die gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Lösungen

einschließen — bei Beachtung der legitimen Interessen aller beteiligten Seiten.

Nach solcherart Präludien, die den Tenor der Konferenz bestimmten, wurden die heutigen internationalen Beziehungen in drei Themenkomplexen erörtert: I. Hauptergebnisse der Entwicklung des Systems der internationalen Beziehungen — auf dem Wege von der Konfrontation zur Zusammenarbeit? II. Grundinteressen der Hauptakteure in der internationalen Arena (Rußland – Europa – USA); III. Perspektiven der Entwicklung des Systems der internationalen Beziehungen und die Interessen Europas.

Freilich kann der lebhafteste und teilweise kontroverse Verlauf der Debatten hier nicht rekapituliert werden, weshalb wir uns auf wesentliche Aussagen der jeweiligen Referate zur Grundlegung der Diskussion beschränken müssen. Es sei jedoch der persönliche Eindruck mitgeteilt, daß namentlich in den russischen Beiträgen sehr unterschiedliche Positionen vertreten wurden, die von deutlicher Kritik an der Politik der USA über die Anpassung an die gegenwärtigen internationalen Gegebenheiten bis zur Befürwortung einer unbedingten Kooperation mit den USA reichten. Dagegen gab es Konsens hinsichtlich wünschenswerter enger Kooperationsbeziehungen zwischen EU-Europa und der Russischen Föderation im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse.

Zum *ersten Komplex* über »Hauptergebnisse der Entwicklung des Systems der internationalen Beziehungen« warnte Akademiemitglied Witali W. Shurkin, Europa-Institut der RAN, in seinem Referat vor Gefahren einer »Mythologisierung« der Debatte zwischen Pro- und Antiamerikanismus. Freilich sei die Macht der USA stetig gewachsen — nach 1945, 1948, 1961/1962, selbst nach 1973/1975 in Vietnam — jedoch gelinge niemandem die Errichtung einer Weltherrschaft: nicht dem Hitlerfaschismus, nicht der Sowjetunion, auch nicht den USA. Henry Kissinger habe betont, daß die eigene Weltherrschaft von keiner Macht durchgesetzt werden könne, auch nicht von den mächtigen USA. China, Indien, Europa, Rußland, Japan stünden gegen alle Weltherrschaftspläne, wobei z. B. das heutige wirtschaftliche Gefälle zwischen den USA und China geringer sei als dasjenige zwischen den USA und der Sowjetunion in den 70er Jahren. In den USA widerstreiten gegenwärtig einerseits die Tendenz des gewaltsamen Strebens nach Weltherrschaft, gestützt auf die psychologischen Folgen des 11. September 2001, andererseits die Tendenz partnerschaftlicher Kooperation im Prozeß der Globalisierung,

mit deren ökonomisch determiniertem Wesen und politischen Konsequenzen man sich ernsthaft beschäftigen müsse.

Gegen die in der Irak-Aggression offenbarte Gewalttendenz der USA-Politik haben Frankreich, Deutschland und Rußland das Völkerrecht verteidigt. Obwohl der Krieg nicht zu verhindern war, habe diese Haltung die UNO gestärkt. Die Beziehungen zwischen den USA und Europa seien durch Konfrontation und Kooperation geprägt, wobei Europa an Sicherheit und Stabilität, z. B. auf dem Balkan, interessiert sei, was in der Bildung einer Militärunion zum Ausdruck komme. Für die Russische Föderation ihrerseits sei die Kooperation mit der EU ein ökonomisches und politisches Erfordernis, wobei Rußlands Motivation dafür vor allem an friedlichen Bedingungen für seine »Wiedergeburt« läge.

Das deutsche Koreferat zu den »Internationalen Beziehungen und den Interessen Europas« hielt Erhard Crome, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Er ging davon aus, daß der Irak-Krieg, der eine Zäsur im Verhältnis von Konfrontation und Kooperation in den internationalen Beziehungen markiert, in den USA selbst eine konträre Diskussion um imperiale Politik bzw. eine imperiale Weltordnung ausgelöst hat. Die USA, die die strukturelle Übergangskrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts zur Umwandlung des kapitalistischen Weltsystems in ein von ihnen kontrolliertes Imperium nutzen möchten, bringen das internationale Gleichgewicht aus den Fugen und stürzen die Beziehungen zwischen seinen Teilen ins Chaos, darunter die atlantisch-europäisch-asiatischen wie auch die zwischen Norden und Süden. Zbigniew Brzezinski habe zu Recht festgestellt, daß die USA kein Übergewicht gegenüber Eurasien herzustellen vermöchten, erst recht, insofern Europa und Rußland, China und Indien gemeinsame Positionen in Grundfragen fänden.

Der Irak-Krieg sei weniger ein Zeichen der Stärke als vielmehr der Schwäche der USA. Die UNO sei durch die Verweigerung eines Votums für den Krieg politisch gestärkt worden, obwohl alle wußten, daß dieser Krieg kommen würde.

Crome schlußfolgerte aus den internationalen Gegebenheiten, daß drei Gegentendenzen gegen eine unipolare Weltordnung wirksam seien: die Fortexistenz einer internationalen Staatenordnung; die Zunahme demokratischer Verhältnisse bei vielen Völkern, was die Demokratiefrage auch an die USA-Verhältnisse stelle; die wachsende Mobilisierung von Friedenskräften und Globalisierungskritikern in aller Welt.

Aus der vielschichtigen Diskussion seien hier nur zwei konträre Meinungen rekapituliert: Amerika sei für uns heute wichtiger als die UNO,

insbesondere wegen der unabdingbaren Lösung der gefährlichen Nahostkrise; Schlußfolgerungen zur veränderten internationalen Situation nach dem Irak-Krieg seien noch verfrüht, vielmehr sei ein gemeinsames deutsch-russisches Wissenschaftsprojekt zur Analyse der internationalen Beziehungen am Platze, die heute wohl eher von der Kooperation zur Konfrontation tendierten als umgekehrt.

Zum *zweiten Komplex*, der die »Grundinteressen der Hauptakteure in der internationalen Arena« beleuchten sollte, referierte zunächst Dmitri A. Danilow, Leiter der Abteilung für Europäische Sicherheit am Europa-Institut der RAN, über die Interessenlage europäischer Staaten im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg. Dabei hob er die völkerrechtlich begründete Haltung hervor, die Frankreich, Deutschland und Rußland gegen die USA-Aggression im Irak einnahmen, und warf die Frage auf, ob es die USA auf eine weitere Verschärfung der Haltung gegenüber diesen und anderen europäischen Staaten (Belgien, Luxemburg) anlegen, was wenig wahrscheinlich sei. Die Irak-Krise habe gezeigt, daß es eine gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union nicht gibt, wohl aber nationale Politiken innerhalb der EU, die im Eigeninteresse mit wechselnden Kooperationen verfolgt werden. Deshalb bleibe auch eine europäische Verteidigungspolitik innerhalb und neben der NATO für heute und morgen eng begrenzt. Angesichts der Stärke der Vereinigten Staaten blieben diese für die EU auch weiterhin der wichtigste Partner. Was Rußland betreffe, so könne und wolle es seine Beziehungen mit der EU entwickeln und ausbauen, während das mit den USA schwierig sei und wiederholt auf neue Schwierigkeiten stoße. Die USA nutzten bis zur Stunde die Antiterrorkoalition wie die Beschwörung von Gefahren eines Osama Bin Laden oder Saddam Husseins zum Ausbau ihrer hegemonialen Positionen in Eurasien.

Im anschließenden Referat beleuchtete der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech Rolle und Probleme der UNO im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt. Er wertete die militärische Aggression gegen den Irak als schwere Niederlage der UNO, die jedoch angesichts der weitgehenden Isolation der USA in der Irak-Krise von den Vereinigten Staaten weiter toleriert werden müsse, um wenigstens nachträglich eine Scheinlegitimation für ihr Vorgehen zu erhalten. Der Referent ging auf die Geschichte des Irak-Konflikts seit 1990 ein, an dessen Anfang und Ende militärische »Lösungen« zugunsten amerikanischer Erdölinteressen standen. Die geopolitischen Ziele der USA seien aber erst erreicht, wenn Syrien, Iran und der gesamte Nahe Osten amerikanisch kontrolliert wer-

de. Dafür kalkulieren die USA »militärische Präventivschläge« gegen vermeintliche »Nuklearstaaten« ein, behalten sich ihrerseits den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vor und verzichten notfalls auch auf die Legitimation der UNO für ihre Kriegszüge. Obwohl die UNO ihre universale Funktion der Friedenssicherung kaum wiedererlangen könne, gehe es um die Verteidigung der UNO als institutionellen Rahmen des Völkerrechts. Da die USA ihre Strategie trotz militärischer Überlegenheit nicht unilateral durchsetzen und sich dem Geflecht internationaler Institutionen nur schwer entziehen könne, gehe es um die Wiederherstellung einer UNO-Friedensordnung, die nach dem Wegfall eines internationalen Gleichgewichts den Sturz in Chaos und Gewalt verhindern könne. Dafür müsse die UNO reformiert, dürfe aber nicht aufgelöst werden.

Der *dritte Komplex* zu den Perspektiven des Systems der internationalen Beziehungen, der in breiter freier Diskussion erörtert wurde, verband sich folgerichtig mit Überlegungen zum Fazit der Konferenz. Dafür scheinen mir die abschließenden Beiträge von Michael Brie, Direktor des Instituts für Politik der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, und Nikolaj P. Schmeljow, Direktor des Europa-Instituts der RAN, von besonderer Relevanz.

Michael Brie verband seinen Dank namens der Rosa-Luxemburg-Stiftung an das Europa-Institut der RAN mit Gedanken zur weiteren Zusammenarbeit. Dabei gab er seinen hauptsächlichen Eindruck wieder, daß auf der Konferenz vorrangig über die USA-Politik geredet wurde und wählte dabei das Bild, wie der »Boxer« USA durch die »Schachspieler« Europa und Rußland gezügelt werden könnte. In diesem Kontext überlegte Brie, ob die europäischen Akteure genügend an der politischen Tagesordnung mitarbeiten, daran, was auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse, nicht im Sinne eines vordergründigen Antiamerikanismus, vielmehr mit dem Ziel des politischen Antihegemonismus. Auch eine erweiterte EU werde keine neue Supermacht verkörpern, insofern keinen Konkurrenten zum »Boxer« USA darstellen, wohl aber könne sie eine wichtige Rolle des Ausgleichs spielen und Formen der Kooperation entwickeln, die gemeinsamen Interessen dienen.

Als Zone demokratischer Konfliktlösung und des sozialen Ausgleichs müsse die EU in den internationalen Beziehungen eine aktive Rolle spielen. Freilich sei auch der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der auch eine Folge verletzter Würde und sozialer Bedrückung sei, eine wesentliche Aufgabe; jedoch seien weder die USA, noch die EU, noch Rußland vorrangig vom Terrorismus bedroht, sondern zuvörderst durch

ungelöste sozialpolitische Probleme. In diesem Sinne wünschte Brie weitere konkrete Schritte gemeinsamer Arbeit.

Im Unterschied zu der positiven Sicht Michael Bries — namentlich auf die Rolle der EU — gerieten die Schlußbetrachtungen Nikolaj P. Schmeljows wesentlich weniger optimistisch. Man könne das Ergebnis dieser interessanten Konferenz, deren wesentliche Beiträge publiziert werden sollen, noch nicht ziehen; für Verallgemeinerungen sei es noch zu früh. Einige Grundaussagen aber könne man treffen: Die Welt habe sich grundlegend verändert; die heutigen Konflikte stellen nicht das Ende, sondern den Anfang globaler Probleme dar.

Alle Erwartungen in die EU — wie auch in das neue Deutschland — hätten sich bislang nicht erfüllt. Mit Sicherheit könne man jedoch sagen, daß alle bisherigen Versuche unipolarer Weltordnungen gescheitert seien, wovon man auch für die Zukunft ausgehen könne. Indessen sei wohl auch wirksamer Protest gegen politischen Hegemonismus eine Illusion; das Leben sei ein Kampf im Dschungel. In der Geschichte der Menschheit seien Visionen niemals zur Realität geworden; der Himmel auf Erden war nicht und wird nicht sein. Freilich müsse man darüber nachdenken, was in den internationalen Beziehungen erreicht werden könne; aber die Schaffung eines neuen Systems internationaler Normen und Regeln sei ein langer Prozeß. Auf der Suche nach Lösungen wünsche er den Veranstalter gemeinsamen Erfolg.

Die Konferenz offenbarte zugleich einige Desiderata, die in der Diskussion auch mehrfach benannt wurden.

Bruno Mahlow, Berlin, z. B. merkte zum Prozeß der EU-Osterweiterung an, daß die ostmittel- und südosteuropäischen Länder ihren EU-Beitritt auf gleicher Augenhöhe mit den Altmitgliedern vollziehen wollen, wozu sie sich der Hilfe der USA und der NATO bedienen möchten, indem sie den Kurs der USA in der Irak-Krise unterstützen. Ihm scheinne, daß Rußland den Anliegen der ostmittel- und südosteuropäischen EU-Beitrittsländern zu wenig Aufmerksamkeit widme.

Ein russischer Teilnehmer, dessen Name dem Rezensenten entgangen ist, konstatierte die fehlende Einbeziehung Chinas und Indiens in die Betrachtung der internationalen Beziehungen, wobei beide Länder eine zentrale Rolle für die Positionen Rußlands im Mittleren und Fernen Osten spielen würden. Auch wenn Rußland seit 1990 zunehmend von einer globalen Politik abgerückt sei, müsse es auch künftig mit den USA kooperieren, schon wegen seiner vitalen Interessen in Zentralasien.

Bedauerlich erscheint auch, daß die komplizierten Probleme der zwischenstaatlichen Beziehungen der GUS-Staaten auf der Konferenz faktisch nicht berührt wurden, obwohl sie für die Konfliktlösung in der Kaukasusregion und die Kräftekonstellation der internationalen Akteure in Mittelasien von zentralem Gewicht sind.

Schließlich steuerte der Botschafter der Russischen Föderation, Wladislaw P. Terechow, interessante Betrachtungen zum Verlust des alten Gleichgewichts und der Suche nach dem noch nicht gefundenen neuen Gleichgewicht bei, was eine Übergangsperiode mit Unsicherheiten, Mißtrauen und Konflikten in den internationalen Beziehungen nach sich zöge. Ausgehend von den Erfahrungen im Irak-Konflikt, insistierte er darauf, den Dialog anstelle des Zusammenstoßes der Zivilisationen zu suchen, wenn man bedenke, daß 20 Prozent der Menschheit Muselmanen sind. Dabei merkte er an, daß bestimmte Beziehungsnormen durchaus veränderlich seien, jedoch die Prinzipien der Beziehungen, die in der UNO-Charta festgeschrieben sind, bewahrt werden müssen, z. B. das Gebot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Staaten.

Kritisch merkte er zur Situation in Europa an, daß die Europäische Union — einschließlich Deutschlands — ihre Positionen zu Rußland noch nicht definiert hätten. Die faktische Weigerung, Rußland — wie es ist — als Teil Europas anzunehmen, habe wohl eher innen- als außenpolitische Gründe.

Der erste Konferenztag ging mit einer Fülle von Informationen, Erkenntnissen, Anregungen und Vorschlägen zu Ende, die für die künftige Zusammenarbeit auf dem Felde der politischen Bildung wie der wissenschaftlichen Analyse zwischen Institutionen der Russischen Föderation und der Rosa-Luxemburg-Stiftung erfreuliche Perspektiven eröffnen.

*

*

*

Am 14. Mai 2003 fand im Moskauer »Haus der Freundschaft« das Rund-Tisch-Kolloquium anläßlich des 60. Jahrestages der Schlacht im Kursker Bogen zum Thema »Das Jahr 1943 in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und des Großen Vaterländischen Krieges. Die aktuelle Bedeutung des Sieges über den Faschismus« statt, wiederum mit erstaunlich breiter Teilnahme der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit, darunter zahlreicher Diplomaten und Militärs.

Nach herzlicher Begrüßung der Teilnehmer namens der »Gesellschaft Rußland – Deutschland« durch deren Präsidenten, Jurij A. Osipjan, sowie namens der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin durch deren geschäftsführende Direktorin, Evelin Wittich, hielt der in Deutschland wohlbekannte Politiker und Diplomat Walentin M. Falin das erste Referat zum »Jahr 1943 als Jahr kritischer Entscheidungen«. Falin verdeutlichte, daß das Thema nicht nostalgischer Geschichtsbetrachtung geschuldet ist, sondern damalige Ereignisse und Entscheidungen großen Einfluß auf die gesamte Nachkriegsordnung hatten und Auswirkungen bis in die Gegenwart haben. Die Geschehnisse von 1943 hätten weitgehend nicht nur die künftige Struktur der Weltordnung in der gesamten Nachkriegsperiode präjudiziert, sondern auch das Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion bestimmt und die Frage nach dem künftigen Verhalten gegenüber den Völkern in den noch bestehenden Kolonien aufgeworfen. Falin rekapitulierte die Positionen der Westmächte gegenüber der Sowjetunion in den verschiedenen Kriegsetappen. Er erinnerte an die Absichten Winston Churchills, die Sowjetunion in einem Zustand relativer Schwäche zu halten, während Franklin D. Roosevelt mindestens seit der Schlacht im Kursker Bogen — auch gegen die Vorbehalte Churchills — verstand, das man der Sowjetunion als bedeutendem Bündnispartner, der noch immer die Hauptlast im Kampf gegen den Hitlerfaschismus trug, entgegenkommen müsse, sowohl bezüglich der Eröffnung einer zweiten Front im Westen, als auch im Hinblick auf sowjetische Nachkriegsvorstellungen.

Falin analysierte sodann die Auseinandersetzungen um die Bildung einer zweiten Front, in deren Verlauf die Westmächte deren Eröffnung für 1943 zusagten, freilich mit offener Option der geographischen Region, wobei sich zunächst Churchills Variante einer Balkan- und Italien-Intervention durchsetzte. Stalin, der die westlichen Alliierten auf die Schaffung einer zweiten (West-)Front noch 1943 verpflichten wollte, mußte jedoch nach der Konferenz von Teheran vom Dezember 1943, als die Sowjetunion schon längst allein die Kriegsentscheidung hätte herbeiführen können, auf die Landung der Westmächte in der Normandie noch bis Juni 1944 warten. Vom August 1943 (Kursk), Herbst 1944 (Befreiung des Balkans) und Februar 1945 (Jalta) habe ein scharfer Wettlauf der Alliierten um eine günstige Ausgangssituation für die Durchsetzung ihrer Positionen in der Nachkriegsordnung stattgefunden, wobei die Westmächte den sowjetischen Einfluß begrenzen wollten. Das habe auch für die Deutschlandpolitik gegolten, die der Referent indessen nicht näher exemplifizierte. Die Aussagen zur Nachkriegsperiode beschränkten

sich auf die antifaschistische Befreierrolle der Sowjetunion gegenüber den unterjochten Völkern, während die Frage nach Auswirkungen bis in die Gegenwart leider offen blieb. Insofern ging das vermittelte Geschichtsbild nicht wesentlich über traditionelle sowjetische Sichten der Problematik hinaus. Es war eine Absage an den »modernen« Geschichtsrevisionismus.

Der nachfolgende Beitrag von Hans Modrow zu »aktuellen Aspekten des Zweiten Weltkriegs« wurde mit persönlichen Erinnerungen des Referenten eingeleitet, der als Volkssturmmann im Januar 1945 einen Weg von Stettin bis Rügen und über eine vierjährige sowjetische Gefangenschaft im Januar 1949 nach Deutschland zurückkehrte. Die Gefangenschaft wie der Besuch einer Antifa-Schule hätten Lehren für das Leben vermittelt und seien seine Universitäten gewesen. Unter Bezugnahme auf die von Falin dargestellten unterschiedlichen Kriegsziele der Mächte der Antihitlerkoalition, hob Modrow hervor, daß die DDR den 8. Mai zum Feiertag der Befreiung erhoben habe, daß der zweite Weltkrieg für ihn und viele seiner Generation der Große Vaterländische Krieg der Sowjetvölker bleibe. Wenn es um Folgen für die Gegenwart ginge, dann dürfe man die gesamte Nachkriegszeit, die Zeiten des »Kalten Krieges« und der Blockkonfrontation nicht ausblenden, die vielfältige, nicht einseitige objektive wie subjektive Ursachen hatten. Wer heute über politische Fehler der Sowjetunion rede und schreibe, möge nicht vergessen, daß das Kräftegleichgewicht der Kernwaffenbesitzer, die Vernunft beider Seiten, eine lange Periode des Friedens gesichert habe. Aus seiner Sicht sei auch heute die Friedenssicherung von entscheidender Bedeutung, weshalb er die Frage nach der Friedensfähigkeit der Mächte heute aufwarf, die schon seit langem anstehe, u. a. auch im seinerzeitigen Dialog-Dokument von SPD und SED. Vielleicht sollten die Moskauer Vertretungen von Friedrich-Ebert-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung die Friedensfähigkeit der Mächte erneut gemeinsam diskutieren. Der Kampf gegen wiederbelebte Kriegspolitik, für die Beseitigung von Kernwaffen seien unverändert erforderlich, wie zuletzt durch die Aggression gegen den Irak erneut sichtbar geworden. Dabei sei eine gemeinsame europäische Stimme gegen den Krieg nötig; die EU sei jedoch noch weit von einer einstimmigen Friedenspolitik entfernt. Daß sich Paris, Berlin und Moskau in der Irak-Krise nahe waren, sei ein Zeichen der Hoffnung, das die Anti-Kriegsbewegung beflügeln sollte. Modrow erinnerte an das Sozialforum wie an die internationalen Antikriegsdemonstrationen am 15. Februar 2003.

Ein drittes Referat hielt Armeegeneral M. A. Garejew, Präsident der Akademie für Militärwissenschaften, zur »strategischen Bedeutung der Kursker Schlacht«. Nach detaillierter Darstellung der strategischen Konzepte des sowjetischen wie des deutschen Kommandos, ging er auf die Rolle verschiedener Waffengattungen im Kursker Bogen ein. Die besondere Rolle dieser Schlacht erblickte er — im Unterschied zur Stalingrader Schlacht — darin, daß der Kampf um Kursk keine erzwungene Verteidigungsschlacht, sondern eine geplante Offensivschlacht war, mit der die strategische Initiative endgültig auf die Rote Armee übergegangen war. Insofern setzte der Vortrag interessante Akzente zur Bedeutung der Stalingrader wie der Kursker Schlacht, wobei letztere den kriegsentscheidenden Umschwung bewirkte.

Anschließend referierte der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech über »die Bedeutung des Sieges über den Faschismus für die Entwicklung von Völkerrechtsnormen«, wobei er zunächst einen interessanten Exkurs von der Bildung des Völkerbundes über die Politik der kollektiven Sicherheit bis zur Konferenz von Dumbarton Oakes und zur UNO-Gründung anbot. Paech hob insbesondere die Vereinbarung über das Vetorecht der Großmächte der Antihitlerkoalition hervor, das eine Instrumentalisierung der UNO für einseitige Interessen von Großmächten verhindert habe. Das Vetorecht habe auch eine mögliche Manipulierung der UNO im Irak-Krieg unmöglich gemacht. Obwohl dieser Krieg natürlich auch eine Niederlage der UNO darstelle, habe sie jedoch eine Beugung des Völkerrechts verhindert. Bei allen gegenwärtig sicher nötigen Reformen der UNO müsse das Vetorecht erhalten bleiben, um unipolare Entscheidungen dominanter Mächte auszuschließen.

In der freien Diskussion kamen verschiedene Fragen zur Sprache, darunter ein Beitrag von Ernstgert Kalbe zu »autochthoner Volksdemokratie oder sowjetischer Revolutionsexport«, auf den hier nur Bezug genommen wird, weil Valentin M. Falin in seinem Schlußwort ausdrücklich darauf einging, wobei er die im Antifaschismus verwurzelten Grundlagen der volksdemokratischen Umwälzungen ausdrücklich betonte, an sowjetische Warnungen vor vorschnellen sozialistischen Experimenten erinnerte, und die unterschiedlichen konkreten Aufgaben in den einzelnen Ländern ansprach; erst mit dem Übergang zum »Kalten Krieg« sei eine Nivellierung dieses Prozesses und eine Dominanz des sowjetischen Modells durchgesetzt worden. Ausdrücklich verwahrte er sich gegen Tendenzen eines Geschichtsrevisionismus, die der Sowjetunion Präven-

tivkriegsabsichten gegen Hitlerdeutschland im Interesse nachfolgender expansiver Großmachtabsichten unterstellten.

Insgesamt bleibt der Eindruck zurück, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit begonnen hat, wofür die langjährigen traditionellen Beziehungen von Akteuren des politischen und wissenschaftlichen Lebens aus vergangenen Zeiten der befreundeten UdSSR und DDR eine hilfreiche Rolle spielen können. Für geschichtsrevisionistische, negative Totalurteile über den historischen Platz der UdSSR und ihre Rolle im zweiten Weltkrieg war auf den gemeinsamen Veranstaltungen kein Platz, wohl aber für kritisches Hinterfragen der eigenen Geschichte. Erst recht für die analytische Suche und für pragmatische Antworten und Lösungen auf neue Probleme, die nach der Implosion des Staatssozialismus auftreten. Mir scheint, ein gutes Pflaster für sachgerechte Zusammenarbeit: vielleicht ein Heimspiel für die Rosa-Luxemburg-Stiftung?

JULIAN ORWICZ

In Warschau eröffnete das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den ostmitteleuropäischen Raum

Mit dem Namen von Rosa Luxemburg im Jahre 15 der als Transformation in die Geschichtsbücher eingehenden Zeit in Warschau ankommen zu wollen, ist wohl durchaus verwegen, vor allem jedoch über die Maßen reizvoll. Denn mittlerweile sind im Lande alle — ja: alle Spuren eines wie auch immer gearteten öffentlichen Gedenkens an die große Polin getilgt. Keine Straße trägt mehr ihren Namen, keine Gedenktafel erinnert an Spuren ihres Daseins — nicht in Warschau, nicht in Wrocław, nicht in Zamość, nirgends sonstwo im Land zwischen Oder und Bug. Als jüngst die EU-Kommission dem Land überraschend schlechte Noten ausstellte bezüglich der Gleichstellungspolitik der Geschlechter, mochte wohl kaum jemand einen Bezug zu Rosa Luxemburg herstellen. Und doch mutet es merkwürdig an, daß im historischen Gedächtnis des Landes Männer aller politischen Couleur mittlerweile bei verschiedenster Gelegenheit durchaus einträchtig beieinander sich wiederfinden, die einzige Frau Polens jedoch, die durch ihre politische Tätigkeit zu Weltruhm gelangte, mit keiner Silbe Erwähnung findet. Wird dieses Mißverhältnis offen angesprochen, kommen merkwürdig anmutende Argumente zu Tage, die das heutige Totschweigen rechtfertigen sollen: Sie sei Kommunistin und Jüdin gewesen, habe dem polnischen Kampf für die Unabhängigkeit großen Schaden zugefügt, habe sich überhaupt abgewandt von der polnischen Sache zugunsten der jüdisch-bolschewistischen Revolution. Ihr Märtyrertod sei zudem deutsche Angelegenheit, weshalb er für eine eventuelle Würdigung in Polen nicht sonderlich ins Gewicht falle.

Nun hängt seit dem 21. Mai 2003 wenigstens ein einziges Schild in Polens Hauptstadt, auf dem der Name polnisch und deutsch zu lesen ist: Fundacja im. Róży Luksemburg — Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein gutes Zeichen dürfte zudem sein, daß das kleine Büro der Stiftung in der Krzywicki-Straße sich befindet, was sicherlich einem Zufall geschuldet ist, der aber zu kurzer Reflexion zwingt. Denn Ludwik Krzywicki (1859

bis 1941) regte als erster die polnische Übersetzung des ersten Bandes von »Das Kapital« an und zeichnete sich damit aus. Er gehört zur ersten Generation der an Marx'schem Denken geschulten polnischen Gesellschaftswissenschaftler und blieb zeitlebens den Ideen von sozialer Gerechtigkeit und Sozialismus treu. Wenn er dem Rätekommunismus und der gesellschaftlichen Praxis in Sowjetrußland bzw. später in der Sowjetunion skeptisch und ablehnend gegenüberstand, dann aus Gründen, die heute nur zu verständlich geworden sind. Vom Reichtum der auf die Befreiung der Arbeit und die Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaft gerichteten Bewegung in der polnischen Geschichte zeugen jedenfalls beide Namen, die nunmehr auf Visitenkarten und Briefpapier des Stiftungsbüros einträglich nebeneinander und nicht ganz unpassend koexistieren.

Auch wenn das Hauptaugenmerk der Büroarbeit zukünftig auf gänzlich anderen Feldern liegen wird, bleibt es für einen verständigen Menschen jedenfalls reizvoll, praktisch auf Schritt und Tritt bei Namensnennung hierzulande an Geschichte erinnern zu können. Da die polnische Gesellschaft im Augenblick vor allem in Pragmatismus und Wertschöpfung sich zu üben scheint, kein zu verachtender Reiz. Bei Gelegenheit der feierlichen Eröffnung meinte folgerichtig Büroleiter Holger Politt, daß Rosa Luxemburg mit Sicherheit als große Polin bezeichnet werden darf, auch wenn nicht ganz feststehe, ob ihr ein Ehrenplatz unter den großen Patrioten des Landes zustehen würde. Er holte sich sogleich eine kameradschaftlich gemeinte Rüge ab von Stefan Leder, der es wissen muß, schaut er als Arzt und Psychiater doch auf ein beeindruckendes Lebenswerk im Sinne des unbeirrten Einsatzes für eine gerechte Gesellschaft zurück. Unlängst erschien im Berliner Verlag edition bodoni das Buch »Unbeirrbar Rot. Zeugen und Zeugnisse einer Familie«, erzählt und zusammengestellt von den Brüdern Stefan und Witold Leder. Deren Vater, Władysław Leder (1880–1938), wirkte in den Reihen der KP Polens und kam wie die meisten intellektuellen Köpfe dieser Partei auf Geheiß Stalins um. Stefan Leder jedenfalls meinte überlegend, Rosa gehöre ohne Zweifel in den Kreis der großen Patrioten des Landes.

Überhaupt ging es zur Eröffnung entspannt und gelöst zu. Mit dazu beigetragen haben sicher die Bilder des Malers Janusz Michalik, die ihre Anregung dem Kloster in Kazimierz Dolny verdanken, einem kleinen, am malerischen Weichselknick gelegenen Städtchen, in dem wie in Venedig — um den ganz gewiß vermessenen Vergleich wenigstens einmal zu wagen — mitunter die Zeit im 18. Jahrhundert stehengeblieben zu sein

scheint. Zum Programm des Büros sollen derartige Ausstellungen auch künftig regelmäßig gehören. Die Büroräume jedenfalls bieten dafür günstigste Voraussetzungen.

Als erste Rednerin ergriff Evelin Wittich das Wort. Als Geschäftsführerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung erinnerte sie an den langen ereignis- und arbeitsreichen Weg, den die Stiftung bis zur Eröffnung der ersten Auslandsbüros zurücklegte. Dabei wurde insbesondere auf die langfristige und bereits traditionelle Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Tschechien und Polen erinnert. Wiesław Klimczak, Vorsitzender der polnischen Veit-Stoß-Gesellschaft, verlaß einen Brief des polnischen Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz. Darin wird u. a. gewürdigt, daß mit der Eröffnung des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Lücke in den Vertretungen deutscher politischer Stiftungen in Polen geschlossen werde. Gesine Lötzsch, Abgeordnete der PDS im Deutschen Bundestag, entwickelte in gebotener Kürze einen trefflichen Gedanken über den Zusammenhang von Frauen, Politik und sozialer Gerechtigkeit im immer weiter sich zusammenschließenden Europa.

Unter den Gästen konnte u. a. Maria Szyszkowska begrüßt werden, die für die in Polen regierende SLD (Bündnis der demokratischen Linken) im Senat (polnisches Oberhaus) sitzt. Als Vorsitzende der Ethik-Kommission beim Parteivorstand der SLD trat sie in der jüngsten Zeit als scharfe Kritikerin an bestimmten Zuständen der Regierungspartei öffentlich in Erscheinung. Außerdem führt die sich mit Vorliebe auf Kant beziehende Philosophie-Professorin nach Stil und Inhalt eine gleichermaßen elegante wie scharfe Feder, wenn es um die Anprangerung der sozialen Schiefelage im Lande geht. Ein gern gesehener Gesprächspartner war zudem Andrzej Ziemiński, seines Zeichens frischgebackener Vorsitzender der PPS (Polnischen Sozialistischen Partei). Zwar hat die Partei bereits bessere Zeiten erlebt, aber immerhin gilt sie mit ihren knapp 5.000 Mitgliedern noch immer als ein Zeichen der Hoffnung, wenn es um die Frage geht, ob jenseits der SLD überhaupt aussichtsreiche linke Politik betrieben werden könne. Ziemiński gab zu verstehen, daß die Partei bei den künftigen Wahlen — anders als die UP (Union der Arbeit) — nicht mit der SLD zusammengehen werde, obwohl er als Fürsprecher einer moderierten Zusammenarbeit mit den Regierungsparteien gilt.

Ein erstes Examen erwartete die Mannschaft des Warschauer Büros am 22. Mai 2003, als in Warschau mit dem Workshop zum Thema »Europäische Vision und soziale Gerechtigkeit« erstmals ein breiteres Publikum angesprochen wurde. Redner aus Tschechien, Polen und

Deutschland sorgten für eine spannende, lebendige und deshalb für das Publikum überaus abwechslungsreiche Diskussion. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit ist eines der brennendsten Gegenwartsthemen in der polnischen Diskussion, obwohl oder gerade weil Politiker praktisch aller Couleur sich an dieser heiklen Frage gerne vorbeimogeln. Die Bevölkerung wird lieber auf wirtschaftliches Wachstum vertröstet bzw. mit anderen Themen behelligt, beispielsweise mit der für die Zukunft des Landes so eminent wichtigen Frage, ob Gott und christliche Werte in der Präambel der künftigen Europäischen Verfassung Eingang finden müssen.

André Brie, Abgeordneter des Europaparlaments in der Fraktion GUE/NGL, eröffnete die Diskussion mit dem Beitrag »Die erweiterte Union und ihre soziale Dimension«. Aus der weiteren Diskussion seien Beiträge des jungen Philosophen Piotr Szumlewicz (Warschau) über die Legitimationskrise der politischen Herrschaft im Transformationsprozeß in Polen, von Jens-Eberhard Jahn (Leipzig) über die Zukunft der sogenannten Arbeitsgesellschaft, von Andreas Trunschke (Potsdam) über den Zusammenhang von Bildung und sozialer Gerechtigkeit sowie des Journalisten Dariusz Zalega (Katowice) über die »Große Transformation in Oberschlesien« hervorgehoben. Insgesamt war es ein überaus gelungener Auftakt, wie Teilnehmer aller Seiten hinterher untereinander glaubhaft versichern konnten. Auch in Zukunft wird das Regionalbüro seine Arbeit vor allem diesem wichtigen Feld gegenwärtiger Politik widmen. So ist für März 2004 ebenfalls in Polen ein größerer Workshop über die Zukunft der Arbeitswelt vorgesehen. Im Oktober 2003 ist Warschau zudem Ausrichtungsort der IV. Europakonferenz der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung, die sich der Frage stellen wird, ob bzw. wie die in der Fraktion GUE/NGL zusammengeschlossenen Parteien und ihre Partner in einigen Beitrittsländern ein politisches Zukunftsprojekt in der Europäischen Union sein können.

HANNES HOFBAUER

Rewriting history in a period of transformation. Contemporary history in the Balkans and its impacts on Europe¹

Whatever and wherever there is a new or an old concept of Balkan history it can never be seen isolated from European history and the European science of history. The interpretation of what happened and happens in the Balkans was and is of great importance not only to the historians of the main European universities but also to the politicians and — in particular — to the public opinion in the core countries. It also concerns the interpretation of their own position on the continent as well as in the world. The intellectual hegemony over the interpretation of Balkan history has always contributed to the legitimation of politics in this area.

This preliminary remark is worth mentioning because of the economic, social and cultural conditions in ex-Yugoslavia and other Balkan countries are actually facing. Since the whole of Eastern und South Eastern Europe was hit by the world economic crisis in the middle of the 1970s which led — especially for Yugoslavia — into a debt trap of more than US-\$ 21 billion of foreign dept by the end of the existence of this country as it was in 1990. Consequently, the country's leadership underwent a loss of political primacy over economic processes which were determined more and more from outside the country. The breakdown of the Yugoslav Federation accelerated the peripheralization of the region on a world scale and it also accelerated the marginalization of its people. In that sense, what happened to Yugoslavia shows a structural similarity with the developments in other peripheral regions of the world.

Historically, Western and Central European interference in this area — not to mention those of Russia — always defined to a certain extent the »European concept« of the interfering powers, regardless if this was

1 Paper given to the conference »Writing History and Teaching History« Goethe-Institut, Belgrade, 7th December, 2001.

the arrangement of the Berlin Congress with the controlled enlargement of Habsburg and British interests, the German European »Grossraum«-concept before and during World War II or the geopolitical neutralization of Yugoslavia in Yalta. To accept this structural viewpoint of Balkan history means to discuss the actual necessity of rewriting history as part of a European concept to extend its geopolitical and/or economic influence in the region.

TRANSITION AS A RETURN HOME TO EUROPE

One key explanation for the transition of Eastern and South Eastern Europe in the late 1980s beginning of the 1990s consisted in the assertion of the home coming of this region, its »return home to Europe«. This theorem started as a journalistic term in Western und Eastern media in summer 1989, widened into a political message on the basis of what was called liberalization of the economy and society and was subsequently used in scientific work. It was not only Edgar Hösch who tried to explain the process of the break-down of the communist parties as a return home of the Balkans in his »Geschichte der Balkanländer«.² Cautiously one put a questionmark behind the assertion, because nobody could tell if the desired process could be fulfilled.

What did this theorem of the return home of Eastern Europe, the return home of Yugoslavia mean in scientific terms? First of all it caused confusion because geografically the Balkans — as with the whole of Eastern Europe — had always been a part of Europe. There was no doubt about this fact. The return home theorem evidently did not count on geographic certainties. So what did it mean? It could not mean anything else other than a deep cultural gap dividing the continent. The question is since when did this division become important with the East being welcomed by the West as home comers. Was it 1944/1945 when the East was lost, was it 1918? Or much longer ago, 1054?

If we understood European culture as a descendant of both Western Rome and Eastern Rome, in the tradition of an old unified christianity with common roots, we would face a basic concept of »one Europe«

2 Siehe Edgar Hösch: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München 1993. S. 266f.

having been interrupted in various fields and various times. This premise would allow one to speak of a return home in the case of the transformation of Eastern Europe. But if our understanding of Europe is that of a divided European culture — and there is no evidence that this historic division of one Rome into two Romes was overcome after 1989/1991, although there have been strong attempts of this —, the topic of mission, of missionary activities comes on the agenda. The signs we face during the process of transformation and the helping hands from outside make clear that the missionary aspect which derives from the West Roman universalist concept of Europe cannot be neglected. One of its clearest forms is to be seen in the memoirs of Richard Holbrooke's »To End a War«, written to legitimate the US-intervention in Bosnia and Herzegovina: The title of the German translation is named most clearly: »Meine Mission«. The day after the Dayton agreement was signed Richard Holbrooke, one of the most important players in the field of creating a new geopolitical order in the region, gave us an idea of his approach to a common European culture. On page 152 he stated: »I was beginning to get a sense of Pale Serbs: headstrong, given to empty theatrical statements, but in the end, essentially bullies when their bluff was called. The Western mistake over the previous four years had been to treat the Serbs as rational people with whom one could argue, negotiate, compromise, and agree. In fact, they respected only force or an unambiguous and credible threat to use it.«³

Here is the divided Europe, the Europe of rationality and the Europe of empty theatrical statements, West Rome and East Rome. Peter Handke in his play »Die Fahrt im Einbaum«⁴ shows that it is not only the Serbs who are subjected by Western interpreters to the world of irrationality. This viewpoint not only occurs vis-à-vis the Serbian side, it does not even have anything to do with anti-Serbian feelings, it is much more grounded in the conviction of a Western cultural superiority deriving from various historical myths: the imperial tradition of the Roman Empire with its stabilizing concept of creating military political Limes which formed a cultural distinction between the Imperium and the Barbarians. Western superiority was again claimed in connection with the big schisme of 1054.

3 Richard Holbrooke: To End a War. New York 1998. S. 152.

4 Siehe Peter Handke: Die Fahrt im Einbaum oder Das Stück zum Film vom Krieg. Frankfurt am Main 1999. S. 60f.

Specific characteristics of Western European development, like the weak imperial power vis-à-vis nobility, the dualism between Emperor and Pope, both opening possibilities for the rise of bourgeois emancipation especially in the towns, were interpreted to constitute a special feature of Central and Western Europe.⁵ From this point of view Enlightenment, the industrial revolution and global economic expansion were the next achievements explained by European superiority in cultural, political and economical terms.

We claim that this self-consciousness which became constitutive for a cultural self-definition of the »European« is the result of scientific constructions of the 19th and 20th centuries. When Enlightenment and secularization were depriving the church of its monopoly to define society, historians and other human scientists were taking over the task to give (West-)European specificities a universal appearance and — by proposing imitation — a universal mission. Vis-à-vis non-European cultures European superiority was legitimated by racism; vis-à-vis the other side of Europe, represented by orthodoxy, superiority was expressed by ignorance or by repression (*Verdrängung*). Although it was evident, that neither the Ottoman and the Tzarist Empires nor the territories they were controlling in Eastern Europe and South-East Europe were parts of the Western project, they were passed over in silence hereby preserving their difference, inferiority and backwardness.

This construction of a cultural superiority by (West-)European science is one of the reasons why there are for example Goethe-Institutes and no Karadzic-Instituts all over the world. And we all are glad that it is like this for this conference.

The Roman rooted cultural superiority in its imperial and its universal aspects contains a missionary behaviour which can be seen on a religious and therefore cultural level already in the different forms of liturgy of a catholic or even more a protestant Holy Mass and an orthodox one. Whereas the first two, especially the protestant fundamentalist forms of a Mass, are full with instructions to the believers the orthodox Mass is a contemplative proceeding.

Coming back to the dominating theorem of the »return home of Eastern Europe« to (Western) Europe we cannot neglect that this co-

5 Siehe Jenö Szűcz: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt am Main 1990 (Original 1983).

ming home is linked with a missionary aspect. Very likely, the outcome of this process could be a colonization project covering the whole Balkan region. As far as we can see today we face this development in Bosnia & Herzegovina, in Kosova, Macedonia, Bulgaria and Montenegro. In all these countries/regions we can see strong impacts of a new colonization, in a military sense in Bosnia & Herzegovina, Kosova, and Macedonia, politically in Sarajevo and Pristina where so-called High Representatives of the international community (and not of the people living there!) run the structural and daily affairs, economically in Bulgaria where a so-called currency board takes away every possibility for local authorities to intervene in social/economic questions and in Montenegro and Kosova where financial policies are made in Frankfurt/Brussels and no longer in the regions.

WHAT EUROPE?

Return home into what kind of Europe? This question has to be put after all regardless of whether there is a common will of East and West to integrate or not, regardless of whether the so-called integration is in reality a desintegration by peripheralization of regions and orientation of economic structures towards the needs of core countries' investors. History offers quite a variety of Europes into which »lost« regions and people may return. After the collaps of the communist regimes, coming home could mean a return according to the political landscape after the Berlin Congress in 1878, when the great European powers shared the remnants of parts of the Ottoman Empire. The next period into which a return is historically possible could be the period of nation-building after World War I with its »Kleinstaaterei«⁶ touching the Balkans especially of the beginning of the 1940s when the first Yugoslavia was destructed under the German »Drang nach Osten«. After that came Titoism which became overwhelmed as a system that tried to socialize the nationalizations of the 20s and 30s. It failed and therefore doesn't constitute an alternative any more. Facing the historical alternatives of the possible returns home, the theorem unmaskes itself. And it finally comes out that

6 Siehe István Bibó: Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei. Frankfurt am Main 1992 (Original 1946).

it should not be the past where to return home, but a new Balkan order, a forward oriented return which does not need to be a contradiction if we take into account that national and social emancipation failed during the 20th century. Again history is used as a tool. Historical arguments are enlisted to legitimate the need for a return, while in reality the conflict is for the future control of the Balkans: will it preserve the right of regional/national self-determination or will it be a region, in territorial terms defined and politically and economically controlled by — competing — external powers.

The possible contribution of historical science and history teaching on this process can be various. History is a political and social science. One of its duties is the legitimization of political systems, social orders, and public opinion. In a period of transition taking place at the moment in Serbia it is easy to predict that a new political, social, economic and cultural order is to be installed. This is evident after the elections of the 24th September 2000 and the so-called bulldozerrevolution of the 5th October. At this time Serbian people got rid of an economically and politically corrupt regime that in addition failed in one of its most serious promises: to maintain Serbia as a territorial unity. Slobodan Milošević had sworn to this on the 600th anniversary of the battle of Kosovo polje.

The internal factors pushing towards the transformation of society needed external pressure to achieve this. By the way this was true not only for Yugoslavia but for the whole of Eastern Europe. If we remember the external factors, we can easily see their importance. Beginning in 1991 with German and Austrian support for Slovenian and Croatian independence which turned into a dogmatism: recognition of the independence of the Northern Yugoslav republics or war. It was a false dogma because quite soon one could see that recognition or war was not an alternative but a sequence. The economically strongest interference from outside came on the 30th May 1992⁷ when the United Nations under political pressure of the United States of America and the European Union decided to impose an embargo against Belgrade. Three days before this there was an attack in Sarajevo in Vase-Miškina-Street on civilians queueing for bread. Although a Serbian/Yugoslav guilt could never be

7 Siehe Hannes Hofbauer: *Balkankrieg. Zehn Jahre Zerstörung Jugoslawiens*. Wien 2001. S. 60.

verified, the result of this attack was the isolation of Serbia/Yugoslavia. In fact, the isolation had already been prepared a long time before this and can be read also as United States/European Union answer to the politics of the Socialist Party of Serbia (SPS) that had destroyed the neo-liberal concept of transforming the region according to the ideas of International Monetary Fund and World Bank (Marković-Sachs-Plan). Dating back to Christmas 1990, when Milošević printed Dinars to the value of US-\$ 1,6 billion to pay the military and civil servants, the economic policy of SPS provoked the international reactions. Otherwise it could not be explained why the Croatian brutalities in the civil wars did not lead to any comparable reaction from the side of the U.S. and the EU. Just after the printing of Dinars and thereby the annulation of the monetarist »shock-therapy« IMF-adviser Jeffrey Sachs moved from Belgrade to Ljubljana.

The external pressure on Serbia continued during the Bosnian civil war and reached its peak in Rambouillet where no other alternative was given to the Serbian authorities than to accept cruise missiles or foreign occupation. History showed again that this did not represent an alternative but a sequence. 78 days of air-attacks followed.

Today, with the newly established political class, the historical question comes on the agenda: How to assess this war of NATO? How to define its aims? This is and will be in the future one key task for history teaching. Were the air-attacks a war against Yugoslavia, or against Milošević? Was it for the liberation of Albanians in Kosovo? Was it for getting NATO-troops into Yugoslavia, into Kosovo? Or, the most curious possibility, was it for the defence of human rights, and which human rights?

This is the actual struggle on the scene of contemporary historical science. How to interpret the bombing, how to define it? Two main answers can be given and if no historical compromise is found, the two answers would lead to a split experience in Serbian society. More than this, they will lead to a split society. In the first answer the NATO bombing was directed against Yugoslavia, maybe mainly its leadership, its industrial capacity, its political self-determination. The second answer claims the opposite. It explains the 35.000 air-attacks of NATO planes as the beginning of the liberation of the Yugoslav people, the beginning of the implementation of a new administration willing to co-operate with Western institutions like IMF/World Bank and NATO. The second answer implies the total rewriting of history which may be good for the

historians, but not necessarily for the Serbian people. It will open the ground for a re-interpretation of Balkan history back in earlier periods as well. Some politicians of the new regime show the possible direction: for example one year ago the Mayor of Belgrade, the historian Milan Prodić, set a strong symbolic gesture on the 20th October 2000. He refused to celebrate the day of Belgrade's liberation from Nazi-occupation with the argument that this day for him only marked a change from one dictatorship (the Nazis) to another one (the Titoists).

As this example shows, there is much to do for historians. Hopefully the structuralist viewpoint will find its place between the pressure to legitimate a new political class inside and multiple geopolitical and economic interests outside of Yugoslavia.

Belgrade, 7th December, 2001

Geplante Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa« für das Jahr 2004

- 22.01.2004 Prof. Dr. Watzin-Heerdegen (Leipzig): Die russischen Duma-Wahlen 2003 als Spiegelbild politischer Strukturen
- 19.02.2004 Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Sowjetische Osteuropapolitik 1944–1953 in Dokumenten russischer Archive
- 18.03.2004 Doz. Dr. Sonja Striegnitz (Berlin): Russische Rechte und jüdische Frage Anfang des 20. Jahrhunderts bis 1917
- 15.04.2004 Prof. Dr. Horst Schützler (Berlin): Russische Ansichten zum Großen Vaterländischen Krieg heute
- 20.05.2004 Dr. Volker Hölzer (Leipzig): Leben und Wirken von Georg und Rosemarie Sacke. Eine Buchvorstellung
- 24.06.2004 Dr. Manfred Schünemann (Berlin): Politischer Strukturwandel in der Ukraine
- 23.09.2004 Prof. Dr. Erhard Hexelschneider (Leipzig): Rosa Luxemburg und die polnische und russische Literatur
- 21.10.2004 Dr. Olaf Kirchner (Dahlen): Die russische Sektion des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI). Staat im Staate?
- 18.11.2004 Prof. Dr. Wolfgang Geier (Leipzig/Klagenfurt): Zur Leipziger kulturhistorischen Osteuropaforschung und -lehre
- 09.12.2004 Prof. Dr. Ernstgert Kalbe/Dr. Volker Hölzer (beide Leipzig): Zur Leipziger historischen Osteuropaforschung und -lehre

Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4:* Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S. – *Heft 5:* Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen — Grenzen — Irrwege. Leipzig 1998. 151 S.

Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Band 1(6): Leipzig 1999. 297 S. [Enthält u. a. Jörg Roesler: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Zur Vorgeschichte und zu Problemen des wirtschaftlichen Anschlusses Ostmitteleuropas an den Westen. S. 7–33. – Sarkis Latchinian: Die Osterweiterung der NATO im Interessenwiderstreit der Betroffenen. S. 35–56. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkirchen. S. 57–88. – Holger Politt: Die polnische Freiheitsauffassung im historischen Rückblick. S. 89–101. – Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. S. 103–136. – Eckart Mehls: Der 21. August 1968. Persönliche Betrachtungen zur Vorgeschichte, Geschichte und Folgen einer interventionistischen »Hilfsaktion«. S. 137–167. – Dokument I: Zweitausend Worte an die Arbeiter, Bauern, Angestellten, Wissenschaftler, Künstler und an alle. S. 169–176. – Dokument II: Über den Verlauf der Beratungen des Oktober-, Dezember- und Januarplenums des Zentralkomitees der KPTsch. S. 177–209. – Werner Röhr: Verschwiegene Tatsachen. Zum historischen Hintergrund der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997. S. 211–246. – Dokumentation: Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung sowie der dazu ergangene Briefwechsel. S. 247–254. – Waltraud Bayer: Kunstsammeln unter Stalin, 1928–1953. S. 255–271. – Olaf Kirchner/Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 273–286.] – *Band 2(7): Leipzig 2000. 348 S.* [Enthält unter anderem Ernstgert Kalbe: Ein Balkan-Domino. Vom Zerfall Jugoslawiens über die Kosovo-Krise zur NATO-Aggression. S. 7–52. – Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Fokus der Interessen Rußlands und der NATO. S. 53–88. – Eugen Faude: Zum Stand und zu den weiteren Perspektiven der Reformpolitik in Rußland (Thesen). S. 89–107. – Eckart Mehls: Der »Runde Tisch« in Polen 1989. Seine nationale und internationale Dimension. S. 109–136. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkir-

chen (Teil II). S. 137–155. – Willi Beitz: Neue Einblicke in die Literaturpolitik und in Biographien russischer Schriftsteller der Stalinzeit. S. 157–178. – Holger Politt: Ungelebte Volksrepublik. Anmerkungen zu einer polnischen Geschichtsdebatte. S. 179–197. – Ernstgert Kalbe/Dietmar Endler: Einleitung zum »Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste« (SANU), Belgrad, Herbst 1986. S. 199–207. – Dokument: Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Übersetzt aus dem Serbo-Kroatischen von Dietmar Endler). S. 209–272. – Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Die gegenwärtige russische Historiographie zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion: methodologische Aspekte, Rahmenbedingungen, ausgewählte Probleme. S. 273–329. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 331–336.]. – *Band 3(1): Leipzig 2001. 362 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzig — Sachsen — Osteuropa. S. 9–30. – Peter Hoffmann: »Ich blicke über ein Jahrhundert hinaus ...«: Raditschschews Zukunftsvision. S. 31–49. – Erhard Hexelschneider: Michail Bakunin in Sachsen. S. 51–87. – Wolfgang Geier: Iwan Schischmanow (1862–1928): Student in Leipzig — Gelehrter — Politiker. S. 89–98. – Adelheid Latchinian: Leipzig und Armenien. Zu kulturellen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. S. 99–125. – Holger Politt: Messianistisches aus Dresden. S. 127–138. – Hilmar Walter: Der »Aufruf« Iwan Bogorows aus der ersten bulgarischen Zeitung »Bulgarischer Adler«. S. 139–150. – Dokument: Iwan Bogorow: Aufruf. S. 151–155. – Volker Hölzer: Georg Sacke und sein Literaturbericht von 1934 zur Geschichtsschreibung über Rußland. S. 157–186. – Dokument: Georg Sacke: Geschichte Rußlands in russischer und deutscher historischer Literatur der Nachkriegszeit. S. 187–215. – Ernstgert Kalbe: Zum Bericht des Leipziger US-amerikanischen Konsuls Ralph C. Busser über den Reichstagsbrandprozeß 1933 und zu Dimitroffs »Dnevnik«. Nachtrag zu Georgi Dimitroffs Rolle für den Antifaschismus. S. 217–247. – Dokument: Political Report: The Riddle of the Revolution. Political Aspects of the Reichstag Fire Trial (from Ralph C. Busser). S. 249–283. – Dietmar Endler: Leipzig und die Bulgaren. Kulturhistorische Miniaturen. S. 285–324. – Jürgen Kunze/Herbert Schmidt: Das Deutsch-Russische Zentrum in Leipzig. Die Integration von Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der UdSSR. S. 325–343. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 345–347.]. – *Band 3/2 (9): Leipzig 2001. 379 S.* [Enthält u. a. Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen. S. 9–35. – Wolfgang Geier: Auf der Suche nach Identität. Der Eurasismus in den zwanziger Jahren. S. 37–51. – Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko über die russische Revolution. S. 53–78. – Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin. S. 79–103. – Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage: programmatische Standortbestimmung. S. 105–127. – Dieter Segert: Grundlagen und Grenzen des Interesses an Demokratie in Osteuropa. S. 129–150. – Volker Hölzer: Georg Sackes erste Haft 1934/1935 und ihre brieflichen Reflexionen. S. 151–169. – Willi Beitz: Ein Zeitdokument mit verborgener Tragik. S. 171–177. – Dokument: Andrej Platonow: Auf der Suche nach der Zukunft (Reise zur Papierfabrik von Kamenka). S. 179–191. – Erwin Lewin: Eine Originalquelle zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KP Albanien. S. 193–218. – Dokument: Koço Tashko: Bericht an die Komintern. S. 219–250. – Horst Schützler: Die nationale Problematik in der Sowjetunion — in der postsowjetischen Geschichtsschreibung Rußlands. S. 251–284. – Dietmar Endler: Zwischen Apologie und Kritik. Kiril Christow und Deutschland. S. 285–306. – Hilmar Walter: Dositej Obradović und Johann Christoph Adelung. S. 307–316. – Helmut Meier: Ost- und Südosteuropa in den

Mitteleuropa-Plänen von Constantin Frantz. S. 317–327. – Ernstgert Kalbe: Betrachtungen zur Balkandiplomatie gestern und heute. Zu Walter Markova »Grundzügen der Balkandiplomatie« und Hannes Hofbauers »Balkankrieg«. S. 329–353.]. – *Band 4: Leipzig 2002. 374 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Methodologisches und Historisches zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa. S. 9–54. – Eckart Mehls: Unterschiedliche Positionen zu Staat und Nation in den Konzeptionen der polnischen und tschechischen nationalen Unabhängigkeitsbewegung. S. 55–61. – Erwin Lewin: Nation als Idee und Religion in Albanien aus historischer Sicht. S. 63–83. – Sonja Striegnitz: »Beträchtliche Meinungsverschiedenheiten«. Zur Debatte über die national-kulturelle Autonomie unter den Narodniki Rußlands (1907/1908). S. 85–94. – Wolfgang Geier: Vergleichende Kulturgeschichte Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas. S. 95–127. – Achim Engelberg: Das Erdbeben vor dem Krieg. Eine Reise nach Montenegro. S. 129–136. – Jörg Roesler: Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. S. 137–168. – Jens Becker: Der Balkan — eine Region des Bösen? Der Stabilitätspakt für Südosteuropa als Katalysator für ein tolerantes und multiethnisches Europa. S. 169 bis 178. – Erhard Crome: Wohin geht Osteuropa? Herrschaftsverhältnisse im Kommunismus und ihre Transformation. S. 179–230. – Karl-Heinz Gräfe: Zur Transformation kommunistischer Parteien Osteuropas am Beispiel Polens. S. 231–246. – Holger Politt: Störenfriede. Über den letzten östlichen Intellektuellen in Polen. S. 247–262. – Achim Beinsen: Islamismus und »Muslimanstvo« als Elemente bosnisch-muslimischen Partikularismus. S. 263–304. – Dokument: Alija Izetbegović: The Islamic Declaration. S. 305 bis 351. – Holger Politt: »Brückenland Sachsen. Chancen und Defizite der EU-Osterweiterung«. Bericht über die II. Rosa-Luxemburg-Konferenz (Bautzen, 7./8. Juni 2002). S. 353–357.]

Texte zur politischen Bildung

Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht — eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche — eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 26:* Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig (Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa). Leipzig 1998. 84 S.

Texte zur Philosophie

Heft 3: Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S.

Texte zur Literatur

Heft 4: »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S.

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte

Heft 2: Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Manuskriptdruck. Leipzig 2001. o. S.

Diskurs

Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus

Heft 1: Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. – *Heft 4:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. 66 S. – *Heft 5:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II). Leipzig 2000. 122 S. – *Heft 8:* Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig 2001. 48 S. – *Heft 12:* Helmut Bock: Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden. Leipzig 2002. 105 S.

Monographien

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Hrsg. von Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz. Leipzig 1998. 152 S.

Fünf Jahre in Speziallagern des NKWD und das Leben danach. Ein Lebensbericht von Wolfgang Kretzschmar. Leipzig 1998. 174 S.

Ernstgert Kalbe: Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan. Leipzig 1999. 52 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz. Leipzig 1999. 196 S.

Von Dostojewski bis Kundera. Beiträge zum europäischen Roman und zur Romantheorie. Hrsg. von Willi Beitz unter Mitwirkung von Christiane Chulz und Silke Waber. Leipzig 1999. 239 S.

Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Brennpunkt strategischer Interessen Rußlands und der USA. Leipzig 1999. 64 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. 335 S. (Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band III).

Achim Beinsen: Die bosnischen Muslime im Zerfallsprozeß Jugoslawiens. Dispositive »ethnischer« und »ethnonationaler« Differenzierung. Leipzig 2002. 315 S. (Reihe Hochschuleschriften. Band 2).

Ralf Schröder (1927–2001). Das schwierige Leben eines bedeutenden Slawisten. Bd. 1: Erinnerungen. Beiträge zu seinem Werk. Bibliographie. Leipzig 2003. 115 S.

Menetekel 17. Juni 1953. Reader der Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953. Hrsg. von Klaus Kinner. Leipzig 2003. 335 S.

Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. zu Osteuropa-Themen

»Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

1. Jahrgang: Heft 4, Leipzig 1992, 104 S. [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74–79. – Polina Giaourowa: Sommerkolloquia zur Konfliktspezifik in Osteuropa. S. 89–93.] – *2. Jahrgang: Heft 1, Leipzig 1993, 160 S.* [Enthält unter anderem Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4–22. – Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23–33. – Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34–52. – Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53–64. – Katrin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum? S. 65 bis 77. – Roland Girtler: Die Dandler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78–87. – Bálint Balla: Postkommunismus. S. 110–126. – Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126–133. – Ewa Bojenko-Izdebska/Erhard Cziomer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 133–143. – Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa: Gründung einer wissenschaftlichen Fachsektion. S. 143–146. – Polina Giaourowa: Rezension zu Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch. Bd. I–VI. Göttingen 1975ff. S. 152 bis 155. – Lutz-Dieter Behrendt: Rezension zu Manfred Hellmann/GottfriedSchramm/Klaus Zernack (Hrsg.). Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 1–3. Stuttgart 1981ff.] – *Heft 3, Leipzig 1993, 128 S.* [Enthält u. a. Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 126–127.] – *Heft 4, Leipzig 1993, 112 S.* [Enthält u. a. Alenka Barber-Kersovan: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61–66. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 105–111.] – *3. Jahrgang: Heft 1, Leipzig 1994, 79 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5–19. – Ernstgert Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20–42. – Karlheinz Mack: Nationalismus — Nationalitäten — Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43–59. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postso-wjetischer Zeit. S. 60–75. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia der Sektion Osteuropaforschung. S. 76–79.] – *Heft 2, Leipzig 1994, 79 S.* [Enthält u. a. Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53–62.] – *Heft 5, Leipzig 1994, 76 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38–59. – Britta Böhme: Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Forschungsprojekte 1992/1993. S. 67–73.] – *Heft 6, Leipzig 1994, 72 S.*

[Enthält u. a. Michail Videnov: Über einige aktuelle Fragen der Sprachsituation im heutigen Bulgarien. S. 5–19. – Olaf Kirchner: Die Neugruppierung der politischen Kräfte in Rußland. S. 21–39. – Ernstgert Kalbe: Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. S. 40–66. – Lutz-Dieter Behrendt: Kolloquia der Fachsektion Osteuropaforschung. S. 67–70.]

»Kulturosoziologie«. Sonderband 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Bálint Balla und Wolfgang Geier. Münster und Hamburg 1994. 190 S.

»Kulturosoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«.
Wissenschaftliche Halbjahreshefte.
Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe

4. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1995. 217 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Indikatoren zur Analyse der Umbrüche im Osten Europas. S. 5–28. – Britta Böhme: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Ukraine. Konzeption eines Forschungsprojekts. S. 61–112.] – *Heft 2. Berlin 1995. 219 S.* [Enthält u. a. Roland Girtler: Ein Begräbnis in Siebenbürgen — Wandel der Rituale. S. 64–75. – Polina Giaourowa: Die Intelligenzija — »Krisenmanager« in Umbruchzeiten? Eine Untersuchung zur Rolle der bulgarischen Intelligenzija seit 1989. S. 129–144. – Anke Heynoldt: Die deutsche »Polenbegeisterung« 1830 bis 1832. S. 145–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Arbeitskreises Osteuropa. S. 198 bis 203.] – *5. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1996. 228 S.* [Enthält u. a. Willi Beitz: Über den Umgang russischer Schriftsteller mit Machtverhältnissen als Ausdruck generationspezifischer kultureller Prägungen – von Michail Bulgakow bis Wladimir Makanin. S. 7–33. – Walter Hildebrandt: Identität durch Konfiguration. Wege zwischen Anarchismus und Diktatur. S. 34–78. – Annegret Haase: Zur Fluchtsituation in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas. S. 132–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropaforschung. S. 211–221.] – *Heft 2. Berlin 1996. 187 S.* [Enthält u. a. Thilo Kunze: Wegmarken und Wegzeichen der russischen Aufklärung. S. 63–112.] – *6. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1997. 206 S.* [Enthält u. a. Karl-Heinz Gräfe: Das Ostjudentum. Historische und aktuelle Aspekte. S. 73–98. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausendthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). S. 155–178.] – *Heft 2. Berlin 1997. 225 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzigs Beziehungen zur russischen Kultur und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. S. 118–147. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa — ein Jahrtausendthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (II). S. 148–177.] – *7. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1998. 216 S.* [Enthält u. a. Anke Heynoldt: Die Bedeutung des Sarmatismus für das Nationalbewußtsein und die Kultur des polnischen Adels zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. S. 6–57. – Ernstgert Kalbe: Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien. S. 58–98. – Lutz-Dieter Behrendt: Die Zöglinge des Instituts der Roten Professur (1921–1938). Soziologisches Porträt einer einflußreichen Abteilung der sowjetischen Partei-Intelligenz. S. 99–119. – Christian Gracza: Die Kommunalka. Ein sowjetischer Soziotyp. S. 120–130. – Andrzej

Sakson: Regionale Identität heutiger Bewohner des ehemaligen Ostpreußen. Versuch eines soziologischen Vergleichs. S. 131–149. – Holger Politt: Ein mißratener Sprung? Andrzej Walickis Buch über Freiheit und Marxismus. S. 150–159. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 160–176.]. – 7. *Jahrgang: Heft 2. Berlin 1998. 244 S.* [Enthält u. a. Annegret Haase: Kleine Minderheiten mit großen Problemen? Zur gegenwärtigen Lage der ukrainischen Bevölkerung im südöstlichen Polen. S. 126–145. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 182–194.]. – 8. *Jahrgang: Heft 1. Berlin 1999. 195 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Polen in der europäischen Geschichte. S. 7–28. – Anke Heynoldt: Die polnische Kulturgeschichtsschreibung und das Problem Sarmatismus. S. 29 bis 68. – Holger Politt: 1918 – Polens Abschied vom 19. Jahrhundert. S. 69–88. – Annegret Haase: Koexistenz zwischen Versöhnung und Austausch, Abgrenzung und Konflikt. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Südostpolen vor dem Hintergrund der Demokratisierung und geopolitischen Neuordnung in Ostmitteleuropa. S. 89–154. – Viorel Roman: Imperium & Limes '99. S. 155–171. – Besprechungen. S. 173–191.]. – 8. *Jahrgang: Heft 2. Berlin 1999. 218 S.* [Enthält u. a. Sylvia Meierewert: Tschechische Kulturstandards aus der Sicht österreichischer Manager. S. 149–172.]. – 9. *Jahrgang: Heft 1. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Ungarn in der europäischen Geschichte. Anmerkungen zu einem Millennium und zu einer Publikation. S. 9 bis 44. – Erhard Crome: Der »Gulasch-Kommunismus« als sozio-kulturelles Gefüge. S. 45 bis 55. – Sylvia Meierewert/Katalin Topcu: Kulturstandards im österreichischen Zentral- und Osteuropa-Management: Österreich und Ungarn. S. 57–69. – Christian Gracza: Rückblick eines Einsichtigen. Der ungarische Pavillon auf der 51. Frankfurter Buchmesse 1999. S. 71–78. – Annegret Haase: Brücke zwischen Ost und West oder neuer »Limes des Westens«? Strukturen, Kontakte und Interessen an der polnischen Ostgrenze als zukünftiger Außengrenze der Europäischen Union. S. 79–112. – Bálint Balla: Die Zeit aus knappheitssoziologischer Sicht — allgemein und im Sowjetsystem. S. 113–131. – Besprechungen. S. 151–191.]. – 9. *Jahrgang: Heft 2. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Lucia Nicolau: Die Transsilvanische Schule (Școala Ardeleană) im europäischen Kontext. S. 43 bis 56. – Willi Beitz: Ost und West, Revolution und Evolution, Raum und Zeit bei Andrej Platonow. S. 83–110. – Besprechungen. S. 161–180.]. – 10. *Jahrgang: Heft 1. Berlin 2001. 225 S.* [Enthält u. a. Anne Schmirch: Rußlandberichte aus drei Jahrhunderten. Herberstein, Olearius und Weber im Vergleich. S. 9–72. – Eckart Mehls: Kleine Staaten — Große Mächte. Zur Entwicklung von Vorstellungen T. G. Masaryks zur tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit im Schwerefeld der Mächte in Ostmitteleuropa. S. 73–94. Holger Politt: Schwarze Vision trotz gewonnener Schlacht gegen den »Bolschewismus«. Florian Znanieckis Sorge um den Bestand der abendländischen Zivilisation. S. 95–114. Andreas Wust: Grenzen und Grenzregionen im östlichen Europa. Aktuelle Fragen der Forschung. S. 115–138. – Sylvia Meierewert/Claudia Feichtinger/Josef Langer: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen zu Slowenien. Begegnungen mit einer anderen Kultur? S. 139–162. – Erhard Crome: Der »Gentry«-Faktor. S. 163–176. – Hannes Hofbauer: Transformationsprozesse in Osteuropa. Eine sozio-ökonomische Bilanz. S. 177 bis 194. – Besprechungen. S. 195–223.]. – 10. *Jahrgang: Heft 2. Berlin 2001. 240 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Auf der Suche nach der russischen Identität: Der Eurasismus zwischen 1920 und 1935. Kulturhistorische und kulturosoziologische Befunde. S. 97

bis 118. Lutz-Dieter Behrendt: Institute der Roten Professur und sowjetische Nationalitätenpolitik. Zu den Chancen nichtrussischer Kader zwischen 1921 und 1938. Einige kulturosoziologische Gesichtspunkte. S. 119–156. – Helmut Steiner: Privatization and the Emergence of New Business Elites in Russia. S. 157–202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu »Social Studies on Eastern Europe«. Bd. 1: Rußland — wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. S. 203–220.]. – *11. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2002. 248 S.* [Enthält u. a. Christian E. Gracza: Das magyarische Christentum unter Großfürst Géysa (Géza) und König Stephan (István) I. zwischen Byzanz und Rom. S. 27–108. – Friedbert Ficker: Bartholomäus Kopitar, Franz von Miklošić, Vuk Karadžić und die Berliner Akademie. S. 175–184.]. – *12. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2003. 188 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Historische Streiflichter aus Montenegro, dem Land der Schwarzen Berge, serbischen Crna Gora, venezianischen Montagna Negro. S. 107–124. – Besprechungen. S. 172–186.].

Wolfgang Geier: Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen. Wiesbaden 1995. VII, 271 S.

Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Wiesbaden 1996. IX, 208 S.

Wolfgang Geier: Bulgarien zwischen West und Ost vom 7. bis 20. Jahrhundert. Sozial- und kulturhistorisch bedeutsame Epochen, Ereignisse und Gestalten. Wiesbaden 2001. X, 276 S.

Zu den Autoren dieses Bandes

Prof. Dr. sc. phil. Ernst Laboor (geb. 1927); studierte Geschichte und politische Ökonomie an der Universität Leipzig und war nach der Promotion seit 1958 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und seit 1965 am Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1977 habilitierte er zur Außenpolitik der UdSSR im Kampf um kollektive Sicherheit in Europa 1954/1955. Er wirkte ab 1963 als Sekretär der Historikergesellschaft der DDR und danach ab 1976 als Sekretär bzw. — ab 1979 — als stellvertretender Vorsitzender der DDR-Sektion der Historikerkommission DDR–UdSSR. 1987 war er Honorarprofessor für Geschichte der Arbeiterbewegung an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1989 Gastprofessor für internationale Beziehungen an der Universität Dnjepropetrowsk. Nach der Wende und »Abwicklung« 1989 arbeitete er zur Geschichte der politischen Parteien in Rußland sowie zur Geschichte europäischer Sicherheitspolitik. Wichtigste Monographien sind »Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Militarismus und Kriegsgefahr« (1961), »Auf dem Weg nach Helsinki 1954–1975« (1977), »Kalter Krieg oder Entspannung? Die Außenpolitik der Sowjetunion im Kampf um kollektive Sicherheit in Europa 1954/1955« (1983), »Wieviel Parteien braucht Rußland? Parteien und politische Organisationen bis zu den Dumawahlen 1995« (1996), »Der Rapacki-Plan und die DDR. Die Entspannungsvision des polnischen Außenministers Adam Rapacki« (2003).

Prof. Dr. sc. phil. Eckart Mehls (geb. 1935); studierte von 1953 bis 1959 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und war danach bis 1961 als Lehrer an der Erweiterten Oberschule Wolgast tätig. 1961 bis 1979 arbeitete er in der Universitätsleitung der Humboldt-Universität, seit 1969 als Direktor für internationale Beziehungen. Nach planmäßiger Aspirantur von 1979 bis 1982 und Promotion zum Dr. sc. phil. wurde er 1983 zum Dozenten für Geschichte des sozialistischen Weltsystems und 1986 zum a. o. Professor an der Humboldt-Universität berufen. Im Zuge der »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaft wurde er 1993 »betriebsbedingt« aus der Humboldt-Universität entlassen. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war die Geschichte Polens und der Beziehungen zwischen DDR und VRP. 1990 gehörte er zu den Gründern der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und war bis 1992 deren Vizepräsident.

Dr. Hannes Hofbauer (geb. 1955); studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Wiener Universität. Er ist Verleger des Promedia-Verlages; als Historiker und Journalist forscht er zur geschichtlichen und aktuellen Entwicklung Osteuropas, zu der er vielfältige Beiträge vorlegte. Seine letzten Monographien sind »Transsilvanien – Siebenbürgen. Begegnung der Völker am Kreuzweg der Reiche (zusammen mit Viorel Roman, Wien 1976), »Bukowina — Bessarabien — Moldawien. Vergessenes Land zwischen Westeuropa, Rußland und der Türkei« (zusammen mit Viorel Roman, Wien 1997), »Schlesien. Europäisches Kernland im Schatten von Wien, Berlin und Warschau« (zusammen mit

Julian Bartosz, Wien 2000), »Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens (im Autorenkollektiv, Wien 1999), »Balkankrieg. Zehn Jahre Zerstörung Jugoslawiens« (Wien 2001), »Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration« (Wien 2003).

Prof. Dr. habil. Borisas Melnikas (geb. 1950); Leiter des Lehrstuhls Internationale Wirtschaft und Management der Technischen Gediminas Universität Vilnius (Litauen). Lehrt an verschiedenen Universitäten und Hochschulen Litauens und Deutschlands; abgeschlossene Studien am Ingenieur- und Bauinstitut Vilnius und dem Litauischen Staatlichen Konservatorium. Autor zahlreicher Publikationen, darunter für das Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (Köln); letzte Monographie (in litauischer Sprache): »Transformatijos Vaga« Vilnius 2002. (Transformations: Changes in Society, The New Millennium, Management and Self-regulation, Eastern and Central Europe). Haupt-, Lehr- und Forschungsgebiete sind Internationale Wirtschaft und Management, Transformationsprozesse Ost- und Ostmitteleuropas.

Prof. Dr.-Ing., Dipl.-Ing. Bernd Reichelt (geb. 1957); studierte an der Technischen Hochschule (TH) Leipzig, wo er anschließend als Assistent arbeitete. 1989/1990 war er in der Volkskammer der DDR politisch tätig, später freiberuflich in der Bauwirtschaft. Seit 1998 ist er Professor für Projektmanagement an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig. Seine Hauptlehr- und Forschungsgebiete sind Projektmanagement, Internationales Management und Wirtschaftsgeschichte. Reichelt ist Autor verschiedener Publikationen zu Themen der Bauwirtschaft, ingenieurwissenschaftlichen Themen sowie zur Berufsbildungsgeschichte. Eine umfangreiche Wissenschaftskooperation verbindet ihn mit der Technischen Universität Vilnius und polnischen Universitäten.

Dr. phil. Holger Politt (geb. 1958); studierte von 1980 bis 1985 Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1994 promovierte er an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg über ein Thema der Philosophiegeschichte Polens. Von 1994 bis 1999 nahm er an selbiger Universität einen Lehrauftrag zur Kulturgeschichte Polens wahr. Seit Ende 2002 leitet er das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau. Politt publiziert regelmäßig zu Fragen der polnischen Denk- und Literaturgeschichte, unter anderem ist von ihm eine Monographie über den polnischen Denker Stanislaw Brzozowski erschienen (Wiesbaden 1996). Seit 1998 ist er Mitherausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel«. Seit vielen Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Redaktion von »Polen und wir«. Politt ist Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft e. V. in der Bundesrepublik Deutschland.

Prof. Dr. phil. habil. Manfred Jähnichen (geb. 1933); studierte Slawistik, Romanistik und Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Danach war er Assistent, Dozent und von 1974 bis 1998 ordentlicher Professor für Bohemistik/Slowakistik und Südslawistik. Außerdem war er als Herausgeber, Nachdichter, Essayist und Kritiker tätig. Er organisierte zahlreiche (15) wissenschaftliche Konferenzen in Berlin. Seine wichtigsten Publikationen sind: »Zwischen Diffamierung und Widerhall. Tschechische Poesie im deutschen Sprachgebiet 1815–1867« (Berlin: Akademie-Verlag 1967), »Tschechische Literatur im deutschen Sprachgebiet 1861–1917« (Berlin: Akademie-Verlag 1972), »Ju-

goslavisticke teme. Analize i sintezi« (Novi Sad: Matica srpska 1991). Zur Zeit gibt Jähnichen die Reihe »Slawische Poesien des 20. Jahrhunderts« heraus, in der bisher erschienen sind: »Weiße Nächte mit Hahn. Slowakische Poesie« (1997), »Das Schlangenhemd des Windes. Kroatische Poesie« (2000), »Das Lied öffnet die Berge. Serbische Poesie« (2003).

Prof. Dr. sc. phil. Ernstgert Kalbe (geb. 1931); Studium der Geschichte und Bulgaristik in Leipzig, spezialisierte sich auf ost- und südosteuropäische Geschichte und absolvierte längere Studienaufenthalte in Leningrad, Kiew, Sofia und Zagreb. Promotion 1960 zur internationalen Protestbewegung gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933, Habilitation 1971 über Widerstand und Revolution 1941–1944/1945 in Südosteuropa. 1961 zum beauftragten Dozenten für Geschichte Südosteuropas, 1969 zum Hochschuldozenten und 1972 zum ordentlichen Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen, leitete er seit 1974 bis zur Abwicklung 1990 den Wissenschaftsbereich Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1992 initiierte er die Gründung einer Sektion Osteuropaforschung bei der Leipziger Gesellschaft für Kultursoziologie e. V., die 1994 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen beitrug und von dieser mitgetragen wird. Kalbe legte zahlreiche Monographien vor, darunter: »Bulgariens Volk im Widerstand 1941–1944. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus« (Berlin 1962), »Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß« (Berlin 1963), »Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa« (Berlin 1974), »Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft« (Berlin 1981), »Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus« (Berlin 1988), »Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt« (Leipzig 1993), »Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan« (Leipzig 1999). Kalbe ist Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin, Mitherausgeber von »Kultursoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente« (Leipzig 1995ff.) sowie verantwortlicher Herausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel« (Leipzig 1994ff.).

Dr. Achim Engelberg (geb. 1965); studierte bis 1993 Geschichts- und Theaterwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und promovierte dort 1998 über den europäischen Erzähler John Berger (»Über Dörfer und Städte«). Derzeit ist er Mitarbeiter von »Zeitzeugen TV« in Berlin. Bisher publizierte er Reportagen, Essays, Interviews und das Buch »Über Dörfer und Städte. Der europäische Erzähler John Berger«. Seine Artikel über Südosteuropa erscheinen in der Wochenzeitung »Freitag«.

Julian Orwicz (geb. 1965); studierte von 1984 bis 2000 Soziologie an der Warschauer Universität. Er lebt und arbeitet in Warschau und publiziert regelmäßig Beiträge zur aktuellen Situation Polens, u. a. in »Polen und wir«.

